Beginn: 09:04 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 134. Sitzung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Zwischen den Fraktionen wurde vereinbart, den Tagesordnungspunkt 14 nach dem Tagesordnungspunkt 16 aufzurufen und die Reden zu diesem Tagesordnungspunkt zu Protokoll zu geben. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Gemäß Paragraf 4 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung benenne ich für die 134. und 135. Sitzung den Abgeordneten Stephan Reuken zum Schriftführer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich den Tagesordnungspunkt 16 aufrufe, komme ich noch einmal zurück auf die gestrige Sitzung. Ich hatte die Überprüfung einer Äußerung von Hannes Damm angeordnet. Im Ergebnis dieser Prüfung – es handelt sich um eine Äußerung gegenüber der Fraktion der AfD – weise ich diese Äußerung als unparlamentarisch zurück.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16**: Befragung der Landesregierung.

Befragung der Landesregierung
– Drucksache 8/6611(neu) –

Meine Damen und Herren, die von den Abgeordneten gemäß Paragraf 65 unserer Geschäftsordnung eingereichten Themen sind der Drucksache 8/6611(neu) zu entnehmen. Gemäß unserer Geschäftsordnung ist zu jeder Frage eine Nachfrage zulässig. Die Fragen sollen nicht länger als zwei Minuten dauern und kurze Antworten ermöglichen.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Finanzen und Digitalisierung und bitte den Abgeordneten David Wulff, die Frage zum **Thema Nummer 1** zu stellen.

David Wulff, FDP: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

Wir hatten uns im Dezember des vergangenen Jahres ja schon einmal zu dem Thema „einheitlicher IT-Arbeitsplatz“ unterhalten. Da hatten Sie ausgeführt gehabt, dass in mehreren Häusern eine Prüfung läuft, dass auch eine Umstellung von Windows 10 auf Windows 11 erfolgen soll und Sie in diesem Jahr da entsprechende Fortschritte machen wollen. Und da hatten wir ja einander versprochen, dass wir in diesem Jahr – und so viele Gelegenheiten haben wir nicht mehr – uns noch mal dem Stand des MV-PCs beziehungsweise dem vITA, einheitlichen IT-Arbeitsplatz, widmen.

Da wollte ich nur mal fragen: Wie ist denn der Stand?

Minister Dr. Heiko Geue: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Wulff, genau, es ist wichtig für uns, dass wir diesen einheitlichen Arbeitsplatz, IT-Arbeitsplatz, jetzt auch tatsächlich ausrollen. Das ist wichtig für alle Fragen der IT-Sicherheit, aber auch standardisierte Beschaffungen. Und ich kann Ihnen sagen, bereits erfolgreich ausgerollt sind das LAF, die Staatskanzlei und das ZDMV, Rollout in den nächsten Wochen beim Finanzministerium, Wissenschaftsministerium und Wirtschaftsministerium.

Ich bedanke mich auch bei allen Ministerien, die waren in der Vergangenheit zum Teil auch ein bisschen zurückhaltend, das gilt auch für mein Ministerium, deswegen darf ich das durchaus sagen, und jetzt also gerade auch mit dem – vielen Dank an den Chef der Staatskanzlei –, dass die Staatskanzlei hier vorneweg mit unterwegs ist, ist es jetzt eher so, wer darf als Erster und als Nächster. Und wir gehen davon aus – wahrscheinlich wäre das jetzt Ihre Nachfrage –, dass wir dann auch im Herbst mit dem Ausrollen dann durch sind.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie trotzdem noch eine Nachfrage stellen?

David Wulff, FDP: Ja, eine ...

Minister Dr. Heiko Geue: Gerne.

David Wulff, FDP: ... noch, und zwar zum Hardwarebestand. Wenn Sie jetzt sagen, das soll die nächsten Wochen ausgerollt werden, heißt das, da ist jetzt neuer Hardwarebestand auf Lager und wird ausgeliefert, oder ist das in einem ständigen Zulauf?

Minister Dr. Heiko Geue: Also, Herr Abgeordneter, das weiß ich gar nicht genau, ob wir schon die Geräte da haben und die ausgerollt werden. Es soll ...

(Patrick Dahlemann, SPD:
Alles schon erfolgt. Alles schon erfolgt.)

Ein Teil ist erfolgt, das ist klar, aber die Frage war ja, ob wir die Geräte schon haben oder ob die, ob die jetzt noch in der Beschaffung sind. Das, muss ich sagen, das weiß ich jetzt nicht genau. Klar ist, es sollen alle Notebooks haben, alle ein bis zwei Bildschirme. Das kommt dann darauf an, manche arbeiten tatsächlich jetzt schon mit zwei Bildschirmen. Das ist ja in manchen, ich brauche es nicht lange zu erklären, das moderne Arbeiten, Office 2024, auch Windows 11, das Betriebssystem. Das wollen wir aber dann schrittweise auch ablösen, wir wollen in Richtung Open Desk gehen, und zwar so zügig wie möglich.

Präsidentin Birgit Hesse: Ich bitte jetzt den Abgeordneten David Wulff, die Frage zum **Thema Nummer 2** zu stellen und dann auch die **Nummer 3**.

David Wulff, FDP: Vielen Dank! Eine Premiere, dass ich anfangen darf in der Fragestunde.

Das gleiche Thema, E-Akte. Da hatten wir auch im Dezember zu gesprochen gehabt. Da ging es auch noch mal um das ganze Thema, wann wird das wie ausgerollt. Da wollten wir in diesem Jahr auch entsprechend weiter sein. Und auch da hatten wir einander versprochen, uns in diesem Jahr noch mal dem Thema zu widmen.

Daher meine Frage: Wie ist denn der Stand bei der Einführung der neuen E-Akte?

Minister Dr. Heiko Geue: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Wulff! Auch da kommen wir voran. Wir haben das Programm, die E-Akte ... Also es ist ja so, wir haben ja schon DOMEA in den obersten Landesbehörden – das ist ja schon eine elektronische Akte, die wird aktualisiert – und in manchen Behörden haben wir noch keine elektronische Akte. Das ist sehr unterschiedlich noch.

Wir haben mit dem Wirkbetrieb bereits in den Behörden, nachgeordneter Bereich des Sozialministeriums, im LAGuS, nachgeordneter Bereich des Innenministeriums, im LAiV begonnen, des Wirtschaftsministeriums, im Bergamt, und im LALLF, das ist das Landwirtschaftsministerium, da steht der Rollout unmittelbar bevor, als erste Landesbehörde, auch da, Herr Chef der Staatskanzlei, also wirklich vorbildlich. Die Staatskanzlei wird dann jetzt im Laufe des Junis die Migration von ...

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

David Wulff, FDP: Nicht zu viel loben, hat er gesagt.

Minister Dr. Heiko Geue: Ich soll nicht so viel loben?

(Zurufe aus dem Plenum: Mehr! Mehr! –
Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,
und Torsten Koplin, Die Linke)

Noch mehr? Ach so!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Na ja, also für mich ist das als Fachminister super, wenn die Staatskanzlei vorweggeht, weil dann alle anderen sich drängeln, ich möchte als Nächster. Und wenn jetzt die Staatskanzlei sagt – noch mal, die Staatskanzlei hat schon eine elektronische Akte, nicht, dass das irgendwie hier missverstanden wird, sie hat DOMEA, die ist aber relativ alt, Ihnen brauche ich es nicht lang zu erklären, Sie wissen es –, die E-Akte wird da

kommen. Zweite Landesbehörde, das Landwirtschaftsministerium, das sehr auch da unterwegs ist. Bei der Polizei haben wir einen höheren Aufwand, weil das natürlich eben aufgrund der vielen einzelnen Behörden durchaus herausfordernd ist, da hat aber auch schon das Einführungsprojekt begonnen. Also da sind wir auch im Zeitplan. Und der Plan ist auch da, im Herbst dann entsprechend das umgesetzt zu haben.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie dazu noch eine Nachfrage stellen?

David Wulff, FDP: Ja, eine kurze Verständnisfrage: Also im Herbst umgesetzt heißt dann in allen Häusern ...

Minister Dr. Heiko Geue: In allen ...

David Wulff, FDP: ... oder Ministerien?

Minister Dr. Heiko Geue: Entschuldigung!

Ja, Herr Abgeordneter, das heißt, in allen obersten Landesbehörden, das heißt dann halt den Ministerien, aber noch nicht in allen nachgeordneten Behörden. Das wird dann zügig, so rasch wie möglich gemacht.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Wulff, ich würde Sie dann auch bitten, die Frage **Nummer 3** zu stellen.

David Wulff, FDP: Frage Nummer 3 ist jetzt was gänzlich anderes. Da geht es noch mal um das ganze Thema Beamtenbesoldung, Beamtenvergütung. Und das Bundesverfassungsgerichtsurteil von 2025 ist ja hinlänglich bekannt zur Beamtenbesoldung, insbesondere die amtsangemessene Alimentation. Da hatten wir ja in verschiedenen Kontexten ja auch schon mal dazu gesprochen.

Und da ist meine Frage: Konkret welche Auswirkungen hat denn der Beschluss des Gerichts nach der bisherigen Prüfung der Landesregierung – Sie hatten ja gesagt, Sie prüfen noch – auf die Besoldung und die Versorgung hier in Mecklenburg-Vorpommern

und dann auch entsprechend auf die unteren Besoldungsgruppen, also dieses interne Gefüge? Wie ist da weiterhin Ihre Einschätzung beziehungsweise wie ist denn die Prüfung gelaufen?

Minister Dr. Heiko Geue: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Abgeordneter Wulff, tatsächlich dauert die Prüfung an, weil sie ist sehr komplex. Wir haben, ich habe aber mal meinen Leuten gesagt, wie war das denn mit der bisherigen Rechtsprechung des Verfassungsgerichts? Nach der bisherigen, hätten wir da jetzt amtsangemessene Alimentation, ja oder nein? Die bisherige war ja 15 Prozent Mindestabstand zum Bürgergeld. Haben wir das? Ja, haben wir. Nach der bisherigen alten Rechtsprechung hätten wir keinen Handlungsbedarf, weil wir nämlich 17 Prozent, die unterste Stufe, die allerunterste, 17 Prozent drüber und die anderen natürlich entsprechend drüber.

Jetzt müssen wir uns aber an der neuen Rechtsprechung – die hat ja gar nichts mehr mit diesem Abstandsgebot zu tun, sondern mit dem Medianäquivalenzeinkommen, das aber dann auch an Tariflohn, an Nominallohnentwicklungen, an weiteren Entwicklungen abgeglichen werden muss –, und wir haben halt die Herausforderung, dass es nicht nur um die unteren Lohngruppen geht bei dieser Anpassungsreform, sondern die ganze Tabelle der Beamtenschaft bis hoch nach B10 und B11, also bis Staatssekretärsebene und dann analog über Ministergesetz natürlich Minister und Ministerpräsidentin. Und ich habe hier schon mal gesagt, aus meiner Sicht ist es ganz schwierig – und das müssen wir uns genau anschauen –, wenn eine Mindestlohngerichtsentscheidung zu höheren Löhnen dann bei Staatssekretärinnen und Ministern führt, und zwar deutlich höheren Löhnen. Wir hatten die Debatte beim Bundeskanzler. Wenn man das einfach so durchlaufen lässt, was das dann bedeutet. Sie wissen, dass ich das kritisch sehe, und deswegen schauen wir es uns genau an.

Und interessanterweise – wir sind ja kritisiert worden, auch von manchen, also vom Richterbund zum Beispiel, dafür, dass wir nicht schneller sind –, aber ich finde es sehr interessant zu sehen, wir haben Schleswig-Holstein, die haben schnell geschossen, sehr teuer, und der Bund hatte seine Probleme, er hat es jetzt noch nicht umgesetzt, und ansonsten hat noch kein Bundesland die Lösung vorgelegt. Deswegen machen wir es weiter so, wie ich es hier angekündigt habe.

Wir haben einen Besoldungsdialog mit den Gewerkschaften, mit dem Richterbund. Ich habe die Landesrechnungshofpräsidentin dazugebeten, die kommt auch mit dazu. Und da werden jetzt die Gespräche auch im Juni bis in den Juli hinein laufen, damit wir dann für die nächste Legislaturperiode – das ist ja jetzt nicht mehr schaffbar –, aber schon auch vorbereiten können, dass das so zügig wie möglich dann auch umgesetzt wird.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie dazu noch eine Nachfrage stellen? (Zustimmung)

Bitte!

David Wulff, FDP: Ja, vielen Dank!

Also jetzt ist ja genau das passiert, was ich auch in diesem Hause schon immer gesagt habe, wenn man die Mindestlohnspirale halt einfach immer weiter nach oben dreht, dass es halt nicht im Wesentlichen unten trifft, sondern dass das nach oben halt sich alles durchwachsen muss, und das dauert halt entsprechend. Jetzt haben wir halt genau das.

Meine Frage geht gar nicht so sehr, wie sieht das nachher in den obersten Besoldungsstufen aus, es trifft ja, klar, trifft Leute und das ist politisch eine relevante Entscheidung, aber am Ende ist das ja nicht der dicke Kuchen, der den Landeshaushalt so sehr belastet, sondern da geht es tatsächlich eher so um den, ich sage mal, höheren Mittelbau, wenn man das so sagen möchte. Und wie ist denn da die bisherige Rückmeldung, ich sage mal so, aus der Belegschaft, Betriebsrat et cetera, also Arbeitnehmervertretung oder Beamtenvertretung? Halten die jetzt still oder wie ist da der aktuelle Stand, der Gesprächsstand?

Minister Dr. Heiko Geue: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Wulff, es ist tatsächlich so, dass auch aus meiner Sicht es ganz wichtig ist, dass wir einen angemessenen Abstand haben. Deswegen fand ich eigentlich die alte Gerichtsentscheidung ganz gut, dass man über den Abstand gehen kann. Jetzt haben

wir halt ein anderes Verfahren, aber die Menschen, die arbeiten, sollen auch mehr Geld bekommen als die Menschen, die nicht arbeiten. Das ist für mich ein ganz wichtiger Grundsatz, auch als Sozialdemokrat. Da weiß ich, dass Sie als Freidemokrat das genauso sehen.

Und natürlich ist es für uns eine Debatte, zum Beispiel die unterste A4-Ebene wegzunehmen, was hätten wir dadurch dann gewonnen, aber auch andere Maßnahmen, genau das ist das, was wir im Besoldungsdialog jetzt besprechen. Es gibt verschiedene Baustellen oder Regelmechanismen, die man ansetzen kann. Man kann jetzt, was in der Vergangenheit nicht möglich war, dass man auch mit Zulagen, die auch mitberücksichtigt, dass man also das Gesamteinkommen sieht, das ist alles möglich. Wir müssen uns klar werden darüber, wie stark wir das Einkommen des jeweiligen Partners mit berücksichtigen. Das kann man so und so machen. Also überall hat man Möglichkeiten, Stellschrauben, und die machen dann aber auch, sagen wir mal, aus, wie teuer am Ende auch die Reform wird.

Wir werden etwas tun müssen, das kann ich hier ankündigen, damit wir wieder verfassungsgemäße Besoldung haben. Wie gesagt, nach der alten Rechtsprechung hätten wir es gehabt, aber nach der neuen müssen wir ran, und das werden wir tun. Und ich kann Ihnen sagen, zur Beruhigung hier im Landtag, aber auch vor allen Dingen natürlich der Kolleginnen und Kollegen, wir haben ja für 2025 geregelt, dass sie nicht haushaltsnahe Geltendmachung ihrer Ansprüche machen müssen. Und das werde ich auch, es ist gerade in der Vorbereitung, auch für 2026, das will ich jetzt noch in den nächsten Wochen regeln, damit die Kolleginnen und Kollegen wissen, niemand muss Sorge haben, niemand muss Beschwerde einreichen oder irgendwo klagen. Die Ansprüche für 2025 und 2026 – 2025 war ja das Verfassungsgerichtsurteil –, die werden erhalten.

Und auch wenn es erst in 2027 geregelt wird, wird es dann rückwirkend geregelt für die Kolleginnen und Kollegen. Niemand verliert dadurch Geld, dadurch, dass wir jetzt ein bisschen länger brauchen. Der Vorteil, dass wir länger brauchen, wir können gucken, wie die anderen Bundesländer es regeln. Wir können uns daran orientieren und dann hoffentlich die beste Reform dann für die nächste Legislaturperiode vorbereiten.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit und bitte den Abgeordneten Michael Meister, die Frage zum **Thema Nummer 4** zu stellen.

Michael Meister, AfD: Guten Morgen, Herr Minister! Moin!

Es geht, es geht um den Heiligen Gral der Sozialdemokratie, es geht um das Tariftreue- und Vergabegesetz. Und, Herr Minister, die SPD und die rot-rote Landesregierung verkaufen das Tariftreue- und Vergabegesetz als großen Erfolg für gute Löhne, gegen Lohndumping und für mehr Tarifbindung.

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD:
Das ist gut bemerkt.)

Deshalb frage ich Sie, Herr Albrecht, deshalb frage ich Sie heute ganz konkret: Wie viele Arbeitnehmer in Mecklenburg-Vorpommern haben seit Einführung dieses Gesetzes nachweislich mehr Lohn erhalten, weil ihr Arbeitgeber einen öffentlichen Auftrag nach dem Tariftreue- und Vergabegesetz bekommen hat? Und ich möchte es betonen, es geht mir hier nicht um eine politische Bewertung, sondern ich möchte wirklich konkrete Zahlen haben. Danke!

Minister Dr. Wolfgang Blank: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werter Herr Abgeordneter! Sehr geehrter Herr Meister, danke für die Frage!

Ich möchte doch noch mal auf den ersten Punkt eingehen, weil ich glaube, dass es ja ein Zeichen war, das die Landesregierung gesetzt hat. Und ich durfte ja auch im letzten Jahr die Mindestarbeitsbedingungenverordnung vertreten und kann sagen, ich stehe auch dazu, weil es geht ja in drei Richtungen. Deshalb möchte ich das politische Statement hier schon noch mal abgeben.

(Rainer Albrecht, SPD: Sehr gut!)

Faire Arbeitsbedingungen, guten Lohn, da gibt es Dinge, worüber ich auch, glaube ich, mit den Kollegen immer wieder spreche und auch an der einen oder anderen Stelle mehr sprechen würde, aber ich glaube, das ist ein Standard, der hier gesetzt wird, das ist eine deutsche Norm, die hier gesetzt wird, auch Richtung Arbeitnehmerschaft, ganz, ganz wichtig.

Zweiter Punkt: Gerade in den beschriebenen Branchen, da ist die Mobilitätsbranche ganz wichtig.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wir regulieren hier den möglichen unfairen Wettbewerb. Also es geht um das Thema Lohndumping, es geht um Arbeitsbedingungen. Das ist auch ein Schutz der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.

Und den dritten Punkt, es ist auch ein Zeichen nach außen. Dass man das immer hinterfragen muss, Danke für die Frage, da bin ich sehr bei Ihnen, und ich glaube, wir müssen in einem zweiten Block, also insofern hat das Tariftreue- und Vergabegesetz erst mal ein Zeichen gesetzt, ein politisches Zeichen, wenn ich so die Reaktionen höre, dann hätte ich mir sogar noch mehr sozusagen Fragen auch an mich erwartet, dann ist das erst mal angekommen.

Ich wäre da sehr für messbare Kriterien. Wenn es jetzt um die Aufträge geht, dann müssen wir davon nicht nur ausgehen, sondern dann ist es so, dass wir da einen Nachlauf haben. Wir haben das ja im Vorfeld beobachtet, wie viele Aufträge sind eigentlich betroffen. Ich habe die Zahlen gerade nicht parat, also sozusagen kann man das ja dann sich anschauen. Da bin ich dann gerne bereit, zu gegebener Zeit das auch nachzureichen. Das können wir anschauen. Die Zahlen sind ja verfügbar, wie viele Aufträge wurden vergeben.

Das andere, was mir noch wichtig ist, wenn wir hier messen, ist, worum geht es, wenn es um Kritik geht, geht es um die bürokratische Belastung – auch ein ganz wichtiges Thema, ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt gewesen, der ist geregelt, das ist jetzt

einfach auch gehandhabt, es ist ein zweiseitiges Blatt, das ausgefüllt werden muss, ein Formular –, geht es um die zusätzliche Belastung von Unternehmen, da sind wir bei der Frage, die Sie gestellt haben, und geht es dann um die Zufrieden- oder Unzufriedenheit derer, die vom Tariftreue- und Vergabegesetz profitieren sollen, also von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Und ich würde auch noch eines anschauen: Welche Beschwerden gibt es eigentlich? Das sieht man ja in anderen Bundesländern, das sollte man sich anschauen. Da gab es durchaus auch den einen oder anderen Fall, den man sich angucken muss. Also danke für die Fragen!

Was die ganz konkrete Frage auf die dann Umsetzung nun seit einem Jahr beziehungsweise das Gesetz vor, ich glaube, es waren zwei Jahre, anbetrifft, schauen wir uns die Zahlen an, wenn sie denn vorliegen, und können gerne auch hier berichten.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie dazu noch eine Nachfrage stellen?

Michael Meister, AfD: Ja, eine Verständnisfrage.

Also es liegen Zahlen vor, die haben Sie nur nicht hier, oder Sie müssen die auch erst irgendwie ...

Minister Dr. Heiko Geue: Ja, das ist ja nicht so ganz trivial, wenn Sie jetzt schauen, wie viele Aufträge sind denn öffentlich vergeben worden, das betrifft, das bezieht sich auf ganz verschiedene Ebenen. Es sind die Kommunen, die Aufträge vergeben,

(Thomas Krüger, SPD: Genau so.)

es sind die Landkreise, die Aufträge vergeben, es ist natürlich – könnte ich jetzt nach rechts schauen –, es ist der Finanzminister, es ist SBL, der einen Auftrag vergibt. Wir versuchen auf der einen Seite, Bürokratie zu entlasten, ganz wichtig, ganz, ganz wichtiges Thema. Wir haben im Augenblick diese Daten noch nicht digital zur Verfügung, sonst würde ich es so machen, es wird wahrscheinlich auf den Bildschirm kommen. Ich glaube, das ist so die Vision, die wir alle haben. Das ist der Zeitversatz.

Und wir können jetzt berichten von vor ungefähr einem Jahr oder etwas mehr als einem Jahr, als ich dann ins Amt kam, haben wir uns auch mal die Zahlen angeschaut, um wie viel geht es, um welchen Betrag. Und das jetzt natürlich mit dem zu vergleichen, wie heute oder gestern der Stand war, da braucht man eben auch diese Aufarbeitung. Und diese Zahlen können wir dann gerne auch bereitstellen. – Danke schön!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Martin Schmidt, die Frage zum **Thema Nummer 5** zu stellen.

Martin Schmidt, AfD: Guten Morgen, Herr Minister! Guten Morgen, Frau Landtagspräsidentin!

Ja, im Gegensatz zum Tariftreue- und Vergabegesetz gibt es bei der Deutschen Bahn klare Zahlen, die mir vorliegen, von der neuen Frühstrecke Rostock–Schwerin–Hamburg. Und da haben wir Auslastungen, die schwanken zwischen 61 Fahrgästen im Zug in der Spitze und so ungefähr 140.

(Patrick Dahlemann, SPD: Super!
Jeder Einzelne ist ein guter Fahrer.)

Und wenn man das alles mal zusammenrechnet, dann entsteht, ja, eine Auslastung von maximal 38 Prozent in den Tagen, die mir hier vorliegen.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Das Ziel ist 50 Prozent Sitzplatzauslastung bei der Deutschen Bahn. Und auch aus diesem Grund wurde wahrscheinlich aufgrund der nicht vorhandenen Wirtschaftlichkeit der Betrieb dort eingestellt. Und ich frage Sie noch mal: Wie rechtfertigen Sie, diese Strecke morgens zu finanzieren als Land, wenn sechs Minuten später ein Regionalzug fährt?

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD –
Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD)

Minister Dr. Wolfgang Blank: Ich bin jetzt hier etwas, ich war zunächst etwas verwirrt. Sie haben es jetzt gerade wieder auf den Morgenzug bezogen, deshalb prima. Also wir haben jetzt die Regelung seit einem knappen Monat laufen. Ich glaube, das ist ein guter Ansatz, den wir hier gewählt haben. Ich finde 38 Prozent jetzt über diese Anfangszeit nicht verkehrt, man hörte da im Vorfeld auch von unterschiedlichen Auslastungen, also erstens mal ein großer Haken dran.

Und warum wir es machen, bin ich jetzt etwas erstaunt. Wir machen es für diejenigen, die morgens an ihren Arbeitsort wollen. Wir haben es ermöglicht, hier auch die Nahverkehrspreise auch, die Nahverkehrstickets anzunehmen. Das ist für die Pendlerinnen und Pendler, das ist für die Bevölkerung, für die, die in die Großräume wollen.

Und wir haben auch, was den Rückweg anbetrifft, eine Auslastung, die für den Anfang nicht verkehrt ist. Wir haben im Augenblick – und deshalb bin ich da auch ein bisschen vorsichtig noch in der Gesamtbewertung – für den RE1, also für den späteren, noch keine validen Zahlen. Das müssen wir uns dann sicher anschauen. Ich glaube, die Bahn ist dort ein System, das man beobachten muss, die Auslastung. Ich kann es nur rechtfertigen, die Pendlerinnen und Pendler haben diese Strecke gewünscht/gefordert. Es ist ganz, ganz wichtig, dass wir unsere Großräume an Hamburg und an die weiteren Verbindungen anbinden.

Und ich bin mal sehr gespannt, wenn dann die gesamte, wenn das Gesamtpaket steht – wir werden jetzt den 14. Juni haben, wir haben dann Mitte Juli, der Zug wird weiterfahren dann nach Köln –, wie dann die Auslastungen sich entwickeln. Ich glaube, diese Frage müssen wir dann auch gemeinsam an die Bahn stellen. – Danke schön!

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen?

Martin Schmidt, AfD: Sehr gerne.

Ich frage Sie noch mal, Herr Dr. Blank: Also es geht ja auch ums Steuergeld des Landes, 2 Millionen Euro ungefähr im Jahr. Sechs Minuten später, also um 06:08 Uhr, fährt der Regionalzug 1 nach Hamburg, sechs Minuten vorher der ICE, den wir teuer subventionieren. Wo ist da der Sinn? Bitte erklären Sie es mir!

Minister Dr. Wolfgang Blank: Ich sage es noch mal, es gibt ja auch einen Unterschied

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)

zwischen dem Zug, der sechs Minuten früher fährt, und dem Zug, der sechs Minuten später fährt.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Wir schaffen es, dass die Menschen, die im Großraum Hamburg arbeiten, die Menschen, die über den Großraum Hamburg vielleicht auch Wirtschaft betreiben wollen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Unternehmen, die woanders hinwollen, die Chefs selber und die Chefinnen, wir schaffen, dass die zu einem Zeitpunkt in Hamburg sind, den sie mit dem anderen Zug nicht erreichen.

(Patrick Dahlemann, SPD: Genau so.)

Ich bin auf Ihrer Seite, dass wir, ich glaube, was die Bahn anbetrifft, da noch mal ein anderes Thema ansprechen, wie gut versorgt eine Bahn die Randregionen und die ländlichen Räume. Das ist aber ein ganz anderes Thema. Wir hatten hier eine Situation, mit der wir, denke ich, sehr gut umgegangen sind. Wir haben die beiden Varianten. Ich kann das gut vertreten, diese Strecke ist uns das wert. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt die Abgeordnete Sandy van Baal, die Frage zum **Thema Nummer 7** zu stellen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Kommt nicht zuerst 6? –
Präsidentin Birgit Hesse spricht
bei abgeschaltetem Mikrofon. –
allgemeine Unruhe)

Nein, nein! Entschuldigung! Ich hatte mir schon bei Herrn Waldmüller einen Haken gemacht.

(allgemeine Heiterkeit und Unruhe)

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Wolfgang Waldmüller, die Frage zum **Thema Nummer 6** zu stellen. Entschuldigen Sie bitte, Herr Waldmüller! Keine Absicht!

Wolfgang Waldmüller, CDU: Guten Morgen! Das habe ich auch gar nicht unterstellt. Deswegen habe ich mich ja bemerkbar gemacht.

Guten Morgen! Es geht um den SailGP 2026. Medienberichten zufolge kann man da lesen, dass das Land sein Engagement beim SailGP erheblich ausweiten möchte.

Können Sie mir bitte sagen, um welchen Verhandlungsstand es sich da konkret handelt?

Minister Dr. Wolfgang Blank: Ja, das will ich gerne tun. Das ist schon, wie sagt man, ein großer Erfolg gewesen, den wir im letzten Jahr erreicht haben. Auch das möchte ich hier noch mal einordnen. Ich glaube, wir haben hier ein ganz, ganz tolles Event in die Region bekommen und in einer Region, die, ich sage mal, auch in der Hinsicht Tourismus nicht ganz vorne im Schaufenster stand, über 13.000 Besucherinnen und Besucher, die live vor Ort waren. Der eine oder die andere durfte selber in den Schlangen stehen. Das war Gänsehautfeeling, ein ganz tolles Event.

Man muss natürlich berücksichtigen, es war auch Karibik in Sassnitz. Wunderbar! Die Kulisse war klasse. Und es war, auch wenn man das so liest, wirklich ja auch jede, ich sage mal, Gruppe der Bevölkerung da. Es waren junge Menschen da, es waren Leute aus der Region da, es waren natürlich auch Hochkaräter mit dabei, die alle dieses Klima sehr geschätzt haben.

Wir haben uns daher schon im letzten Jahr Gedanken gemacht, wie kann man da rangehen. Es geht in drei Richtungen, das kann ich dazu sagen:

Das eine ist, es geht uns um den Standort. Es geht uns um den Standort Sassnitz, es geht uns um die Region, es geht um ganz Rügen. Und so war es ja auch im letzten Jahr gewesen. Wir hatten damals ja die Stadt auch wesentlich unterstützt.

Zweiter Punkt: Ich schaue mal zur Sozial- und Gesundheitsministerin. Es geht uns auch um das, was dort angeboten wird. Das Rennen an sich ist bekannt. Aus den Töpfen wurde – und das soll auch in diesem Jahr wieder passieren –, aus den Töpfen wurde auch ein inklusives Segelevent, das auch noch mal die Strahlkraft hier darstellen sollte und das die Strahlkraft des großen Events auch nutzen sollte, angeboten, auch mit großem Erfolg. Einer der Matadoren der deutschen SailGP ist ja da auch extra aufgetreten. Ich glaube, man kann mit solchen Events dann auch wirklich Reichweite dann noch mal vervielfachen, ganz wichtig.

Und der dritte Punkt ist dann die Frage, wie ist das Land selbst dort sichtbar. Das ist der dritte Block. Also wie präsentiert sich dort das Land als Marke. Das ist dann wirklich das direkte Gespräch mit der Liga. Wir haben erst im, ich glaube, es war Ende April gewesen, ein Gespräch vor Ort gehabt, haben den groben Rahmen besprochen. Da sind einzelne Teile schon klar. Wir werden das erhöhen, das Engagement. Ich kann Ihnen im Augenblick nur noch keine abschließenden Zahlen sagen. Punkt!

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Waldmüller, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen?

Minister Dr. Wolfgang Blank: Ich habe die rote Lampe.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Ja, klar, gerne.

Jetzt haben Sie, zum Schluss sind Sie auf meine Frage eingegangen, dass Sie keine Angaben machen zu meiner Frage, wie viel denn das Land mehr an ..., wenn es heißt, deutlich auszubauen. Wann können Sie denn Zahlen nennen?

Minister Dr. Wolfgang Blank: Also es gehören auch immer mehrere in den Fahrersitz, weil das Land ja nicht der Ausrichter ist, sondern es einen Ausrichter gibt. Und es gibt ja auch vor Ort,

(Der Abgeordnete Wolfgang Waldmüller
spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

es gibt vor Ort auch Beteiligte, mit denen wir im Gespräch sind. Sie können sich schon vorstellen, wenn wir dabei helfen, eine Hafenpromenade vielleicht zu ertüchtigen – also es sind ja direkte und indirekte Effekte –, in welche Größenordnungen wir da kommen, was auch einer Region dann helfen wird, das muss man so sagen.

Und das Segelevent wird in ähnlicher Größe sein wie im letzten Jahr. Das ist gar kein Thema. Ich denke mal, dass wir, ja, auch, was dann Planungskosten und Ähnliches anbetrifft, wir einen flexiblen Betrag haben. Ich würde mich, was einen ganz exakten Zeitpunkt anbetrifft, da auf, ich sage mal, den Juli einlassen wollen.

(Der Abgeordnete Wolfgang Waldmüller
spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

Dann kommen Sie im Juli gerne noch mal her, gerne, ja. Danke schön! Ja, das machen wir jetzt.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Minister Dr. Wolfgang Blank: Das kriegen wir hin.

Präsidentin Birgit Hesse: Ich bitte jetzt, ...

Minister Dr. Wolfgang Blank: Ja.

Präsidentin Birgit Hesse: ... jetzt die Abgeordnete Sandy van Baal, die Frage zum **Thema Nummer 7** zu stellen.

Minister Dr. Wolfgang Blank: Wunderbar!

Sandy van Baal, fraktionslos: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

Es geht um die Konjunkturumfrage der IHK, die haben wir ja jetzt auch alle erhalten in unserer Post, noch mal schön aufgearbeitet, wunderbar. Ich will jetzt gar nicht so sehr auf die Gesamtbewertung hinaus. Auf ein Feld will ich hinaus, die größten Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen. Da liegt auf drei, die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wurden da angegeben mit 63 Prozentpunkten.

Meine Frage an Sie: Wo und wie können Ihrer Meinung nach in MV die wirtschaftspolitischen Rahmenrichtlinien neu gestaltet werden, verbessert werden, damit das auch einen Ansatz in der Wirtschaft wirklich zeigt? Weil was wir jetzt haben in diesen Konzepten, industriepolitisches Konzept und so weiter, das scheint ja keine Wirkung zu zeigen. Haben Sie da andere Vorstellungen, neue Ideen, was man da weiterentwickeln möchte oder könnte, besser gesagt?

Minister Dr. Wolfgang Blank: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Frau Abgeordnete, also vielleicht auch da noch mal ganz kurz die Einordnung. Schaut man die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen an, dann sind es ja im Wesentlichen drei Punkte: Es sind Energiekosten, Arbeitskosten, Bürokratiekosten. Ich will da jetzt nichts wegschieben, da müssen wir uns doch nur ehrlich auch in dieser Runde fragen, was können wir machen. Wir können hier immer nur und nicht immer nur, sondern wir müssen das gemeinsam dann auch tun in unseren unterschiedlichen Kanälen, dieses Thema Richtung Berlin adressieren, ja, Nummer eins.

Das Zweite ist, Sie haben jetzt gerade so ein bisschen pauschal gesagt, ja, das ist jetzt das Ergebnis für die Wirtschaft. Wir hatten am 4. Mai eine gute Runde, die aber auch durchaus ein bisschen diverse Meinungen hatte, mit den Verbänden, mit den Kommunalvertretern, mit dem Unternehmerverband, auch Kollege Biercher aus der Arbeitsagentur war dabei. Unverändert, ohne das Problem kleinzureden, ist der Eindruck, ja, wir haben Probleme, vor allem aufgrund unserer Struktur der kleinteiligen Wirtschaft und dort in verschiedenen Bereichen. Da können wir uns Speditionen jetzt zum Beispiel auch rausnehmen, das heißt, da kommen wir nachher noch mal auf das Thema und auch andere Bereiche, auch in einzelnen Bereichen des Handwerks. Ich war jetzt letzte Woche im Handwerkergespräch, dem deutschen Meeting der Handwerker der Elektrobranche, die waren so was von angetan vom Standort, das ist was anderes.

Was machen wir konkret vor Ort? Ja, ich glaube, das große – das war jetzt beim Ostdeutschen Wirtschaftsforum –, der große Vorteil oder das große Ergebnis oder das, was wir machen, ist, direkt im Kontakt zu bleiben. Wir hatten jetzt das Thema „Kommunizieren, mit den Verbänden in Kontakt bleiben“ in unterschiedlichsten Ansätzen, wir hatten das Kraftstoff-Spitzengespräch, wir hatten jetzt kürzlich eine Runde, sehr konkret auch Finanzminister und ich, dass wir die Banker mit eingeladen haben, auch die Verbände mit eingeladen haben, wo gibt es denn Finanzierungsprobleme. Das war ein sehr konstruktives Gespräch, also sich wirklich um die Themen kümmern. Wir müssen auch schauen, wie wir dann die Firmen bei der Transformation begleiten.

Das ist das Rezept, was wir hier haben, und ich glaube, auf der anderen Seite auch erkennen, wo sind denn unsere Wachstumsbereiche und die vielen Kleinen mit den Großen zusammenbringen. Ich meine, wir haben Bereiche, denen ist gut, also wirklich hier mit beistehen und sie dann in die Runden mit einbringen. – Danke!

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Abgeordnete, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen?

Sandy van Baal, fraktionslos: Sehr gerne. Vielen Dank!

Herr Minister, mir ist auch klar, Sie können nichts an den Reformen im Arbeits- und Sozialbereich geben, Steuern runter und so weiter, das liegt natürlich in Berlin. Das ist mir auch klar. Wo wir aber, ich denke, unterstützen können als Land MV, ist die Entlastung von bürokratischen Vorgaben. Das steht ja hier auch drin. Es gibt ja das Bürokratieentlastungsgesetz, das ist richtig. Habe ich recht? Ja. Reicht das Ihrer Meinung nach aus, um den Unternehmen schon zu helfen?

(Patrick Dahlemann, SPD: Herr Geue sagt Ja.)

Minister Dr. Wolfgang Blank: Also eines, was ja Direkthilfe, ich sage mal, wir haben auch die Vergabe geändert, also da haben wir ja wirklich auch die Wertgrenzen schon mal angehoben. Auch da sind wir jetzt bei einer der Vorrangfragen. Wir sollten das mal messen und uns anschauen, bevor ich diese Frage jetzt sozusagen seriös beantworten kann. Aber ein ganz wichtiges Zeichen, das Vertrauen ist da, dass Direktvergaben mit höheren Wertgrenzen erfolgen können,

(Patrick Dahlemann, SPD: Sehr richtig!)

ein ganz, ganz wichtiges Zeichen der öffentlichen Hand, Vertrauen gezeigt. Das müssen wir jetzt messen, ja?!

So, Bürokratie. Das Zweite ist das Thema Genehmigungsfiktion. Ja, da haben wir, glaube ich, auch, nicht nur glaube ich, sondern wir haben einen sehr großen Schritt getan. Wobei ich auch merke, wir müssen es jetzt umsetzen. Wir müssen auch das Vertrauen in unsere Mitarbeiterschaft dann rüberbringen. Auch das müssen wir messen, wo haben wir es denn dann wirklich jetzt auch umgesetzt und wo können wir das bewerkstelligen. Weil da merken wir auch, unsere Gesetzeslandschaft ist doch relativ komplex – jetzt will ich nicht wieder auf Bund und EU verweisen –, aber ich glaube, da müssen wir auch in der Umsetzung noch mal einen großen Schritt tun.

Das ist beim Thema Bürokratie, Vergaben – ja, aber wie gesagt, ich glaube, das Wichtigste ist wirklich, wir kümmern uns dann auch um die Sorgenfälle im Einzelnen. Wir haben ein tolles – wir müssen noch mehr bekannt machen, was wir schon haben –, wir haben ein tolles Bürgschaftsprogramm, wenn es wirklich um Notlagen geht, kann

jeder anrufen. Natürlich melden sich eher die Großen, die die Kontakte haben, zunächst mal bei uns. Das haben wir aber auch in dem Gespräch besprochen, da sollten wir alle noch mehr drüber reden. Durch Bürgschaften wird sich nicht alles regeln können. Es gab früher mal andere Formate, Runde Tische, auch da kann man drüber sprechen. Wenn man einzelne Branchen sich anschaut, dann sind die Probleme doch sehr individuell, und da stehen wir zum Gespräch bereit und auch dann entsprechend zu justieren und eventuell auch noch mal ein Instrument aufzulegen. – Danke schön!

Sandy van Baal, fraktionslos: Vielen Dank!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Bevor ich den nächsten Geschäftsbereich aufrufe, begrüße ich recht herzlich auf der Besuchertribüne Mitglieder des Kulturvereins Lübtheen. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie heute hier bei uns im Landtag sind!

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt und bitte die Abgeordnete Beate Schlupp, die Frage zum **Thema Nummer 8** zu stellen.

Beate Schlupp, CDU: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

Ja, das Thema Walrettung oder Walnichtrettung beherrscht die Medien ja nach wie vor und wird uns ja sicherlich in Form einer juristischen Aufarbeitung noch eine Weile beschäftigen.

(allgemeine Unruhe)

Es steht ja der Vorwurf der Tierquälerei im Raum, und medial war ja zu sehen, dass die für den Transport des Wals vorgesehene Barge nach Medienberichten für den Transport ungeeignet war. Während des Transportes stieß das Tier oft gegen die Wände und zog sich Verletzungen zu. Gleichzeitig war der Frachtkahn für den zwölf Meter langen Wal zu schmal, damit er sich selbstständig wenden konnte. Vor diesem

Hintergrund musste der Wal laut Medienberichten von Beobachtern rückwärts aus dem Frachtkahn ins offene Wasser gezogen werden.

Meine Frage daher: Wie wurde im Rahmen der Duldung der Maßnahmen der privaten Rettungsinitiative die Eignung des Frachtkahns hinsichtlich des verletzungsfreien Transports und der unbeschadeten Freilassung des Wals geprüft?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Schlupp! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Punkt eins, dieser Versuch der Rettung des Wals ist von der privaten Initiative ausgegangen, und wir haben nach Paragraf 45 Absatz 5 des Bundesnaturschutzgesetzes und natürlich nach dem Paragrafen 1 des Bundestierschutzgesetzes diese Duldung begleitet. Wir haben kontrolliert, überwacht, begleitet und auch Anweisungen erteilt. Das wollen wir noch mal erstens festhalten.

Auf dem Hoheitsgebiet des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist dem Wal kein Schaden zugefügt worden, sondern so, wie es in dem Gutachten des Deutschen Meeresmuseums und des ITAW, dem Institut der Tierärztlichen Hochschule, festgehalten worden ist, ist ein Gutachten gemacht worden, bevor der Wal tatsächlich in die Barge eingeschwommen ist, freiwillig im Übrigen, hat es ein tierärztliches Gutachten gegeben, in dem festgestellt worden ist, das Tier ist transportfähig, und auch das Gutachten im Übrigen und die Bewertung der Barge ist zu dem Ergebnis gekommen, dass das Tier dort tatsächlich unversehrt transportiert werden kann und zweitens dann auch freigelassen werden kann. Das ist geprüft worden. Es sind im Übrigen auch Maßnahmen auf der Barge vorgenommen worden, unter anderem sind Big Bags mit Sand gefüllt worden, damit er sich nicht verletzt.

Nach meinem Kenntnisstand, das will ich hier ausdrücklich sagen, wir waren verantwortlich, das Land Mecklenburg-Vorpommern, bis zum Ende des Hoheitsgebietes des Landes Mecklenburg-Vorpommern, das heißt die Grenze zu Schleswig-Holstein, ist dem Wal nichts passiert. Er hat keine Verletzungen davongetragen. Was ab Schleswig-Holstein oder dann im dänischen Hoheitsgebiet passiert ist, entzieht sich unserer Kenntnis, ist auch nicht unsere Verantwortung.

Im Übrigen weise ich auch noch mal darauf hin, dass die Privatinitiative, die ja insbesondere von Frau Walter-Mommert und – die Namen sind ja, denke ich, bekannt –, und Herrn Walter Gunz umgesetzt worden ist, haben wir, hat das Land Mecklenburg-Vorpommern eine Haftungsfreistellung bekommen. Ich sage das ausdrücklich, wir haben eine Haftungsfreistellung. Die volle Verantwortung, das ist uns ja auch immer wieder dokumentiert worden, hat diese Initiative übernommen,

(Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es geht doch hier um die politische
Verantwortung.)

und wir haben, und wir haben diese Maßnahme geduldet, und das, was außerhalb der Konzepte war, ist dann von uns geprüft worden und dann gegebenenfalls entweder angepasst worden oder untersagt worden oder es ist denn auch geduldet worden.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Frau Abgeordnete, möchten Sie eine Nachfrage stellen? (Zustimmung)

Bitte!

Beate Schlupp, CDU: Ja, wenn ich das richtig verstanden habe, hat es also ein Gutachten dazu gegeben, dass der Frachtkahn für Transport und Freilassung geeignet war. Dann wäre meine Frage: Wer hat dieses Gutachten erstellt?

Minister Dr. Till Backhaus: Also, es gab das Angebot und in diesem, in diesem Prozess ist das geprüft worden, ist es aus tierschutzrechtlicher Sicht, ist es aus tierartgerechter Sicht möglich, dieses Tier dort tatsächlich zu transportieren. Und das ist sehr genau geprüft worden und ist dann auch geduldet worden.

Wie im Übrigen, was und wie das Tier dann entlassen worden ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Ich kenne diesen Prozess nicht. Es war vereinbart, dass die Barge abgesenkt wird und dass er dann im Freien, praktisch im freien Gewässer, im Übrigen

außerhalb der Verkehrstrennungszone, das war von uns Bedingung, dann entlassen wird, um ihm dann die Möglichkeit der Freiheit zu ermöglichen.

Sie wissen auch aus den Medien, mehr kenne ich auch nicht, dass es dort zwischen der Initiative und dem Kapitän Auseinandersetzungen gibt, und diese Auseinandersetzung entzieht sich meiner Kenntnis.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

(allgemeine Heiterkeit)

Ich bitte jetzt den Abgeordneten …

Minister Dr. Till Backhaus: Ich finde das überhaupt nicht zum Lachen!

Präsidentin Birgit Hesse: Ich bitte jetzt den ...

Minister Dr. Till Backhaus: Nein, nicht Sie …

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Minister, ich habe jetzt das Wort!

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Dr. Harald Terpe, die Frage zum **Thema Nummer 9** zu stellen.

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

Ich frage zum Thema Schiffrecycling und Verschrottung und dazu folgende Vorüberlegungen: Die eine Vorüberlegung ist, dass wir ja keine Kapazitäten im Land Mecklenburg-Vorpommern haben, dass aber die Problematik Recycling und Verschrottung ansteht. Ich selbst erinnere mich an einen Fall, der schon Jahrzehnte zurückliegt, wo in Rostock mal ein Schiff sozusagen auf die Reise geschickt wurde, was verschrottet werden sollte, und dann auf mysteriöse Art und Weise gesunken ist. Das ist ja bekannt. Aber wir haben das Problem ja ernsthaft heute auch, das ist relativ

teuer, Schiffe dann auch zu verbringen, beispielsweise nach Emden oder ins Ausland, um verschrottet und recycelt zu werden.

Zusätzlich ist ja die Situation so, dass wir eine alternde Flottenstruktur in Mecklenburg-Vorpommern haben und wir überdurchschnittlich viele Schiffe eigentlich in Mecklenburg-Vorpommern haben, weil wir ursprünglich auch für ganz Ostdeutschland sozusagen den Schiffsverkehr hatten. Dass das nun bei Ihnen gelandet ist, liegt auch daran, jetzt das Thema, weil nach Bundes-Immissionsschutzgesetz da auch strenge Vorschriften für die Verschrottung dieser komplexen Strukturen bestehen.

Deshalb meine Frage: Welche Schritte hat die Landesregierung unternommen, damit in Mecklenburg-Vorpommern Kapazitäten für umweltgerechte Verschrottung und das Recycling von Schiffen aufgebaut werden können? Und wie ist der aktuelle Stand beziehungsweise was ist auch geplant, in diese Richtung zu unternehmen?

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Abgeordneter, wir haben ein großes Interesse – ich glaube, dass Recycling, das ist auch für den Standort Deutschland insgesamt ein Thema –, sich mit den Rohstoffen und dem Wiederaufbereiten von diesen wertvollen Rohstoffen nicht nur auseinanderzusetzen, sondern Lösungen zu schaffen.

Das Zerlegen von Schiffen hat eine Umweltrelevanz. Ich glaube, wir kennen das Problem jetzt ganz aktuell von Stralsund, die Stäube, Bleistäube, ich glaube, das ist uns allen präsent. Und deswegen ist eines vollkommen klar, wir brauchen eine Technologie, die dann funktioniert. Und da sind wir automatisch im Bundes-Immissionsschutzgesetz, wir sind in der TA Luft, und ich kann Ihnen ausdrücklich sagen, es geht natürlich um ölhaltige Rückstände, es geht um Kraftstoffe, es geht um Bilgenwasser, es geht um Farben, Beschichtungen, PCB, Asbest, Schwermetalle, Kühlmittel, Stäube, Lärm und natürlich auch um die Frage, wie das dann aufbereitet wird, das Schneiden, das Brennen, alles, was dazugehört.

Ich kann heute sagen, wir kommen voran. Die vierte BImSchV ist in der Anpassung. Wir haben da federführend uns auf Bundesebene starkgemacht, dass wir Möglichkeiten schaffen. Es gibt ja zwei Standorte jetzt schon in Deutschland, die sich

auch darum bewerben, und da ist Mecklenburg-Vorpommern mit auch im Fokus. Ich kann hier und heute sagen, nämlich, dass die vierte BImSchV und dahin eine Erleichterung für Schiffsrecycling vorgesehen ist, auch die Demontage von Schiffen ab zehn Tonnen, darunter ist sowieso schon einzeln möglich, diese Maßnahmen umzusetzen. Aber wir brauchen das insbesondere für die älteren Schiffstypen, die im Übrigen eben auch mit Asbest und anderen Fragestellungen verbunden sind, dass wir weiterkommen.

Ich glaube daran, dass dieser Recyclingstandort Mecklenburg-Vorpommern von großer Bedeutung sein kann und das auch für die marinen und semimarinen Bereiche von großer Bedeutung sein kann. Die TA Luft soll auch angepasst werden, das ist unter dem Dach des BImSchGesetzes, und wir kommen da gut voran. Ich hoffe, dass wir in diesem Jahr das zum Abschluss kriegen.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Herr Abgeordneter, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen?

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, eine Nachfrage, also ich hätte nach der zeitlichen Perspektive gefragt, die ist jetzt beantwortet worden. Wir kommen da voran. Und dieses Jahr vielleicht besteht eine Chance. Ich habe auch das Interesse herausgehört, dass wir das auch in Mecklenburg-Vorpommern machen können.

Sehen Sie, Herr Minister, oder siehst du die Konkurrenz sozusagen zu dem anderen Standort in Deutschland? Oder ist es auch möglich, dass zwei Standorte sozusagen ausgewählt werden?

Minister Dr. Till Backhaus: Na, ich sehe wirklich die Chance auch für unseren Standort, weil wir ja Kapazitäten frei haben. Und insofern kann das ein spannendes Thema sein. Wir haben ja auch die eine oder andere Anfrage, auch ganz brandaktuell, und es kommen jetzt ganz interessante Konzepte auf. Das hängt natürlich auch mit den Lieferketten und den Gesamtströmen auf dieser Welt zusammen. Die globalisierten Probleme, die wir haben, führen aus meiner Sicht wirklich in sinnvoller Weise dazu, dass wir, Recycling und Wiederaufbereitung, in die Stoffkreisläufe

zurückkommen und damit technisch/technologisch in einem Vorsprung sind. Und wer Schiffe bauen kann – das können wir –, der kann die natürlich auch zerlegen. Da haben wir ein Know-how, wir haben auch Topleute, die sich mit dem Thema auseinandersetzen. Und es gibt jetzt ernst zu nehmendes Interesse, den Standort Mecklenburg-Vorpommern hier auch weiter zu profilieren.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt die Abgeordnete Jutta Wegner, die Frage zum T**hema Nummer 10** zu stellen.

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Minister! Ich bin ein bisschen überrascht, Sie hier zu sehen heute zu dem Thema, bislang hatte ich das Vergnügen immer mit Herrn Blank.

Aber ich rufe mal in Erinnerung, im Dezember 25 hat Herr Blank mir hier im Landtag geantwortet, ihm lägen zu den ausgeweiteten Planungen des Außenhafens Swinemünde keine Informationen der polnischen Seite vor. Es geht um den Ausbau des Containerterminals in Swinemünde. Auf polnischer Seite haben bereits jedoch seit Anfang des Jahres Vorarbeiten begonnen.

Die Bundesregierung teilte in einer Kleinen Anfrage auf eine, in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der GRÜNEN-Bundestagsfraktion inzwischen mit, dass die Landesregierung am 16. März 2026, also jetzt auch über die geänderten Planungen informiert wurde. Am 18. Mai 26 veröffentlichte zudem die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, eine grenzüberschreitende Behörde mit Öffentlichkeitsbeteiligung, zum Projekt „Durchführung der Baggerarbeiten zur Ermöglichung des Wassertransports zum Außenhafen in Świnoujście“. Nach den dort zugänglich gemachten Verfahrensunterlagen läuft parallel seit Februar 26 in Polen ein Verfahren zur Änderung des maritimen Teils des Containerhafens Świnoujście, insbesondere zum Schutzwellenbrecher, zu Aufschüttungsflächen und zur Verbindung mit der Containermole.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung: Hält die Landesregierung die bislang vorliegenden Informationen und Unterlagen für ausreichend, um die möglichen kumulativen Auswirkungen von Fahrrinne und geändertem maritimen Teil des Containerhafens – es war ja bislang so, dass der Containerhafen nur in der Planung war, jetzt ist die Fahrrinne dazugekommen und hat zu weiteren Änderungen geführt –, des Containerhafens auf Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere auf Küstenschutz, Wasserqualität, Natur, Umweltschutz, Tourismus und Lebensqualität fachlich zu bewerten, und falls nein, welche zusätzlichen Unterlagen oder Verfahrensschritte hat sie gegenüber Polen oder dem Bund eingefordert, um das zu beurteilen?

Minister Dr. Till Backhaus: Also es ist tatsächlich so, dass wir im Zusammenhang mit dem Ausbau des Containerhafens Probleme sehen, dass insbesondere im Wasserbereich – das hängt damit zusammen, dass wir dafür zuständig sind –, wir wissen, dass der Grundwasserleiter eine besondere Bedeutung hat. Der ist nämlich für die Insel Usedom und auch für Świnoujście auch von größter Bedeutung. Und deswegen geht es um die Frage, wenn wir hier die Vertiefung – und wir haben eine geringe Überdeckung, was den Grundwasserleiter anbetrifft, eine geringe Überdeckung –, und wenn wir bedenken, wir sind bei Wassertiefenausbau zwischen 14 und 17,50 Meter, da sehen wir Risiken. Und das haben wir auch den polnischen Behörden mitgeteilt, sodass wir jetzt in die weiteren Maßnahmen mit eingebunden werden, und das heißt, dass wir mit dem Umweltbericht ausdrücklich den polnischen Behörden das mitgeteilt haben, uns daran zu beteiligen. Und insofern, mit Benachrichtigung vom 16.03.2026 hat die polnische Behörde unter anderem um Übermittlung einer Stellungnahme im Zusammenhang mit dem Umweltverträglichkeitsbericht innerhalb von 30 Tagen gebeten. Und die Abgabe dieser Erklärung an dem Verfahren werden wir vornehmen, und insofern haben wir zum 06.05. tatsächlich damit auch Stellung bezogen und weisen auf diese Risiken hin und erwarten dann auch noch Rückmeldung.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Frau Abgeordnete, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, sehr gern!

Es hat ein bisschen eine Verständnisfrage dahinter auch. Sie haben ja zunächst gesagt, dass es um die Vertiefung der Fahrrinne geht, die Sie als Problem sehen, da sind wir ja beteiligt in der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung. Sehen Sie auch Notwendigkeit, darauf hinzuwirken, beteiligt zu werden, um die dadurch veränderten Planungen am Containerterminal selbst, also an den jetzt im Bau befindlichen Hafenanlagen, zu haben?

Minister Dr. Till Backhaus: Grundsätzlich ja, weil wir haben es ja auch in der Nähe mit tatsächlichen FFH- und Vogelschutzgebieten zu tun, sodass wir die Auswirkungen schon auch in den Gesprächen, die wir mit der polnischen Seite geführt haben, fühlen wir uns da schon verantwortlich und sind da auch in sehr intensiven Gesprächen.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Herrn Dr. Terpe, die Frage zum **Thema Nummer 11** zu stellen.

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Zum Zweiten, da geht es um ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von Ende April 2026. Da wurde gegen einen Betrieb in Schwäbisch Hall, Putenmastbetrieb in Schwäbisch Hall, wurden die Haltungsbedingungen sozusagen kritisiert. Die hatten sich bislang an dem Standard von 2013 orientiert, und jetzt hat das Gericht festgestellt, dass die nicht ausreichend sind, diese Standard-Haltungsbedingungen. Das schafft bei uns, weil wir in Mecklenburg-Vorpommern auch eine ganze Reihe von Betrieben haben – ich glaube, über 60 und davon 23 mit mehr als 10.000 Tieren –, Rechtsunsicherheit, und deswegen frage ich, welche Konsequenzen die Landesregierung aus dem Urteil für Mecklenburg-Vorpommern zieht und wie sie für rechtssichere und tierschutzkonforme Standards für Betriebe sorgen will und wie man sich vielleicht eventuell auch auf Bundesebene für die Mindestanforderungen dann einsetzen möchte.

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, lieber Harald, wir wollen Tierhaltung. Das ist im Übrigen auch gut für den Klimaschutz, das ist auch gut für die gesunde Ernährung, das ist auch gut für die Wirtschaftskreisläufe. Dazu gehört auch die Geflügelhaltung, da sind wir uns hoffentlich einig.

In dem Urteil geht es um die Grundsatzfrage, das ist eine Tierschutzinitiative gewesen, um zwei Fragen:

Punkt eins, ist die B.U.T. 6, das ist diese Zuchtlinie, ist das eine Qualzucht? Das hat das Gericht verneint, das halten wir schon mal fest.

Und Punkt zwei, da haben wir ein Interesse, ist die Frage der Haltungsform: Ist den Tieren ein artgerechtes und damit auch tierwohlgerechtes Verhalten ermöglicht unter diesen Haltungsbedingungen, die wir in Deutschland haben? Und da sagen wir seit Jahren, das ist auch verbrieft, wir brauchen die Nutztierhaltungsverordnung Pute. Das ist auch über Jahre leider durch den Bund nicht geliefert worden. Es gibt immer wieder Vorschläge, es gibt denn im Übrigen auch aus den Verbänden, den Tierzuchtverbänden gibt es Vorschläge.

Wir werden uns dem Thema stellen, und meine Forderung ist ganz klar, wir brauchen endlich diese Nutztierhaltungsverordnung Pute, damit die Tierhalter in der Zukunft wissen, unter welchen Bedingungen sie Puten in Mecklenburg-Vorpommern, in Deutschland insgesamt halten können. Und deswegen ist für mich klar, das muss jetzt geschehen. Und wir sind in der nächsten Woche im Übrigen auf der Bund-Länder-Arbeitsgruppe mit unserem Thema dabei und werden das Thema vorantreiben …

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Minister, ich weise darauf hin, dass die Beantwortungsredezeit langsam abgelaufen ist, aber der Abgeordnete hat noch die Möglichkeit einer Nachfrage.

Minister Dr. Till Backhaus: Ich weiß nicht, warum das jetzt abgelaufen ist, aber gut.

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, ich weiß ja auch selbst, das gebe ich auch zu, dass unter der Ampelregierung 2022 schon mal ein Referentenentwurf

vorlag, der dann ja doch auch nicht zu Ende geführt worden ist. Deswegen noch mal die Frage: Gehe ich richtig in der Annahme, dass das Land sozusagen über den Bundesrat dann auch mit anderen Ländern verbunden dann so eine Ordnung stützen würde, und wie ist da die Situation in den anderen Bundesländern, sind die auch interessiert oder ist Mecklenburg-Vorpommern das einzige Land?

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, wir wollen das. Es geht immer um die Frage, wie viel Kilogramm Tier kann auf einem Quadratmeter gehalten werden. Da gehen die Meinungen eben auseinander, was die Besatzdichten anbetrifft, bei Hennen und Hähne zwischen 35 und 48 Kilo, und da brauchen wir einen Dialog. Und die einen wollen möglichst wenig Kilogramm, und die anderen wollen etwas mehr, und dazwischen liegt, glaube ich, die Wahrheit. Wir brauchen aber dieses Geflügelfleisch, das ist auch ernährungsphysiologisch, an einen Humanmediziner, glaube ich, auch sinnvoll.

Aber wir müssen auch gewährleisten, dass das Tierwohl und der Tierschutz beachtet werden, und da brauchen wir jetzt endlich eine Lösung. Der Bund muss liefern, und wir sind an einer kooperativen Form der Bearbeitung interessiert und nicht an einer weiteren Konfrontation. Wir brauchen die Wertschöpfungskette insgesamt, in unserem Bundesland im Übrigen auch, die Land- und Ernährungswirtschaft ist eines der erfolgreichsten Volkswirtschaftszweige, die wir in Mecklenburg-Vorpommern haben.

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und bitte die Abgeordnete Katy Hoffmeister, die Frage zum **Thema Nummer 12** zu stellen.

Katy Hoffmeister, CDU: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Schönen guten Morgen, Frau Ministerin!

Ich nehme Sie zurück mit in das Jahr 1991. Am 17. Juni ist der Vertrag unterzeichnet worden mit Polen zur guten Nachbarschaft und freundlichen Zusammenarbeit – ein wichtiger Meilenstein, nachdem zuvor der Grenzvertrag unterzeichnet worden ist.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Dieser Meilenstein ist aus meiner Sicht so wesentlich, dass wir ihm hinreichend Beachtung schenken müssen. Und wir haben vor wenigen Wochen den Partnerschaftsvertrag gefeiert in Danzig, das heißt, Sie als Landesregierung, und sich dort auch weiter ausgesprochen beispielsweise die Danziger Gespräche auszuführen. Und eigentlich hätte ich erwartet, angesichts der Situation, dass die Ostseetage tatsächlich vor der Tür stehen und mein Blick ins Programm aber keinen Hinweis gefunden hat auf genau dieses wichtige Datum, nämlich auf den 17. Juni, auf diesen wesentlichen Nachbarschaftsvertrag, weil da etwas ist, was Aussöhnung und gute Zusammenarbeit zwischen den Partnern, nämlich Polen und Deutschland, besonders macht. Während andere Bundesländer, in Baden-Württemberg gar oder aber auch in Berlin hinreichend gefeiert wird, kann ich das nicht erkennen. Das verwundert mich sehr, deswegen meine Frage: Habe ich was übersehen und, wenn ja, dann gerne was bitte?

Ministerin Bettina Martin: Ja, sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Abgeordnete, liebe Frau Hofmeister, in der Tat ist das ein wichtiger Themenbereich. Sie wissen, dass die Arbeit der Landesregierung gerade unsere Partnerschaft, unsere Freundschaft zu Polen und die Nachbarschaft sehr priorisiert und sehr pflegt, gerade auch die Zusammenarbeit mit unseren Partnerwoiwodschaften Westpommern und Pommern. Und so hat das natürlich eine Riesenbedeutung für uns. Es ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, aber gerade auch vor dem Hintergrund unserer historischen Verantwortung ist das natürlich für uns alle – ich denke, auch hier, aber für die Landesregierung insbesondere – auch eine Herzensangelegenheit.

Sie sprechen die Ostseetage an, ich komme da gleich noch dazu. Das ist am nächsten, also wir haben mehrere Tage, vom 10. bis zum 16., wenn ich es richtig im Kopf habe, wo wir die Kooperation, die enge Kooperation mit unseren polnischen Freundinnen

und Freunden feiern, aber auch darstellen. Und selbstverständlich wird da der Partnerschaftsvertrag auch eine Rolle spielen.

Sie haben auch angesprochen den deutsch-polnischen Grenzvertrag von 1990, der sozusagen die Grundlage ja für alles, was wir dann danach ausfüllen, den Rahmen und auch für den nationalstaatlichen, die regionalen Vereinbarungen gelegt hat. Und wir haben, Sie haben es erwähnt, im November 2025 diesen auf Antrag der MV-Koalition ja auch ausgiebig gewürdigt hier im Hohen Haus.

Auf der Grundlage des Grenzvertrages folgte dann vor 35 Jahren, am 17. Juni 1991, der von Ihnen angesprochene Partnerschaftsvertrag, und ein Blick in den Vertrag zeigt, wie viel wir auch in den letzten 35 Jahren geschafft haben. In den ersten Artikeln von insgesamt 38 Artikeln ist die Rede von gegenseitigem Gewaltverzicht, Unverletzlichkeit der Grenzen, Heranführung Polens an die EU und Unterstützung Polens bei der Einführung einer sozialen Marktwirtschaft. All das ist inzwischen ja absolut Selbstverständlichkeit sozusagen, und das ist auch gut so.

Und das alles ist nicht von allein gekommen, sondern eben auch auf Grundlage der Bemühungen und das Ergebnis von Bemühungen staatlicher und vor allem auch zivilgesellschaftlicher Akteure, die wir bei den Ostseetagen, denen wir viel Raum geben, sich dort auch zu äußern. Die Verträge haben den Rahmen gesetzt, den wir alle gemeinsam gefüllt haben in den 35 Jahren.

Und lassen Sie mich nur eines sagen als Beispiel dessen, was in den letzten nur jüngsten Anlässen und Begegnungen passiert ist zwischen Polen und uns und in der Freundschaft. Am Tag der Deutschen Einheit, Sie erinnern sich, am 3. Oktober 2024 war Marshall Geblewicz hier auf Einladung …

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Ministerin, ...

Ministerin Bettina Martin: ... der Ministerpräsidentin.

Präsidentin Birgit Hesse: ... ich muss leider darauf hinweisen, dass ich jetzt schon sehr großzügig war ...

Ministerin Bettina Martin: Ich bin gleich so weit.

Präsidentin Birgit Hesse: ... bei der Beantwortung ...

Ministerin Bettina Martin: Ich bin gleich so weit.

Präsidentin Birgit Hesse: ... der Fragen. Insofern würde ich bitten ...

Ministerin Bettina Martin: Dann überspringe ich.

Also das war mir aber wichtig, die Begegnungen, die hier auf allerhöchster Ebene stattgefunden haben, zu nennen. Wir haben ganz, ganz sicherlich auch in den nächsten Wochen, Sie werden es auch hier erleben, wir haben den Bericht zu der Ostseekooperation unserer, wo ja der Fokus auf Polen auch sehr stark liegt, werden wir im Kabinett beschließen und werden ...

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Ministerin, ...

Ministerin Bettina Martin: ... das dann hier auch im ...

Präsidentin Birgit Hesse: ... ich war jetzt mehr als großzügig ...

Ministerin Bettina Martin: Sehr gern!

Präsidentin Birgit Hesse: ... und würde Sie jetzt bitten, zum Schluss zu kommen.

Ministerin Bettina Martin: Aber ich möchte ...

Präsidentin Birgit Hesse: Aber es besteht ja noch die Möglichkeit, dass die ...

Ministerin Bettina Martin: Ja.

Präsidentin Birgit Hesse: ... Abgeordnete eine Nachfrage stellt.

Katy Hoffmeister, CDU: So machen wir das.

Präsidentin Birgit Hesse: Möchten Sie diese Nachfrage stellen, Frau Abgeordnete?

Katy Hoffmeister, CDU: Diese Nachfrage stelle ich.

Ministerin Bettina Martin: Das ist gut.

Katy Hoffmeister, CDU: Danke, Frau Präsidentin! Danke, Frau Ministerin!

Ich stelle zunächst aber erst mal fest, es gibt jedenfalls keine extra Würdigung dieses Vertrages ...

Ministerin Bettina Martin: Doch!

Katy Hoffmeister, CDU: ... am 17. Juni 1991. Ich stelle das fest.

Meine Frage richtet sich jetzt aber natürlich etwas anders aus, und zwar höre ich immer von den Bürgerinnen und Bürgern, die polnischer Herkunft sind, dass sie sich deutlich mehr Einbindung in die Prozesse und auch in die Feierlichkeiten wünschen und natürlich auch immer fragen, ja, was tut man dann also genau, um unsere Kultur, die wir halt hier nicht so leben können oder ausleben, wie wir es uns wünschen würden, stärker einzubinden. Wie binden Sie also in die Feierlichkeiten und in die Präsenz also tatsächlich Menschen ein, die hier inzwischen ihr Zuhause gefunden haben, um sie auch etwas stärker sichtbar zu machen?

Ministerin Bettina Martin: Erst mal möchte ich das noch mal zurückweisen, dass wir keine Feierlichkeiten und das nicht würdigen, den 17. Juni. Noch mal, wir werden den Bericht zur Ostseekooperation im Kabinett beschließen und dann hier auch natürlich den Partnerschaftsvertrag in diesem Rahmen ausdrücklich würdigen. Das ist so ein bisschen Preview ins Regierungsarbeiten, das wird uns im Juli hier pünktlich erreichen, und wir werden es auch pünktlich im Kabinett beschließen.

Außerdem lade ich Sie ein,

(Die Abgeordnete Katy Hoffmeister
spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

mal nach Vorpommern zu kommen, wo in der Grenzregion sehr, sehr lebendig auch die Partnerschaft mit unseren Nachbarn, den Polen, polnischen Freundinnen und Freunden gelebt wird, und übrigens auch, und das weiß ich aus meinem eigenen Wahlkreis sehr gut, gerade auch mit den polnischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, wo ja die lebendige Stettiner Metropolregion Stettin, wo ja der Austausch und das gemeinsame Würdigen der Freundschaft, das gemeinsame Feiern, gemeinsame Projekte, das gemeinsame Wirtschaften, das gemeinsame Forschen in der Universität alltäglich ist. Und insofern ist dort eine ganz, ganz, vor allen Dingen in Vorpommern eine ganz, ganz lebendige Einbindung auch der polnischen Freunde.

Und vielleicht letzter Satz – ich könnte jetzt, Sie merken, noch lange weiterreden –, wir haben, gerade erst vor zwei Wochen waren wir in Polen, der Parlamentarische Staatssekretär für Vorpommern und ich, in Danzig, und haben dort gemeinsam in einer sehr würdigen Veranstaltung gemeinsam mit den Polen, übrigens auch mit einer Delegation aus Deutschland, gemeinsam mit unseren polnischen Partnern diese gemeinsame Freundschaft, aber auch die gemeinsamen Projekte gefeiert und auch begangen.

Insofern kann ich überhaupt gar kein Manko an gemeinsamer Aktivität rund um die wichtigen Jahrestage sehen und lade Sie herzlich ein, in der Debatte im Juli sich dann auch dementsprechend würdig zu beteiligen. – Vielen Dank!

Katy Hoffmeister, CDU: Machen wir auf jeden Fall.

Danke schön!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Gemäß Paragraf 65 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung ist die Dauer der Befragung der Landesregierung auf eine Stunde begrenzt. Vor diesem Hintergrund bitte ich die Abgeordneten, die ihre Fragen nicht mehr stellen konnten, diese heute bis 12:00 Uhr ausformuliert im Parlamentssekretariat einzureichen. Die Landesregierung wird gebeten, diese spätestens bis zum 17. Juni 2026 zu beantworten.

Damit sind wir am Ende der heutigen Befragung der Landesregierung.

Vereinbarungsgemäß rufe ich an dieser Stelle **Tagesordnungspunkt 14** auf: …

(Präsidentin Birgit Hesse)

Vereinbarungsgemäß rufe ich an dieser Stelle **Tagesordnungspunkt 14** auf: a) Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Nach dem EuGH-Urteil zu den SPNV-Trassenpreisen – Angebotskürzungen im Schienenpersonennahverkehr verhindern, Bund zu rechtssicherer Trassenpreisreform und auskömmlicher Schienenfinanzierung verpflichten, Drucksache 8/6402, in Verbindung mit b) Beratung des Antrages der Gruppe der FDP – Schluss mit der Schuldenbremsen-Trickserei auf Kosten der Schiene, Drucksache 8/6588.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Nach dem EuGH-Urteil
zu den SPNV-Trassenpreisen –
Angebotskürzungen im Schienenpersonen-
nahverkehr verhindern, Bund zu rechtssicherer
Trassenpreisreform und auskömmlicher
Schienenfinanzierung verpflichten
– Drucksache 8/6402 –

Antrag der Gruppe der FDP
Schluss mit der Schuldenbremsen-Trickserei
auf Kosten der Schiene
– Drucksache 8/6588 –

Da wir ja bereits zu Beginn der heutigen Sitzung beschlossen haben, dass die Reden zu diesem Tagesordnungspunkt zu Protokoll gegeben werden, kommen wir nun zur Abstimmung über die Anträge.

Wer dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 8/6402 zuzustimmen wünscht, bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist der Antrag auf Drucksache 8/6402 bei Zustimmung durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen durch die Fraktionen Die Linke, SPD und AfD, Enthaltung durch die Fraktion der CDU und

der Gruppe der FDP sowie dem unterschiedlichen Abstimmungsverhältnis der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Wer dem Antrag der Gruppe der FDP auf Drucksache 8/6588 zuzustimmen wünscht, bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist der Antrag auf Drucksache 8/6588 bei Zustimmung durch die Gruppe der FDP, der AfD, Enthaltung durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen durch die Fraktionen Die Linke, SPD, CDU und dem unterschiedlichen Abstimmungsverhältnis durch die fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: ...

(Präsidentin Birgit Hesse)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: a) Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und Die Linke – Energie- und Kraftstoffpreise wirksam begrenzen – Bürgerinnen und Bürger sowie Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern entlasten, Drucksache 8/6479, in Verbindung mit b) Aussprache auf Antrag der Fraktion der AfD gemäß Paragraf 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema „Zwei Monate Tankrabatt – Was hat es gebracht?“. Zum Tagesordnungspunkt 17a liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 8/6528 vor.

Antrag der Fraktionen der SPD und Die Linke
Energie- und Kraftstoffpreise
wirksam begrenzen – Bürgerinnen
und Bürger sowie Wirtschaft in
Mecklenburg-Vorpommern entlasten
– Drucksache 8/6479 –

Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 8/6528 –

Aussprache auf Antrag der Fraktion der AfD
gemäß § 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung
des Landtages zum Thema
Zwei Monate Tankrabatt –
Was hat das gebracht?

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktionen der SPD und Die Linke hat für die Fraktion der SPD der Fraktionsvorsitzende Herr Barlen.

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das politische Geschäft hat ja so den Ruf, ausgesprochen schnelllebig zu sein. Manchmal muss man aber feststellen, so schnelllebig dann nun auch wieder nicht,

beziehungsweise manchmal sogar nicht schnelllebig genug. Belegen kann ich diese These am Beispiel unseres vorliegenden Koalitionsantrags – Energie- und Kraftstoffpreise wirksam begrenzen – Bürgerinnen und Bürger sowie Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern entlasten“. Diesen darf ich hiermit einbringen, und den hatten wir aber eigentlich schon für die Mai-Landtagssitzung vorgesehen und wegen einer übervollen Tagesordnung wird er nun erst jetzt debattiert.

Und trotzdem, meine Damen und Herren, ich will sagen leider, ist dieser Antrag aber noch genau so dringend, genau so aktuell wie noch vor einigen Wochen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Denn, meine Damen und Herren, die Energie- und Kraftstoffpreise sind schon lange nicht mehr nur eine Zahl auf der Zapfsäule oder auf der Rechnung an der Tankstelle. Die Energie- und Kraftstoffpreise, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind zu einer sozialen Frage geworden. Sie sind zu einer wirtschaftlichen Belastungsprobe geworden. Und sie sind, das sage ich an dieser Stelle aus der Perspektive unseres Bundeslandes ganz deutlich, die Energie- und Kraftstoffpreise sind zu einer Frage der politischen Handlungsfähigkeit auf der Bundesebene geworden, meine Damen und Herren.

Wenn Pendlerinnen und Pendler, wenn Pflegedienste, wenn Logistiker und viele andere mehr in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern sagen, wir können uns das Tanken wirtschaftlich kaum noch leisten, dann ist das kein Randproblem, sondern dann ist das unser politischer Auftrag, daran etwas zu verändern, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und, meine Damen und Herren, schon jenseits dieses Antrages, der Ihnen vorliegt, hatte unsere Ministerpräsidentin, hatten wir hier im Parlament kurz nach Ausbrechen des Irankrieges das Thema „Energie- und Spritpreise begrenzen“ im März dieses Jahres schon ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt. Damals haben wir im

Interesse der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sehr klar zum Ausdruck gebracht, der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, die Bundeswirtschaftsministerin und die gesamte Bundesregierung stehen in der Pflicht, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Bevölkerung, um die Beschäftigten, um die Wirtschaft in unserem Land vor den Folgen von Krieg, Krisen und Preisschocks zu schützen, meine Damen und Herren.

Und die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht von der Politik, dass das Leben bezahlbar bleibt oder bezahlbar wird.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Es kann nicht sein, dass man fleißig ist, arbeiten geht und sich dann aber Wohnung, Lebensmittel oder eben die Tankfüllung nicht mehr leisten kann.

Und heute, meine Damen und Herren,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

heute, meine Damen und Herren, müssen wir feststellen, im Rückblick auf die letzten Wochen und Monate, ja, es hat Maßnahmen gegeben, aber nein, sie reichen bis heute nicht aus. Und es steht ja sogar im Raum, dass die gerade erst eingetretene Entlastung bei den Spritpreisen nun schon wieder durch das Auslaufen des Tankrabatts hinfällig werden kann.

(Martin Schmidt, AfD: Sehr richtig!)

Und da sagen wir, die Absenkung der Energiesteuer durch die Bundesregierung war ein wichtiger Schritt.

(Beifall und Zuruf von
Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Aber, meine Damen und Herren, dieser Schritt ist auch nicht einfach so politisch vom Himmel gefallen. Das war politischer Druck, insbesondere unserer Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und der Regierungen der ostdeutschen Bundesländer.

(Patrick Dahlemann, SPD: Sehr richtig!)

Und, meine Damen und Herren,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und, meine Damen und Herren, auch jetzt heißt es, nicht lockerlassen! Wir haben uns seit Monaten dafür eingesetzt,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

dass die Spritpreise wieder sinken. Der Tankrabatt hat dafür gesorgt, dass die Preise zumindest phasenweise wieder unter 2 Euro gesunken sind.

(Petra Federau, AfD: Wow! –
Pfeifen aus dem Plenum)

Das waren gute und wichtige Nachrichten.

(Heiterkeit bei Petra Federau, AfD: Ja.)

Das ist zwar immer noch hoch, aber immerhin eine Verbesserung im Vergleich zu vor ein paar Wochen, und das zeigt ja, diese Maßnahmen, wenn man sie ergreifen will und ergreift,

(Zuruf von Petra Federau, AfD)

die zeigen dann auch eine Wirkung, die zu einer Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft führt.

Dass jetzt aber schon wieder über das Auslaufen dieses Rabattes diskutiert wird, das ist grundfalsch. Deshalb, meine Damen und Herren, sagen wir mit unserem Antrag sehr klar, der Tankrabatt darf nicht stur nach zwei Monaten auslaufen, sondern der Tankrabatt muss bleiben, und zwar so lange, wie die eigentliche Krise, wie der eigentliche Konflikt unter anderem um die Straße von Hormus läuft.

Und da danke ich auch an dieser Stelle ausdrücklich unserer Ministerpräsidentin, die das gerade heute Morgen in den Landesmedien noch mal klar auf den Punkt gebracht hat und die auch mit beispielsweise Dietmar Woidke an dieser Stelle an einem Strang zieht. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und, meine Damen und Herren, auch das war hier an diesem Pult und in diesem Plenum schon Thema und ist sehr kontrovers diskutiert worden, aber ich will es auch in Erinnerung rufen und auch erneut vorbringen:

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wir haben auch damals schon einen sehr klaren Vorschlag gemacht, wie man das finanzieren kann. Darauf will ich an dieser Stelle zurückkommen, nämlich indem man endlich die milliardenschweren Übergewinne, die die Konzerne über Monate kassiert haben, endlich angeht und endlich einsammelt. Alleine in Deutschland, meine sehr verehrten Damen und Herren, waren es in den ersten sechs Wochen des Irankrieges, in den ersten sechs Wochen von Anfang März bis Mitte April – Sie können auf den Kalender gucken, was da seitdem noch dazugekommen sein muss – waren das zusätzlich zu den schon erwarteten Gewinnen nach eigenen Aussagen der Konzerne rund 1,18 Milliarden Euro.

Und, meine Damen und Herren, die Ölkonzerne – wir werden ja da sicher auch zu diesem Punkt der Abschöpfung von zusätzlichen Gewinnen hier wieder interessante

Positionen hören –, die Konzerne bestreiten das auch gar nicht, dass das so ist, sie bestätigen sogar, dass sie diese zusätzlichen Gewinne vereinnahmen. Und ich kann nicht verstehen und wir können nicht verstehen, dass an dieser Stelle im Bund nichts passiert.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Weil die
sich auch freuen über diese Mehreinnahmen.)

Und ich kann auch an dieser Stelle jeden und jede verstehen, die nicht verstehen kann, dass da nichts passiert, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Hinzu kommt, hinzu kommt, meine Damen und Herren, man kann sehr klare Forderungen gegen eine Bundesregierung aufstellen, aber man muss immer auch fragen, was tut man selber, was passiert vor der eigenen Haustür. Und das passiert hier in Mecklenburg-Vorpommern immer und stets.

Wir hatten gestern beim Thema Kita hier den „In MV kommen alle an einen Tisch und klären die Sachen gemeinsam“-Modus besprochen,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

rund um den Zukunftsplan. Und die Tatsache, dass es gemeinsam am besten vorangeht, ja, die Tatsache zeigt sich hier bei uns im Land auch bei der Energiepreiskrise.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Unsere Ministerpräsidentin, die Landesregierung, hat zu einem Energiepreisgipfel einberufen,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Toll!)

hat mit der Wirtschaft, mit den Kommunen, mit den Gewerkschaften – und ich will mal sagen, wir waren dabei als Fraktionsvorsitzende der Koalitionsfraktionen – in stundenlangen, intensiven Beratungen im Detail,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

das sind wirklich Beratungssitzungen, da wird hart gearbeitet mit Wirtschaft, Kommunen und Gewerkschaft und weitere Forderungen im Interesse von Mecklenburg-Vorpommern erarbeitet: Stichwort „Doppelbelastung der Logistikbranche verhindern“, Stichwort „Keine Erhöhung der CO_2-Bepreisung“, Stichwort „Besseres Krisenmanagement der Bundesregierung unter Einbeziehung der Länder“.

Und, meine Damen und Herren, leider hat es die Bundesregierung bisher nicht für nötig befunden, diesbezüglich einen Gang hochschalten. Das muss aber passieren, das sagen wir sehr klar. Und das ist übrigens auch der Mecklenburg-Vorpommern-Modus, den vor allem wir auch in der Koalition, den auch unsere Ministerpräsidentin praktiziert:

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Klar sagen, was Sache ist, und zwar im Interesse der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, und auch klar sagen, was nicht in Ordnung ist

(Heiterkeit und Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

und was sich ändern muss, übrigens unabhängig davon, wen man in Berlin damit adressiert. Es geht um die Interessen der Wirtschaft und der Bevölkerung bei uns im Land, und dabei bleiben wir, da bleibt unser Anspruch sehr klar.

Bezahlbare Energie, meine Damen und Herren, ist kein Luxus, sie ist die Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt, für die wirtschaftliche Stärke unseres Landes, und deshalb an der Stelle der ganz klare Appell an die Bundesregierung: Der Tankrabatt muss verlängert werden, ein erneutes Ansteigen der

Preise muss verhindert werden. Das ist der Kern unseres Antrags, den wir Ihnen zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine verbundene Aussprachezeit von bis zu 41 Minuten vorgesehen. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zusätzliche Redezeit gemäß Paragraf 84 Absatz 1a unserer Geschäftsordnung angemeldet. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der AfD Herr Schmidt.

Martin Schmidt, AfD: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Bürger! Welche unendlichen Pirouetten hier seit Monaten gedreht werden, nur um nicht dauerhaft die Steuern zu senken, das ist wahrlich politischer Schwanensee auf höchstem Niveau. Statt echter Lösungen erleben wir seit Wochen vor allem eines: Gerede von Übergewinnen, leere Ankündigungen zum Kartellamt und ein tiefes Misstrauen gegenüber den Tankstellen, allen voran von Frau Schwesig und der SPD, wie wir hier wieder hörten.

Am Ende blieb dann doch nur eines übrig – das, was die AfD bereits die ganze Zeit forderte: eine Steuersenkung. Und verkauft wird das Ganze nun als sogenannter Tankrabatt. Rabatt, das klingt so, als ob man großzügig etwas geschenkt bekommt. Doch die Wahrheit ist eine andere: Es handelt sich lediglich um zwei Monate, in denen der Staat den Bürgern weniger abzieht. Nennen wir das Kind beim Namen, zwei Monate weniger Übersteuern von der Steuererhebungskommission, der Bundesregierung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Aber wie ist denn die Genese? Trotz erhöhter CO_2-Abgabe, hoher Umsatzsteuer und weiterhin hoher Energiesteuern, immer wieder das Gerede hier von den Übergewinnsteuern, und das, obwohl die EU-Kommission das längst verworfen hat.

Nehmen Sie das doch endlich mal zur Kenntnis, Herr Barlen, wieder und wieder ist die Rede davon.

Oder wir erinnern uns an die Forderung noch im März, wo wir das nämlich auf die Tagesordnung gesetzt hatten in der Aussprache zu Beginn,

(Torsten Koplin, Die Linke: Sie schützen
gerade wieder die großen Konzerne.)

dass Sie gefordert haben, man möge doch mehr E-Autos fördern.

(Torsten Koplin, Die Linke: Für wen machen Sie
eigentlich Politik? Für die kleinen Leute?)

Ja bitte, Herr Koplin, gehen Sie zusammen mit den GRÜNEN an der Hand in Lütten Klein auf Wahlkampftour, klingeln Sie bei den Leuten und sagen ihnen, wenn ihr kein Geld für Benzin habt, dann kauft euch doch E-Autos.

(Beifall und Heiterkeit
vonseiten der Fraktion der AfD)

Und welche Lösungen kamen aus Berlin? Eine gescheiterte und weitgehend wirkungslose Preisregelung für Tankstellen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

ausgerechnet eingeführt zum 1. April. Da passte das auch hin. Wirtschaftskompetenz und CDU, das passt halt eben nicht zusammen.

Am Ende können Sie hier Anträge voller Trivialitäten stellen oder Märkte mit irgendwelchen bürokratischen Regelungen belästigen, aber wir sehen es doch, Steuersenkungen sind das Einzige, was hilft. Steuersenkungen funktionieren, die Märkte geben sie weiter. Der sogenannte Tankrabatt-Tracker des ifo Instituts kommt auf Grundlage der Daten des Bundeskartellamts zu dem Ergebnis, dass die Senkung der Energiesteuer weitgehend an die Verbraucher weitergegeben wurde.

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)

Übrigens, Daten des Kartellamtes, Frau Schwesig, die scheinen keine illegalen Preisverschwörungen zu finden, die Sie ja immer wittern von der SPD. Ja, welche Überraschung, auch Steuersenkungen entlasten die Bürger. Genau das hat die AfD von Beginn an gesagt, hier im Landtag und auch im Bundestag.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Julian Barlen, SPD: Ja, aber Sie wollen nicht an
die Konzerne ran. Und das unterscheidet uns.)

Und nun sollte man eigentlich meinen, dass bei der SPD, bei Ihrer Partei, Herr Barlen, ein gewisser Lerneffekt eingesetzt hat.

(Torsten Koplin, Die Linke: Von wem
kriegen Sie eigentlich immer die
Parteispenden, von welchen Konzernen?)

Aber die SPD will ja eben keine Wahrheit, die SPD will einen dicken Staatshaushalt und ihre Beute nicht mit den Bürgern teilen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Herr Miersch und auch jetzt Herr Klüssendorf, der Generalsekretär, kündigen bereits ein Ende der Entlastung an, und Sie wissen jetzt, dass das Ganze für Sie hier politisch heikel ist. Die Bürger spüren die Belastungen jeden Tag an der Zapfsäule, sie spüren die steigenden Preise beim Pendeln, beim Handwerk, in der Logistik, und deshalb legen Sie nun diesen Antrag hier vor, der Aktivität suggerieren soll.

Doch Tatendrang bedeutet noch lange nicht Tatkraft. Und bloßer Aktionismus ersetzt keine Politik, sondern ist ein Ausdruck der Tatenlosigkeit der vergangenen Monate. Und Sie haben den Ernst der Lage lange unterschätzt. Sie haben im April eine Sondersitzung abgelehnt, zur Osterzeit. Den ganzen April haben wir nicht getagt.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Und inzwischen drängt sich der Eindruck auf, dass Sie gehofft haben, diese Krise einfach aussitzen zu können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sie verkennen aber die eigentliche Herausforderung weit fernab der Tagespolitik, denn wir befinden uns in einer sehr angespannten geopolitischen Lage, auch wenn der Walflüsterer Herr Backhaus erfolgreich davon abgelenkt hat in den Medien,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

denn es ist sehr dramatisch.

Alexander von Gersdorff, der Sprecher des Bundesverbands Fuels und Energie, sagt es im ZDF neulich, Zitat: Selbst, wenn es zu einer Entspannung im Nahostkonflikt kommen würde, würde es noch „Monate dauern, bis ins Jahr 2027 hinein“, bis sich der Markt normalisieren würde.

Wer die Entwicklung im Nahen Osten verfolgt, der erkennt, dass wir uns in einer längeren Phase der Unsicherheit befinden und uns darauf einstellen müssen. Und genau deswegen haben wir eine Sondersitzung gefordert. Sie wollten das nicht. Genau deshalb haben wir einen Resilienzplan für Mecklenburg-Vorpommern vorgeschlagen. Wir wollten einen Nachtragshaushalt einführen und uns um Dinge kümmern wie den ÖPNV, der natürlich jetzt massiv belastet ist. All das wurde von Ihnen abgelehnt.

Und nun, Wochen später, legen die Regierungsfraktionen einen Antrag vor,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und nicht wenige der darin enthaltenen steuerbezogenen Forderungen finden sich bereits in unseren früheren Vorschlägen wieder, teilweise übernommen, wie bei der Energiesteuer, teilweise abgeschwächt, wie bei der CO_2-Abgabe.

Meine Damen und Herren, dieses Kabukitheater von Frau Schwesig mit ihrer eigenen Bundespartei und auch, was Herr Barlen gerade vollführt hat, das kennen wir inzwischen allzu gut: viel Maskerade, einstudierte Rollenverteilung, viel Inszenierung, viel Gestik für die Zuschauer.

(Julian Barlen, SPD: Gehen Sie
doch mal auf die Punkte ein!)

Aber am Ende bleibt das Ergebnis dasselbe. Die Bundes-SPD macht irgendwas, und die Landes-SPD widerspricht, um die Zuschauer bei Laune zu halten,

(Julian Barlen, SPD: Ja, ja.)

sei es beim Agrardiesel, bei der Gastronomiesteuer, beim LNG-Terminal auf Rügen

(Julian Barlen, SPD: Überall abgelehnt worden.)

oder eben jetzt bei den abgesenkten Kraftstoffsteuern. Am Ende landen Schwesig und Herr Barlen immer wieder bei AfD-Forderungen, die man zuvor kategorisch ablehnte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Enrico Schult, AfD: Genauso ist es.)

Und da kann man laut zum Bürger sagen, am besten hören Sie gleich auf das Original, hören Sie auf die AfD, das geht viel schneller

(Julian Barlen, SPD: Also wir wollen
die Konzerne nicht schonen im Gegensatz
zu Ihnen. Sagen Sie doch da mal
was dazu! Das ist ja irrwitzig.)

und ohne Blabla.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren, Politik darf nicht auf parteipolitischer Taktik oder gar Wunschdenken beruhen. Der Staat ist keine allmächtige Instanz, Herr Barlen, die beliebig in Märkte eingreift

(Julian Barlen, SPD: Ah,
darum geht es, verstehe!)

und Folgen internationaler Krisen einfach wegregulieren kann. Wir können keine Weltmärkte steuern, die durch Kriege und geopolitische Konflikte belastet werden. Wir können auch keine ökonomischen Gesetze außer Kraft setzen, auch wenn Sie das tief innerlich immer wieder glauben, ohne an anderen Stellen neue Schäden zu verursachen,

(Julian Barlen, SPD: Das ist übrigens
in dem Fall, ist das übrigens ein Krieg,
den Ihr Verbündeter angezettelt hat.)

und deshalb sollten wir uns auf das konzentrieren, was tatsächlich wirkt und was wir steuern können, auf das, was den Bürgern unmittelbar hilft, und auf das, was sich als wirksam erwiesen hat: Steuern, Steuern, Steuern senken.

(Julian Barlen, SPD: Auch dazu
Schweigen im Walde.)

Das war unser Vorschlag von Anfang an: CO_2-Abgabe, Umsatzsteuer und Energiesteuer runter auf Kraftstoffe. Und das ist heute nicht weniger richtig als vor drei Monaten, und dann können wir uns auch endlich dieses Improvisationstheater von der SPD hier sparen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

(Julian Barlen, SPD:
Das ging Richtung null, ne?!)

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, begrüße ich recht herzlich Bürgerinnen und Bürger aus dem AWO Börgerhus in Groß Klein. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie heute hier im Landtag sind!

Ich rufe auf für die Landesregierung den Wirtschaftsminister Herrn Dr. Blank.

Minister Dr. Wolfgang Blank: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Moin!

(allgemeine Heiterkeit)

Der tägliche Blick auf die Preise an der Tankstelle ist für uns alle, für viele Menschen in unserem Land zu einer echten Belastungsprobe geworden. Wir sind alle, Pendlerinnen und Pendler, Handwerk, Landwirtschaft, Transportgewerbe, auf die Preise angewiesen. Wir spüren die Auswirkungen der geopolitischen Lage unmittelbar, und wir spüren auch die Unsicherheiten rund um zentrale Handelsrouten und damit verbunden auch Warenströme unmittelbar im Geldbeutel. Und darum geht es ja schließlich auch.

Wir verbinden in der heutigen Debatte zwei unterschiedliche Anträge, den Antrag der Fraktionen der SPD und Die Linke und die Aussprache der AfD-Fraktion zum Tankrabatt.

Beginnen möchte ich mit dem letzteren: Zwei Monate Tankrabatt – Was hat das gebracht? Also wenn ich sozusagen morgens an den Tankstellen vorbeifahre, sage ich erst mal,

(Sebastian Ehlers, CDU: Moin! –
allgemeine Heiterkeit –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Die
andern müssen aber anhalten und tanken. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

er funktioniert, entlastet …

Und auch gerne Moin, zu jeder Tageszeit. So viel Spaß muss sein. Wunderbar!

Die beschlossene Steuersenkung für Anfang Mai von 17 Cent wurde nach anfangs, das haben wir beobachtet, unvollständiger Weitergabe bis zum Monatsende inzwischen vollständig wirksam. Sie kennen die Preise. Also könnten wir damit durch sein, aber nein, es ist natürlich wesentlich mehr.

Wir müssen aber auch sachlich uns die Themen anschauen. Wer die Energiemärkte seriös analysiert, weiß, dass die Rohölpreise aktuell extrem von Schlagzeilen getrieben sind. Da helfen kein Marktgeschrei und Gezeter, sondern besonnenes, analysierendes Handeln. Deshalb halten wir auch nichts von Steuer, Steuer, Steuer – bitte genau hingucken. Mehrwertsteuersenkung, ein solches Gießkannenprinzip würde in diesem besonderen Markt verpuffen, und unsere Unternehmen würden

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

überhaupt nicht profitieren. Steuereinnahmen, Mehreinnahmen müssen auf der anderen Seite natürlich für weitere Entlastungsmaßnahmen eingesetzt werden. Das war ja auch der Vorwurf.

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Sie haben die CO_2-Bepreisung angesprochen – ein zentrales Instrument, in der Tat, um den Umstieg auf heimische Energieträger Träger voranzutreiben und uns von fossilen Importen unabhängig zu machen. Damit finanzieren wir die energetische Sanierung, moderne Heizungssysteme und den Aufbau neuer Wirtschaften, zum Beispiel der Wasserstoffwirtschaft. Darin wird unser Handwerk auf Jahre hinaus profitieren.

Ich durfte am letzten Freitag, ich hatte es vorher schon gesagt, bei der Jahrestagung des Zentralverbandes des Elektrohandwerks in Warnemünde sein. Es war eine sehr, sehr positiv aufgeladene Sitzung, 300 Teilnehmer,

(Torsten Koplin, Die Linke: Das ist auch
beim Elektrohandwerk so positiv.)

10 bis 15 aus Mecklenburg-Vorpommern, 285 bis 290 aus anderen Bundesländern, die bewundert haben, wirklich bewundert haben, die anerkannt haben, was hier in Mecklenburg-Vorpommern auf die Beine gestellt wurde, wie zielstrebig das vorangetrieben wird. Ich glaube, wir waren alle vertreten, die Ministerpräsidentin war in den drei Tagen dort gewesen, der Innenminister war dort gewesen. Ich durfte am Abend mit dabei sein. Da sieht man, was dort …

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Was gabs am Buffet?)

Ja, da müssen Sie, können Sie Ihre Kollegen im Handwerk gerne befragen, also das ist … Gerne machen!

Und da haben wir diese positive, die positive Stimmung gesehen.

Natürlich müssen wir bei den CO_2-Preisen auch analysieren und pragmatisch drauf schauen. Also grundsätzlich sind wir sehr dafür, dass man sich das Thema anschaut, aber wir dürfen es nicht komplett infrage stellen.

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:
Doch, das darf man.)

Wir haben Industriezweige wie den Verband der Chemischen Industrie, Bad Saarow, der von globalen Warenströmen, von globaler Wirtschaft abhängig ist, der auf CO_2-Preisung komplett anders schaut als zum Beispiel die Baustoffindustrie. Die Baustoffindustrie in Deutschland hat in Europa ihr Geschäftsmodell auf die CO_2-Bepreisung ausgerichtet. Das müssen wir jetzt in Zukunft in Ruhe diskutieren. Wir sind uns hier sehr einig, es darf im Augenblick in dieser Krise keine weitere Erhöhung der CO_2-Abgabe geben.

(Zuruf von Petra Federau, AfD)

Hier sind wir in Kontakt mit den Fachleuten, hier sind wir aber auch in Kontakt mit den Verbänden. Es ist angeführt worden, die Ministerpräsidentin hatte im April eingeladen Vertreter aus Wirtschaftskammern, Unternehmerverbänden, Gewerkschaften, Transportgewerbe, dem Bauernverband, kommunalen Spitzenverbänden und sich auf den Dreiklang verständigt: eine schnelle und deutliche Senkung der Kraftstoffpreise – erledigt –, die Abschöpfung, es ist genannt worden, ungerechtfertigter Krisengewinne bei den Mineralölkonzernen und aber auch das Verhindern unangemessener Preisanstiege in der Zukunft.

Aber wir benötigen natürlich deutlich mehr, und das ist im Antrag genannt.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich darf mich zunächst mal bei der Ministerpräsidentin bedanken, dass Sie das Thema dieser fixen Zweimonatsregelung auch heute noch mal thematisiert hat. Ganz, ganz wichtiges Thema während der Krise, diese Kraftstoffentlastung auch

aufrechtzuerhalten. Wir sind begleitend, wir sind flankierend, wir sind selbst aktiv, wir sind in unterschiedlichsten Gesprächen. Wir hatten die Energieministerinnen- und Energieministerkonferenz, wir haben uns mit den Wirtschaftsministerinnen und Wirtschaftsministern dazu ausgetauscht. Wir haben auch unsererseits Entschließungsanträge auf Bundesebene im Bundesrat eingereicht. Am 8. Mai haben wir gemeinsam mit Sachsen-Anhalt im Bundesrat weitere Punkte eingebracht, die voraussichtlich im Juni, am 12. Juni abschließend im Plenum beraten werden.

Flexible Regelung statt starrer Fristen hatte ich schon genannt. Wir brauchen eine Verlängerung der Regelungen, der Fristenregelung für die zwei Monate.

Konsequente Marktkontrolle, Mitnahmeeffekte müssen unterbunden werden, damit Preissenkungen vollständig beim Endverbraucher ankommen und unverhältnismäßige Gewinnmargen überwacht werden.

Senkung der Stromsteuer, ein lang adressiertes Thema. Der Antrag adressiert vollkommen zu Recht die Situation der Strompreise. Die Absenkung der Stromsteuer für alle auf das europäische Mindestmaß ist der richtige Ansatz. Dies entlastet und setzt wichtige Impulse für die Elektrifizierung.

Die Unterstützung der betroffenen Branchen, Wirtschaftsbereiche wie das Transport- und Logistikgewerbe sowie die Landwirtschaft sind ganz besonders betroffen und müssen krisenbedingt gezielt begleitet werden. Sie sind die, die das Leben bei uns vor allem auch im ländlichen Raum aufrechterhalten, die Daseinsvorsorge unterstützen.

Wir müssen auch über den Einsatz von Kraftstoffen und Antriebstechnologien auf Basis erneuerbarer Energien – da sind wir manchmal sehr absolut mit dem Thema Biogas und Biomethan – neu anschauen. Hier müssen wir doch Einsatzmöglichkeiten ermöglichen. In dieser Diskussion befinden wir uns.

Wir müssen aber auch, und das hat das gezeigt, die Diskussion, das Risiko breiter streuen. Wir müssen die Resilienz des Kraftstoff- und Rohstoffmarktes in Deutschland verbessern und nicht nur die Resilienz des Kraftstoff- und Rohstoffmarktes, sondern generell der Warenströme. Wir müssen resilienter, wir müssen souveräner werden,

was unsere Rohstoffversorgung anbetrifft. Wir haben daher gesamtstaatlich die Ausarbeitung einer nationalen Resilienzstrategie gefordert. Die kann nur über den Bund erfolgen. Auf der anderen Seite müssen wir uns auch hier im Klaren sein, welche Rohstoffe, welche Waren unsere Wirtschaft benötigt. Dazu sind wir im regelmäßigen Austausch auch mit den Wirtschafts- und weiteren Verbänden.

Abschließend lassen Sie uns klar sagen, lassen Sie mich klar sagen: Die Situation führt uns vor Augen, dass wir sehr verletzlich sind,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Genau!)

was die Energieversorgung und externe Schocks anbetrifft. Das merken wir jetzt zum dritten, zum vierten, zum fünften Mal. Umso wichtiger ist es, auf der einen Seite entschlossen und schnell zu handeln, kurzfristig zu entlasten, aber auch sachlich die Themen zu besprechen, schnell zu reagieren.

Und ich darf einen letzten Punkt nennen, weil der auch Gegenstand noch weiterer Aussprachen, nicht nur Aussprachen, und Anträge ist. Wir erfahren aber auch, dass unser Kurs, auf dem sich das Land befindet, zu den erneuerbaren Energien hin, dass dieser Kurs zu mehr Energie- und dann auch Rohstoffsouveränität der richtige war, der richtige ist und auch der richtige bleibt. Nehmen Sie dies bitte mit! Schauen Sie zum Beispiel auf die Anschlusskosten für Strom- und Gaspreise. Während letztere deutlich angestiegen sind, 50, 60, 75 Prozent, liegt der Anstieg im Strombereich bei unter 20 Prozent. Auch die Erneuerbaren und insbesondere die Erneuerbaren tragen zur Resilienz bei. Ich empfehle Ihnen daher ausdrücklich, diesem Antrag zuzustimmen. – Ganz herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Der Minister hat die angemeldete Redezeit um vier Minuten überschritten.

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion der CDU den Fraktionsvorsitzenden Herrn Peters.

Daniel Peters, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Tatsächlich ein Thema, das uns eigentlich schon in der vergangenen Sitzungswoche hätte beschäftigen können, aber, wie schon gesagt, durch die übervolle Tagesordnung dann nicht behandelt worden, und trotzdem hat es an Aktualität nicht verloren. Denn nicht nur die wirtschaftliche Lage in Mecklenburg-Vorpommern wird zu Recht beklagt, und die Industrie- und Handelskammern dieses Landes haben ja kürzlich noch mal deutlich gemacht, wie die wirtschaftliche Lage in Mecklenburg-Vorpommern ist.

Auch wenn der eine oder andere sagt, Mensch, das hat er doch schon gestern gesagt beim Einstieg einer Rede zu einem anderen Thema, bleibt es aber auch hier wichtig zu betonen, dass eben auch in Mecklenburg-Vorpommern wir von den hohen Energiepreisen belastet werden, dass wir immer noch über viel zu viel Bürokratie klagen müssen und dass eine Entlastungspolitik, und das ist auch deutlich adressiert worden, fortgesetzt werden muss. Und dem schließe ich mich ausdrücklich an, und das habe ich schon eigentlich zu Beginn dieser Krise, die sich international dort ergeben hat, klar gesagt, es braucht an der Stelle Entlastung, damit insbesondere unsere Wirtschaft, aber auch vor allem die Verbraucherinnen und Verbraucher, die Pendlerinnen und Pendler in Mecklenburg-Vorpommern es sich überhaupt leisten können, weiter zu existieren und weiter ihre Arbeit aufzunehmen und ihrer Arbeit nachzukommen.

Deswegen, sage ich, ist es nicht zu akzeptieren, dass wir auf der Bundesebene noch nicht zu einer Lösung gekommen sind, die eine Fortsetzung des Tankrabatts oder aber ein anderes Instrument vorsieht. Und ich plädiere ganz klar dafür – und ich glaube, da gibt es sogar eine Gemeinsamkeit zumindest mit den Sozialdemokraten in diesem Saal –, dass wir die CO_2-Steuer aussetzen müssen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ich glaube, das ist ein wirksames Instrument, das in gleicher Größenordnung eine Entlastung vorsieht zwischen 16 und 19 Cent. Das heißt, das wäre eine gute Fortsetzung der jetzigen Entlastung. Natürlich ist dann immer die Frage, zu wessen

Lasten würde das stattfinden. Ja, das geht zulasten des Klima- und Transformationsfonds, und das werden sicherlich die GRÜNEN an der Stelle beklagen. Aber ich bin der Meinung, bevor wir jetzt einen Subventionstopf immer weiter aufwachsen lassen, ist es jetzt an der Zeit,

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

überhaupt dafür zu sorgen, dass unsere Wirtschaft ausreichend Kraft hat, überhaupt ihr Geschäftsmodell fortsetzen zu können, dass sie überhaupt weiterarbeiten können. Und deswegen ist es eine Frage politischer Prioritätensetzung.

Und deswegen noch mal ganz klar, ein Prä dafür, eine Aussage dafür, die CO_2-Steuer auszusetzen und damit eine wirksame Entlastung auch mittelfristig vorzunehmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Der Abgeordnete Hannes Damm
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Und eine weitere Maßnahme, eine weitere Maßnahme …

Ich würde am Ende der ...

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Fraktionsvorsitzender, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Daniel Peters, CDU: Sonst, es ist es noch so früh am Morgen,

(allgemeine Heiterkeit)

dann kann ich sozusagen meinen Gedankenfluss hier zu Ende bringen. Nein!

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

Also, eine weitere Maßnahme, die ich auch schon zu Beginn dieser Situation, dieser Krisensituation deutlich gemacht habe, ist, dass es an der Debatte leider oftmals vorbeigegangen ist, dass wir bei dem Thema der Benzinkosten, der Kosten für Diesel, allgemein der Energiekosten immer auch über den Tatbestand einer Doppelbesteuerung reden. Das habe ich hier auch schon im Plenum mal deutlich gemacht, dass sozusagen die Mehrwertsteuer erst dann auf den bereits besteuerten Preis greift. Und wenn man alleine hier das umstellen würde, die Doppelbesteuerung beenden würde, hätte auch das bereits schon einen stark entlastenden Effekt. Ich werde nicht müde, das Thema immer weiter deutlich zu machen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Erzähl das deinem Kanzler!)

Allein diese beiden Maßnahmen könnten 25 bis 30 Cent ausmachen. Das wäre wirklich eine Entlastung, die der Wirtschaft, aber auch den Verbraucherinnen und Verbrauchern in Mecklenburg-Vorpommern in besonderer Weise zugutekommen würde. Denn wir wissen ja, dass wir im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern weite Wege zurückzulegen haben, zu absolvieren haben und insbesondere die Fleißigen, die Fleißigen in unserer Gesellschaft, die Fleißigen in Mecklenburg-Vorpommern, die jeden Morgen ganz früh aufstehen, zur Arbeit fahren, um hier an unserer Produktivität mitzuwirken und ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Und genau die müssen wir auch entlasten.

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:
Der Kanzler hat doch die Möglichkeit.)

Und nun muss ich ein bisschen in den, da gibt es ja, bisher werden Sie wahrscheinlich keinen Dissens erkannt haben, aber was mich so ein bisschen stört, ist, dass Sie zur Finanzierung immer wieder das Thema der Übergewinnsteuer anbringen. Natürlich bin ich der Letzte, der nicht auch sagen würde, dass, na ja, Gewinne oder Abschöpfung von Gewinnen, die irgendwie illegal wären, wenn es so etwas gäbe, dass das irgendwie auch staatlicherseits sanktioniert werden müsse. Aber nun müssen wir auch der Realität ins Auge schauen. Und diese Realität hat ja auch Ihre Landesregierung

wohl erkannt, als sie nämlich im Bundesrat die entsprechende Initiative zurückgezogen hat,

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD:
So, ach?!)

nachdem der eigene Bundesfinanzminister, namens Herr Klingbeil, wohl offenkundig erkannt hat, dass das verfassungsrechtlich nicht umzusetzen ist, zumindest …

(Martin Schmidt, AfD:
Herr Barlen, was war da los?)

Ja, Sie schütteln den Kopf, Sie können es ja gern noch mal erklären. Warum sonst hat Mecklenburg-Vorpommern die hier beschlossene Initiative zur Übergewinnsteuer dann doch,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

natürlich ziemlich leise, ganz,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
War Frau Schwesig auch bei
der Krankenhausreform?)

ganz diskret zurückgenommen? Weil man wohl erkannt hat, das geht einfach nicht.

(Julian Barlen, SPD: Das ist Ihr Gedanke,
das hat aber nichts mit der Realität zu tun.)

Deswegen bin ich, plädiere ich einfach für die Ehrlichkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und grundsätzlich sei gesagt, höhere Gewinne führen auch immer zu höheren Steuern. Das ist auch ein Grundsatz der Steuerpolitik. Aber das können Sie ja auch noch an anderer Stelle nachlesen.

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Und deswegen will ich auch noch mal kurz auf diese beiden Maßnahmen, die ich vorgeschlagen habe, eingehen. Und Sie werden, ich weiß, da wird ja sofort gesagt, die ganze CO_2-Steuer, CO_2-Bepreisung, das sei ja aus Ihrer Sicht sowieso alles Murks.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Richtig! –
Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD: Ist es auch!)

Das sehe ich anders, denn wir haben das damals zu einer Zeit eingeführt, wo wir fest davon überzeugt sein durften,

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:
Das war geistige Umnachtung.)

dass das ein marktwirtschaftliches Lenkungsinstrument ist, das auch funktioniert. Und was leider passiert ist, sind anhaltende Krisen, die sozusagen allein das Thema Energie, das Energiethema tatsächlich

(Thore Stein, AfD: Das hat
ja keiner ahnen können.)

völlig anders dargestellt haben. Die Realität hat uns dann an der Stelle ehrlicherweise eingeholt.

(Martin Schmidt, AfD:
Vorher war immer Frieden.)

Deswegen ist es ja auch richtig, das jetzt auszusetzen, aber nicht im Grundsatz in Frage zu stellen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Abzuschaffen!)

Den Fehler, der nur leider gemacht wurde, der gemacht wurde, ist, dass wir nicht im Gegenzug, Thema Klimageld, Entlastungen im Gegenzug umgesetzt haben, und auf der anderen Seite insgesamt nicht darüber gesprochen haben,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Wenn wir
das können, werden wir das abschaffen,
Herr Peters. Die AfD schafft das ab.)

welche Steuern und Abgaben können wir an der Stelle senken. Deswegen aussetzen Ja, abschaffen aber Nein.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sie wählt
ja auch keiner mehr. Ist auch in Ordnung.)

Denn das ist verantwortungsvolle Politik, die wir in der gemeinsamen Verantwortung auch wahrnehmen können und wollen.

Also noch mal zusammengefasst, Aussetzung der CO_2-Steuer und die Doppelbesteuerung beim Thema Energiebesteuerung abschaffen, das sind wirksame Maßnahmen, und das würde sehr deutlich die Preissituation an den Tankstellen verbessern. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Wenn ich das vorhin richtig interpretiert habe, hatten Sie zugesagt, die Frage am Schluss Ihrer Rede zuzulassen. (Zustimmung)

Dann bitte ich jetzt den Abgeordneten Hannes Damm, seine Frage zu stellen.

Hannes Damm, fraktionslos: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Guten Morgen Herr Peters!

Ich habe eine Frage, die ich an Sie richte, und zwar hat ja die ehemalige Bundeskanzlerin Frau Merkel gesprochen auf dem Festakt des Bestehens des Umweltministeriums, ich glaube, 100 Jahre oder so, ich habe nicht genau das Jubiläum im Kopf, oder, ne, 40 Jahre, Entschuldigung, 40 Jahre Bundesumweltministerium, war sie ja selbst mal Ministerin und hatte da gesagt, Zitat: „Der Klimawandel bleibt eine Überlebensfrage der Menschheit.“ Manchmal trete das ihr in diesen Tagen ein wenig zu sehr in den Hintergrund. Und dann weiter sagt sie,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ich glaube,
Herr Damm will in die CDU eintreten.)

und das Thema darf nicht in den Hintergrund treten gegenüber der wirtschaftlichen, der wirtschaftlichen Situation und der Entscheidungen dort, der politischen, und dass die Menschen, die sich engagieren für die Klimapolitik in den Parlamenten, dass die standhaft bleiben sollen.

Jetzt frage ich Sie, Sie haben gesagt, das ist eine politische Prioritätensetzung, hier jetzt die CO_2-Steuer erst mal auszusetzen, die Erhöhung, weil man das machen muss in der Priorität gegenüber dem Umweltschutz, und dass es jetzt wichtig ist, und jetzt will ich Sie fragen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

wie das passt dazu, dass Frau Merkel sagt, also die Umweltpolitik sollte nicht beschnitten werden für die Wirtschaftspolitik.

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:
Frau Merkel hat ja nichts mehr zu sagen.)

Daniel Peters, CDU: Ja, also ich antworte da sehr gerne drauf, und ich sage Ihnen ganz klar, es gibt überhaupt gar keinen Widerspruch zu dem, was Angela Merkel da auf diesem Forum gesagt hat, und zu dem, was ich hier gerade gesagt habe. Denn wissen Sie, nach meiner Einschätzung ist es so, wenn wir es zulassen, dass die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern und in Deutschland insgesamt zurückgeht, darnieder geht, dann haben wir insgesamt auch keine Kraft mehr, dem Klimawandel mit geeigneten Maßnahmen zu begegnen, denn dann fehlt uns grundsätzlich die wirtschaftliche und auch finanzielle Substanz, hier etwas an der Stelle zu tun.

(Ann Christin von Allwörden, CDU: So ist es.)

Deswegen – noch mal, wie ich es in meiner Rede schon gesagt habe – braucht es ja eine politische Prioritätensetzung in einer hochgradig wirtschaftlich angespannten Lage. Und da, sage ich ganz deutlich, da, sage ich in aller Deutlichkeit, müssen wir erst einmal die wirtschaftliche Grundlage wiederherstellen, um auch eine Finanzierung für entsprechende Maßnahmen im Klimaschutz zu finanzieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Denn es bringt gar nichts, es bringt gar nichts, einen Subventionstopf aufwachsen zu lassen, aber auf der anderen Seite zuzuschauen, wie unsere Wirtschaft darnieder geht.

(Martin Schmidt, AfD: Aber das
wollen doch die GRÜNEN.)

Ich finde, da müssen wir an der Stelle einfach Prioritäten setzen, und meine habe ich hier klar beschrieben.

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Fraktionsvorsitzender …

Daniel Peters, CDU: Und ich glaube, Frau Dr. Merkel wird an der Stelle auch keine andere Auffassung dazu haben, denn das, was sie gesagt hat, ist eine sehr allgemeine Einschätzung zu den, zur Debattenlage zum Thema Klimaschutz in den Parlamenten in Deutschland. So habe ich das zumindest verstanden, und so haben Sie es ja eigentlich auch wiedergegeben.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Gestatten Sie noch eine weitere Zwischenfrage?

Daniel Peters, CDU: Ja, unbedingt!

Hannes Damm, fraktionslos: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender! Frau Präsidentin!

Natürlich würde ich Frau Merkel niemals falsch wiedergeben, insofern das, was sie gesagt hat.

Meine Nachfrage, die sich jetzt aber daraus ergibt, ist, Sie sagen, Sie müssen jetzt erst mal diese CO_2-Steuer einfrieren, um wieder Beinfreiheit zu bekommen, um Klimaschutz durchzuführen. Deswegen ergibt sich natürlich für mich logisch die Nachfrage, was sind denn die Vorschläge der CDU jetzt, mit diesen Mitteln, auch mit diesen, mit dieser Freiheit, die man sich da wieder freigetreten hat, jetzt den Klimaschutz dann dafür ausgleichend voranzubringen, weil ja eine Einschränkung des CO_2-Steueranstiegs natürlich auch eine politische Auswirkung im Bereich des Klimaschutzes dann hat. Also was sind dann die Maßnahmen, die Sie als Gegenhebel ergreifen wollen?

Daniel Peters, CDU: Ja, vielen Dank für die, für die Frage!

Das Erste ist, dass wir durch die Aussetzung der CO_2-Besteuerung es schaffen, überhaupt der Wirtschaft wieder Luft zum Atmen zu geben. Davon erhoffen wir uns massiv eine Rückkehr zu einer wirtschaftlichen Kraft, die die Unternehmen dringend brauchen. Und wenn Sie jetzt fragen, was wir an Vorschlägen im Bereich Klimaschutz

aus dem KTF haben, dann ist das in zwei Minuten natürlich nicht so ganz so einfach zu beantworten, aber ich will es mal schlagwortartig probieren, und zwar in die Technologien der erneuerbaren Energien, die uns bekannt sind, und vor allem aber auch in die Forschung und eben in die wirksamen Maßnahmen, die da auch schon zu Ihrer Regierungszeit der GRÜNEN durchaus erfolgversprechend waren. Bloß wir haben eben einen anderen Ansatz. Wir setzen darauf, dass marktwirtschaftliche Elemente funktionieren und dass sie auch permanent überprüft werden, ob es marktwirtschaftlich funktioniert und nicht einseitig bestimmte Branchen vielleicht unterstützt werden.

Ansonsten gibt es, glaube ich, ein Bündel an Maßnahmen, die aus dem KTF aktuell auch weiter finanziert werden. Und die würden auch weiter finanziert werden, selbst wenn wir die CO_2-Bepreisung aussetzen, weil nach meiner Kenntnis, ich habe nicht die genaue Summe im Kopf, aber ich glaube, im KTF ist ja durchaus noch Geld vorhanden. Wir haben tatsächlich einige Maßnahmen einschränken müssen. Ich denke beim Thema Wärmepumpen und vieles andere mehr, darüber muss man entsprechend reden.

Aber noch mal, unser Credo ist, erst mal wieder die wirtschaftliche Kraft herstellen, damit wir eben auch eine wirksame und gute Klima- und Umweltpolitik leisten können.

Sie können gerne noch eine Frage stellen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Heiterkeit im Präsidium)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion Die Linke Frau Schmidt.

Elke-Annette Schmidt, Die Linke: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die steigenden Energie- und Kraftstoffpreise sind längst zu einer hohen Belastung im Alltag der Menschen in unserem Land geworden, vor allem für Pendlerinnen und Pendler auf dem Weg zur Arbeit, für Handwerkerinnen und

Handwerker, für Landwirtinnen und Landwirte, Pflegedienste, Studierende und Auszubildende.

Wie lange die Situation im Iran andauern wird und wie sich die Folgen daraus langfristig auf unseren Alltag auswirken werden, ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht absehbar. Dies zeigt uns wieder einmal, wie globale Krisen unsere Energieversorgung betreffen und wie abhängig wir weiterhin von fossilen Rohstoffen sind. Aus unserer Sicht wurden und werden auf Bundesebene eben noch nicht die richtigen Rückschlüsse aus diesen Krisenlagen gezogen. Die Folgen der Entwicklungen im Iran dürfen nicht einseitig bei den Bürgerinnen und Bürgern und bei kleinen und mittleren Unternehmen abgeladen werden. Die Bundesregierung hat bisher nur sehr halbherzig auf die Preissteigerungen reagiert.

Die Maßnahme, dass die Benzinpreise nur einmal täglich steigen dürfen, hat zu keiner spürbaren Entlastung geführt. Im Gegenteil, Forschende des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung sowie des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie zeigen auf, dass diese Regelung vor allem der Mineralölindustrie in die Karten gespielt hat. Und die beschlossene Absenkung der Energiesteuer auf Benzin und Diesel um 17 Cent pro Liter hat zwischenzeitlich tatsächlich zu Senkungen geführt, der ADAC stellt aber fest, dass der Preisrückgang an der Zapfsäule vor dem Hintergrund deutlich gesunkener Rohölpreise viel zu gering ausfällt.

Das alles zeigt, dass die Mineralölkonzerne sowohl die Steuersenkung als auch sinkende Rohstoffpreise nicht aus freien Stücken an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben. Ob die Konzerne, die sich bereits jetzt durch diese Krisensituation bereichern, Vernunft walten lassen, ist fraglich. Eine sichere Entlastung für die Menschen ist demnach nicht zu erwarten.

Doch die Begrenzung des Tankrabatts auf zwei Monate ab dem 1. Mai ist zu kurz gedacht. Eine Entspannung der internationalen Lage ist auch nicht in Sicht. Diese Regelung sollte demnach für die Dauer der Krisensituation andauern und nicht im Vorhinein begrenzt werden.

(Torsten Renz, CDU: Haben Sie gerade erklärt, dass die nichts bringen?)

Der Tankrabatt läuft nun Ende Juni aus, und was passiert danach? Wie sollen Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen künftig ihre Mobilität bezahlen? Wie sollen Pendlerinnen und Pendler entlastet werden? Wie sollen Familien durch den Herbst und den Winter kommen? Keiner von uns kann sagen, wie lange die derzeitige Situation andauern wird. Keiner weiß, wie lange Benzin- und Dieselpreise auf diesem hohen Niveau bleiben.

Doch die Bundesregierung hat dafür keinen überzeugenden Plan. Bis heute bleiben weitere Vorschläge aus. Eine Verlängerung des Tankrabatts wird es aller Wahrscheinlichkeit nach nicht geben, so die letzten Äußerungen des Bundesverkehrsministers dazu.

(Torsten Renz, CDU: Das wird sich ja morgen ändern, nach dem Antrag hier.)

Die Bundesregierung muss jetzt entschieden handeln.

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

Und vielleicht kann da ein Blick nach Spanien helfen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion.

(Torsten Renz, CDU: Das ist ja Ihr Antrag.)

Dort hat die Regierung recht früh reagiert und ein umfassendes Antikrisenpaket mit 80 Instrumenten gegen steigende Energiepreise und Inflation vorgestellt. Dazu gehören unter anderem direkte Hilfen für einkommensschwache Haushalte, Preisbremsen bei Energie, Unterstützung für den öffentlichen Nahverkehr, Hilfe für kleine Unternehmen und Maßnahmen gegen Übergewinne im Energiesektor. Man kann sich über einzelne Punkte streiten, aber die spanische Regierung versucht die Krise umfassend

anzugehen und möglichst alle beziehungsweise die Menschen, die es am meisten betrifft, zu entlasten.

Meine Damen und Herren, für meine Fraktion und für mich ist jedoch klar, dass wir eine Entlastung brauchen, die spürbar, gerecht und wirksam für alle Menschen im Land ist. Wenn steuerliche Entlastungen beschlossen werden, dann erwarten wir, dass diese vollständig und unmittelbar weitergegeben werden und nicht in den Bilanzen von Mineralölkonzernen versickern.

(Michael Noetzel, Die Linke: Richtig!)

Zugleich brauchen wir keine Maßnahmen mit kurzzeitigen Befristungen. Es benötigt flexible und an der Realität orientierte Regelungen, die sich an das Geschehen anpassen.

Besonders problematisch sehen wir, dass einige Unternehmen in der Mineralölwirtschaft durch diese Situation erhebliche Zugewinne erzielen – wir haben die Zahlen schon einmal gehört, Sie haben es selbst benannt – mit 1,1 Milliarden Euro im Zeitraum von März bis April. Es gibt aber Prognosen von T&E Deutschland für das Jahr 2026 von 24 Milliarden Euro, während viele Menschen in unserem Land jeden Euro zweimal umdrehen müssen. Das ist nicht vermittelbar und auch nicht hinnehmbar.

Und hier, meine Damen und Herren, haben wir eine ganz andere Auffassung als die AfD. Hier müssen die Konzerne in die Verantwortung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und deshalb fordern wir, dass solche Übergewinne zur Finanzierung von Entlastungen herangezogen werden. Gleichzeitig müssen wir den Markt genauer in den Blick nehmen. Unberechtigte Preisanstiege dürfen nicht hingenommen werden. Hier braucht es wirksame kartellrechtliche Instrumente und eine klare Kontrolle.

Genauso wichtig ist es, in dieser Lage keine weiteren Belastungen aufzubauen beziehungsweise Entlastungen zu sichern. Viele dieser Entlastungen in unserem Land wirken bereits und müssen verlässlich fortgeführt werden. Das vergünstigte Deutschlandticket für Senior/-innen und Auszubildende sowie die Beitragsfreiheit in der Kindertagesförderung sind konkrete Beispiele dafür und sollen an dieser Stelle auch noch einmal benannt werden. Gerade in krisenbedingten Zeiten sind solche Errungenschaften unverzichtbar und müssen weiter bestehen bleiben.

Uns sind diese Maßnahmen jedoch nicht weitreichend genug. Deshalb fordern wir als Linksfraktion auch auf Bundesebene die Wiedereinführung des 9-Euro-Tickets und die temporäre Auszahlung eines Energiegeldes in Höhe von 150 Euro pro Monat.

Und bei all den kurzfristigen und auch notwendigen Entlastungen müssen wir den Blick nach vorn richten. Deutschland muss in Krisen unabhängig bleiben. Deshalb müssen wir weg von Abhängigkeiten fossiler Energie. Der Ausbau erneuerbarer Energien und die stärkere Nutzung alternativer Kraftstoffe ist nicht nur klimapolitisch sinnvoll,

(Petra Federau, AfD: Was für Märchen!)

sondern auch eine Frage der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit.

(Petra Federau, AfD: Das ist doch Quatsch! –
Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Und auch wenn wir langfristig einen Handlungsbedarf in der Energiepolitik sehen, zielt unser Antrag auf kurzfristige Maßnahmen und schnelle Entlastungen für die Bürger/-innen.

Der Änderungsantrag der GRÜNEN ignoriert genau dies. Sie schlagen langfristige Maßnahmen vor, die wir sicherlich auch teilweise teilen. Sie verfehlen jedoch das Ziel, schnelle Preissenkungen und Entlastung herbeizuführen.

Meine Damen und Herren, mit unserem Antrag wollen wir einen Schritt gehen, um die Menschen und die Wirtschaft in unserem Land zu unterstützen. Wir dürfen sie nicht alleinlassen. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu diesem Antrag, zu unserem Antrag. Dem Änderungsantrag der GRÜNEN werden wir nicht zustimmen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Abgeordnete, zu Ihrem Redebeitrag gibt es einen Antrag auf Kurzintervention seitens der Fraktion der AfD.

Bitte schön, Herr Schmidt!

Martin Schmidt, AfD: Vielen Dank fürs Wort!

Frau Schmidt, Sie hatten ja behauptet quasi, die AfD würde sich gemein machen mit Konzernen –

(Torsten Koplin, Die Linke: Das ist so.)

das kam ja auch immer wieder in Zwischenrufen –, will keine Übergewinne und so weiter.

Haben Sie denn zur Kenntnis genommen, dass die EU-Kommission das kategorisch abgelehnt hat? Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass es auch noch keine, kein Ende der Rechtsprechung gibt

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)

in dieser Sache, in der auch 2022 bereits ja diese Übergewinnsteuer eingeführt wurde im Rahmen der Ukrainekrise, und das auch noch nicht mal so festgelegt worden ist, dass das alles in Ordnung war, dass es da noch sozusagen anhängig ist beim Finanzgericht? Haben Sie das zur Kenntnis genommen? Haben Sie zur Kenntnis

genommen, dass es jede Menge andere Krisen und Kriege gab in den letzten Jahrzehnten, und …

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte nicht als Frage formulieren!

Martin Schmidt, AfD: Ja, es gab jede Menge Kriege und Krisen in den letzten Jahrzehnten, denken wir an die Corona-Krise. Da haben auch viele profitiert von der Krise. Wir denken nur an die Maskenunternehmen, solche, ja, Impfhersteller. Wo waren da die Forderungen, frage ich mich selbst immer, nach irgendwelchen Übergewinnen oder so was.

(Torsten Koplin, Die Linke: Hatten
wir, hatten wir ja vorgetragen.)

Und auf der anderen Seite hatten wir auch zum Beispiel im Corona-Jahr massive Verluste bei den Großkonzernen, die auch uns mit Öl beliefern. Da gab es auch keine Forderung, dass man sie unterstützt. Und das war ja auch vernünftig, weil Konzerne müssen dann selber mit diesen Kriegen, Krisen und alles, was es gibt, auskommen und rechnen und dafür selber Vorsorge treffen.

Und jetzt sagen Sie quasi,

(Jeannine Rösler, Die Linke: Er gibt
doch einige, die davon profitieren.)

wenn es einmal eine Krise gibt, eine bestimmte Branche profitiert, dann muss man da mit einem, mit einer Übergewinnsteuer ran.

(Torsten Koplin, Die Linke: Ja, aber
da die diese Situation ausnutzen. –
Zuruf von Jeannine Rösler, Die Linke)

Und da frage ich mich dann, wie Sie das rechtlich einordnen und so weiter. Und das sehe ich halt eben nicht bei den Linken und auch nicht bei der SPD, die auch in der

Bundesregierung sitzt, die das ja zum Koalitionsthema machen könnte Nummer eins, und sagen könnte, entweder wir machen diesen Übergewinn oder wir brechen die Koalition ab, …

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter, Ihre Zeit für die Kurzintervention ist abgelaufen.

Martin Schmidt, AfD: … das passiert aber auch nicht. Deswegen ist das alles nur Schaumschlägerei hier von den Linken und SPD.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Möchten Sie darauf reagieren, Frau Abgeordnete?

Elke-Annette Schmidt, Die Linke: Ja, natürlich möchte ich darauf reagieren!

Herr Schmidt, es geht hier um, genau, es geht hier um eine sachliche Auseinandersetzung und nicht um Schaumschlägerei. Und natürlich haben wir diese Entwicklung verfolgt, das ist ja ganz klar. Aber wir können dann nicht bei einem Stand stehen bleiben. Erstens mal gibt es noch Prüfungen, die sind noch nicht abgeschlossen. Und zweitens mal gibt es ja vielleicht auch andere Möglichkeiten, um die Übergewinne von den Konzernen abzuschöpfen. Auch dazu gibt es Überlegungen, und diese weiter voranzutreiben, auch dazu,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

auch dazu dient unser Antrag. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Wegner.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Lastenrad statt Tankrabatt kommt jetzt.)

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da habe ich gar nicht dran gedacht.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag, liebe Kolleg/-innen von der SPD und Linke, war gedacht als Rückenwind für die Bundesratsinitiative zur Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe im Mai. Seitdem ist im Bundesrat einiges passiert. Die eigene Initiative Mecklenburg-Vorpommerns wurde nicht zur Abstimmung gestellt. Vermutlich lag es an fehlenden Mehrheiten. Politisch hält die Ministerpräsidentin trotzdem daran fest. Und inzwischen beteiligt sich Mecklenburg-Vorpommern an weiteren Initiativen zu Preisdeckel, Übergewinnsteuer, gezielten Hilfen für Logistik und Landwirtschaft und mehr Resilienz. Man sieht also, dass selbst unsere Landesregierung in kleinen Schritten inzwischen merkt, der enge Blick auf Benzin und Diesel reicht nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die Ministerpräsidentin im Bundesrat sagt, der Weg aus fossiler Abhängigkeit seien erneuerbare Energien, dann hat sie doch recht. Nur muss das auch in Mecklenburg-Vorpommern gelten.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer in Berlin Wind, Sonne, Erdwärme und Biomasse lobt, darf zu Hause nicht beim 2,1-Grad-Prozentziel wackeln, Zielabweichungsverfahren zur Dauerlösung machen und Unternehmen mit fehlender Planungssicherheit alleinlassen.

Genau dieser Widerspruch zieht sich durch die Energiepolitik dieser Landesregierung. Auch deshalb hätte diesem Antrag eine Überarbeitung gut gestanden. Wer im Bundesrat nachlegt, sollte im Landtag nicht so tun, als sei der alte Text noch die passende Antwort. Benzin und Diesel billiger machen, Kohlendioxid-Bepreisung ausbremsen, fossile Kraftstoffe stabilisieren sind nicht die Lösung.

Ja, die Lage ist ernst. Die Krise in der Golfregion treibt Öl- und Energiepreise. Viele Menschen merken das an der Tankstelle. Unternehmen, Landwirtschaft, Handwerk, Logistik, Sozialwirtschaft und Kommunen stehen unter Druck. Das ist real, und gerade deshalb muss Politik genau hinschauen:

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Was hilft kurzfristig, was hilft zielgenau? Und vor allem, was macht uns beim nächsten Preisschock weniger verwundbar?

Ein Tankrabatt klingt nach schneller Entlastung. Aber er ist teuer, sozial ungenau und löst das eigentliche Problem nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er hilft nicht denen am meisten, die am stärksten belastet sind, sondern denen, die am meisten Kraftstoff verbrauchen. Menschen ohne Auto, mit wenig Fahrleistung oder hohen Strom-, Wärme- und Lebensmittelkosten haben davon kaum etwas.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Alle haben
davon was, weil die Lieferketten nämlich auch
dranhängen. Das haben Sie wohl vergessen.)

Genau das ist die Frage, genau das ist der entscheidende Punkt. Ein Tankrabatt hilft weder kurzfristig zielgenau noch langfristig strukturell. Er macht die Krise für Einzelne vielleicht weniger spürbar, aber er macht die nächste Krise nicht weniger wahrscheinlich. Er hält Menschen und Unternehmen in der fossilen Kostenfalle. Und

hier muss etwas passieren, denn jede Preisschwankung kann der Staat nicht ausgleichen. Wir bleiben erpressbar.

Der Tankrabatt kostet 1,6 Milliarden für zwei Monate.

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

Wenn man sich die E-Auto-Förderung für die nächsten drei Jahre anschaut, dann kostet die 3 Milliarden, sie bewirkt aber viel mehr, weil sie endlich auch Dynamik in den Markt für gebrauchte Elektrofahrzeuge bringt. Und da ist doch der Weg, wir müssen nicht nur die Energiewende, sondern auch die Mobilitätswende an der Stelle treffen.

Blicken wir ins Jahr 22. Damals hat Robert Habeck das Land durch eine schwere Energiekrise geführt –

(Heiterkeit und Zuruf von
Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

mit Sparanstrengungen, neuen Lieferwegen, gefüllten Speichern und dem klaren Ziel, Deutschland unabhängiger von russischem Gas und fossilen Erpressungen zu machen. Und der Blick nach Spanien zeigt, dass es auch anders geht als so, wie wir das jetzt im Moment machen. Elke-Annette Schmidt hat darauf hingewiesen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wir erleben jetzt wieder, warum das richtig war. Fossile Abhängigkeit ist keine abstrakte Klimafrage, sie ist eine Preisfrage, sie ist eine soziale Frage,

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

sie ist eine Standortfrage.

Und deshalb muss die Prioritätensetzung, lieber Daniel Peters, eine andere sein. Nicht Erhalt der aktuellen Strukturen, sondern wir müssen dafür sorgen, dass wir aus der fossilen Energiefalle hinauskommen.

Umso fahrlässiger ist es, wenn Katherina Reiche heute genau diese Lehre wieder verdrängt. Wer Dachsolar schwächt, Wärmewende zurück in fossile Sackgassen drängt und Elektromobilität ausbremst, macht Deutschland nicht billiger, sondern anfälliger. Das ist keine Politik für niedrigere Preise, das ist die Vorbereitung des nächsten Preisschocks. Hier muss das Land aktiv werden und unsere Interessen vertreten. Preisschocks sind eben nicht einfach nur Marktbewegungen, sie sind Verteilungskonflikte. Darum sagen wir, Entlastung Ja, aber nicht als Dauerstütze für fossile Kraftstoffe.

Deshalb sehen wir auch bei einigen Antragspunkten in Ihrem Antrag Schnittmengen. Wenn Mineralölkonzerne in Krisen außergewöhnliche Zusatzgewinne machen, muss eine Übergewinnabschöpfung auf den Tisch und ein Weg dahin gefunden werden. Wenn Preise an der Zapfsäule schneller steigen, als sie fallen, braucht es ein starkes Kartellrecht und Kontrolle ungerechtfertigter Aufschläge.

Dass Mecklenburg-Vorpommern diese Punkte im Bundesrat unterstützt, ist richtig. Richtig ist auch, dass die Stromsteuer runter muss, denn günstiger Strom ist der Hebel für bezahlbare Wärme, für Elektromobilität, für Busse und Bahnen, für Handwerk, Mittelstand und kommunale Infrastruktur. Aber genau da darf Politik nicht stehen bleiben. Kleine und mittlere Einkommen brauchen spürbare Entlastung. Dazu gehört ein Klimageld, das Einnahmen aus der CO_2-Bepreisung zurückgibt.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sozialistische Umverteilung!)

Was der Staat krisenbedingt zusätzlich einnimmt, muss bei den Menschen ankommen, besonders bei denen mit wenig finanziellem Spielraum. Und das war ja der Plan der CO_2-Besteuerung.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Martin Schmidt, AfD: Kaufen Sie sich
doch einfach eine Shell-Aktie!)

Dazu gehören …

(Torsten Koplin, Die Linke: Das ist zynisch!)

Genau! Das ist richtig zynisch.

Dazu gehören ein bezahlbares Deutschlandticket und bessere öffentliche Mobilität. Gerade in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern darf Mobilität nicht daran hängen, ob man sich den nächsten Tankstopp leisten kann. Bei der Wärme braucht es eine verlässliche und sozial ausgestaltete Förderung. Wer aus Öl und Gas aussteigt, schützt sich vor dem nächsten Preisschock. Aber das muss auch für Menschen mit kleinen Einkommen möglich sein, deshalb das Klimageld.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Geben
Sie denen doch einfach mal mehr Geld.)

Und schließlich, schließlich,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Die können doch mit Geld gut umgehen.)

schließlich …

Reden Sie, wovon Sie etwas verstehen!

Und schließlich braucht es mehr Tempo beim Ausbau erneuerbarer Energien, bei Netzen, Speichern, Energieeffizienz und Elektrifizierung. Jede Windenergieanlage, jede Solaranlage, jedes gut ausgebaute Wärmenetz und jeder elektrische Bus ist deshalb nicht nur Klimaschutz, er ist auch Preisschutz. Das ist keine Nebensache, das

ist die eigentliche strukturelle Entlastungspolitik. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt für die Gruppe der FDP der Abgeordnete Herr Wulff.

David Wulff, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Kraft kommt von Kraftstoff, und wenn wir hier über unsere wirtschaftliche Kraft im Lande sprechen, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass wir günstige Energie, günstigen Kraftstoff hier verfügbar haben, und das dauerhaft, und das nicht nur für einen unplanbaren Rabatt für wenige Wochen oder Monate. Und genau hier haben wir doch das Problem.

Jetzt kurzfristig mal reinzugehen, weil sich der Markt irgendwie bewegt, ändert doch das grundsätzliche Problem nicht. Auch Ihr Antrag, den Sie hier vorlegen, der ist ja auch eigentlich nur eine Verlängerung von einem Tankrabatt, der dann am Ende wieder zu einem hohen Preissprung führt, sobald er ausläuft. Und dann ächzen die Leute doch wieder unter den ganzen Problemen.

Dann kommen wir weiter zu den inhaltlichen Punkten. Rabatt, Sie sprechen hier von einem Rabatt. Was ist denn bitte ein Rabatt? Rabatt ist ein Preisnachlass auf Waren und Dienstleistungen. Da frage ich mich, welche Ware oder welche Dienstleistung bietet der Staat dann im Gegenzug zu der Energiesteuer an.

(Beifall Martin Schmidt, AfD)

Da habe ich ganz große Fragen.

Und wenn wir bei der wirtschaftlichen Kompetenz zu dem Thema hier noch mal sind, vielleicht auch in Richtung Staatskanzlei: Sie wettern ja hier von vorn bis hinten gegen

Konzerne. Ich habe ganz große Fragezeichen, ob Sie überhaupt die Definition eines Konzerns kennen. Und selbst wenn Sie da so sehr dagegen wettern, ist es nichts weiter als eine Kampfrhetorik gegen Unternehmer.

Ich möchte noch mal ins Detail gehen an dieser Stelle. Sie sprechen hier in Ihrer Kampfrhetorik gegen Konzerne

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

vom Abschöpfen der Übergewinne. Und dann gehen wir doch mal bitte rein: Was passiert denn, wenn Sie das machen, was Sie hier vorhaben?

Wir sind in einer Krise.

(Heiterkeit und Zuruf von
Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wir haben entweder eine Knappheit, wir haben ein ganz großes Problem, und der Staat ist kein Unternehmer, er ist kein Produzent, er fördert keine Rohstoffe, er raffiniert nicht oder Sonstiges. Und wenn wir – und das soll der Staat auch gar nicht –, aber wenn wir dann in einer solchen Krise sind und Sie diejenigen Unternehmen – und ich spreche hier nicht von Konzernen, sondern von Unternehmen –, die uns diesen so dringend benötigten Kraftstoff liefern und Sie dann sagen, na ällabätsch, wenn ihr jetzt aber davon auch noch profitiert, dann nehmen wir euch alles weg,

(Julian Barlen, SPD: Alles doch nicht! –
Zuruf von Elke-Annette Schmidt, Die Linke)

was passiert dann in der nächsten Krise? In der nächsten Krise passiert das, dass die Unternehmen sagen, dann macht euren Scheiß doch alleine.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Ganz ehrlich, das wird nämlich passieren, wenn Sie denen alles wegnehmen.

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Gewinne müssen möglich sein.

(Glocke der Vizepräsidentin)

Und Sie reden heute von Mineralölkonzernen,

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

und morgen reden Sie von denen, die uns Feldbetten zur Verfügung stellen, übermorgen reden Sie von denjenigen,

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

die uns unsere Generatoren zur Verfügung stellen, wenn wir in einer echten Krise sind. Deswegen sehe ich hier ganz, ganz große Probleme in Ihrer Logik.

Dauerhaft müssen wir runter mit der Stromsteuer. Wir müssen mit der Stromsteuer auf ein Minimum, damit wir Energie in dem Bereich günstig reinkriegen. Wir müssen den CO_2-Pfad einhalten und im gleichen Maß wie der CO_2-Pfad hochgeht, müssen wir eigentlich die Energiesteuer runter, weil seit 1990 die Begründung für die Energiesteuer im Wesentlichen die Steuerung des CO_2-Wertes ist. Jetzt haben wir ein neues Instrument, also kann das alte weg. Und so kriegen wir dauerhaft marktbasiert ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

David Wulff, FDP: … vernünftige Lösungen mit hin. Das, was Sie hier liefern, ist nichts weiter als sozialistische Kampfrhetorik, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit vonseiten der
Fraktionen der SPD und Die Linke –
Beifall vonseiten der Gruppe der FDP)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter, da es ein Antrag auf Kurzintervention vonseiten der Fraktion Die Linke gibt – bitte schön, Herr Kopplin –, haben Sie ja auch noch Zeit zu reden.

(Der Abgeordnete Torsten Koplin
spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

Stopp! Stopp! Stopp! Ja, jetzt.

Torsten Koplin, Die Linke: Sie sind ja Inkarnation von Wirtschaftskompetenz.

(Heiterkeit bei Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:
Oh, Inkarnation!)

Und da würde ich gern wissen, wie Sie es rechtfertigen, wenn Ölkonzerne, Mineralölkonzerne, die großen, über 15 Milliarden Euro abgeben an den Staatshaushalt, und zwar Geld, das sie von den Tankkunden einnehmen, aber auf die Gewinne, die sie unbestreitbar machen, Shell zum Beispiel null Steuern – null! –, BP 8 Millionen, weil sie Steuermöglichkeiten nutzen und Modelle fahren, die zur Steuervermeidung führen mit den Konsequenzen, und eine Übergewinnsteuer ist ja so definiert, dass eine besondere Situation ausgenutzt wird zu einem überhöhten Preis, der auch unbestritten ist, denn Rohöl ist am Weltmarkt zwischenzeitlich wieder deutlich gesunken, die Preise aber nicht adäquat, und wie rechtfertigen Sie faktisch diese Steuervermeidungsstrategie angesichts einer sozialen Frage, die zu lösen ist, der notwendigen Solidarität in einer Gesellschaft, dass die Starken auch für die Schwachen einstehen müssen. Das sind doch auch liberale Tugenden. Also da würde mich mal interessieren, wie Sie das …

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also ich werte das jetzt auch als rhetorische Frage, wie rechtfertigen Sie …

Torsten Koplin, Die Linke: Ja, ja, das ist genauso gewesen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Und deswegen frage ich Sie, Herr Abgeordneter, möchten Sie antworten?

David Wulff, FDP: Sehr gerne!

Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie mir die Möglichkeit geben, da noch mal auszuführen. Aufgrund meiner knappen Redezeit ist das ja nicht immer so im Detail möglich.

Zum einen – das sind ja zwei Punkte, die Sie angesprochen haben –, der erste Punkt Steuervermeidung. Da bin ich fairerweise völlig bei Ihnen, denn Steuervermeidung ist ja ein Grundproblem, weil die Lasten ungleichmäßig verteilt sind. Wir haben gerade, was Steuerflucht und Steuervermeidung angeht, ein Ungleichgewicht. Und das belastet im Wesentlichen ja auch die kleineren und mittleren Unternehmen, weil die nicht einfach diese Möglichkeiten haben, das entsprechend zu verlagern. Wir haben zum Beispiel, also Beispiel ist ja gerade im Digitalbereich – da bin ich ein bisschen mehr zu Hause –, ja Möglichkeiten gefunden, wie zum Beispiel, also wie digitale Güter innerhalb der EU auch entsprechend versteuert werden können. Da reden wir nicht nur von Gewinnen, Umsatzsteuer war da auch immer noch ein ganz großes Problem. Deswegen bin ich da völlig bei Ihnen zu gucken, dass wir Steuervermeidung, wo es geht, vermeiden. Da brauchen wir mehr Konsequenz, ohne Wenn und Aber.

Das andere ist aber noch mal die Übergewinnsteuer, auf die wir da eingehen. Da möchte ich noch mal auf weltwirtschaftliche Zusammenhänge einfach verweisen. Natürlich das Rohöl, das wird seltenst in Deutschland gefördert, ne, da haben wir nicht viel davon. Und wenn jetzt eine Knappheit weltweit entstehen könnte, dann sind doch die Unternehmen, die das Ganze fördern, das Öl raffinieren, da Diesel, Heizöl, Benzin, was auch immer daraus machen, haben sie ja die wirtschaftliche Freiheit zu sagen, also, liebe Deutsche oder Europäer – auf welchen Maßstab Sie auch immer das ziehen wollen –, es gibt Länder, da kann ich deutlich mehr für mein Produkt irgendwie bekommen, die Knappheit haben wir, und wenn Sie mir irgendwie meinen Gewinn

dadurch versauen wollen, dann gehe ich halt woanders hin. Und dann ist Ihr hehres Ziel, diese Übergewinne, die Sie hier definieren, abzuschöpfen,

(Jeannine Rösler, Die Linke: 1,2 Milliarden!)

läuft dann ins Leere. Weil dann passiert nämlich genau das, dass wir hier gar nicht mehr beliefert werden, weil dann – marktwirtschaftliche Effekte, die nicht in unserer Hoheit sind, sondern weltweit ablaufen, weltweit – das, was wir dringend brauchen, nicht mehr verfügbar ist. Und das halte ich für den größten Fehler. Ich würde lieber mehr bezahlen, bevor ich gar nichts mehr habe.

(Heiterkeit bei
Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Ja, Sie! –
Beifall Barbara Becker-Hornickel, FDP)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

An dieser Stelle begrüße ich auf der Besuchertribüne Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Vorpommern-Greifswald. Seien Sie uns herzlich willkommen!

Und ich rufe auf den Abgeordneten, doch, die Abgeordnete Sandy van Baal.

Sandy van Baal, fraktionslos: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Drei Themen, eine Frage: Wie entlasten wir die Menschen? Der Antrag von SPD und Die Linke beschreibt die Lage richtig. Die Preise drücken auf die Haushalte, auf die Betriebe, auf unser gesamtes Land. Nur der Großteil der Forderungen ist natürlich eine Wunschliste nach Berlin. Verstehe ich auch, weil das Problem können wir hier im Land nicht lösen.

Die GRÜNEN, die drehen das Ganze noch ein klein bisschen weiter, sie streichen die Entlastung an der Tankstelle und ersetzen es durch das Klimageld. Im Klartext, erst die Menschen über die CO_2-Abgabe belasten und ihnen dann einen Teil zurückgeben.

(Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Man belastet ja andere.)

Das ist kein Entlasten, das ist Geld …

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Andere, genau!)

Na, dann sage ich es mal so, das ist, erst Geld einsammeln und dann gnädig wieder verteilen.

Die AfD fragt: „Zwei Monate Tankrabatt – Was hat es gebracht?“. Eine gerechtfertigte Frage, und meine Antwort lautet da: Wenig! Ein Rabatt auf zwei Monate ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Und er läuft dann aus, und die Preise sind dann wieder da.

Aber genau das zeigt meiner Meinung nach ja auch das Problem. Wer in der Krise – und das wurde ja gemacht – eine Steuer senkt, der gibt doch zu, dass Steuer belastet.

(Zuruf von Christian Winter, SPD)

Dann zieht man die richtige Konsequenz. Ich sage es so oft ich kann, die CO_2-Bepreisung gehört mindestens ausgesetzt. Mittlerweile bin ich schon so radikal, sie gehört abgeschafft. Das wäre eine Entlastung, die auch bleibt.

Meine Damen und Herren, mein Maßstab ist da ganz simpel, wie immer, entlasten heißt entlasten und nicht umverteilen, nicht verwalten, CO_2-Steuer weg, Abgabe weg. Die Doppelbesteuerung, Herr Peters ist darauf eingegangen, muss bei den Kraftstoffen abgeschafft werden. Da muss man rangehen.

Und noch mal zu der Übergewinnsteuer, ich hatte das in irgendeiner Rede schon mal gesagt, …

(Der Abgeordnete Dr. Daniel Trepsdorf
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Ich lasse keine Zwischenfrage zu.

… die Logik ist verführerisch bei der Übergewinnsteuer. Aber das Instrument ist stumpf, schwer rechtssicher zu definieren. Ich weiß nicht, wer das hier gesagt hat, es gibt halt die einfache Lösung, über den Hebel der eigenen Steuerlast einfach zu reagieren, mal abgesehen davon, dass die Übergewinnsteuer auch mir zu doll, wirklich, bei den Konzernen eingreift. Das ist halt meine Meinung dazu.

Der Bundesfinanzhof befasste sich 2025 mit dem deutschen EU-Energiekrisenbeirat dazu, und die sehen das schwierig. Das wirft verfassungsrechtliche Fragen noch immer auf. Solche Sonderabgaben werden immer noch schwierig betrachtet rechtlich. Deswegen lehne ich das komplett ab.

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Abgeordnete, zu Ihrem Redebeitrag gibt es einen Antrag auf Kurzintervention seitens der Fraktion Die Linke.

Bitte schön, Herr Dr. Trepsdorf!

Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Liebe Frau Kollegin, nun haben wir uns ja schon mit der CO_2-Bepreisung auf Marktmechanismen eingelassen, damit man überhaupt mal Unternehmen in die Pflicht nehmen kann, die auf die Ressourcen, die uns allen zur Verfügung stehen, frei zugreifen. Die Luft, das Wasser, die Bodenschätze, die in der Erde sind, das sind schlicht und ergreifend Ressourcen, die unsere Mutter Erde, wenn man so will, kostenfrei zur Verfügung stellt. Wie würden Sie denn, oder ich frage mich halt, wie ich das machen würde. Ich hatte da schon keine Antwort, aber Ihre Antwort interessiert mich tatsächlich.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Enteignen und umverteilen!)

Wie könnte man tatsächlich dies in den marktwirtschaftlichen Kreislauf einbinden, um da eine Gerechtigkeit herzuführen, frage ich mich.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ja, möchten Sie darauf antworten, Frau Abgeordnete? (Zustimmung)

Bitte schön!

Sandy van Baal, fraktionslos: Vielen Dank, Herr Kollege!

Dass Sie sich diese Frage stellen, verstehe ich.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Nein, die stelle ich mir nicht.

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)

Ja, das ist eine ehrliche Antwort.

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)

Die stelle ich mir nicht.

Diese CO_2-Bepreisung, was wir eingeführt haben, was Sie auch sagen, gehört für mich abgeschafft. Das ist für mich kein Hebel, der wirkt. Und das ist meine Meinung dazu – da sind Sie komplett anderer Meinung –, braucht es nicht. Ich würde das auch wirklich komplett abschaffen.

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD –
Elke-Annette Schmidt, Die Linke:
Das ist keine Antwort auf die Frage.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Ums Wort gebeten hat jetzt der Abgeordnete Hannes Damm.

Hannes Damm, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete der demokratischen Fraktion! Die Energiepreiskrise trifft unsere Bürgerinnen, Haushalte, Handwerk, Landwirtschaft, Kommunen und soziale Einrichtungen. Die Antwort der Landesregierung: Den Tankrabatt verlängern und beim CO_2-Preis die Erhöhung stoppen.

Und das, sehr geehrte Damen und Herren, ist keine Entlastung, das ist eine fossile Rolle rückwärts, denn die Preisspitzen entstehen ja aus unseren Abhängigkeiten

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

von fossilen Energieträgern und von Krisenregionen. Wer den Tankrabatt zur Dauersubvention macht, behebt diese Ursachen nicht, er zementiert sie. Und wer den CO_2-Preis einfriert, gibt das einzige verlässliche Leitinstrument aus der Hand, das wir haben, um genau von diesen Abhängigkeiten loszukommen.

Und, Herr Peters, da war Ihre Antwort auch völlig inhaltsleer. Keine einzige neue Maßnahme, um das auszugleichen. Stattdessen haben Sie sich bemüht aufzuzählen, was Sie alles an Klimaschutzmaßnahmen noch übriggelassen haben im Bund. Das hat gut gezeigt, welche neuen Klimaschutzideen die CDU vorzuweisen hat, nämlich keine.

Die fossilen Subventionen entlasten kurz und machen lange abhängig. Inzwischen sollten wir das doch gelernt haben, die nächste Preisspitze kommt so sicher wie das Amen in der Kirche. Und die aktuellen Entlastungen werden auch noch mit der Gießkanne verteilt. Wer am meisten verbraucht, bekommt am meisten Entlastung. Strukturelle Entlastungen – günstiger Strom, erneuerbare Netze, bezahlbare ÖPNV – bleiben dafür auf der Strecke.

Der Änderungsantrag der GRÜNEN korrigiert das meiste: Tankrabattverlängerung raus, Klimageld statt CO_2-Preisstopp, Erneuerbare-Ausbau als strukturelle Entlastung rein. Das ist aus meiner Sicht die richtige Logik. Einen Punkt hat der Änderungsantrag allerdings übersehen, in den Feststellungen bleibt der Tankrabatt weiter als wichtiger erster Schritt stehen, entgegen der Logik des eigenen Antrags. Ein Versehen, vermute ich, aber eben auch ein schweres.

In einem Punkt stimme ich dem Regierungsantrag allerdings dann doch zu: Die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum, genau richtig, längst überfällig. Doch eine Frage an die SPD-Fraktion drängt sich dann schon auf: Warum lehnt denn Ihre Partei im Bund genau diesen grünen Vorstoß und die entsprechenden Initiativen im Bundestag ab, den Sie hier in Schwerin fordern? Warum beantragen Sie das in diesem Parlament, wo Sie doch genau wissen, dass Sie sich in Berlin damit nicht durchsetzen können?

Dem Antrag der Regierung kann ich aber, selbst wenn Sie das auflösen könnten, insgesamt nicht zustimmen, zu viel fossile Vergangenheit. Beim Änderungsantrag der GRÜNEN enthalte ich mich, denn solange die Feststellung den Tankrabatt als wichtigen ersten Schritt politisch adelt, trägt der Antrag genau das mit, was ich hier kritisiere. Das ist für mich eine rote Linie. Entlastung Ja, aber zielgenau befristet und mit der Energiewende verbunden, nicht als Subvention mit der Gießkanne von vorgestern. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Gruppe der FDP)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Waldmüller. Den sehe ich jetzt nicht.

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

Dann streiche ich Ihn.

Und ums Wort gebeten hat an dieser Stelle für die Landesregierung die Ministerpräsidentin Frau Schwesig.

(Julian Barlen, SPD: Das hat er
geahnt, der Herr Waldmüller.)

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Ich will mich bei der Fraktion der SPD ganz herzlich bedanken für den Antrag. Das Thema Senkung der Energiepreise ist weiter aktuell, und es ist klar, dass sowohl die heimische Wirtschaft, vor allem der Klein- und Mittelstand, aber auch die Bürgerinnen und Bürger vor allem mit kleinen und mittleren Einkommen massiv unter den gestiegenen Energiepreisen leiden. Das sind die Energiepreise sowohl bei Gas und Öl, das sind aber auch vor allem ganz aktuell die Energiepreise an der Tankstelle.

Das bedeutet ganz konkret, dass sowohl die Pflegekraft, die von Ort zu Ort pendelt und pflegebedürftige Menschen unterstützt, zu hohe Kosten hat. Das bedeutet ganz konkret, dass der Handwerksbetrieb, der zu den Leuten fährt, um seine Aufträge zu erledigen, unter zu hohen Kosten leidet. Das bedeutet ganz konkret, dass die Spediteure unter viel zu hohen Kosten leiden und dass wir längst sehen, dass diese Kosten insbesondere in der Lieferkette bei anderen Preisen wieder ankommen und übrigens auch in unseren Sozialsicherungssystemen. Das geht ja bis dahin, dass die Taxifahrer sagen, wenn das keine gerechte Vergütung ist, dann können wir die Menschen nicht mehr zum Beispiel zur Dialyse fahren. Das hat eine enorme Bedeutung für jede und jeden einzelnen Bürger und Bürgerin und für ganz viele verschiedene wirtschaftliche Branchen, aber auch Sozialsysteme.

Deswegen setzt sich die Landesregierung völlig unabhängig von einzelnen ideologischen Positionen einzelner Parteien für ein Gesamtpaket ein. Und das unterscheidet uns auch von bestimmten Positionen einzelner Bundesländer und von bestimmten Positionen in der Bundesregierung und auch der Opposition.

Und für mich hier als Ministerpräsidentin und der Landesregierung möchte ich noch einmal wiederholen, was für uns gilt. Für uns gilt nicht, was ein Bundeskanzler oder Parteien, die die Bundesregierung tragen, sagen. Für uns gilt allein das Wohl der Bürgerinnen und Bürger und des Landes, unabhängig davon, wer die Bundesregierung führt und wer sie stellt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Und für uns ist ganz entscheidend, und so war es mit der Bundesregierung von Frau Merkel, so war es mit der Bundesregierung von Herrn Scholz, und so ist es jetzt mit der Bundesregierung von Herrn Merz, für uns ist allein entscheidend, ob Vorschläge dazu führen, dass die Situation für Wirtschaft und Bürger in unserem Land besser wird, oder ob sie dazu führen, dass sie schlechter werden. Und alleine danach entscheiden wir, und allein dafür habe ich hier meinen Eid geschworen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Ministerpräsidentin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Damm?

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Sehr gerne!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön!

Hannes Damm, fraktionslos: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin! Frau Präsidentin!

Danke für die Aussage eben. Ich habe Sie jetzt so verstanden für mich, dass Sie gesagt haben, ja, wir werden uns natürlich dann auch für eine Absenkung auf der europäischen Stromsteuer auf das Minimum einsetzen gegenüber der Bundesregierung. Erst mal meine Frage, ob ich das richtig verstanden habe.

Und dann meine Frage: Was für konkrete Schritte und was auch für eine Erfolgschance versprechen Sie sich denn von so einer Initiative, dass es auf Bundesebene doch noch klappen könnte?

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Herr Damm, Sie sind ja für Ihre Ungeduld bekannt. Vielleicht warten Sie einfach meine Rede ab und dann werden Sie die Antwort darauf finden.

Hannes Damm, fraktionslos: Das mache ich gerne. Danke!

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Deshalb, mir war das wichtig vorwegzustellen, weil jetzt immer und umso näher die Wahl rückt, ist das ein beliebtes politisches Spiel, dann heißt es, ja, aber Ihre Bundes-SPD dies und das und Ananas. Ich sage es hier mal ganz deutlich: Wir entscheiden allein, was ist für unser Land gut. Und dann werden wir auch einem Kanzler, einem Vizekanzler sagen müssen, wir sind mit bestimmten Entscheidungen nicht einverstanden. So haben wir es bei der Gastro-Steuer gemacht, so haben wir es beim Agrardiesel gemacht. Das machen wir nicht erst jetzt.

Aber wir werden auch Dinge, die gut sind, für unser Land unterstützen, und das ist unsere Verantwortung. Das tun wir auch als Landesregierung und auch als MV-Koalition. Deswegen unterscheiden sich unsere Anträge im Bundesrat von vielen anderen Initiativen, weil wir gar nicht sagen, wir sind nur für das eine, Senkung Stromsteuer, oder wir sind gegen Senkung CO_2-Steuer, oder wir sind nur für die Übergewinnsteuer, sondern wir haben die verschiedenen Instrumente, die dazu führen können, dass Energiepreise im Land sinken und Bevölkerung und Wirtschaft entlastet werden und dass es gleichzeitig aber auch Einnahmestabilität für den Staat gibt.

Diese verschiedenen Instrumente haben wir in den Bundesrat eingebracht, und es stimmt nicht, dass wir etwas zurückgezogen haben. Unsere Anträge liegen im Bundesrat auf dem Tisch. Aber uns war wichtig, dass die Ausschüsse, die anderen Länder die Möglichkeit haben, diese Anträge zu beraten. Denn in anderen Ländern gibt es teilweise ideologische Blockaden. Bestimmte CDU-Länder können nicht

mitmachen, wenn die GRÜNEN in der Landesregierung sind. Und die CDU ist wieder bei anderen Themen nicht dabei.

(Torsten Koplin, Die Linke: So ist es.)

Und für uns spielt all diese Parteipolitik keine Rolle, wir sind mit breiten Vorschlägen in den Bundesrat gegangen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir können viel diskutieren. Uns ist wichtig, dass wir am Ende Instrumente finden, die dazu führen, dass die Energiepreise runtergehen, dass die Spritpreise runtergehen, dass die Bevölkerung und die Wirtschaft entlastet werden und dass gleichzeitig aber auch die Einnahmesituationen des Staates nicht weiter belastet werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Patrick Dahlemann, SPD: Richtig so!)

Und um das einmal technisch zu erklären, wenn eine Sondersitzung des Bundesrates stattfindet – und ich kann verstehen, dass das gerade diejenigen, die bisher keine Regierungserfahrung haben und damit keine Bundesratserfahrung, vielleicht nicht nachvollziehen können, deswegen möchte ich es einmal sachlich erklären –, wenn eine Sondersitzung des Bundesrates stattfindet, dann gibt es nur die Möglichkeit, einen Antrag einzubringen und sofort abzustimmen. Und es gab Länderkollegen, die mich gebeten haben, das nicht zu tun, sondern in den nächsten Bundesrat einzubringen, damit sachlich über die verschiedenen Vorschläge diskutiert werden kann. Und es hat sogar dazu geführt, dass es parteiübergreifend Länderinitiativen gibt, zum Beispiel für die Unterstützung der Spediteure, speziell der Landwirte – ein Ergebnis unseres Energiegipfels gemeinsam mit Sachsen-Anhalt.

Und für uns ist es wichtig, keine Schaufensteranträge in den Bundesrat einzubringen,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

sondern Anträge, wo alle Länder die Möglichkeit haben, mit uns sachlich über den besten Weg zu diskutieren, denn das zeichnet den Bundesrat aus, dass wir länderübergreifend und parteiübergreifend die besten Lösungen für die Menschen suchen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und da sind die Anträge, da werden sie beraten, und wir warten aber nicht alleine auf diese Entscheidung, sondern wir haben am 25. Juni Ministerpräsidentenkonferenz beim Bundeskanzler, und wir bereiten längst eine Initiative für diese Ministerpräsidentenkonferenz vor. Ich sage aber deutlich, die Bundesregierung sollte vorher sich klar positionieren, der Tankrabatt muss verlängert werden. Wir haben noch keine Entlastung beim Sprit, wir brauchen die Fortsetzung dieses Instruments.

Und ja, wir stehen dazu, dass das auch gegenfinanziert wird durch eine sogenannte Übergewinnsteuer. Zu der komme ich gleich. Unser Hauptziel wäre aber, so wie Luxemburg einen Preisdeckel zu vereinbaren zwischen Regierung und Ölkonzernen.

Und an der Stelle will ich sagen, sehr geehrter Herr Wulff, Sie waren in der Debatte ehrlich, und ich befürchte, dass das auch ein bisschen die Position einiger in der Bundesregierung ist. Sie sagen nämlich, wir zahlen jeden Preis, wir sind abhängig von den Ölkonzernen und deswegen sollten

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)

wir da mal nicht so stark auf die Finger hauen. Das sagen Sie. Und ich sage Nein zu dieser Politik.

(David Wulff, FDP: Dann
kriegen Sie nichts mehr.)

Wir leben nicht im Kapitalismus, wir leben in einer sozialen Marktwirtschaft, wo wir garantieren müssen, dass nicht der Handwerker, der Spediteur und die Pflegekraft die Einzigen sind, die sich an der Preissteigerung beteiligen. Auch große Konzerne müssen für Energiesicherheit und für Preisstabilität sorgen. Und Luxemburg ist kein kommunistischer oder sozialistischer Staat. Wenn Luxemburg das hinkriegt, diese Gespräche zu führen, erwarte ich auch, dass unsere Bundesregierung solche Gespräche führt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Julian Barlen, SPD: Zumal die
FDP das selber praktiziert hat. –
Patrick Dahlemann, SPD: So ist es!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Ministerpräsidentin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wulff?

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Sehr gerne!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön!

(Patrick Dahlemann, SPD: Übergewinnsteuer.)

David Wulff, FDP: Vielen Dank!

Nein, da haben wir unterschiedliche Auffassungen, das ist auch völlig, völlig in Ordnung. Und …

(Julian Barlen, SPD: Herr Lindner
hat das ja selber durchgezogen. –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ja, er fragt jetzt Frau Schwesig.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ein Moment, meine Herren!

(Daniel Peters, CDU: Es kann ja
nicht nur um Parteipolitik gehen. –
Patrick Dahlemann, SPD: Natürlich!)

Es ist jetzt eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wulff, und ich gehe davon aus, dass die Ministerpräsidentin durchaus in der Lage ist, alleine und ohne weitere Hilfe diese Frage zu beantworten.

Bitte schön!

David Wulff, FDP: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Ich traue das der Ministerpräsidentin auch entsprechend zu,

(Patrick Dahlemann, SPD: Wir alle.)

und ja, da haben wir durchaus unterschiedliche Auffassungen. Nur wie erklären Sie das dann den Pflegefachkräften, den zu Pflegenden, den Handwerkern und Co, wenn wir plötzlich doch – und der Grund ist ja eine drohende Knappheit auf dem Weltmarkt und da reden wir nicht über Luxemburg, sondern wenn dann halt entsprechend das Rohöl, der Diesel, Benzin et cetera halt nicht mehr nach Europa kommt, sondern dann irgendwo nach Indien, Pakistan, China oder sonst wo hingeht, und da reden wir halt nicht mehr über Mechanismen, die wir hier in der Hand haben –, was sagen Sie denen dann, und was sagen Sie denen, wenn am Ende der Tankrabatt ausläuft und die Preise dann plötzlich wieder nach oben schießen?

(Patrick Dahlemann, SPD: Deswegen
spricht sie sich für die Verlängerung aus.)

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Genau darum geht es. Genau darum geht es, dass ich erwarte, dass der Bundeskanzler – und ich glaube, es kann kein anderer machen, weil er über die Richtlinienkompetenz und über die größte sozusagen Amtsmacht verfügt –, dass er genau diese Gespräche führt.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ich dachte, das ist Herr Klingbeil.)

Es gibt keine einseitige Abhängigkeit. Über die Konzerne, über die wir reden, über die großen Öl- und Mineralölkonzerne,

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

die bekommen teilweise öffentliche staatliche Unterstützung, zum Beispiel für Projekte bei erneuerbaren Energien. Diese Zusammenarbeit kann doch für den Staat Deutschland keine Einbahnstraße sein. Es kann nicht sein, dass wir uns so einseitig abhängig machen und unter Druck setzen lassen. Wer schon diesen Druck einfach entgegennimmt und sagt, da sollten wir uns mal lieber wegducken, als die Verhandlungen zu führen, der hat schon verloren,

(Torsten Koplin, Die Linke, und
Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Genau! –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

und dabei hat vor allem unsere Wirtschaft und Bevölkerung verloren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und es hätte längst Vorsorge getroffen werden müssen. Warum wird der Fehler wiederholt, dass die Gasspeicher nicht voll sind? Es war unsere Landesregierung, die frühzeitig noch vor dem Konflikt im Nahen Osten gewarnt hat und gesagt hat, die Gasspeicher müssen jetzt wieder gefüllt werden, damit wir Vorsorge für schwierige Zeiten treffen. Und es ist diese Landesregierung, die seit Wochen fordert, dass der Bundeskanzler mit uns Ministerpräsidenten das macht, was wir in Krisenzeiten immer gemacht haben. Denn wir sind in nichts anderes als in einer schweren Energiekrise, weil Trump diese Situation im Nahen Osten herbeigeführt hat. Zusätzlich kommen

noch die schlimmen Zollbestimmungen von Trump. Und deswegen erlauben Sie mir, einen kleinen Schlenker zu machen an die AfD.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –
Martin Schmidt, AfD: Ah!)

Sie tragen Verantwortung für diese schweren wirtschaftlichen Probleme, weil Sie Trump und den Konzernen hinterherrennen.

(Martin Schmidt, AfD: Sie haben das gemacht.)

Unsere Unternehmen leiden unter dieser Politik von Trump,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

und Sie sind großer Fan von Trump.

(Martin Schmidt, AfD: Das ist der
spontane Auftritt von Frau Schwesig.)

Und jetzt

(Paul-Joachim Timm, AfD: Abenteuerlich!)

würde ich zu Nord Stream,

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Jan-Phillip Tadsen, AfD)

zu Nord Stream 2, meine sehr geehrten Herren von der AfD, werde ich mich im Juli äußern. Ich hoffe sehr, dass wir für die Auswertung des PUAs hier einen guten Zeitslot kriegen zur besten Tageszeit, wenn ich mir diesen Wunsch erlauben darf.

(Torsten Koplin, Die Linke:
Haben wir vereinbart.)

Denn da wird abgerechnet.

(Martin Schmidt, AfD: Haben Sie Ihren Kollegen
vom NDR schon Bescheid gesagt?)

Da werden Sie sich gemeinsam mit CDU, mit FDP und GRÜNEN dafür verantworten müssen, dass Sie hier für Millionen Euro einen Ausschuss gemacht haben,

(Martin Schmidt, AfD: Haben wir den gemacht?!)

wo wir angeblich, …

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Sie haben mitgemacht, Sie haben mitgemacht.

(Zuruf von Paul-Joachim Timm, AfD)

… wo kritisiert wird, warum wir uns für niedrige Energiepreise eingesetzt haben, und wo die CDU, wo sie an vorderster Front mitgemacht hat,

(Paul-Joachim Timm, AfD:
Sagen Sie mal was zur Sprengung!)

sich selber jetzt aufgeklärt hat.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

In diesem Ausschuss ist nichts,

(Glocke der Vizepräsidentin)

aber gar nichts rausgekommen.

(lang anhaltender Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Und Sie haben hier Millionen Euro dafür ausgegeben, um etwas festzustellen, zu dem ich seit Jahren stehe.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Was für eine
Fake-News-Schleuder Sie sind, das ist
unglaublich, Frau Ministerpräsidentin!)

Ja, für uns ist das Allerwichtigste, dass wir sichere Energieversorgung haben und dass wir bezahlbare Energieversorgung haben.

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Und dafür haben wir uns immer eingesetzt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und weder der grüne Energieminister noch die CDU-Energieministerin von heute haben es irgendwie fertiggekriegt, endlich dafür zu sorgen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

dass wir unabhängig von Russland zu neuen Energieversorgungen kommen, die sicher und bezahlbar sind. Wir sind doch jetzt wieder in einer ähnlichen Situation, dass wir Angst haben vor Abhängigkeit und zu hohe Preise haben. Und das haben diese Leute in der Verantwortung zu verantworten.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Ich stehe dazu, für uns ist es das Wichtigste. Und es ist eine Frage der Daseinsvorsorge, so wie bezahlbarer Wohnraum, so wie gute Bildung, so wie öffentlicher Nahverkehr braucht unsere Wirtschaft, die klein- und mittelständisch geprägt ist, und unsere Bevölkerung, die vor allem nur Einkommen bis 3.000 Euro hat im Monat, die massiv unter wirtschaftlichen Druck ist,

(Marc Reinhardt, CDU: Dann machen
Sie doch mal was dagegen!)

die braucht sichere Energieversorgung und sie braucht preiswerte.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Dazu habe ich immer gestanden und dazu werde ich weiter stehen.

Und über alles andere werden wir im Juli-Landtag reden. Ich freue mich auf diese Debatte.

(Marc Reinhardt, CDU: Wir auch.)

Jetzt zurück zur Gegenfinanzierung …

Herr Reinhardt, Sie werden dann noch hören, was ich schon im Untersuchungsausschuss sagen konnte,

(Marc Reinhardt, CDU: Sie werden
auch eine Menge hören.)

wie viel Unwahrheit durch Ihre CDU hervorgebracht worden ist und dass Sie, dass Sie Ihre eigenen Untersuchungen, Entscheidungen untersucht haben für viele Millionen Euro und Ihr Ausschussvorsitzender damit noch selber zusätzlich Einkommen hatte.

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,
und Marc Reinhardt, CDU)

Das ist unverschämt, unglaubwürdig,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der CDU, AfD und der Gruppe der FDP)

und damit hat die ganze,

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

damit hat die ganze gemeinsame …

(allgemeine Unruhe)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment! Einen Moment! Wenn jetzt hier keine Ruhe ist, unterbreche ich die Sitzung.

(Nikolaus Kramer, AfD: Unfassbar!)

So, die Sitzung wird für zehn Minuten unterbrochen,

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Unfassbar!)

und ich bitte die Parlamentarischen Geschäftsführer nach vorne.

Unterbrechung: 11:43 Uhr

Wiederbeginn: 11:52 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte, langsam Platz zu nehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Das Wort hat die Ministerpräsidentin Frau Schwesig.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Vielen Dank, Frau Landtagspräsidentin, dass Sie mir ermöglichen, meine Rede fortzusetzen!

Wie gesagt, über das Thema Nord Stream werden wir dann in der Juli-Landtagssitzung uns ausführlich unterhalten können.

Ich will zurückkommen zu dem Grundthema, dass es elementare Daseinsvorsorge ist, so wie bezahlbarer Wohnraum, so wie öffentlicher Nahverkehr, so wie medizinische Versorgung und auch Bildung, dass die Wirtschaft und die Bevölkerung sichere, verlässliche und bezahlbare Energieversorgung hat. Das muss gelten bei der Heizung und das muss natürlich auch an der Tankstelle gelten. Und deshalb ist es richtig, dass wir in den letzten Jahren massive Anstrengungen unternommen haben, den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzuführen. Denn das Einzige, wo wir unabhängig sind und wo wir Preisstabilität und Preiseinfluss haben, ist das, was wir selber haben im Land: Wind, Sonne, Erdmasse und auch Biomasse. Und das bauen wir aus und setzen uns gleichzeitig dafür ein.

Und auch da legen wir uns mit den Unternehmen an, dass die Bevölkerung davon einen Anteil hat. Und ein wichtiger Schritt, und das ist eine Forderung von uns, ist, dass es jetzt ermöglicht werden sollte, dass die überschüssige erneuerbare Energie, die wir hier längst produzieren, nicht abgestellt wird, sondern unsere Unternehmen sofort nutzen können.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Welche dann?)

Ich habe einen zweiten Vorschlag, den wir einbringen: Der Tankrabatt muss ganz klar verlängert werden. Und ich verlasse mich hier auf die Zusage des Bundeskanzlers, dem ich bereits am 14. April 2026 geschrieben habe und ihm gesagt habe, dass wir

eine Sonder-MPK brauchen, weil ja klar war, dass diese Krise anhält, und der mir zugesichert hat, dass die Bundesregierung die Situation weiter beobachtet und dass sie schnell reagieren wird. Deshalb bringen wir einen Vorstoß nicht nur im Bundesrat ein für die Verlängerung des Tankrabattes, für die Senkung der Steuern und gleichzeitiger Übergewinnsteuer, sondern wir bringen gleichzeitig eine Initiative in die Ministerpräsidentenkonferenz ein für den 25.06.

Und ja, es ist auch richtig, dass wir darüber sprechen, wer soll das alles bezahlen. Und deshalb will ich noch mal auf die Übergewinnsteuer zurückkommen. Die Übergewinnsteuer wurde selbst in der Ampelregierung vom FDP-Finanzminister durchgesetzt und hat zu Einnahmen von über 2 Milliarden Euro geführt.

(Julian Barlen, SPD: Hört, hört! –
Martin Schmidt, AfD: Hängt
beim Bundesfinanzgericht.)

Und bei der Übergewinnsteuer geht es nicht, so, wie Sie gesagt haben, Herr Wulff, dass alle Gewinne weggenommen werden. Es geht nicht um alle Gewinne.

(Horst Förster, AfD: Hat auch keiner gesagt. –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Es geht darum, dass weiter reguläre Gewinne gemacht werden können. Es geht um krisenbedingte Übergewinne, und die sind da.

Die europäischen Öl- und Gaskonzerne meldeten im ersten Quartal dank der Krisenpreise im Nahen Osten Rekordgewinne. Der Energieriese Shell plc hat den Gewinn um 24 Prozent gesteigert zum Vorjahr.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Rheinmetall,
was ist mit Rheinmetall gerade jetzt?)

TotalEnergies hat den Gewinn sogar um 51 Prozent auf 5, 8 Milliarden Euro gesteigert. Nach Berechnungen von Oxfam haben die sechs größten Energiekonzerne, fossilen

Energiekonzerne, im Schnitt 37 Millionen Dollar mehr als 25. 37 Millionen Dollar, nicht im Jahr, nicht im Quartal, nicht im Monat, nicht wöchentlich,

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Am Tag!)

sondern 37 Millionen Dollar täglich! Und wir haben die Auffassung hier, dass es nicht sein kann, dass unser Klein- und Mittelstand, dass die Handwerker, die Spediteure und die Bürgerinnen und Bürger diese zusätzlichen 37 Millionen Dollar täglich finanzieren, sondern dass die Konzerne davon einen Teil zurückgeben müssen, damit wir zur Energieentlastung bei Bürger/-innen und Wirtschaft kommen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Das ist unsere Position und das bleibt unsere Position.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich finde es wichtig, dass der Kanzler und die Ministerpräsidenten jetzt zügig dazu beraten, dass der Tankrabatt verlängert wird, dass wir eine Übergewinnsteuer haben. Viel besser wäre der sogenannte Preisdeckel wie in Luxemburg. Und die Bundesregierung macht sich jetzt auf den Weg, ein Gesamtpaket zu schnüren für Deutschland mit den Sozialpartnern. Sie macht das, was wir längst hier im Land gemacht haben: die Sozialpartner, die Wirtschaft, die Gewerkschaften, bestimmte Branchen wie Spediteure an einen Tisch.

(Horst Förster, AfD: Was hat es gebracht?)

Und dann, finde ich, muss in diesem Gesamtpaket nicht der Schwerpunkt darauf liegen, Rente, Gesundheit und Pflege zu kürzen, sondern der Schwerpunkt muss darauf liegen, wirtschaftliche Impulse zu setzen, Energiepreise abzusenken.

Und bei der Absenkung von Energiepreisen müssen wir ehrlich in Deutschland sagen, das Problem ist, dass derzeit sowohl die grüne Energie als auch die fossile Energie zu teuer sind. Und wir müssen uns in Deutschland für einen Weg entscheiden. Es haben

weder die Recht, die wie Sie, Herr Damm, sagen, nur grüne Energie und zurück aus fossiler, noch die, die wie die AfD sagt, nur fossile Energie und raus aus grüner Energie.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Haben wir doch gar nicht. Schon wieder gelogen.)

Wir werden für eine Übergangszeit die fossile Energie brauchen,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

aber es ist wichtig, dass wir die grüne Energie weiter ausbauen,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

und davon lebt unsere Wirtschaft längst.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Pinocchio-Schwesig.)

Ich bin unserem Wirtschaftsminister sehr dankbar, dass er in die CO_2-Debatte hier Versachlichung gebracht hat. Und es zeigt sich, dass es richtig war, einen kompetenten Mann wie den ehemaligen IHK-Präsidenten aus Neubrandenburg, Herrn Blank, hier auch zum Wirtschaftsminister zu machen, denn Herr Blank weiß um die unterschiedliche Situation unserer Wirtschaft in MV. Und er hat es sehr gut dargestellt, es gibt Wirtschaftsbereiche, die sagen, weg mit der CO_2-Steuer, aber es gibt andere Wirtschaftsbereiche – und die Diskussion habe ich selber in unserem Energiegipfel erlebt –, die sagen, nein, wir haben uns jetzt auf den Weg gemacht und wir brauchen auch Planungssicherheit.

Und es ist bedauerlich, dass jetzt viele aus der CDU-Fraktion gegangen sind, weil vorhin gab es die Zwischenfrage,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

ja, was bringt denn das, wenn hier der Zentralverband des Energiehandwerks in MV tagt.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Das will ich einmal sagen, wir haben mit Herrn von Müller einen wahnsinnig engagierten Landesinnungsmeister. Dieses Energiehandwerk ist Baustein unseres Handwerkerlands. Wir sind ein Land, das überdurchschnittlich Handwerksbetriebe hat. Und gerade der Bereich der Energie, des Energiehandwerks lebt gerade sehr stark davon, mit über 300 Betrieben mit einem Umsatzvolumen von 300 Millionen Euro in unserem Bundesland, dass sie Wärmepumpen einbauen, dass es Planungssicherheit bei der Energieversorgung gibt.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und sie plädieren zum Beispiel für die Beibehaltung. Deswegen hat Herr Blank recht, dass das Thema CO_2-Bepreisung sehr differenziert in der Wirtschaft gesehen wird.

Klar ist aber jetzt, wo fossile Energien viel zu groß geworden sind und das Energiemodell Deutschlands eben nicht mehr funktioniert, billige fossile Energie und darauf noch Steuern und wir noch nicht die grüne Energie komplett abgesenkt haben. Deswegen sind wir für die Absenkung der Stromsteuer, völlig klar. Und wir sind auch dafür, dass der Strom nicht abgestellt wird, sondern genauso preiswert an unsere Unternehmen vor Ort weitergegeben wird. Das würde gar nichts kosten, das könnte man sofort für die Wirtschaft machen.

Deswegen halten wir daran fest, dass wir die erneuerbaren Energien weiter intensiv ausbauen, dass sie preiswert gemacht werden und dass wir gleichzeitig die fossile Energie, die für den Übergang gebraucht wird – weil unsere Leute müssen tanken, so einfach ist das –, dass die aber in hohen Preiszeiten auch subventioniert wird, das kann nicht der öffentliche Haushalt alleine zahlen. Das müssen die Konzerne mitbezahlen, die gerade damit zusätzliche große Gewinne machen.

Es kann nicht sein, dass sechs Konzerne in diesem Land, auf dieser Welt 37 Millionen Dollar zusätzlich jeden Tag verdienen, auf Kosten unserer Handwerker, auf Kosten unserer Spediteure, auf Kosten unserer Bürger und Pflegefachkräfte. Da müssen wir zu einem ausgeglichenen Maßstab kommen, denn wir wollen in einer sozialen Marktwirtschaft leben und nicht im Kapitalismus. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Ministerpräsidentin, zu Ihrem Redebeitrag gibt es einen Antrag auf Kurzintervention seitens des Abgeordneten Schmidt von der Fraktion der AfD.

Bitte schön, Herr Schmidt!

Martin Schmidt, AfD: Vielen Dank für das erhaltene Wort, Frau Präsidentin!

Also ich muss das kurz mal einordnen, was Sie sich hier wieder an der Opposition abarbeiten. Es ist völlig absurd, dass Sie die AfD in einen kausalen Zusammenhang stellen mit den Angriffen von den Vereinigten Staaten von Amerika und Israel auf den Iran. Völlig absurd,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

so einen Bullshit habe ich noch nie in meinem Leben gehört. Hören Sie endlich auf, davon abzulenken, was los ist!

(Julian Barlen, SPD: Sie sind doch
der Fanklub von solchen Leuten.)

In Wahrheit ist es doch so, wir haben eine Bundesregierung aus SPD und CDU, die dort in Berlin sitzt, und die ist komplett untätig in dieser Sache, wenn es darum geht, Friedensbemühungen einzuleiten oder an einem Tisch zu sitzen. Und das haben sogar

Leute im UN-Sicherheitsrat jetzt gesehen, und Deutschland ist da sogar rausgeflogen mittlerweile,

(Beifall Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

weil Ihre Bundesregierung,

(Torsten Koplin, Die Linke:
Sie sind nicht reingewählt worden.)

gestützt von der SPD,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Glocke der Vizepräsidentin)

nicht mehr irgendwas dort tun sollte. Die werden nicht mehr benötigt.

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)

Und ob man „rausfliegt“ sagt oder „nicht reingewählt“, ist doch das Gleiche. Hören Sie doch auf, die Worte zu verdrehen!

(Zuruf von Philipp da Cunha, SPD)

Und wenn Sie sich abarbeiten an der Opposition, Frau Schwesig, dass Sie einen Untersuchungsausschuss einleiten zum Thema Klimaschutzstiftung, zu einem Thema, das bundesweit relevant war, dann frage ich wirklich, wes Geistes Kind Sie sind, wenn Sie die Opposition dafür kritisieren, dass die einfach nur die Fakten aufarbeiten wollen – völlig unverständlich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und wenn Sie den Vorsitzenden dort kritisieren, dass der 600 Euro im Monat mehr bekommt dafür, dass er den Vorsitz hat, da muss ich ja lachen.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Da sage ich Ihnen einerseits, kein Problem, wir können gerne für alle Ausschüsse die Vorsitzgelder streichen, kein Problem, sehr gerne, dann machen Sie es, können wir gerne morgen machen. Oder Sie räumen einfach da ein, dass das so bleibt, wie es ist, aber kritisieren die anderen nicht dafür, denn Sie haben selbst als Regierungsfraktion auch einen Untersuchungsausschuss eingeleitet mit den NSU-Untersuchungen. Dort gibt es auch 600 Euro für den Ausschussvorsitzenden.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Also völlige Heuchelei, völlig lächerlich!

Und der dritte Vorwurf an die AfD war, dass wir nur auf fossile Energie setzen. Auch das ist falsch. Wir wollen einen breiten Energiemix, …

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Schmidt, Ihre Redezeit ist …

Martin Schmidt, AfD: … wir stehen für Kernkraft und für eine Ergänzung …

Vizepräsidentin Beate Schlupp: … beendet.

Martin Schmidt, AfD: … von Wind und Solar, aber eben ...

(Der Abgeordnete Martin Schmidt
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. –
Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Möchten Sie darauf reagieren, Frau Ministerpräsidentin?

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Ich habe alles dazu gesagt. Die AfD belügt die Menschen genauso wie viele andere.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –
Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD: Tatsächlich?)

Sie kritisieren einerseits die Unterstützung,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Paul-Joachim Timm, AfD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Sie kritisieren einerseits die Unterstützung für Nord Stream 2, die wir gemacht haben, weil es uns um preiswerte und verlässliche Energieversorgung ging, und hetzen auf der anderen Seite die Wirtschaft und Bevölkerung auf, es könnte doch wieder alles aufgemacht werden. Sie machen sich die Welt, wie es Ihnen gefällt. Sie erzählen den Leuten heute so, morgen so, Hauptsache, es geht gegen die anderen.

Und ich will Ihnen sagen, es ist diese Bundesregierung, die durch den Druck der Länder,

(Horst Förster, AfD: Das ist
keine Antwort auf die Frage.)

zum Beispiel auch unserer Landesregierung, die ganz konkret dafür gesorgt hat, dass wir jetzt einen Tankrabatt bekommen. Damit haben Sie gar nichts zu tun, dafür haben Sie gar nichts geleistet. Und wir bleiben dran, wir wollen, dass der Tankrabatt fortgesetzt wird,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Alles, was
bei Ihnen nicht gelingt, daran sind wir schuld.)

und darum geht es.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Und wenn Ihnen mal was gelingt, einfach nur peinlich!)

Und was ich kritisiere, aber das werde ich im Juli fortsetzen,

(Glocke der Vizepräsidentin)

das habe ich schon im Untersuchungsausschuss gemacht, dass jemand etwas untersucht,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

wo er selber für die Hand gehoben hat, dann versucht, diese eigene Entscheidung zu vertuschen und zu tarnen und zu tricksen. Aber darüber werden wir im Juli reden, darauf freue ich mich, und Sie werden Teil dieser Debatte werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin!

Ums Wort gebeten hat noch einmal der Abgeordnete Hannes Damm.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Hannes Damm, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete der demokratischen Fraktionen!

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben gesagt, es war alles bekannt und Sie würden dazu stehen. Und das ist ein ganz typisches Muster, was wir gesehen haben: Sie behaupten, dass wir irgendeine Behauptung aufstellen würden, und räumen die dann scheinbar aus.

(Patrick Dahlemann, SPD: Gerade Sie,
gerade Sie, Herr Damm?!)

Was Fakt ist, Sie haben gesagt, die Satzung hat Herr Pegel geschrieben. Das wurde aufgeklärt, das stimmt nicht. Sie haben gesagt,

(Julian Barlen, SPD, und
Patrick Dahlemann, SPD: Falsch!)

diese Klimastiftung würde für das Land arbeiten.

(Zuruf von Philipp da Cunha, SPD)

Wir haben gesehen, das stimmt nicht. Dafür andere Unternehmen, und …

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Damm, die 20 Sekunden sind leider vorbei.

Hannes Damm, fraktionslos: Den Rest machen wir im Juni. – Vielen Dank! – Juli!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Schult.

Enrico Schult, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ja, Frau Schwesig, dieser Rundumschlag hier, der bedarf natürlich einer Antwort. Ich kann es nicht, ich kann es nicht so recht glauben, dass diese Einlassung spontan erfolgt ist. Denn eines liegt doch auf der Hand, sehr geehrte Damen und Herren, die letzten 20 Jahre, das wird ja auf Bundesebene, wird es ja sozusagen deutlich, die letzten 20 Jahre, Herr Barlen, da hat die SPD 15 Jahre in der Bundesregierung mitregiert, die CDU sogar 16 Jahre, 12 Jahre haben sie gemeinsam regiert, und uns jetzt als AfD vorzuwerfen, dass wir an der jetzigen wirtschaftlichen Situation dieses Landes irgendeinen Anteil haben,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

das ist einfach unredlich und das weise ich entschieden zurück. Und wenn solche Fake News hier vorgetragen werden, sehr geehrte Damen und Herren, dann muss man natürlich das einmal einräumen.

(Julian Barlen, SPD: Ja, tun
Sie sich keinen Zwang an!)

Frau Schwesig sprach davon, dass die wirtschaftliche Entwicklung tatsächlich damit auch zusammenhängt, beispielsweise Trump, Putin – das will ich auch gar nicht in Abrede stellen oder gar die AfD –, aber ich kann Ihnen auch mal die jüngste Konjunkturumfrage zitieren. Das wurde nämlich, am 26.05. hier im Hause wurde die vorgestellt von den Vorsitzenden, von den Präsidenten der Industrie- und Handelskammern. Da ist ganz deutlich vorgeschrieben oder da ist ganz deutlich ausgeführt, dass neun Prozent, neun Prozent der Unternehmen hier im Land noch gute Geschäftsbeziehungen erwarten, eine gute wirtschaftliche Entwicklung ihres Unternehmens erwarten, und fast die Hälfte, fast die Hälfte der Unternehmen hier in Mecklenburg-Vorpommern erwartet sozusagen rückgehende Umsätze.

Und das ist die Wirtschaftspolitik dieses Landes, und das, Frau Schwesig, das müssen Sie zur Kenntnis nehmen, und das müssen Sie an dieser Stelle auch einräumen, dass Sie dafür verantwortlich sind,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

wie die Unternehmen in diesem Land dastehen, und im Gegenteil nicht die AfD.

Und Sie haben uns ja dafür kritisiert, dass wir Ausschüsse einberufen, Untersuchungsausschüsse einberufen für die Klimaschutzstiftung. Natürlich, das ist das gute Recht einer Opposition, Landesverfassung Artikel 26: Die Opposition hat das Recht oder die Aufgabe sogar,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

das Regierungshandeln kritisch zu beleuchten. Das machen wir natürlich in Untersuchungsausschüssen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Aber Sie selber, Sie selber, die sich hier hinstellen und ganz viele Parteigenossen mit irgendwelchen Versorgungsposten sozusagen versorgen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sie stellen sich hier hin und sagen, wir würden den Steuerzahler hier in Mecklenburg-Vorpommern Geld kosten. Das ist einfach unredlich, und da müssen Sie mal bei der Wahrheit bleiben und müssen Ihre eigene Verantwortung diesbezüglich ganz deutlich in den Vordergrund stellen.

Und noch einmal zur Klarstellung: Nein, die AfD ist nicht gegen die erneuerbaren Energien, aber die AfD sagt ganz klar, die erneuerbaren Energien müssen wirtschaftlich sein,

(Andreas Butzki, SPD: Atomkraft?!)

sie können nicht das Zuschussgeschäft einer großen …, der Stromkunden sein, der Endverbraucher sein.

(Zuruf von Christian Winter, SPD)

Sie müssen wirtschaftlich zu betreiben sein, Herr Winter, und dann sagt auch die AfD nicht, dass das abgeschafft werden soll, im Gegenteil. Aber wir wollen einen breiten Energiemix. Wir wollen einen breiten Energiemix aus Kernkraft, aber natürlich auch aus russischem Gas. Nord Stream 1, Nord Stream 2,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

wenn der Frieden wieder einkehrt in der Ukraine, dann werden wir uns dafür aussprechen, diese Leitungen auch wieder in Betrieb zu nehmen,

(Patrick Dahlemann, SPD: Aber bei
einem Untersuchungsausschuss
mitmachen. Das ist es doch.)

sehr geehrte Damen und Herren.

Und ich möchte Ihnen noch mal, ich möchte Ihnen noch mal darlegen,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

ich möchte Ihnen einmal darlegen, wer denn die Ersten waren,

(Patrick Dahlemann, SPD: Lächerlich!)

die hier diesen Antrag eingebracht haben,

(Patrick Dahlemann, SPD: Lächerlich!)

Herr Dahlemann. Am 11.03. hat die AfD einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, wo wir gefordert haben

(Patrick Dahlemann, SPD: Das ist eine Lüge!)

die dauerhafte Absenkung der Energiesteuer auf das europäische Mindestmaß, die dauerhafte Abschaffung der CO_2-Bepreisung

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

und eine temporäre Senkung der Umsatzsteuer für die Dauer der Krise.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir waren die Ersten, wir haben das dargelegt, und wir lassen uns von Ihnen auch nicht das Wort im Munde umdrehen, sehr geehrte Frau Schwesig. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

An dieser Stelle begrüße ich auf der Besuchertribüne Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Ludwigslust-Parchim. Seien Sie uns herzlich willkommen!

Und ums Wort gebeten hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Fraktionsvorsitzende Frau Oehlrich.

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg/-innen! Entgegen der Einlassung der Ministerpräsidentin war der Untersuchungsausschuss zur Klimastiftung wichtig und erkenntnisreich. Es konnte nachgewiesen werden, dass die damalige Landesregierung Parlament und Öffentlichkeit in zahlreichen Punkten nicht wahrheitsgemäß über Anlass, Errichtung und Zweck der Klimastiftung informierte.

Die Untersuchungen offenbarten einen erheblichen Einfluss der Nord Stream 2 AG auf das Regierungshandeln und eine einseitige Fixierung auf Russland als Wirtschaftspartner. Dabei operierte die Landesregierung in bislang nicht gekannter Weise zugunsten von Nord Stream 2 und ignorierte politische Bedenken ebenso wie nationale und internationale Klimaschutzziele.

Ein Untersuchungsausschuss war schon deswegen notwendig, weil der überdurchschnittlich hohe Einsatz der Landesregierung für Nord Stream 2 internationale Auswirkungen hatte. Das Land setzte sich über die Kritik zahlreicher EU-Staaten hinweg …

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Fraktionsvorsitzende, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: … und ignorierte auch Bedenken der Bundesregierung an der Stiftungskonstruktion. Aus Sicht meiner Fraktion war es deshalb eine Selbstverständlichkeit, …

(Patrick Dahlemann, SPD:
Ihre Zeit ist abgelaufen.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Fraktionsvorsitzende, jetzt muss ich aber wirklich unterbrechen.

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: … das Regierungshandeln in diesem Zusammenhang untersuchen zu lassen. – Ich bin doch schon fertig, Frau Präsidentin!

(allgemeine Unruhe –
Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Um das Wort gebeten hat jetzt für die Fraktion der SPD der Fraktionsvorsitzende Herr Barlen.

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst mal herzlichen Dank für die engagierte Aussprache zu unserem Antrag. Da haben wir viele Dinge gehört, die ich gerne auch aus Sicht der SPD-Fraktion noch mal ein wenig einordnen möchte.

Zunächst mal zum Kern unseres Anliegens, auch an dieser Stelle: Ja, die Maßnahmen, die im Bund ergriffen worden sind, sind wichtig und richtig, sie stehen allerdings jetzt schon wieder infrage. Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben die berechtigte Sorge, dass neue Belastungen an der Preisspirale anstehen. Und mehr noch, viele

Menschen merken diese Entlastungen in ihrem Alltag noch nicht in ausreichendem Maße. Die Preise sind weiterhin hoch, die Unsicherheit bleibt.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Viele Familien, viele Pendlerinnen und Pendler, bei vielen Betrieben ist diese Frage nicht abstrakt, sondern sehr konkret: Was bleibt uns eigentlich am Ende eines Monats übrig?

Und gerade wir in Mecklenburg-Vorpommern wissen doch sehr genau, worüber wir sprechen in einem Flächenland. Viele Handwerksbetriebe, Pflegedienste, Landwirte, Logistiker, kleine Unternehmen, sie alle sind auf bezahlbare Mobilität angewiesen. Wer in Mecklenburg-Vorpommern lebt, arbeitet, ausbildet, pflegt, liefert, produziert, der spürt die hohen Kraftstoffpreise im Augenblick ganz besonders deutlich. Deshalb will ich noch einmal bekräftigen, deshalb reicht es nicht aus, wenn in Berlin eine Maßnahme beschlossen wird und dann nach zwei Monaten gesagt wird, das wars, Krise ist vorbei, zurück zur Tagesordnung. So funktionieren das Leben und das Wirtschaften der Menschen nicht, und auch so funktioniert gute Politik nicht.

Wir haben da einen ganz einfachen Maßstab: Entlastungen müssen dort ankommen, wo sie gebraucht werden, bei den kleinen und mittleren Einkommen, bei den Familien, bei den Rentnerinnen und Rentnern, bei den Auszubildenden, bei den Betrieben, die hier Arbeitsplätze sichern, bei denjenigen, die wirklich jeden Tag dafür sorgen, dass unser Land läuft.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Genau!)

Und deshalb, meine Damen und Herren, ist wichtig, dass es im Bund weitere Maßnahmen gibt. Deshalb will ich aber an dieser Stelle auch einmal auf etwas eingehen, was noch nicht so intensiv diskutiert worden ist in dieser Aussprache, nämlich, was wir neben einem Energiepreisgipfel – darauf komme ich später noch mal zu sprechen – auch ganz praktisch hier in Mecklenburg-Vorpommern tun, um das

Leben der Menschen leichter zu machen, um sie vor hohen Kosten zu bewahren, denn wir erwarten vom Bund zu Recht mehr und dürfen gleichzeitig nicht unterschlagen, was wir hier in Mecklenburg-Vorpommern politisch gemeinsam erreicht haben.

Da will ich nämlich einmal die beitragsfreie Kita ansprechen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Die sorgt für massive Entlastungen bei den Familien. Stellen Sie sich einmal vor, meine Damen und Herren, Familien müssten in dieser jetzigen Lage jeden Monat Hunderte Euro zusätzlich pro Kind für die Bildung und Betreuung aufwenden.

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Genau!)

Das muss man sich mal vorstellen, weil das ist die konkrete Alternative zu der beitragsfreien Kita, die wir sehr klar verteidigen und garantieren.

Denken Sie einmal an das Azubi-Ticket als Entlastung für junge Menschen bei ihrer Mobilität, an das Seniorenticket zur Entlastung der älteren Menschen bei uns im Land, die mobil bleiben wollen.

Das, meine Damen und Herren, will ich an dieser Stelle einmal klar auch einordnen in unsere Diskussion um die allgemeine Preisentwicklung. Das sind keine netten Zugaben, sondern das sind ganz praktische Antworten auf steigende Lebenshaltungskosten.

Und da will ich einmal auf die doch in meinen Augen sehr selbstgefällige Rede von Herrn Schmidt von der AfD eingehen und das hier an dieser Stelle einmal sehr klar sagen, diese Entlastungen, die ich eben genannt habe, die sind nicht mal eben vom Himmel gefallen, sondern die waren durch die Regierungskoalition, durch unsere Landesregierung, durch die Ministerpräsidentin politisch gewollt. Die haben wir gemeinsam ausfinanziert,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

die haben wir gemeinsam eingeführt und die haben wir gemeinsam verteidigt. Und raten Sie mal, gegen wen? Genau, gegen Sie.

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und Die Linke –
Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Und zu Recht!)

Dass die AfD versucht, immer wieder versucht, hier sich als Anwalt des kleinen Mannes aufzuspielen, ist einfach absurd und mit der Realität überhaupt nicht zu verbinden.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Sie waren es als AfD, die hier Kürzungen beim Seniorenticket, beim Rufbus beschließen wollten im letzten Doppelhaushalt. Die AfD wollte beim Seniorenticket, beim Rufbus das Geld vom Tisch ziehen den Menschen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Heiterkeit und Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Wir haben das verhindert. Sie waren es, die gegen Tariftreuegesetze, gegen den Mindestlohn gestimmt haben. Wenn es darum geht, dass gerade die, die hart arbeiten, für ihre harte Arbeit auch entlohnt werden, die AfD war dagegen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Wir haben es gemeinsam durchgesetzt. Und Sie waren es übrigens auch …

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Fraktionsvorsitzender, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schmidt?

Julian Barlen, SPD: Ja.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Herr Schmidt!

Martin Schmidt, AfD: Ja, vielen Dank für das Gestatten der Zwischenfrage, Herr Barlen!

Sie haben ja wieder ein wildes Potpourri,

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Das kann er.)

gerade an Dingen, die Sie hier erledigt haben, von Ihrem Koalitionsvertrag gerade kundgetan, behaupten aber gleichzeitig, dass Sie das Ganze ausfinanziert hätten. Nun haben wir dieses Jahr knapp 280 Millionen Euro Neuverschuldung aufgenommen, im kommenden Jahr auch. Die Rücklagen sind aufgebraucht, und ab dem Jahr 2028 haben wir ungefähr 1 Milliarde Defizit, die noch zu stopfen sind.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist ihm doch egal.)

Wie passt das mit der Aussage zusammen, dass alles ausfinanziert sei?

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Herr Fraktionsvorsitzender!

Julian Barlen, SPD: Also, Sie haben zunächst mal zur Kenntnis genommen – das finde ich ja gut, dass Sie dem nicht widersprechen –, dass Sie sich hier als Anwalt des kleinen Mannes aufspielen und gleichzeitig,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

wenn es darum geht, dass wir hier konkrete Unterstützungsleistungen hier beschließen,

(Zuruf von Thore Stein, AfD)

ob es das Seniorenticket ist, ob es Rufbus ist, ob es ordentliche Löhne für harte Arbeit sind, wenn es um Tarifbindung geht, wenn es um Mindestlöhne geht ...

Übrigens, Sie hatten jetzt mich ein bisschen unterbrochen in der Rede, der nächste Punkt wäre nämlich gewesen, überhaupt kein Verlass auf die Frage beitragsfreie Kita.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Da haben Sie hier in der Vergangenheit nach Tageslaune auch die beitragsfreie Kita infrage gestellt.

(Zurufe von Enrico Schult, AfD,
und Thore Stein, AfD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Und ich sage Ihnen sehr klar, wir haben in diesem Landeshaushalt dafür Sorge getragen, dass genau diese Maßnahmen finanziert sind.

(Thore Stein, AfD: Hä?)

Wenn Sie jetzt auf das Thema Sondervermögen und entsprechende Schulden ansprechen, da sagen wir sehr klar, wenn eine Wirtschaft, wenn die Betriebe, gerade die Bauwirtschaft, die Menschen, die dort beschäftigt sind, damit konfrontiert sind, dass die Wirtschaft in Deutschland schwächelt, selbst wenn wir uns in Mecklenburg-Vorpommern natürlich sehen, dass es hier ein leichtes Wachstum gibt, dann ist doch das Konzept nicht das Neoliberale, was die AfD vorschlägt, in die Krise hineinzusparen, bei der Bauwirtschaft die Investitionen wegzunehmen, sondern alles, was die führenden Wissenschaftler im Bereich der Wirtschaft sagen, ist, wenn es eine Krise gibt, dann muss man dort hineininvestieren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und auch jede schuldenfinanzierte Investition gegen die Krise ist eine gute Investition.

(Zuruf von Thore Stein, AfD)

Dass Sie das anders sehen und in einer Krise den Menschen noch mal richtig den Hahn abdrehen wollen, das wissen wir. Danke, dass Sie das noch mal bestätigt haben an dieser Stelle!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

So, und an der Stelle will ich auch noch einmal abrunden, will ich es noch einmal abrunden, wir haben ja viel gehört hier zum Thema auch Nord Stream, und wir haben auch viel gehört zum Thema Untersuchungsausschuss. Ich will einmal noch mal bekräftigen, was der eigentliche Widerspruch ist. Dass wir uns hier für verfügbare Energie und vor allem auch bezahlbare Energie eingesetzt haben, das ist, glaube ich, hinlänglich bekannt den Menschen im Land.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Was wir kritisieren, ist, dass beispielsweise Sie sich hier hinstellen und sagen, Nord Stream, natürlich machen wir das wieder auf, und gleichzeitig hier einen millionenschweren Untersuchungsausschuss, einen Popanz auf die Beine stellen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

um zu untersuchen, warum man denn sich für bezahlbare Energie einsetzen könnte.

(Zuruf von Noah Böhringer, FDP)

Das ist doch der Widerspruch, der hier im Raum steht.

(Zuruf von Constanze Oehlrich,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und der steht nicht nur bei Ihnen im Raum, weil Sie da kräftig mitmischen, sondern der steht natürlich auch bei der CDU im Raum, die genau diese Entscheidungen

(Martin Schmidt, AfD: Was reden Sie
denn da?! Die AfD hat den Ausschuss
doch gar nicht beantragt.)

getroffen haben, mit voller Überzeugung, und sich jetzt hinstellt und ruft,

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

haltet den Dieb, was ist denn hier passiert?!

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Das ist einfach widersprüchlich. Man kann so handeln, aber man muss dann auch entsprechend mit der Einordnung dieses Handelns als unglaubwürdig leben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Also, meine Damen und Herren, wir sagen klar, Beitragsfreiheit, Azubi-Ticket, Seniorenticket, Tariflohn, Mindestlohn, solche Errungenschaften müssen wir gemeinsam verteidigen, die müssen bleiben, gerade jetzt, gerade in einer Zeit, wo viele Menschen im Land den Euro zweimal umdrehen müssen.

Und damit sind wir übrigens auch an einem Punkt, den ich gerne einmal in der Aussprache noch etwas genauer beleuchten möchte, der auch umstritten ist. Aber das ist die steuerpolitische Dimension dieser Krise und auch dieser Diskussion, denn natürlich geht es niemandem darum, nur einmal kurzfristig einen Preis abzudämpfen,

damit er kurz danach wieder ansteigt. Es geht insgesamt um die Frage, wer trägt in diesem Land eigentlich welche Lasten, ist das fair verteilt, ist das gerecht, ist es wirklich so, dass die sprichwörtlich starken Schultern mehr tragen als die schwachen Schultern. Und dazu bekennen wir uns als SPD hier im Landtag, und andere Kräfte, wie beispielsweise die AfD, wir hören es immer wieder,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –
Zurufe von Martin Schmidt, AfD,
und Thore Stein, AfD)

bekennen sich zu diesem Grundprinzip unserer sozialen Marktwirtschaft eben nicht. Und da ist unsere Haltung klar: Das Leben muss bezahlbar sein, und zwar für alle. Die Antwort auf steigende Preise kann doch

(Der Abgeordnete Thore Stein
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

nicht allen Ernstes lauten …

Herr Stein, Sie können Redezeit anmelden. Ich gestatte keine weiteren Zwischenfragen. Sie können jetzt hier die Rede nicht verhackstücken,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

wie es Ihnen passt. Sie können danach gerne hier noch mal ans Pult treten.

Da will ich ganz klar sagen, die Antwort auf steigende Preise in Richtung der Bevölkerung kann doch nicht lauten, na ja, dann müssen die Menschen eben noch ein bisschen härter arbeiten,

(Heiterkeit bei
Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Ja.)

dann müssen sie mal ein bisschen verzichten, dann müssen sie noch mal ein bisschen mehr sparen,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Aber das
ist doch genau wie bei der Bunde-SPD,
das sind doch Ihre Antworten.)

weil viele Menschen arbeiten längst hart, viele Familien rechnen längst ganz genau,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

viele kleine Unternehmen kämpfen doch längst mit den Kosten, die sie kaum noch auffangen können. Deshalb ist unsere Antwort an dieser Stelle, wir wollen, dass kleine und mittlere Einkommen gezielt entlastet werden. Wir wollen dafür sorgen, dass sehr vermögende, dass die großen Konzerne endlich einen gerechten Beitrag leisten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Das ist keine Neiddebatte, meine Damen und Herren, das ist eine Gerechtigkeitsdebatte. Und die werden wir engagiert führen und rausarbeiten, wer wo steht. Einige haben an diesem Pult eben schon gezeigt, wo sie stehen, nämlich an der Seite der Mineralölkonzerne. Und das ist einfach nicht in Ordnung, wenn Mineralölkonzerne in Krisenzeiten Milliardengewinne machen, während Menschen an der Zapfsäule, während kleine Betriebe, Pflegedienste, Logistiker, Handwerksunternehmen nicht wissen, wie sie den Tank vollmachen, dann passt das nicht zusammen. Und wenn große Unternehmen von Preissprüngen profitieren, während die kleinen Betriebe, auch die Landwirtschaft, auch die privaten Haushalte da unter Druck geraten, dann passt das nicht, dann bedarf das einer politischen Korrektur. Und deshalb sind wir sehr klar, es muss eine Abschöpfung krisenbedingter Übergewinne geben.

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

Die gab es übrigens auch in der Vergangenheit, auch mit der FDP in der Bundesregierung. Alleine BP hat die Gewinnerwartungen aufgrund der Krise verdoppelt, und ich sage es ganz offen, ich kann es nicht verstehen, wie man sich als AfD, aber auch mit etwas geringerer Nuance als CDU genau diesem wirklich sehr klaren Votum, dass die großen Konzerne ihren Beitrag leisten können, wie man sich dem entziehen kann, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Ich kann das nicht verstehen. Das versteht niemand.

Man kann die Übergewinnsteuer politisch ablehnen, man kann Preisdeckel ablehnen, man kann überhaupt marktwirtschaftliche, steuerpolitische Eingriffe, man kann alles ablehnen, aber dann bitte ich auch darum, den Menschen mal zu sagen, was ist denn die Alternative. Also was man alles nicht will, das haben wir jetzt hinreichend gehört von Ihnen. Aber was ist denn der Plan, was ist das Konzept?

(Torsten Koplin, Die Linke:
Herr Schmidt hat doch gesagt,
jeder kann sich Shell-Aktien kaufen. –
Heiterkeit bei Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

Da will ich …

Ja, Herr Schmidt hat gesagt, jeder kann sich Shell-Aktien kaufen. Ja, das ist also ein gutes Beispiel.

(Zuruf von Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

Da gehen Sie sicherlich, da gehen Sie sicherlich mit gutem Beispiel voran, würde zumindest einige Ihrer Aussagen erklären.

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

Aber ich will einmal das aber auch als Einladung sagen in Richtung von Herrn Peters, in Richtung von der CDU.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Ich würde gern einmal als Einladung an dieser Stelle an Sie, Herr Peters, an die CDU sagen: Lassen Sie uns doch mal zur Kenntnis nehmen, dass hier auch bei uns im Land im Energiepreisgipfel mit den Akteuren aus der Wirtschaft, aus der Logistik, mit den Kommunen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

mit der Landespolitik ja auch eine Idee entwickelt wurde, wie es gehen kann. Es ist ja nicht so, dass es irgendwo kein Konzept gibt, sondern das liegt sehr klar auf dem Tisch. Das muss einfach nur gemacht werden –

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

Tankrabatt verlängern, den Anstieg der CO_2-Bepreisung aussetzen, Übergewinne abschöpfen –,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

und ich kann nicht erkennen, warum wir da nicht einfach an einem Strang ziehen sollten,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

weil dann hätten wir nämlich auch wirklich eine Erklärung

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Glocke der Vizepräsidentin)

für die Menschen im Land, dass wir da gemeinsam als Politik stehen und gemeinsam auch gegenüber dem Bund stark auftreten.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Fraktionsvorsitzender! Es tut mir leid, Sie zu unterbrechen.

Ganz offensichtlich hat mein Hinweis aus der ersten Pause nicht gereicht. Ich erwarte, dass hier eine solche Disziplin zum Tragen kommt, dass der Redner hier von allen noch verstanden werden kann. Und von daher bitte ich doch, wenn die Glocke erklingt, das als Zeichen zu nehmen, dass das nicht mehr gegeben ist.

Jetzt können Sie fortsetzen, Herr Fraktionsvorsitzender!

Julian Barlen, SPD: Ja, also vielen Dank, Frau Präsidentin!

Kurz gesagt, Politik muss da gemeinsam handlungsfähig sein, sie muss eingreifen können, wenn Belastungen aus dem Ruder laufen. Und sie muss vor allem den Mut haben, dort Gerechtigkeit einzufordern, wo Gewinne privatisiert werden und wo Krisenkosten sozialisiert werden.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Und dafür stehen wir als SPD, als Die Linke, dafür steht die Ministerpräsidentin mit der Landesregierung. Und ich lade Sie alle herzlich ein, genau auch auf dieser Position sich einzufinden. Darum geht es nämlich. Wir stellen – und das hat die Ministerpräsidentin gut herausgearbeitet –, wir stellen überhaupt nicht die Marktwirtschaft als solche infrage, aber wir bestehen auf etwas ganz Wichtigem,

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

nämlich, dass es kein irgendwo Raubtierkapitalismus ist, sondern dass wir uns in einer sozialen Marktwirtschaft befinden. Nur Marktwirtschaft ist zu wenig, wir wollen, dass es eine soziale Marktwirtschaft ist, wo der Wohlstand, wo die Wertschöpfung eben

auch dazu beiträgt, dass die Menschen, die dafür hart arbeiten, davon profitieren. Deshalb stellen wir infrage, dass einige wenige in Krisenzeiten enorme Zusatzgewinne erzielen,

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

während die breite Bevölkerung die Zeche zahlt. Das geht so nicht, meine Damen und Herren,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

und das kann man nicht häufig genug auch betonen!

Deshalb, meine Damen und Herren, hat unser Bundesland, haben unsere Ministerpräsidentin und die Landesregierung ein Stoppschild aufgebaut, gemeinsam in der Herleitung mit der Wirtschaft, mit den Gewerkschaften, mit den Kommunen, mit den Kammern, dem Transportgewerbe, der Landwirtschaft gesprochen. Dieser Energiepreisgipfel war ein richtiges Signal. Wir warten nicht einfach ab, wir organisieren die Interessen, wir bündeln die Kräfte und wir sagen sehr klar, was Mecklenburg-Vorpommern braucht. Das ist Krisenmanagement. Da erwarten wir auf der Bundesebene mehr – mehr Abstimmung mit den Ländern, mehr Tempo, mehr Klarheit, mehr Bereitschaft, die tatsächliche Lebenswirklichkeit auch in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern zur Grundlage politischer Entscheidungen zu machen.

Deshalb, meine Damen und Herren, das klare Votum mit der Bitte um Zustimmung unseres Antrages. Bezahlbare Energie ist kein Luxus, sondern sie ist Voraussetzung für den Zusammenhalt und die wirtschaftliche Stärke unseres Landes. Der Tankrabatt darf nicht auslaufen, Übergewinne müssen zur Bewältigung dieser Krise genutzt werden können, die CO_2-Bepreisung darf nicht erhöht werden, die Verkehrs- und Logistikunternehmen müssen bei der Doppelbelastung nach Möglichkeit entlastet werden, die Versorgungssicherheit, die Widerstandsfähigkeit von Energie, Logistik der gesamten kritischen Infrastruktur muss gestärkt werden. Soziale

Entlastungsmaßnahmen wie das ermäßigte Deutschlandticket für die Senioren, für die Azubis, die Beitragsfreiheit in der Kita, ich habe es erwähnt, die müssen fortgeführt werden. Insgesamt müssen die Lasten gerechter verteilt werden. Dafür stehen wir, dafür kämpfen wir, und deshalb bitten wir Sie um Unterstützung und um Zustimmung zu unserem Antrag. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Fraktionsvorsitzender, zu Ihrem Redebeitrag gibt es einen Antrag auf Kurzintervention seitens der Fraktion der AfD.

Bitte schön, Herr Stein!

Thore Stein, AfD: Danke schön!

Herr Barlen, Stichwort „Tankrabatt“, den fordern Sie hier vollmundig, er möge verlängert werden. Ich weiß nicht, Generalsekretär der SPD, Tim Klüssendorf, sagt ganz klar, nein, wollen wir nicht, soll auslaufen. Stimmen Sie sich da ab mit Ihrer Bundesebene, oder geht das hier nur in den luftleeren Raum rein, weil hier Wahlen anstehen, und in Berlin entscheidet man anders?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Jo!)

So wird es wahrscheinlich sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das Nächste, was Ihre Janusköpfigkeit hier ein wenig doch sehr schön beschreibt, Sie fabulieren hier sehr ausgiebig darüber, dass Sie die Partei des kleinen Mannes sein wollen. Sie wollen die kleinen Leute unterstützen, Sie wollen die Unternehmen im Land unterstützen. Gestern hat Ihre Fraktion zusammen mit Ihrem Koalitionspartner das sogenannte Klimaverträglichkeitsgesetz beschlossen.

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke:
Ein Meilenstein!)

Dieses Gesetz wird massiv zulasten eben jener Bevölkerungsgruppen gehen, die Sie hier eben noch aufgeführt haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Enrico Schult, AfD: Ja, richtig! –
Zuruf von Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

Dieses Gesetz, dieses Gesetz legt letztlich die Axt an das produzierende Gewerbe in Mecklenburg-Vorpommern. Und wenn Sie hier so ein bisschen verklausulieren, wir hätten ein herausragendes Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren gehabt, dann wiederhole ich gern noch mal die Zahlen von gestern.

(Christian Winter, SPD: Das hat er nicht gesagt.)

Wir haben ein ganz kleines Wirtschaftswachstum, und zwar überwiegend im öffentlichen Sektor, das heißt im Gesundheitswesen und insbesondere in den Arbeitsplätzen, die von der öffentlichen Hand geschaffen werden.

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD: Sehr richtig!)

Während im produzierenden Gewerbe, dort, wo die Steuereinnahmen produziert werden, die Ihnen übrigens fehlen in den nächsten Jahren, dort haben wir allein 4.000 Arbeitsplätze in den letzten Jahren verloren. Aber das erwähnen Sie hier alles nicht, weil es nicht in Ihre Wahlkampfagenda reinpasst, die Sie hier in den kommenden Tagen wahrscheinlich noch weiter abziehen werden.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Und das ist wirklich verwerflich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Möchten Sie darauf reagieren, Herr Fraktionsvorsitzender?

(Enrico Schult, AfD: Auf den Punkt gebracht.)

Julian Barlen, SPD: Ich kann dazu was sagen, ja.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will einmal etwas zu dem Beispiel, das Sie angebracht haben, Klimaverträglichkeitsgesetz, sagen. Das zeigt ja genau, wie wir vorgehen. Es gibt gemeinsame Ziele, und dass wir in Mecklenburg-Vorpommern für eine starke Wirtschaft mit Arbeitsplätzen, von denen die Menschen leben können, stehen, während Sie übrigens gegen Tariflöhne, gegen Mindestlöhne stehen als AfD, auch bekannt, aber geschenkt.

(Enrico Schult, AfD, und
Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:
Das ist falsch!)

Das ist bekannt, dass wir gleichzeitig auf sozialen Zusammenhalt setzen auch. Aber die dritte Säule, dass wir auch in Zukunft eine Natur wollen in Mecklenburg-Vorpommern,

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

die lebenswert ist, dass wir die Grundlage des Zusammenlebens in der Heimat, hier auch was Umwelt betrifft, erhalten wollen, das ist bekannt. So, und dann haben wir ein Klimaverträglichkeitsgesetz vorgelegt, was dem Rechnung trägt, was Sie abstreiten, nämlich dass wir gemeinsam in eine saubere Zukunft gehen wollen, dass wir die Potenziale der erneuerbaren Energien,

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:
Weil Mecklenburg-Vorpommern
alleine bestimmt, oder wie?)

der Geothermie, der Sonne nutzen wollen, auch übrigens als Wirtschaftsstandort, als Vorteil für viele Unternehmen, die genau das auch ihrerseits suchen.

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:
Den Vorteil sehen nur Sie.)

Dann gab es eine Anhörung, dann hat man sich auf Änderungen verständigt. Und das wiederum werfen Sie uns jetzt vor, dass wir Klimaschutz nicht mit der Brechstange, sondern auf Augenhöhe mit der Wirtschaft und mit der Bevölkerung betreiben. Also so ganz schlüssig ist das an der Stelle nicht.

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und Die Linke –
Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Und zum Thema Abstimmung, zum Thema Abstimmung, das lassen Sie natürlich gerne unsere Sorge sein, aber wir stimmen uns ab. Und Sie können … Ich weiß nicht, vielleicht machen Sie immer Männchen und klatschen Applaus, wenn Ihre Bundesebene was sagt.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Nee,
wir sprechen mit einer Stimme. Dass das
für Sie war Fremdes ist, wissen wir.)

Wir sagen, was den Menschen und der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern dient. Das ist unsere Messlatte, und das artikulieren wir sehr klar, und unsere Ministerpräsidentin spricht da immer Tacheles, wenn es darum geht, was ist am Ende aus Sicht von Mecklenburg-Vorpommern erstrebenswert.

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:
Das haben wir bei Nord Stream gesehen.)

Und darauf können die Menschen sich im Land wirklich verlassen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 8/6528 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag auf Drucksache 8/6528 bei Zustimmung durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Stimmenthaltung der Fraktion der CDU und eines fraktionslosen Abgeordneten, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Die Linke auf Drucksache 8/6479 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag auf Drucksache 8/6479 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und Die Linke, Stimmenthaltung durch die Fraktionen der AfD und CDU, ansonsten Ablehnung angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie bereits angekündigt, berufe ich jetzt den Ältestenrat ein und unterbreche die Sitzung für 20 Minuten.

Unterbrechung: 12:37 Uhr

Wiederbeginn: 13:03 Uhr

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und wir gehen in der Tagesordnung weiter.

Ich darf Sie informieren, dass gemäß Paragraf 4 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung ich für die heutige Sitzung den Abgeordneten Dr. Daniel Trepsdorf zum Schriftführer bestimme.

Dann habe ich noch Zeit, auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler des Fachgymnasiums Berufliche Schule -Technik- aus Rostock zu begrüßen. Seien Sie uns recht herzlich willkommen!

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18**: …

(Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18**: Aussprache auf Antrag der Fraktion der CDU gemäß Paragraf 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema „Bund und Land in gemeinsamer Verantwortung bei der Pflegereform – Finanzierung und Qualität sicherstellen“ in Verbindung mit der Aussprache auf Antrag der Gruppe der FDP gemäß Paragraf 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema „Pflege zwischen Anspruch und Realität – Jetzt strukturelle Lösungen schaffen“.

Aussprache auf Antrag der Fraktion der CDU
gemäß § 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung
des Landtages zum Thema
Bund und Land in gemeinsamer
Verantwortung bei der Pflegereform –
Finanzierung und Qualität sicherstellen

Aussprache auf Antrag der Gruppe der FDP
gemäß § 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung
des Landtages zum Thema
Pflege zwischen Anspruch und Realität –
Jetzt strukturelle Lösungen schaffen

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine verbundene Aussprachezeit von bis zu 35 Minuten vorgesehen. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zusätzliche Redezeit gemäß Paragraf 84 Absatz 1a unserer Geschäftsordnung angemeldet. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Für die Fraktion der CDU hat ums Wort gebeten der Fraktionsvorsitzende Daniel Peters.

Daniel Peters, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen – zumindest die, die den Weg zurück in den Plenarsaal gefunden haben! Wir reden ja

jetzt über ein Thema, das in besonderer Weise auch unter Druck steht, unter wahnsinnigem finanziellem Druck, und zwar das Thema Pflege. Gesundheit, Rente und Pflege, das sind die großen Reformbaustellen, die wir in Deutschland haben, und gleichzeitig sind es die Themen, wo die allermeisten Menschen, selbst jüngere Menschen, eine klare Erwartungshaltung an die Politik haben, dass Politik hier Vorsorge trifft, dass Politik dazu beiträgt, dass eben Gesundheit, Rente und Pflege abgesichert sind, finanziell tragfähig für die Zukunft aufgestellt sind.

Das sind die dicksten Bretter, die wir bohren müssen. Und das gemeinsame Ziel ist klar, wir müssen die Finanzierung sichern. Und schauen wir uns die Realität an: In der Pflege klafft in den kommenden beiden Jahren eine – in den kommenden Jahren, genau –, eine gigantische Lücke von 22,5 Milliarden Euro. Und wenn wir eine weitere Beitragsexplosion verhindern wollen, dann ist ein Reformansatz notwendig, dann sind teilweise auch bittere Reformen notwendig. Das wissen eigentlich alle in diesem Raum. Und deshalb sage ich ganz deutlich, in dieser ernsten Lage sollten wir, wie vorhin schon beim Tagesordnungspunkt angedeutet durch die Ministerpräsidentin, vielleicht das Ganze ohne Parteipolitik begreifen, denn der Druck ist enorm.

Die Regierungsfraktionen von Union und SPD haben sich auf eine Pflegereform verständigt. Grundlage ist der Abschlussbericht der Bund-Länder-Kommission von Ende 2025. Der Gesetzentwurf ist in der Abstimmung und er soll noch im Juni ins Kabinett, also in diesem Monat. Und heute Morgen, diejenigen, die aufmerksam die Presseberichterstattung verfolgt haben, wird man gelesen haben, dass es wohl zu einer Einigung gekommen sein soll, einer Einigung zur Pflegereform.

(Zuruf von Ministerin Stefanie Drese)

Und Medienberichten zufolge sind eine außerplanmäßige Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze, geringere Rentenbeiträge für pflegende Angehörige aus der Pflegekasse und später greifende Zuschüsse aus der Pflegeversicherung für langjährige Heimbewohner vorgesehen. Außerdem geplant sind demnach die teilweise Streichung der kostenlosen Mitversicherung, die Anhebung des Beitragszuschlages für Kinderlose, die Streichung des Entlastungsbetrages im Pflegegrad 1 sowie die Verschärfung der Schwellenwerte bei der Pflegeeinstufung.

Und ja, das sind harte und schmerzhafte Einschnitte. Aber ich sage in aller Deutlichkeit, sie wären zum jetzigen Zeitpunkt in der Dramatik gar nicht notwendig gewesen, wenn der Bundesfinanzminister seinen finanziellen Verpflichtungen nachgekommen wäre.

(Thomas Krüger, SPD: Ah ja, genau! –
Zurufe von Ministerin Stefanie Drese
und Torsten Koplin, Die Linke)

Wir haben es bereits bei der GKV-Reform erlebt, dass er das nicht tut.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und auch bei der Pflegeversicherung gibt es versicherungsfremde Leistungen, die statt durch den Bund durch die Beitragszahler mitfinanziert werden müssen. Und das wäre auch ein Ansatzpunkt für diese Landesregierung, im eigenen Wirkungskreis aktiv zu werden.

Und ich will da im Einzelnen noch mal drauf eingehen. Der Bund muss endlich seine Schulden bei der Pflegeversicherung begleichen. Das sind erst mal 6 Milliarden aus der Corona-Zeit, die noch offen sind – Sie wissen selbst, wer auf den Milliarden sitzt –, und zweitens, der Bund muss die Sozialabgaben für pflegende Angehörige übernehmen. Und das sind dann noch mal 4,5 Milliarden Euro. Und würde der Bund diese Kosten tragen aktuell, müsste der Beitragszahler in der Form nicht so bluten und wir hätten Zeit für eine echte Strukturreform, die nicht unter dieser Drucksituation zustande kommen müsste. Dann gäbe es keine Beitragsexplosion und die Reform könnte unter anderen Vorzeichen stattfinden.

Aber kommen wir auch mal nach Mecklenburg-Vorpommern. Schauen wir nicht nur auf das, was der Bund zu leisten hat, sondern welchen Anteil auch an den hohen Kosten für die Beitragszahler und für die Versicherten beziehungsweise für diejenigen, die sich in der Pflege befinden, was das Land Mecklenburg-Vorpommern leisten könnte. Und da ärgert es mich, dass man seitens dieser Landesregierung gegenüber

dem Bund hier kritisiert und vom Verschiebebahnhof spricht, aber der Verschiebebahnhof im Land Mecklenburg-Vorpommern wird nicht angepackt.

Und dazu will ich Ihnen Folgendes sagen: Die Pflegeheimbewohner in Mecklenburg-Vorpommern könnten jeden Monat um 550 Euro entlastet werden, 400 Euro der Investitionskostenzuschuss, eigentlich eine Aufgabe, die das Land zu tragen hat und sich nach Gesetz seit Jahren verweigert. Ich finde das einen Punkt, über den wir reden müssen. Gleiches gilt für die Ausbildungsumlage. Das sind noch mal 146 Euro. So kommen wir auf die Summe von 550 Euro. Und das ist etwas, was man den Pflegeheimbewohnern direkt durch Regierungshandeln in Mecklenburg-Vorpommern abnehmen könnte.

Aber das ist der Unterschied: Die einen schreien ausschließlich nach Berlin, wir wollen Verantwortung übernehmen für Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und das ist der große politische Unterschied zwischen uns, meine Damen und Herren.

Und deswegen sage ich, dass das Land, die Landesregierung, seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, ist ein politischer Skandal, der ausgetragen wird auf dem Rücken der zu Pflegenden, meine Damen und Herren.

(Thomas Krüger, SPD: Keine Rede
der CDU ohne das Wort „Skandal“!)

Und das ist etwas, das hier in der Debatte bisher unerwähnt bleibt.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und wenn wir mal genauer noch mal reinschauen, dann wissen wir, dass durch diese Untätigkeit ja auch die Kommunen belastet sind über Umwege,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

denn erstens, die Landkreise, die klagen ja gegen die Pflegeheime wegen der hohen Kostenbescheide, zweitens, die Verwaltungs- und Sozialgerichte, die ersticken förmlich in Arbeit und die Bearbeitungszeiten für Anträge werden immer länger. Am Ende hängen die Pflegebedürftigen und die Einrichtungen finanziell völlig in der Luft. Das ist das Ergebnis auch Ihrer Politik.

Eine echte Strukturreform muss das System langfristig auf sichere Beine stellen und darf nicht nur Defizite durch Beitragsanhebungen stopfen. Der erste Baustein ist die finanzielle Entlastung der Pflegekasse durch den Bund, indem versicherungsfremde Leistungen wie die Rentenbeiträge für pflegende Angehörige endlich aus Steuermitteln bezahlt werden. Zudem müssen medizinische Aufgaben in den Heimen, die sogenannte Behandlungspflege, konsequent über die gesetzliche Krankenversicherung abgerechnet werden.

Zur Ehrlichkeit gehört, die Pflegeversicherung ist und wird eine Teilkaskoversicherung bleiben. Jeder muss sich im Klaren sein, dass er eben auch privat vorsorgen muss. Die Pflegeversicherung wird niemals in der Lage sein, die Kosten vollständig zu deckeln, schon gar nicht in der aktuellen Lage. Auch bei der Pflegeversicherung muss man die Ziele der Realität anpassen.

Klar ist aber auch, wer ein Leben lang hart gearbeitet hat, sollte nicht zum Sozialamt gehen müssen, wenn er pflegebedürftig wird.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Das ist ein realistisches Ziel, und dieses Ziel zu erreichen, daran sollten wir gemeinsam arbeiten. Und ich hoffe, dass wir innerhalb dieser Diskussion hier tatsächlich zu guten Vorschlägen kommen und eben nicht zu der beklagten Parteipolitik. Und noch mal, Eigenverantwortung heißt,

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)

Eigenverantwortung heißt, im Land auch die Dinge auf den Weg zu bringen, die man leisten kann, und nicht permanent Opposition in der eigenen Bundesregierung zu spielen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Harry Glawe, CDU: Sehr richtig! Sehr richtig!)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Für die Gruppe der FDP hat das Wort die Abgeordnete Barbara Becker-Hornickel.

Barbara Becker-Hornickel, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wie wichtig dieses Thema ist, wie es uns allen auf den Nägeln brennt, das zeigt ja schon, dass dieses Thema gleich von zwei Seiten auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Und wir sind sicher, Pflege entscheidet über Würde, Selbstbestimmung und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Und die Lage ist einfach ernst. Das Bundesgesundheitsministerium erwartet bereits für 2027 ein Defizit der sozialen Pflegeversicherung von rund 6 Milliarden Euro. Gleichzeitig hat sich die Zahl von Pflegebedürftigen in Deutschland innerhalb weniger Jahre auf inzwischen rund 6 Millionen Menschen mehr als verdoppelt. Und gerade auch Mecklenburg-Vorpommern steht dabei unter besonderem Druck. Mehr als 85 Prozent der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt, meist durch Angehörige. Die häusliche Pflege ist das eigentliche Rückgrat unseres Pflegesystems.

Und deshalb möchte ich zu Beginn doch ganz ausdrücklich an dieser Stelle wirklich auch noch mal Danke sagen, Danke an die Pflegekräfte, die jeden Tag Verantwortung übernehmen, und Danke an die pflegenden Angehörigen, die oft über Jahre hinweg leisten, was unser System ohne sie längst nicht mehr auffangen könnte.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und David Wulff, FDP)

Viele erleben, viele erleben dabei ein System, das sie zunehmend alleinlässt. Gerade im ländlichen Raum fehlen Kurzzeitpflegeplätze, flexible Entlastungsangebote und verlässliche Unterstützung. Landesweit stehen derzeit lediglich rund 722 Kurzzeitpflegeplätze zur Verfügung. Für ein Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern reicht das, reicht es nicht aus.

Und hinzu kommt, Pflege wird für viele zunehmend zu einem Armutsrisiko. Menschen müssen durchschnittlich mehr als 2.000 Euro Eigenanteil pro Monat im ersten Jahr eines Heimaufenthalts tragen. Mir fällt hier gerade ein, vor circa viereinhalb Jahren haben wir auch schon immer über dieses Thema diskutiert. Da habe ich mal die Frage gestellt: Wie kann man es denn eigentlich verändern? Und da kam dann die Aussicht, es müsste einen Sockel-Spitze-Tausch geben. Ich glaube, ich habe zweimal im Sozialausschuss gefragt, wie weit es ist, aber noch kein Ergebnis.

Und die Finanzen der Pflegeversicherung geraten immer stärker unter Druck. Ich habe jetzt – ich danke Ihnen, meinem Vorredner, dass Sie hier den Katalog noch mal schon vorgetragen haben, der jetzt wohl in der Entscheidung steht, und zwar all das, was unternommen wird, um dort Einschnitte zu haben, und das sind, finde ich, sehr starke, sehr kräftige Einschnitte –, ich habe in meiner Rede das noch sehr global gefasst, jetzt haben wir Ergebnisse. Ich habe sie jetzt nicht alle so auf dem Schirm, aber ich denke, ganz wichtig ist, und das steht auch bei mir, dass die versicherungsfremden Leistungen, dann gerade die Beiträge für die pflegenden Angehörigen, vom Bund übernommen werden müssen. Da, denke ich, ist schon ein Einsparpunkt gefasst.

Und dann der Katalog, der uns vorliegt, das sind schon ganz entscheidende, sehr starke Stellschrauben, die hier den Menschen in unserem Land zugemutet werden. Und Pflegepolitik braucht finanzielle Nachhaltigkeit ebenso wie soziale Verantwortung. Die finanzielle Nachhaltigkeit ist dann eventuell etwas anders hergestellt, die soziale Verantwortung, das liegt bei uns allen.

Die Pflegekräfte arbeiten unter hohem Zeitdruck, hoher Dokumentationslast und wachsender Verantwortung. Und das, meine Damen und Herren, das sind alles strukturelle Probleme, die wir auch hier in unserem Land lösen können. Und kurzfristige Notmaßnahmen reichen hier nicht mehr aus.

Der ganze Plan hier, der ist jetzt obsolet geworden, muss ich mir was einfallen lassen.

Ich kann ja sagen, wir brauchen Reformen. Und da sind wir ja dabei, die Versorgungssicherheit, Finanzierbarkeit und auch – und das ist mir ganz wichtig, ich habe schon mal einen Redebeitrag gehabt, Menschlichkeit in der Pflege –, ja, wir brauchen auch Menschlichkeit in der Pflege. Unsere Pflegekräfte brauchen Zeit für die Menschen und sie brauchen nicht so viel Zeit für Formulare. Pflegekräfte müssen sich um Menschen kümmern können und nicht um Formulare.

Digitale Schnittstellen zwischen Pflegeeinrichtungen, Ärzten, Krankenhäusern und Kassen müssen selbstverständlich werden. Und gerade hier liegen auch enorme Chancen für uns. Entscheidend ist nicht die starre Trennung zwischen ambulant und stationär, sondern der tatsächliche Bedarf der Menschen. Pflegebedürftige sollen selbst entscheiden können, wie sie ihre Versorgung organisieren.

Und wir müssen Prävention ernster nehmen. Es muss einfach sein, das Ziel, Pflegebedürftigkeit möglichst lange hinauszuzögern und Angehörige frühzeitig zu entlasten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD,
Torsten Koplin, Die Linke,
und David Wulff, FDP)

Wir müssen gesund bleiben. Pflegepolitik muss wieder langfristige Stabilität schaffen und Pflege darf weder Armutsrisiko noch Wachstumsbremse werden. – Danke!

(Beifall David Wulff, FDP)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten die Sozialministerin Stefanie Drese.

Ministerin Stefanie Drese: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Jeden Tag leisten das Pflegepersonal in ambulanten und stationären Einrichtungen und die Angehörigen von Pflegebedürftigen in unserem Land Großartiges. Sie erhalten das Pflegesystem aufrecht und damit unsere Gesellschaft zusammen, indem sie für diejenigen da sind, die Hilfe brauchen.

Weil das soziale Sicherungssystem ein Kernelement des Sozialstaates darstellt, gefährden Unsicherheit und die Sorge vor Instabilität das Vertrauen in die demokratische Verfasstheit in unserem Land. Das erleben wir gerade. Insofern ist es von hoher Bedeutung, zügig Entscheidungen zu treffen, die der Unsicherheit über die Unterstützung im Pflegefall ein Ende bereiten und unser Pflegesystem zukunftsfest weiterentwickeln.

Die erheblichen Kostensteigerungen der vergangenen Jahre durch einen Anstieg der Pflegebedürftigen, die Inflation, aber auch durch Verbesserungen innerhalb der Pflegeversicherung wie der Ausweitung des Leistungsumfangs und der richtigen und wichtigen höheren tariflichen Entlohnung des Pflegepersonals setzen die soziale Pflegeversicherung einem enormen Druck aus. Wir alle wissen, dass das System der Pflegeversicherung in eine akute Schieflage zwischen Einnahmen und Ausgaben geraten ist, unter anderem, weil daraus versicherungsfremde Leistungen finanziert werden. Die finanzielle Belastung der Pflegebedürftigen wie auch des Versicherungssystems selbst nimmt in einem überfordernden Maße zu. Ohne eine grundlegende Pflegereform droht ein Milliardendefizit und es drohen weitere zusätzliche Belastungen für die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler.

Die bislang bekannt gewordenen Pläne zur Pflegereform aus dem Bundesgesundheitsministerium sind jedoch keine Pflegereform, sondern ein Stopfen von Haushaltslöchern ohne politischen Gestaltungswillen. Ein Gesamtkonzept mit strukturellen Reformen ist für mich bislang nicht erkennbar.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Ein offiziell an die Länder gesandter Gesetzentwurf aus dem BMG zur Finanz- und Strukturreform der Pflegeversicherung lässt weiter auf sich warten. Wann er den Ländern offiziell zur Prüfung gegeben wird, ist bisher unklar. In der Presse veröffentlicht ist er heute Vormittag allerdings und ich möchte zwei Beispiele daraus nennen für die soziale Unausgewogenheit der Vorschläge.

Erstes Beispiel: Nach den Überlegungen des Bundesgesundheitsministeriums sollen die Leistungszuschüsse zu den Eigenanteilen der Pflegeheimbewohner in Abhängigkeit von der Wohndauer langsamer steigen. Das ist das Gegenteil von dem, was gesellschaftlich notwendig und politisch gewollt ist. Nach dem Kurzgutachten von Professor Dr. Rothgang im Auftrag der DAK-Gesundheit würde dann der durchschnittliche Eigenanteil für Pflegeheimbewohner sofort über 160 Euro pro Monat steigen. In den ersten viereinhalb Jahren stationärer Pflege entstünde für Betroffene eine zusätzliche Belastung von knapp 20.000 Euro.

Ganz ehrlich, diesen Vorschlag kann man nur ablehnen. Dies stellt eine Verschiebung des Problems auf Kosten der Schwächsten dar und erhöht den finanziellen Druck auf Pflegebedürftige und ihre Familien. Hinzu kommt, der Anteil der Heimbewohner, die auf Hilfen zur Pflege angewiesen sind, dürfte deutlich steigen und damit zu einer weiteren massiven finanziellen Mehrbelastung für Land und Kommunen führen, die für die Sozialhilfe zuständig sind, denn ich glaube, das wissen die wenigsten, die sogenannten Hilfen zur Pflege werden in Höhe von 72 Prozent bei den kreisfreien Städten und in Höhe von 82,5 Prozent bei den Landkreisen vom Land bezahlt. Das belastet unseren Haushalt enorm und würde durch eine Umsetzung der Warken-Pläne noch viel drastischere Auswirkungen haben.

Zweites Beispiel: Im Bundesgesundheitsministerium wird wohl diskutiert, die Ansprüche für pflegende Angehörige auf Rentenleistungen zu kürzen. Für die Pflege eines Angehörigen zahlt die Pflegeversicherung an die Rentenversicherung. Das wäre bei über 86 Prozent der Pflegebedürftigen, die in Mecklenburg-Vorpommern zu Hause gepflegt werden, das absolut falsche Signal. Es wäre fatal und sozialpolitisch völlig falsch, wenn wir den oft aufopferungsvoll pflegenden Menschen Leistungen kürzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen, dass gehandelt werden muss und auch gegebenenfalls Veränderungen der Leistungen erfolgen müssen, wir erleben aber aktuell, dass, um Finanzlöcher zu stopfen, die Lasten immer weiter auf die Schultern der Schwächsten abgewälzt werden. Die steigenden Eigenanteile für Heimbewohner führen geradewegs in die Sozialhilfe. Was wir brauchen, ist kein Sparkonzept zulasten der Betroffenen, sondern eine echte Reform.

Eine Reform der Pflegeversicherung muss beinhalten:

Erstens. Entlastung der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner. Die Eigenanteile müssen gedeckelt werden, um Pflegebedürftige vor dem Gang in die Sozialhilfe zu schützen. Übrigens hätten wir im Landeshaushalt dann auch wieder mehr Mittel für Investitionen.

Zweitens. Die Pflegeversicherung zukunftsfest machen. Wir müssen endlich versicherungsfremde Leistungen konsequent aus Steuermitteln finanzieren.

(Beifall Horst Förster, AfD –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Drittens. Die Unterstützung der pflegenden Angehörigen und die Entlastung der Angehörigen. Wer zu Hause pflegt, braucht Flexibilität, Unterstützung und unbürokratische Hilfen. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Zukunftspakt Pflege“ auf Ebene der Ministerinnen und Minister hat sich auf Ergebnisse im Dezember 2025 verständigt, wie beispielsweise, Prävention zu stärken, es sollten künftig regelmäßige Gesundheitschecks zur Erkennung individueller Risikofaktoren für pflegerelevante Krankheiten eingeführt werden, und mit gezielter fachlicher Beratung und Begleitung die Angehörigen entlasten und unterstützen, mit Präventions- und Rehabilitationsmaßnahmen eine Verschlechterung der Pflegebedürftigkeit verhindern und mit einem Notfallbudget für Randzeiten die häusliche Pflege unterstützen.

Ein zentrales Reformziel muss sein, eine Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich zu vermeiden beziehungsweise die stationäre Pflege hinauszuzögern. Diese Strukturmaßnahmen gilt es in der Pflegereform umzusetzen, denn die meisten

Menschen möchten in ihrem häuslichen Umfeld auch bei Pflegebedürftigkeit verbleiben. Daher muss der Bund endlich eine nachhaltige und generationengerechte Finanz- und Strukturreform der Pflegeversicherung auf den Weg bringen, die auch die Einnahmeseite betrachtet. Hier sollte der Bund die Empfehlungen des Frühjahrsgutachtens 2026 aufgreifen und prüfen, ob in die Kranken- und Pflegeversicherung Beamtinnen und Beamte einbezogen werden können.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Das gilt, das will ich an dieser Stelle sagen, dann auch für uns Politikerinnen und Politiker. Wenn wir zu Recht einfordern, dass starke Schultern mehr tragen müssen, dann gilt das selbstverständlich auch und gerade für uns.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Reform der Pflegeversicherung darf nicht zu einer Verschiebung des Problems auf Kosten der Schwächeren führen, sondern es bedarf eines Gesamtkonzepts, das alle Sozialversicherungszweige in den Blick nimmt, das vom Bund mit den Ländern, Kommunen und Leistungserbringern und Kostenträgern gemeinsam getragen wird. Darüber versuchen wir natürlich bei uns im Land, in den Bereichen, in denen wir selber gestalten können, Wege zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung zu finden.

Der vor zwei Jahren geschlossene Pakt für Pflege hat in unterschiedlichen Arbeitsgruppen erste Handlungsempfehlungen erarbeitet und auch schon Maßnahmen ergriffen. Dies sind zum Beispiel Vorschläge zur Gestaltung attraktiver Ausbildungsbedingungen, Maßnahmen zur Gewinnung ausländischer Fachkräfte, Handlungsempfehlungen im Hinblick auf eine stärkere Vernetzung und Kooperation vor Ort, Empfehlungen zum Bürokratieabbau und zur Digitalisierung, für eine bessere Koordinierung und Ausgestaltung der vorhandenen Beratung einschließlich der Pflegestützpunkte und vieles mehr.

Der Landespflegeausschuss hat sich darauf verständigt, einen Abschlussbericht des Pakts für Pflege im Sommer 2027 vorzulegen. Wir arbeiten in Mecklenburg-Vorpommern miteinander und nicht gegeneinander, auf Augenhöhe, meine sehr geehrten Damen und Herren, und wir versuchen schon jetzt, durch Landesinvestitionen zur Förderung der Kurzzeitpflege oder durch die Kofinanzierung von Modellprojekten Versorgungslücken zu schließen.

Viele zu entwickelnde Maßnahmen hängen aber wesentlich von bundesgesetzlichen Vorgaben ab. Sie können versichert sein, dass das Land auch weiterhin intensiv

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

in die Diskussion auf Bundesebene eingreifen wird, um hier Lösungen für eine Reform zu finden,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

aber wir brauchen jetzt und kurzfristig Entscheidungen auf Bundesebene. Wir brauchen eine Pflegereform, die ihren Namen verdient,

(allgemeine Unruhe –
Thomas Krüger, SPD: Ich
kann hier nichts mehr verstehen.)

und kein Stopfen von Haushaltslöchern auf Kosten der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin!

An dieser Stelle bitte ich um etwas mehr Ruhe. Es ist tatsächlich jetzt so ein gleichbleibender Lärmpegel in diesem Raum, der es schwer macht, die Redner/-innen zu verstehen.

Ich rufe auf für die Fraktion der AfD den Abgeordneten Thomas de Jesus Fernandes.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrtes Präsidium! Liebe Gäste! Wenn man den aktuellen politischen Verlautbarungen glaubt, könnte man beinahe meinen, die Pflegekrise sei plötzlich und völlig unerwartet über Deutschland hereingebrochen,

(Zuruf von Ministerin Stefanie Drese)

als hätte niemand ahnen können, dass eine alternde Gesellschaft irgendwann mehr Pflegebedürftige hat, mehr Fachkräfte und mehr finanzieller Mittel bedürfte. Tatsächlich erleben wir aber keinen plötzlichen Notfall, sondern das Ergebnis jahrelanger politischer Ignoranz, Schönfärberei und konsequenten Wegverwaltens struktureller Probleme.

Die Zahlen sprechen inzwischen eine Sprache, die selbst durch Pressekonferenzen, Arbeitsgruppen und wohlklingende Kongressmottos kaum noch übertönt werden kann. Bundesweit waren zuletzt 5,69 Millionen Menschen pflegebedürftig. Fast 86 Prozent dieser Menschen werden zu Hause versorgt, häufig durch Angehörige, die neben Beruf, Familie und eigenen gesundheitlichen Problemen inzwischen auch noch das übernehmen dürfen, was der Staat organisatorisch und finanziell immer weniger leisten kann. Allein 3,1 Millionen Pflegebedürftige werden überwiegend ausschließlich durch Angehörige gepflegt. Man könnte also sagen, das deutsche Pflegesystem funktioniert vielerorts nur noch deshalb, weil Familien ihre eigenen Belastungsgrenzen ignorieren und sich aus Pflichtgefühl selbst verschleißen.

Parallel dazu explodieren die Kosten. Der durchschnittliche Eigenanteil im ersten Heimjahr liegt bundesweit mittlerweile bei 3.245 Euro im Monat. Mit anderen Worten,

wer jahrzehntelang Beiträge gezahlt hat, darf im Pflegefall inzwischen häufig trotzdem erleben, wie das eigene Ersparte, das Eigenheim oder die Altersvorsorge in erstaunlicher Geschwindigkeit verdampfen. Und während die Bürger finanziell immer stärker belastet werden, produziert die soziale Pflegeversicherung trotz steigender Beiträge inzwischen ein Defizit von 1,54 Milliarden Euro im Jahr 2024. Das Kunststück, gleichzeitig mehr Geld einzunehmen, die Beiträge zu erhöhen und dennoch immer schlechtere Versorgungsperspektiven zu schaffen, beherrscht die Politik inzwischen bemerkenswert souverän. Das ist schon eine tolle Leistung, meine Damen und Herren!

Hinzu kommt ein Bürokratiewesen, das mittlerweile offenbar als eigenständige Wachstumsbranche betrachtet wird. Pflegekräfte verbringen erhebliche Teile ihrer Arbeitszeit mit Dokumentation, Formularen, Nachweisen und Verwaltung,

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

also genau mit den Dingen, wegen derer vermutlich niemand ursprünglich den Pflegeberuf ergriffen hat. Gleichzeitig herrscht ein massiver Fachkräftemangel. Und selbst bei der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen zeigt sich inzwischen, dass Kontrolle und Qualitätssicherung offenbar eher als unverbindliche Empfehlung verstanden werden.

Meine Damen und Herren, besonders drastisch zeigt sich diese Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, denn unser Bundesland gehört aufgrund unserer Altersstruktur und demografischen Entwicklung inzwischen zu den Regionen, in denen die Pflegekrise nicht mehr theoretisch diskutiert, sondern täglich praktisch erlebt wird. Zuletzt waren rund 139.000 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern pflegebedürftig bei gerade einmal rund 1,6 Millionen Einwohnern.

76 von 1.000 Einwohnern gelten bereits heute als pflegebedürftig. Das ist der höchste Wert bundesweit. Die Zahl der Pflegebedürftigen hat sich innerhalb von zehn Jahren nahezu verdoppelt. Und weil das offenbar noch nicht belastend genug ist, liegt die durchschnittliche Pflegedauer inzwischen bei 7,5 Jahren. Das bedeutet jahrelange körperliche Belastung, finanzielle Unsicherheit und psychischer Druck auf Familien,

häufig begleitet von der beunruhigenden Erkenntnis, dass die Politik dazu vor allem neue Arbeitskreise und Kongressformate entwickelt.

Besonders eindrucksvoll zeigt sich das Versagen bei der häuslichen Pflege. 86,4 Prozent aller Pflegebedürftigen im Land, konkret 120.000 Menschen, werden zu Hause versorgt. Allein in Mecklenburg-Vorpommern beziehen 76.000 Menschen Pflegegeld und weitere 35.000 Personen werden ambulant versorgt. Doch obwohl der größte Teil der Pflege längst privat organisiert ist, verfügt die Landesregierung über keinerlei belastbare Erkenntnisse darüber, wie viele Anspruchsberechtigte Leistungen der Hilfe zur Pflege aus finanzieller Not überhaupt nicht beantragen. Man weiß nicht, wie hoch die Dunkelziffer verdeckter Pflegearmut ist, man weiß nicht, welche Rolle bürokratische Hürden spielen, man weiß nicht, wie viele Menschen Leistungen aus Scham oder Überforderung gar nicht erst beantragen. Kurz gesagt, man weiß erstaunlich wenig über genau den Bereich, der das System aktuell überhaupt noch trägt.

Gleichzeitig räumt die Landesregierung selbst ein, dass die Beantragung von Hilfe zur Pflege insgesamt als komplex bewertet wird. Das überrascht wenig. Wer sich durch umfangreiche Formulare, digitale Verfahren, Unterlagenberge und verschiedene Behörden kämpfen muss, braucht inzwischen vermutlich schon fast eine zweite Verwaltungskraft im eigenen Haushalt.

Besonders interessant sind dabei die regionalen Unterschiede. Während in Vorpommern-Greifswald im Jahr 2024 rund 525 Menschen Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen erhielten, waren es in Ludwigslust-Parchim lediglich 95. Die Mecklenburgische Seenplatte lag mit 510 Leistungsbeziehern ebenfalls deutlich höher. Eine Erklärung dafür gibt es nicht. Auch hier herrscht offenbar das politische Prinzip Hoffnung. Wenn man die Ursachen nicht kennt, muss man sich schließlich auch nicht an die Lösung wagen.

Und während Familien zunehmend an ihre Belastungsgrenzen geraten, steigen gleichzeitig die Heimkosten immer weiter. Pflegebedürftige müssen in Mecklenburg-Vorpommern inzwischen rund 2.903 Euro monatlich selbst tragen. Die gesamten Heimkosten liegen bereits bei durchschnittlich 4.700 Euro im Monat. Für normale

Rentner sind solche Summen faktisch nicht mehr bezahlbar. Die Konsequenz daraus darf dann wieder die Allgemeinheit finanzieren. Allein 2024 musste Mecklenburg-Vorpommern bereits 115 Millionen Euro für Hilfe zur Pflege aufbringen, ein Anstieg um 88 Prozent gegenüber 2022. Gleichzeitig stieg die Zahl der Leistungsempfänger von 9.490 auf 12.930 Menschen. Selbst jahrzehntelange Beitragszahlungen schützen viele Bürger damit inzwischen nicht mehr vor sozialem Abstieg.

Und genau an diesem Punkt lohnt sich ein Blick auf die politische Verantwortung der Landesregierung aus SPD und Linken,

(Enrico Schult, AfD: Sehr richtig!)

denn dieselben Parteien, die heute mit ernster Miene über Fachkräftemangel, Überlastung, Steigen der Pflegekosten sprechen, haben im Koalitionsvertrag der 8. Legislaturperiode vollmundig erklärt: „Die Koalitionspartner werden Maßnahmen ergreifen, um Anreize zu schaffen, Menschen für den Pflegeberuf ... zu halten. Zudem werden die Koalitionspartner darauf hinwirken, ausgebildete Pflegefachkräfte, die dem Beruf den Rücken gekehrt haben, wiederzugewinnen.“

Das klingt zunächst entschlossen. Leider endete die Entschlossenheit offenbar genau dort, wo konkrete Zielgrößen, Erfolgskontrollen oder belastbare Daten beginnen würden, denn die Landesregierung räumt inzwischen selbst ein, dass überhaupt keine qualifizierbaren Ziele festgelegt wurden. Es gibt weder Zielzahlen für zusätzliche Pflegekräfte noch Rückkehrquoten oder messbare Vorgaben zur Bindung von Personal. Mit anderen Worten, man hat große Versprechen abgegeben, ohne auch nur ansatzweise definieren zu können, woran Erfolg überhaupt gemessen werden soll.

Noch bemerkenswerter ist die Antwort auf die Frage, wie viele ausgestiegene Pflegekräfte tatsächlich zurückgekommen sind. Die Landesregierung erklärt hierzu wörtlich, dass ihr keine Daten vorliegen. Das muss man erst mal schaffen: Von öffentlicher Rückgewinnung sprechen, Millionen investieren und anschließend nicht mal erfassen, ob überhaupt jemand zurückgekehrt ist!

Besonders eindrucksvoll ist auch die Liste der tatsächlichen Maßnahmen, denn auf Nachfrage benennt die Landesregierung im Wesentlichen genau eine neue Maßnahme: die Förderrichtlinie zur Schulgeldfreiheit ab dem 1. Januar 2024.

(Torsten Koplin, Die Linke:
Können Sie mal würdigen!)

Ansonsten dominieren Arbeitsgruppen, Kongresse, Veranstaltungsreihen, Modellprojekte oder sogenannte Best Practice Days, also genau jene politischen Ersatzhandlungen, mit denen man inzwischen offenbar jede strukturelle Krise in Deutschland begleitet, und das alles trotz erheblicher öffentlicher Mittel.

Für die Schulgeldfreiheit wurden 2024 und 2025 jeweils 3 Millionen Euro sowie 2026 weitere 3,2 Millionen Euro bereitgestellt. Und das ist auch gut so! Zusätzlich stieg der Landesanteil im Pflegeausbildungsfonds von rund 7,6 Millionen Euro im Jahr 2021 auf über 12,6 Millionen Euro im Jahr 2025. Doch trotz dieser millionenschweren Ausgaben fehlen weiterhin Zielgrößen, Evaluation und nachvollziehbare Erfolgskontrollen. Noch bemerkenswerter ist dabei, dass die Landesregierung ausdrücklich erklärt, auch künftig keine qualifizierbaren Zielgrößen, keine zusätzlichen Erfolgskriterien und kein weitergehendes Monitoring führen zu wollen. Mit anderen Worten, man verzichtet freiwillig auf Instrumente, die normalerweise genutzt werden, wenn Politik tatsächlich Ergebnisse produzieren möchte.

Und gleichzeitig erleben die Bürger wenige Monate vor dem Wahlkampf plötzlich neue öffentliche Empörung über Entwicklungen, die dieselben politischen Kräfte jahrelang mitgetragen haben. Plötzlich inszeniert sich die SPD als Schutzmacht der beitragszahlenden Bürger, plötzlich entdeckt man die Sorgen pflegender Angehöriger, plötzlich spricht man von sorgenden Gemeinschaften.

(Enrico Schult, AfD: So ist es.)

Bemerkenswert ist dabei vor allem die Geschwindigkeit der politischen Erinnerung, denn jahrzehntelang galten klassische Familienstrukturen, lokale Verantwortung und nachbarschaftlicher Zusammenhalt bei denselben politischen Kräften eher als

rückwärtsgewandtes Gesellschaftsmodell. Heute verkauft man dieselben Prinzipien unter neuem Etikett als innovative Sozialpolitik, selbstverständlich ergänzt um zusätzliche Netzwerke, Koordinierungsstellen und Verwaltungsstrukturen.

Auch die Einführung einer Landespflegemedaille passt hervorragend in dieses Bild. Wertschätzung ist wichtig, selbstverständlich, nur lösen Medaillen leider weder Personalmangel noch Heimkosten noch fehlende Kurzzeitpflegeplätze. Sie ersetzen keine besseren Arbeitsbedingungen, keine finanzielle Entlastung und keine funktionierende Pflegeinfrastruktur. Aber symbolpolitisch lassen sich Auszeichnungen natürlich deutlich einfacher organisieren als tiefgründige Strukturreformen.

Meine Damen und Herren, die Pflegekrise ist längst Realität. Und statt nachhaltiger Reformen erleben wir auf Landes- wie auf Bundesebene weiterhin vor allem politische Verwaltung des Mangels, bürokratische Ausweichbewegung und öffentlichkeitswirksame Symbolpolitik. Pflege darf jedoch nicht länger zum Armutsrisiko werden. Wir brauchen endlich eine nachhaltige Finanzierung der Pflegeversicherung, eine deutliche Entlastung der Eigenanteile, weniger Bürokratie, bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte, eine massive Stärkung der Pflegeinfrastruktur im ländlichen Raum, niedrigschwellige Hilfen gegen verdeckte Pflegearmut und vor allem eine echte Entlastung für pflegende Angehörige, denn wer zu Hause Angehörige pflegt, Verantwortung übernimmt, damit das System vor dem endgültigen Kollaps bewahrt wird, und dabei selbst an die Belastungsgrenzen gerät, darf vom Staat nicht länger mit Kongressmottos oder Symbolpolitik abgespeist werden, meine Damen und Herren. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Für die Fraktion Die Linke hat das Wort der Abgeordnete Torsten Koplin.

Torsten Koplin, Die Linke: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren, der Verein „Zukunftsfeste Pflege“ tourt zurzeit durchs Land und lädt uns Politikerinnen und Politiker zu Gesprächsrunden ein und will natürlich erfahren, was wir uns für die

Zukunft vornehmen. Und Tilo Gundlack und ich waren vor zwei Tagen in Grevesmühlen bei einem leistungsstarken Pflegeanbieter, und was wir da sehen konnten, hat mich sehr beeindruckt: ein top geführtes Haus, engagierte Leute, die wir getroffen haben, die was von ihrer Arbeit verstehen und mit Herzblut diese Arbeit machen. Und insofern schließe ich mich gern den Worten von Frau Becker-Hornickel an und sage, Danke all denjenigen, die jeden Tag 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche unterwegs sind, um anderen Menschen zu helfen, Hilfe zur Pflege leisten, für andere Menschen da sind. Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke, Katy Hoffmeister, CDU, und
Barbara Becker-Hornickel, FDP)

Das sind 30.000 Pflegekräfte in unserem Land für 140.000 Menschen.

Und doch, das war eine sehr kritische Diskussion, weil dieses wunderschöne Haus wie viele andere auch auf sehr unsicherem Boden steht, und zwar nicht im wortwörtlichen Sinne, sondern im Sinnbildlichen betrachtet, denn in der Tat, die Pflegeversicherung ist in hoher Not, und nicht erst in jüngster Zeit, Herr Peters. Man konnte in der Tat den Eindruck gewinnen, da wäre jetzt irgendwie in der Erde ein Loch aufgegangen und wir würden da in den Abgrund gucken. Der Abgrund, in den wir gucken, der war schon lange erkennbar und wir haben über Jahre als Linke strukturelle Veränderungen gefordert und haben über Jahre gesagt, es braucht eine – da gehe ich in die gleiche Kerbe wie Frau Drese –,

(Torsten Renz, CDU: Haben Sie die jetzt
umgesetzt in dieser Legislaturperiode?)

wir brauchen eine solidarische Pflegeversicherung. Wir brauchen nach dem Motto „Einer für alle, alle für einen“ ein Solidarverhalten.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und weil da jetzt gerade so die Zwischenrufe aus Ihrer,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

aus Ihren Reihen kommen,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Herr Peters hat ja appelliert, wir sollten jetzt nicht auf Parteipolitik machen. Ich hätte mich gern daran gehalten, Herr Peters, aber zum einen haben Sie sich da selber nicht dran gehalten, da war so ein SPD-Bashing schon dabei, und jetzt hier auch – und ich kann es Ihnen nicht ersparen –, gerade Herr Glawe, mit verschränkten Armen sitzt er da hinten

(Torsten Renz, CDU:
Was ist das für eine Wertung?!)

und ist ziemlich wütend offensichtlich über meinen Wortbeitrag. Und ich sage Ihnen, 2009,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

in den fetten Jahren – wir hatten hier eine finanziell wesentlich bessere Situation, als es gegenwärtig der Fall ist –,

(Sebastian Ehlers, CDU: Die Rücklagen
habt ihr verbraucht. Immer, wenn Sie
dran sind, ist es ganz schlecht.)

haben Sie das Landespflegegeld für Neuzugänge abgeschafft.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Sie haben zu verantworten, was Sie gerade selber beklagen. Und das ist also absolut nicht glaubwürdig, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und Die Linke –
Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich möchte darauf, ich möchte darauf verweisen, was wir, was wir auf der Habenseite zu verbuchen haben in dieser Koalition, in dieser kurzen Zeit, denn es ist so ein bisschen beiläufig erwähnt worden, die Tatsache, dass junge Menschen, die für andere Menschen da sein wollen, die sich entschließen zu sagen, wir wollen in den Beruf einer Pflegerin, einer Pflegefachkraft, vor nicht allzu langer Zeit mussten diese Personen noch Geld mitbringen, um diese Ausbildung machen zu dürfen, um für andere Menschen da zu sein, damit haben wir Schluss gemacht. Und die Zahlen sind ja genannt worden,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Die müssen immer noch Geld mitbringen.)

3, mittlerweile deutlich über 3 Millionen Euro pro Jahr.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Die
müssen noch Essen mitbringen und Wohnen.)

Schulgeldbefreiung ist eine Tatsache in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist keine Selbstverständlichkeit, das ist eine große sozialpolitische und auch bildungspolitische Leistung für die Zukunft von jungen Menschen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Wir haben das Einrichtungenqualitätsgesetz novelliert, die Landespflegeplanung auf den Weg gebracht, ein Programm auf den Weg gebracht für Kurzzeitpflege. Das ist ein ganz heißes Thema. Anläufe hat es viele gegeben. Also es weiß ja jeder möglicherweise aus dem eigenen Umfeld, wie es ist und in welche schwierige Situation man gerät, wenn diejenigen, die zu Hause jemanden pflegen, dann selber krank

werden oder auch mal Erholung brauchen. Was dann machen, wie damit umgehen? Diese Möglichkeit der Verhinderungspflege, der Kurzzeitpflege, da über Projekte, über Unterstützung seitens des Landes unter die Arme zu greifen, das haben wir gemacht. Da bin ich stolz drauf und wir werden das ganz gewiss entsprechend unseren Möglichkeiten dann auch weiter ausrollen im Interesse der Betroffenen.

Ich hätte Ihnen gern noch etwas mehr gesagt, aber die rote Lampe leuchtet. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort der Abgeordnete Dr. Harald Terpe.

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorab ein/zwei Sätze Vorabbemerkung, nämlich erstens, dass wir viel länger Zeit brauchen, um so ein Pflegethema zu besprechen, insbesondere, wenn man dann zu gemeinsamen Lösungen kommen will, und der Hinweis darauf, dass sich mehrere Ebenen überschneiden – die familiäre, die landespolitische, die bundespolitische Ebene – und wir uns davor hüten sollten, alles in einen Topf zu rühren

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

und dann die unpassenden Antworten darauf abzuleiten.

Wenn wir heute über Pflege sprechen, dann reden wir nicht über ein Randthema, das ist klar, es ist eine zentrale Zukunftsaufgabe unseres Landes, und bei „Landes“ meine ich, nicht nur unseres Bundeslandes, sondern natürlich auch unseres Deutschlands. Die besonderen Herausforderungen hier sind natürlich die etwas schneller älter werdende Bevölkerung – wir haben sicherlich bei den älteren Menschen mehr –, wir

haben lange Wege, strukturelle Herausforderungen im ländlichen Raum. Aber es gibt die vielen Engagierten, und ich mache jetzt der Reihenfolge nach, wo die wichtigsten Engagierten für mich jetzt sind. Das sind die engagierten Angehörigen, dann die engagierten Pflegekräfte und natürlich viele auch Initiativen und tagtäglich auch Menschen, die sich einbringen, Stichwort „Ehrenamt“, muss ich dabei sagen.

Warum gehe ich auf die Angehörigen hinaus? Wir werden keine Pflege organisieren können ohne Angehörige, aus den verschiedensten Gründen, insbesondere, weil Angehörige natürlich emotional beteiligt sind. Und ich selbst hatte sozusagen die Vorsorgevollmacht für vier meiner Senioren in der Familie. Ich weiß, wovon ich rede.

Ich denke, dass wir eine gemeinsame Verantwortung haben, wie die CDU formuliert in ihrem Aussprachethema, und dass wir strukturelle Lösungen anstreben müssen, wie die FDP das formuliert. Der Begriff „Pflegenotstand“ ist eine Realität, also wir sind zum Handeln aufgefordert.

Für uns GRÜNE sind letztlich fünf Punkte zentral.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Abgeordneter, gestatten Sie an der Stelle ...

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: ... eine Zwischenfrage?

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, gerne.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Bitte schön, Herr Koplin!

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Allerdings ist meine Zeit auch gleich vorbei.

Torsten Koplin, Die Linke: Nee, nee, wenn ich die Frage stelle, dann kommt noch Zeit drauf.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Die Zeit ist ...

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jaja.

Torsten Koplin, Die Linke: Herr Abgeordneter, ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Sie haben jetzt eine Minute für die Fragestellung ...

Torsten Koplin, Die Linke: … ich erlebe Sie ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: ... und eine Minute ...

Torsten Koplin, Die Linke: ... als versierten Fachpolitiker und wollte Sie gern fragen, weil Sie ja die Bedeutung pflegender Angehöriger herausgestellt haben – Herr Peters hatte vorhin darauf verwiesen, dass ja jetzt die Vorstellungen der Bundesministerin verschriftlicht wurden, und da ist ja enthalten, dass die Unterstützung für Heimbewohnerinnen und Heimbewohner später einsetzen soll, nach 18 Monaten erst, und man weiß doch, dass die durchschnittliche Aufenthaltsdauer nur 24 Monate beträgt, also ich empfinde das als zynisch, und im gleichen Moment dann den pflegenden Angehörigen noch die Rentenpunkte streichen zu wollen, ist doch auch zynisch –: Stimmen Sie mir da zu? Sehen Sie das auch so?

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank für die Zwischenfrage!

Also grundsätzlich, und da reden wir ja auch schon lange drüber, gibt es bei der Organisation der Pflege in Deutschland den Tatbestand, dass natürlich die Pflegeversicherung versicherungsfremde Leistungen sozusagen finanziert. Und im Grundsatz sind das Steuerleistungen, die finanziert werden müssen.

Und das muss ich auch sagen, diese Sache mit den Rentenpunkten lehne ich ab, rundheraus. Und wir brauchen auch eine Lösung für die Pflegeheime. Was ich aber deutlich auch sage, auch da müssen sich bei der Finanzierung die Angehörigen mit

beteiligen, das wird nicht ohne gehen, soweit es möglich ist. Und wir sind der Meinung – und da bin ich bei einem der Punkte –, dass wir eine solidarische Pflegeversicherung sozusagen aufsetzen müssen im Lande, das ist schon lange unsere Position, wo nach dem Motto, wie wir es ja auch in der gesetzlichen Krankenkasse machen, stärkere Schultern mehr tragen müssen einfach als schwächere Schultern.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Danke schön!

(Harry Glawe, CDU: Ich hätte
noch mal eine Klarstellungsfrage.)

Einen Moment! Einen Moment!

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Bitte schön!

Harry Glawe, CDU: Herr Kollege Terpe, lieber Doktor, können Sie bestätigen, dass man zwischen Bundes- und Landesaufgaben teilen muss? Und mein Fraktionsvorsitzender hat vorgetragen, dass es ein Landespflegegeld wieder geben sollte, um gerade die Investitionskosten in den Pflegeheimen dann wieder durch den Staat bezahlen zu lassen, um damit die Pflegekassen zu entlasten. Könnte das sozusagen die Motivation sein und nicht das, was der Kollege Koplin vorgetragen hat? Ist ja irrational, was er da erzählt.

(Torsten Koplin, Die Linke: Unerhört!)

Irrational, einfach am Thema vorbei!

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Also das ist eine Diskussion, die führe ich jetzt nicht, ob das ...

(Der Abgeordnete Harry Glawe
spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

So, meine, ich habe es gleich in der Eingangsbemerkung gesagt, man muss Bundesaufgaben von Landesaufgaben unterteilen. Und die finanzielle Landesaufgabe, das ist schon so, die einzige, die es gibt, ist eine Investitionsunterstützung der Pflege in den Kommunen. Das ist sozusagen das Einzige, was gesetzlich festgelegt ist. Und dann würde ich es auch als Finanzierungs-, Investitionsfinanzierungsbeitrag formulieren. Ich glaube, dass sozusagen Landespflegegeld in gewisser Weise die Sache verschleiert, wofür es da sein muss und auch da sein kann, weil dass Pflege, also die Pflegekosten die Pflegeversicherungen tragen müssen, das ist nun mal so, so ist es organisiert worden, und ich glaube, da sollten wir auch nicht dran rütteln, dass wir das bundesweit organisieren.

(Der Abgeordnete Harry Glawe
spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Abgeordneter, das steht Ihnen jetzt hier nicht zu in diesem Rahmen. Sie können eine zweite Zwischenfrage anmelden.

(Der Abgeordnete Harry Glawe
spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielleicht, damit wir uns nicht missverstehen, vielleicht klärt es sich ja auf.

(Der Abgeordnete Harry Glawe
spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

Harry Glawe, CDU: ... zustimmen, dass es doch gerechter wäre, wenn also die Pflegekassen ihre Aufgaben erfüllen und der Staat seine Aufgaben? Das heißt, ein Landespflegegeld wäre die gerechtere Lösung, als jetzt eine Finanzierung aus den Pflegekassen zu sichern, die eigentlich zweckentfremdet ist.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Was ist jetzt die Fragestellung?

Harry Glawe, CDU: Können Sie diese Einschätzung teilen?

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Also ich wiederhole es noch mal, weil ich so auch denke, das, was gesetzlich überhaupt existiert für das Land, ist die Investitionsfinanzierung von Pflegeeinrichtungen in den Kommunen. Und das muss das Land auch machen. Wie Sie das am Ende sozusagen bezeichnen, das kann auch eine Pflegeinvestition sein

(Enrico Schult, AfD: Vor allem, wie Sie es
bezahlen wollen, würde mich interessieren.)

oder wie auch immer, ist mir egal. Das andere, die Pflegegrade und all das andere ist eine Bundesaufgabe und muss da meines Erachtens auch bleiben, weil sie,

(Beifall Rainer Albrecht, SPD: Sehr richtig!)

weil sie sich da am besten organisieren lässt. Aber dafür, um es auch noch mal zu sagen, ist ja auch klar, dass wir die Pflegeversicherung, die Blüm’sche sozusagen Pflegeversicherung, nachhaltig finanziell besser aufstellen müssen. Und dazu gehören auch wesentlich Steuerzuschüsse für diese Pflegeversicherung.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Harry Glawe, CDU: Vielen Dank!

(Harry Glawe, CDU: Hast du es
verstanden? – Rainer Albrecht, SPD:
Ja, ich habe es verstanden.)

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich hatte von den fünf Punkten gesprochen. Ich glaube, einen Punkt habe ich mit der solidarischen Organisation der Finanzierung schon gesagt.

Ein zweiter wesentlicher Punkt ist das, was auch angesprochen worden ist, wir müssen strukturell mehr in die Prävention investieren, damit man später pflegebedürftig wird. Und da ist eine Menge machbar, und das sollten wir auch annehmen.

Dann sind wir beim Pflegeberuf, wo wir alle, glaube ich, immer wieder sagen, der muss attraktiver gemacht werden, die Arbeitsbedingungen. Und ich glaube, es ist richtig, dass wir sozusagen die Pflegeausbildung für die Auszubildenden kostenlos gemacht haben. Das existiert ja auch bei den Studentinnen und Studenten. Das ist ein richtiger Weg. Aber auch das sind keine Pflegeversicherungskosten, sondern das sind Steuerkosten, die eingesetzt werden müssen dafür.

Und dann braucht die Pflege Entbürokratisierung und Digitalisierung mit praktischem Nutzen. Mir ist aufgefallen, dass die AfD eigentlich einen großen Bürokratieaufwand betreiben will, um irgendwelche organisatorischen Dinge nachzukontrollieren. Ich glaube, das ist nicht der Weg, den wir an der Stelle gehen müssen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Hast du nicht richtig zugehört?)

Aber die Digitalisierung ist eine wichtige Angelegenheit, weil das schon auch entlasten kann.

Dann brauchen wir eine konsequente, wohnortnahe, sozialräumlich organisierte Pflege. Dafür sind ja die Kommunen sozusagen auch per Gesetz verpflichtet. Und ich glaube, dass die Entwicklung, dass am Ende die Kommunen große Teile ihres Geldes, nämlich wenn der Pflegebedürftige zum Sozialfall wird, einsetzen muss und die Landkreise für die Finanzierung der Pflege, dass das auch nicht weitergeht, das muss wieder zurückkehren in die Pflegeversicherung. Das heißt, wir müssen die Pflegeversicherung nachhaltig finanziell organisieren.

Und dann kommt aber etwas, was man strukturell auch ändern kann, nämlich, dass wir die verschiedensten Formen auch im Alter bedienen müssen, auch für die Angehörigen. Ich sage mal, eine Sache, die mir sehr am Herzen liegt, ist die sogenannte Ata, das ist noch kein offizieller Begriff, die Altentagesstätte. Da steckt dahinter, dass wir die Tagespflege sozusagen stärken müssen, weil das eine Entlastung für die Angehörigen darstellt. Wenn Angehörige sozusagen ihren Beruf aufgeben müssen, also praktisch selbst in eine finanzielle Schieflage geraten, weil sie zu Hause pflegen müssen, das ist schwierig. Da könnte so eine Stärkung der Tagespflege sehr stark helfen. Und das ist im Übrigen auch eine effizientere Methode manchmal, mehrere ältere Menschen, die zugleich dann auch Sozialkontakte haben, dies in der Tagespflege unter einem Dach zu machen. Das ist ein Beispiel dafür.

Auch die Gesetzgebung zu Wohnformen, die hier im Land verabschiedet worden ist und wo wir auch zugestimmt haben – und ich glaube, die meisten haben zugestimmt –, ist ein richtiger Weg gewesen, weil das auch die Investitionskosten reduzieren kann, weil das Zeiten sind, wo man dann noch nicht im Pflegeheim ist. Man ist in einer Pflegewohngruppe, man hat Sozialkontakt, und das ist gut so.

Das sind also Beispiele, wie man wohnortnah das organisieren kann. Und ich glaube, ich bin jetzt ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Die Zeit ist jetzt, die Redezeit wäre abgelaufen.

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: ... auch am Ende. Sie haben ungefähr gesehen, wo es bei mir im Kopf mit der Pflege hingeht, und das aus der Erfahrung eines, der vier Vorsorgevollmachten hatte.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Gruppe der FDP)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Für die Fraktion der SPD hat das Wort die Abgeordnete Christine Klingohr.

Christine Klingohr, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In Mecklenburg-Vorpommern leben rund 140.000 pflegebedürftige Menschen, und, wir haben die Zahl gehört, circa 86 Prozent – ich finde, das ist enorm – der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt. Hinter dieser Zahl stehen Menschen, Familien- und Lebensgeschichten. Es sind Ehepartnerinnen und Ehepartner, die sich über Jahre hinweg umeinander kümmern. Es sind Töchter und Söhne, die nach Feierabend noch bei ihren Eltern vorbeischauen, Einkäufe erledigen, Arzttermine organisieren oder bei der täglichen Versorgung unterstützen. Es sind Pflegekräfte, die Tag für Tag Verantwortung übernehmen und dafür sorgen, dass Menschen würdevoll versorgt werden.

Wenn wir heute über Pflege sprechen, dann sprechen wir deshalb nicht nur über Pflegeeinrichtungen, Pflegedienste oder Finanzierung, wir sprechen darüber, wie wir in Mecklenburg-Vorpommern älter werden wollen. Wir sprechen darüber, wie wir Gesundheit erhalten können. Und wir sprechen darüber, wie wir Menschen unterstützen, wenn sie auf Hilfe angewiesen sind.

Die Pflege ist damit eine der großen gesellschaftlichen Aufgaben unserer Zeit. Die Herausforderungen sind benannt und bekannt. Wir brauchen mehr Fachkräfte, wir müssen die Versorgung im ländlichen Raum sichern, wir müssen Gesundheitsversorgung und Pflege besser miteinander verzahnen, wir müssen Digitalisierung sinnvoll nutzen und wir müssen Antworten auf die steigenden Kosten finden.

Und ich finde, da hat die Ministerin schon sehr viele Beispiele aufgeführt, warum die Reform im Bund so, so wichtig ist und dass wir als Mecklenburg-Vorpommern mit dem heute veröffentlichten Entwurf so absolut nicht mitgehen können. Da sprechen wir mit gleicher Stimme, und ich werde es hier nicht noch einmal wiederholen, da sind wir in unseren Positionen ganz klar.

Und ja, die Herausforderungen sind groß, aber bei allen Herausforderungen gibt es auch Chancen und Möglichkeiten. Und genau diese Chancen und Möglichkeiten

müssen wir hier auch in unserem Land nutzen, wenn wir die Pflege in Mecklenburg-Vorpommern zukunftsfest gestalten wollen. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren in der MV-Koalition wichtige Grundlagen geschaffen. Und der eine nennt es Ersatzhandlungen, der andere sagt, nichts ist passiert, ich will Ihnen sagen, was passiert ist:

Mit der Schulgeldfreiheit für Gesundheitsfachberufe und für Auszubildende in der Alten- und Krankenpflege haben wir finanzielle Hürden auf dem Weg in diese wichtigen Berufe abgebaut.

Auch mit der Fachkräfte-Service-Zentrale unterstützen wir Unternehmen und Einrichtungen dabei, dringend benötigte Fachkräfte zu gewinnen.

Mit dem Wohnformen- und Teilhabegesetz haben wir moderne Wohn- und Betreuungsformen ermöglicht und mehr Selbstbestimmung für pflegebedürftige Menschen geschaffen.

Mit dem Pakt für Pflege hat Gesundheitsministerin Stefanie Drese einen wichtigen Prozess angestoßen, in dem die Akteure unseres Landes gemeinsam Lösungen für die Zukunft der Pflege entwickeln.

Und natürlich spielen auch unsere seniorenpolitischen Gesamtkonzepte, die wir gemeinsam in dieser Legislatur auf den Weg gebracht haben, eine ganz entscheidende Rolle.

Schon jetzt will ich auf den Fachtag Einsamkeit hinweisen, der für dieses Land am 19. Juni hier in Schwerin stattfindet und wo genau auch diese Dinge, diese Themen besprochen werden.

Und mit unserem Förderprogramm für Kurzzeitpflegeplätze schaffen wir neue Kapazitäten, wo sie dringend benötigt werden.

Außerdem haben wir auch unsere Pflegestützpunkte, 19 an der Zahl in diesem Land, die uns bei dieser wertvollen Arbeit sehr unterstützen.

Sehr geehrte Damen und Herren, bei allen Diskussionen über Strukturen und Finanzierung dürfen wir diejenigen nicht vergessen, ohne die unser Pflegesystem längst an seine Grenzen gestoßen wäre, nämlich die pflegenden Angehörigen. Der größte Teil der Pflege findet nicht in Einrichtungen statt, er findet zu Hause statt. Dort übernehmen Angehörige Tag für Tag Verantwortung, häufig zusätzlich zu Beruf und Familie. Diese Leistung verdient unseren größten Respekt.

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und Die Linke –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und genau deshalb, Herr de Jesus Fernandes,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ja?)

ist die Pflegemedaille in diesem Land nicht nur – wie sagten Sie – symbolpolitisch gemeint,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ist sie aber.)

sondern ist etwas ganz Wichtiges.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Mehr haben Sie auch nicht zu bieten.)

Auf der Veranstaltung, auf der Veranstaltung, die wir durchgeführt haben zur Verleihung dieser Pflegemedaille, durfte ich persönlich miterleben, wie pflegende Angehörige dort wertgeschätzt worden sind und wie sie diese Anerkennung so sehr dankend in Empfang genommen haben, weil sie konnten ihre Geschichte erzählen, sie wurden gesehen und sie wurden gehört. Und ich glaube, das ist ein Riesenanteil, den wir damit auch ins Leben gerufen haben. Und da danke ich noch mal Steffi Drese,

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

dass genau das auf den Weg gebracht worden ist und dass wir das gemeinsam für die pflegenden Angehörigen hier in diesem Land umsetzen können.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und natürlich ist es auch so, dass diese Pflegemedaille keine strukturellen Probleme löst,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ach!)

aber sie setzt ein wichtiges Zeichen. Sie macht sichtbar, was oft im Verborgenen geschieht.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Also doch Symbolpolitik!)

Und sie bringt die Wertschätzung zum Ausdruck, die pflegende Angehörige verdienen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir über die Zukunft der Pflege sprechen, dann dürfen wir nicht nur darüber reden, wie wir Pflege organisieren. Wir müssen auch darüber sprechen, wie Menschen möglichst lange gesund, selbstständig und aktiv leben können, denn die beste Pflege ist die Pflege, die möglichst spät notwendig wird. Und deshalb freue ich mich ganz besonders, dass wir als Land im Haushalt 2026/2027 insgesamt 4 Millionen Euro für Prävention und Gesundheitsförderung beschlossen haben. So etwas gab es vorher noch nicht. Wir machen uns auf einen neuen Weg und wissen ganz genau, und jeder Beitrag hat es heute gezeigt und Frau Becker-Hornickel hat es ganz explizit angesprochen, genau das ist die richtige Investition in die Zukunft.

Und da bedanke ich mich, dass wir die Chance haben, genau diesen Beweis anzustellen. Es ist nämlich eine sehr wichtige Investition, eine Investition in mehr gesunde Lebensjahre, eine Investition in Lebensqualität und eine Investition in die Zukunftsfähigkeit unseres Gesundheits- und Pflegesystems. Wer Prävention stärkt,

stärkt nicht nur die Gesundheit der Menschen. Wer Prävention stärkt, entlastet langfristig auch Pflegebedürftige, Angehörige und das gesamte Versorgungssystem.

Genau deshalb unterstützen wir auch innovative Ansätze vor Ort. Ein gutes Beispiel dafür ist das „LuP-Regio“-Projekt, die Community Health Nurses in Crivitz, und genau dort wird erprobt, was auch hier eingefordert wird: niederschwellige Angebote. Dort wird erprobt, wie Gesundheitsversorgung, Pflege, Prävention und regionale Unterstützungsangebote besser miteinander vernetzt werden können. Genau und gerade für ein Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern sind solche Ansätze von großer Bedeutung. Die Menschen erwarten zu Recht, dass gute Versorgung nicht vom Wohnort abhängt. Deshalb brauchen wir Modelle, die Versorgung vor Ort sichern und bestehende Angebote besser miteinander verbinden. Wenn solche Projekte erfolgreich sind, können sie weitere Vorbilder für weitere Regionen unseres Landes sein.

Ich will nur mal sagen, die letzten fünf Minuten habe ich dafür zugebracht, Ihnen aufzuzeigen, was hier in den letzten viereinhalb Jahren miteinander passiert ist. Und dann zu sagen, es ist nichts passiert, das finde ich peinlich.

(Rainer Albrecht, SPD:
Weil man nicht zugehört hat.)

Sehr geehrte,

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

sehr geehrte Damen und Herren,

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

gleichzeitig bleibt klar, eine nachhaltige Reform der Pflegeversicherung bleibt notwendig. Pflege darf nicht zum Armutsrisiko werden. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen brauchen Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Deshalb setzen wir uns weiterhin für eine faire und solidarische Finanzierung der Pflege ein. Unser Ziel

bleibt klar, Pflegebedürftige dürfen nicht überfordert werden, gute Pflege darf nicht vom Geldbeutel abhängen

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ist sie.)

und eine wohnortnahe Versorgung muss auch in Zukunft gesichert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Pflege braucht Anerkennung, Fachkräfte, Prävention, Pflege braucht innovative Strukturen und Pflege braucht Solidarität. Daran arbeiten wir in Mecklenburg-Vorpommern Schritt für Schritt, damit Menschen in unserem Land auch in Zukunft gut und würdevoll

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

und wohnortnah versorgt werden können, denn unser Ziel bleibt ganz klar: gut versorgt in Mecklenburg-Vorpommern, unabhängig vom Alter, vom Wohnort und vom Geldbeutel. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Für die Fraktion der CDU hat das Wort der Abgeordnete Harry Glawe.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Pflege, Rente, Gesundheit, Krankenhäuser sind die entscheidenden Themen, die in diesem und im nächsten Jahr abgeräumt werden müssen, einerseits auf der Bundesebene, andererseits auf der Landesebene und natürlich in Zusammenarbeit auch mit den Kommunen und mit den jeweiligen Pflegediensten et cetera, mit den Gesundheitsberufen.

Ich will auch einen Dank aussprechen in die Richtung, dass also alle die zu Pflegenden auch eine gute Versorgung erhalten. Und vor allen Dingen will ich den Dank ansprechen an die Familien, die diese Pflege übernehmen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
CDU, Die Linke, der Gruppe der FDP und
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind fast 90 Prozent, fast 90 Prozent.

Aber was will ich sagen? Es gibt Dinge, die wichtig sind, die der Bund zu leisten hat. Da gibt es ja seit gestern einige Vorschläge. Ich will mich aber auf die Landesaufgabe konzentrieren. Das Landespflegegeld ist im Jahre 2013 durch die Sozialministerin Frau Schwesig sozusagen aus dem Rennen genommen worden und das Landespflegegeld wurde eingestellt bis auf eine Bestandsschutzregelung.

Alle anderen Dinge, und die muss man sich auch auf den Tisch legen, darum geht es, Herr Koplin,

(Torsten Koplin, Die Linke: Die eigene
Verantwortung bitte nicht vergessen!)

es geht darum, wieder Bund- und Länderaufgaben so zu koordinieren, dass auch die Aufgaben, die die Pflegekasse übernimmt, nicht weiter strapaziert werden. Das sind 4,5 Milliarden Euro, die eigentlich durch den Finanzminister, sprich durch den Steuerzahler zu bezahlen sind und nicht durch die Beitragspflege, also jeder zahlt ja einen Pflegebeitrag, und das ist Zweckentfremdung. Das muss beendet werden, meine Damen und Herren!

(Beifall Horst Förster, AfD)

Darum geht es der CDU und darum geht es auch insgesamt in der Debatte. Und alle anderen Themen kann man gerne besprechen. Aber 500 Euro könnte man, wenn man

die einsetzt in den Heimen, damit könnte man den Kostensatz runterholen, meine Damen und Herren. Ich höre keinen Beifall von der SPD oder von Herrn Koplin.

Sie haben es ja,

(Torsten Koplin, Die Linke:
Muss ich noch drüber nachdenken.)

Sie haben ja das Jahr durcheinandergebracht. Sie fangen da mit irgendwie 2009 an. Das war 2013 im Frühjahr, als damals das Landespflegegeld abgeschafft wurde. Und wir fordern, dass das jetzt wieder in die Kalkulation mit eingeht, um am Ende dann auch ein Gesamtkonzept zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu entwickeln. Das ist nämlich die Aufgabe dieser Sozialreform, die auch in der Pflege wichtig ist.

(Der Abgeordnete Enrico Schult
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Und gestern gab es ja zumindest auch, ich würde sagen, eigentlich müsste der Bund ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Gestatten Sie eine ...

Harry Glawe, CDU: ... die 4,5 Milliarden Euro übernehmen.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Gestatten Sie ...

Harry Glawe, CDU: Und das ist Herr Klingbeil.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Glawe?

Harry Glawe, CDU: Und die andere Frage, die sich daraus ergibt ...

Bitte? Ja, gerne!

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Bitte schön!

Enrico Schult, AfD: Vielen Dank, Herr Glawe! Vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen!

Ich habe ja nun Ihre Ausführungen gehört, habe mich jetzt allerdings gewundert: Wir haben ja auch dieses Landespflegefördergeld als AfD viele Jahre gefordert, hier genau an dieser Stelle, da hat Ihre Fraktion immer abgelehnt. Aber ich sage Ihnen ganz offen, wir haben das beispielsweise jetzt auch gar nicht im Wahlprogramm stehen, weil das nicht finanzierbar ist. Und da würde ich Sie jetzt direkt mal fragen: Landespflegefördergeld, Baukindergeld, ein Stromzuschuss für alle Kunden hier in Mecklenburg-Vorpommern – haben Sie das mal durchgerechnet, was Sie da fordern? Weil wir haben ein Defizit 2028 von 1 Milliarde Euro. Ich meine, wir können den Leuten auch alles Mögliche versprechen,

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke:
Machen Sie ja! Machen Sie ja!)

aber gibt es da wirklich solide Zahlen?

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Gibt es da wirklich solide Zahlen Ihrerseits, Ihrer Partei, dass man das wirklich mal durchgerechnet hat? Hört sich super an, würden wir sofort auch machen, haben wir viele Jahre gefordert als AfD, aber wir haben es jetzt rausgenommen, weil es in der jetzigen Situation tatsächlich nicht finanzierbar ist.

Harry Glawe, CDU: Also erstens will ich feststellen, um mit Adenauer zu sprechen, auch Sie hindern mich nicht daran, jeden Tag schlauer zu werden. Ja?

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Und die entscheidende Frage, die jetzt diskutiert wird, weil jetzt die Pflege auf der Bundesebene in Diskussion steht, dass jetzt auch sauber getrennt werden muss zwischen Bundesaufgaben, zwischen den Möglichkeiten, die das Land hat. Und es geht mir darum, dass die Pflegekasse für die Mittel, die sie sozusagen durch alle Pflegezahler, -einzahler bekommt, dann auch die Aufgaben erfüllt, die ihr zustehen, und wir als Land die Aufgaben erfüllen, die sozusagen für Investitionen wichtig sind.

Ja, es geht ja darum, der Artikel 52 hatte ja damals die Aufgabe nach der Wende, 7.000 neue Pflegeplätze zu schaffen mit einer Umlage von damals 3,50 DM bis 5 DM pro Tag. Heute sind die meisten Sätze bei 15, 18 bis 25 Euro pro Tag. Und das müssen Sie mal 30,5 rechnen, dann haben Sie sozusagen das, was jetzt umgelegt wird auf den gesamten Pflegebetrag, den die Angehörigen zu zahlen haben.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Die Beantwortung der ...

Harry Glawe, CDU: Und wir möchten, ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: ... Frage ...

Harry Glawe, CDU: ... wir möchten ...

Bitte?

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Die Frage, die Zeit für die Beantwortung der Frage ...

Harry Glawe, CDU: Nee, wieso?

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: ... ist schon abgelaufen.

Harry Glawe, CDU: Es ist doch Fragerecht.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Jaja, es läuft, ...

Harry Glawe, CDU: Da kann ich doch reden.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: ... es läuft jetzt weiter.

Harry Glawe, CDU: Da können Sie mich doch nicht beschneiden hier.

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Deswegen wollte ich Sie darauf hinweisen, weil Sie haben nur noch zehn Sekunden Zeit.

Harry Glawe, CDU: Wofür? Die Frage, die wird nicht angerechnet auf die Redezeit.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Eine Minute, Herr Glawe, eine Minute, ...

Harry Glawe, CDU: Jetzt schon wieder mehr?

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: ... und deshalb habe ich Sie hingewiesen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und AfD)

Harry Glawe, CDU: Ja, ich will nur noch sagen, Sie können mich in der Fragestunde nicht unterbrechen, weil das nicht zählt bei der Redezeit.

(Heiterkeit bei Torsten Koplin, Die Linke:
Geschäftsordnung, einfach mal reingucken!)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Ja, eben! Aber weil Ihre Redezeit weiterläuft, wollte ich Sie kameradschaftlich darauf hinweisen,

(Heiterkeit bei Michael Meister, AfD)

dass Ihre Redezeit weiterläuft, ...

Harry Glawe, CDU: Ich beantworte ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: ... und sie ist jetzt schon abgelaufen.

Harry Glawe, CDU: ... eine Frage, Frau Präsidentin, und ich verstehe nicht, die Uhr steht hier auch, ich weiß nicht, ob Ihre Uhr da weiterläuft,

(Nadine Julitz, SPD: Dafür
haben Sie eine Minute Zeit.)

meine steht.

(Zuruf von Philipp da Cunha, SPD)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Ihre Redezeit ist jetzt ...

Harry Glawe, CDU: Ist wieder gut jetzt.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Sie hatten nur drei Minuten dreißig Redezeit. Die eine Minute haben Sie für die Beantwortung der Frage überschritten, deswegen musste die Redezeit weiterlaufen. Darauf habe ich Sie hingewiesen.

Harry Glawe, CDU: Ach so, darum ging es. Na gut, dann habe ich das falsch verstanden.

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD –
Zuruf von Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

Also ich hoffe, ich habe Ihnen einigermaßen ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Beenden Sie jetzt ...

Harry Glawe, CDU: ... einen Einblick gegeben ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: ... den Satz noch! Bitte!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Harry Glawe, CDU: ... in die Maßnahmen, worum es geht.

Mehr kommt nicht.

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)

So, vielen Dank, Frau Präsidentin, das wars!

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen …

Harry Glawe, CDU: Ich könnte noch mehr reden, aber es bringt heute nichts. Herr Koplin hört nicht zu …

(Torsten Koplin, Die Linke: Das stimmt nicht.)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Das …

Harry Glawe, CDU: … und die SPD versteht auch nur Bahnhof.

(allgemeine Heiterkeit)

Also von daher ...

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der AfD und CDU –
Zuruf von Henning Foerster, Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor und ich schließe die Aussprache.

(Torsten Koplin, Die Linke: Ich war kurz
davor, den Ältestenrat einzuberufen.)

Ich schließe die Aussprache.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Es gibt, wurde mir signalisiert, einen Geschäftsordnungsantrag durch Herrn Damm.

Hannes Damm, fraktionslos (zur Geschäftsordnung): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete der demokratischen Fraktionen! Ich beantrage hiermit – mit Unterstützung der FDP-Gruppe, um das 4-Abgeordneten-Quorum zu erreichen – den Tausch der Tagesordnungspunkte 34 und 38 am morgigen Tage. – Vielen Dank!

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Also es wurde nun der Antrag gestellt zur Tagesordnung, die Tagesordnungspunkte 34 und 38 zu tauschen. Ich stelle diesen Antrag jetzt zur Abstimmung. Wer also damit einverstanden ist, diesen Tausch zu vollziehen, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Vielen Dank! Die Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das so beschlossen bei Gegenstimmen der gro..., der Fraktion BÜNDNIS 90/GRÜNE,

(Sebastian Ehlers, CDU: Große Koalition.)

Stimmenthaltung der Fraktion der AfD, ansonsten Zustimmung.

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir haben nicht dagegengestimmt.)

Wie bitte?

(Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir haben uns enthalten.)

Enthalten. Gut, dann haben Sie sich enthalten. Gut. Damit ist der Tausch dann so beschlossen und wir werden so verfahren.

An dieser Stelle ist eine gute Gelegenheit, auf der Besuchertribüne Gäste zu begrüßen, Mitglieder der Ernst-Moritz-Arndt-Gesellschaft von der Insel Rügen. Seien Sie uns recht herzlich willkommen!

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19**: ...

(Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19**: Aussprache auf Antrag der Fraktion Die Linke gemäß Paragraf 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema „Zukunft unter Druck – Raus aus dem Dauerkrisenmodus – Für die psychische Gesundheit junger Menschen“.

Aussprache auf Antrag der Fraktion Die Linke
gemäß § 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung
des Landtages zum Thema
Zukunft unter Druck –
Raus aus dem Dauerkrisenmodus –
Für die psychische Gesundheit
junger Menschen

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 35 Minuten vorgesehen. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zusätzliche Redezeit gemäß Paragraf 84 Absatz 1a unserer Geschäftsordnung angemeldet. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Für die Fraktion Die Linke hat das Wort der Abgeordnete Torsten Koplin.

Torsten Koplin, Die Linke: Frau Präsidentin, danke für das Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren, diese Rede hätte Christian Albrecht gern gehalten, die hier vor mir liegt, so, und ich werde sie vortragen und dem Christian an dieser Stelle gute Genesung wünschen

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

und hoffe, dass du bald wiederkommst und dann die Reden, die du erarbeitet hast, auch selber vortragen kannst.

Sehr geehrte Damen und Herren, ein geflügeltes Sprichwort lautet: „Die Jugend ist unsere Zukunft“. Doch wie ist es um unsere Jugend bestellt? Die neunte Trendstudie „Jugend in Deutschland 2026“ zeichnet ein alarmierendes Bild und zeigt auf dramatische Weise, wie sehr die Belastungen der letzten Jahre den jungen Menschen zusetzen in Form von Stress, Erschöpfung, Selbstzweifeln, Antriebs- und wachsender Perspektivlosigkeit. Dauerkrisen, finanzielle Sorgen und hohe mentale Belastungen prägen den Alltag vieler junger Menschen. Die psychische Belastung befindet sich seit Jahren auf hohem Niveau. Auch der DAK Kinder- und Jugendreport sowie andere Studien zeigen, dass die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen bundesweit und auch in Mecklenburg-Vorpommern stark belastet ist und psychische Erkrankungen zunehmen. Selbst im Gutachten der Enquete-Kommission des Landtags zum Themencluster 3 „Gesundes und sicheres Aufwachsen“ wurden uns genau diese Befunde attestiert. Alle Expertinnen und Experten, auch die Jugendverbände, schlagen Alarm, und das vollkommen zu Recht.

Seit Jahren erleben junge Menschen eine Krise nach der anderen: die Corona-Pandemie, die Inflation, explodierende Wohnkosten und immer drastischere Kriegsszenarien in der Welt, zuletzt auch wieder massiv befeuert durch US-Präsident Donald Trump. Und als wäre das nicht genug, verändern sich die Welt und der Arbeitsmarkt gerade im Eiltempo durch Künstliche Intelligenz, wie wir wissen. Diese Belastungen setzen nicht nur uns Erwachsenen zu, sie treffen ganz besonders die jungen Menschen, die mitten in ihrer Entwicklung stecken. Die jungen Menschen haben je nach Alter einen Großteil ihrer Kindheit oder Jugend im Dauerkrisenmodus verbracht, eigentlich durchgängig seit mittlerweile sechs Jahren, und die Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation ist bei vielen von ihnen schlicht nicht vorhanden.

Sehr geehrte Damen und Herren, in der Bundesrepublik leben circa 22 Millionen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Die 18- bis 29-Jährigen machen jedoch gerade mal knapp 13 Prozent der Wahlberechtigten für Bundestagswahlen aus, Tendenz sinkend. Demgegenüber kommt die Generation 60 plus auf 42,6 Prozent der Wahlberechtigten. Nimmt man die Gruppe ab 50 Jahren dazu, stellen die älteren Generationen sogar einen Anteil von fast zwei Dritteln der Wählerschaft. Und genau hier scheint das Problem zu liegen: Konservative Politik hat angesichts dieser

Proportionen Prioritäten zu setzen, die haarscharf an der Lebenswelt junger Menschen vorbeigehen. Da geht es um Märkte, um Prozentpunkte, Postenverteilung, Aktienmärkte, Machterhalt. Die Jugend hat im Kanzleramt schlicht keine Lobby. Die Bundesregierung sieht die jungen Menschen nicht in erforderlichem Maße, und sie will sie offenbar auch gar nicht sehen.

Und es bleibt ja nicht beim Wegschauen, es kommt noch schlimmer: Der Bund weigert sich nicht nur, die massiven Probleme der Jugend anzugehen, nein, er schafft in Berlin sogar jeden Tag neue Probleme für die junge Generation. Schauen wir uns die verheerende Bilanz der jüngsten Reformen doch einmal an, die alle zu Recht für lauten Protest gesorgt haben!

Erstens, Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe, wodurch Betroffenen die individuelle Schulassistenz und wichtige Integrationshilfen gestrichen werden sollen.

Zweitens, Kahlschlag bei den Freiwilligendiensten wie FSJ, FÖJ und dem Bundesfreiwilligendienst, was seit diesem Jahr zahlreiche junge Menschen hart trifft.

Drittens, die geplante Absenkung von Unterbringungsstandards bei geflüchteten Jugendlichen ab 16 Jahren, die der Bund als Minderjährige einfach in die Gemeinschaftsunterkünfte für Erwachsene stecken will.

Viertens, drastische Streichungen beim Programm „Demokratie leben!“. Von vielen Projekten profitieren auch junge Menschen. Die bekannten Respekt Coaches an unseren Schulen oder das Deutsche Kinderhilfswerk sind da nur zwei von vielen weiteren Beispielen.

Fünftens, die Wohnungskrise. Viele junge Menschen müssen bei ihren Eltern wohnen bleiben oder Unsummen für viel zu kleine WG-Zimmer ausgeben. Dass junge Menschen, sei es in Studium oder Ausbildung, sogar im Berufsstart bis zu 60 Prozent ihres Einkommens für Miete ausgeben, ist leider nicht mehr ungewöhnlich.

Sechstens, die Rente. Ob junge Menschen eine Rente bekommen, die zum Leben reicht, steht oftmals – angesichts der aktuellen Diskussion bekommt das ja noch mal einen Treibsatz – in den Sternen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und ob sie das Rentenalter, was die Bundesregierung immer höher setzen möchte, dann überhaupt erreichen, ist die nächste Frage.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und als wäre die psychische Belastung nicht sowieso schon am Anschlag, wird die psychotherapeutische Versorgung erst kürzlich mit Honorarkürzungen vor den Kopf gestoßen. Das wird unweigerlich dazu führen, dass sich das ohnehin schon knappe Angebot für suchende Jugendliche noch weiter verknappen wird, und das in einem Bereich, in dem spezialisierte Fachkräfte für Kinder und Jugendliche ohnehin schon Mangelware sind und Betroffene nach der Akutberatung oft monatelang, teils jahrelang – bis zu zwei Jahre, haben wir erfahren – auf einen Termin warten müssen, wie uns jüngst Praktiker/-innen bestätigt haben. Dabei ist es wenig hilfreich, darauf zu verweisen, dass es keine Angaben über Wartezeiten gibt, weil diese statistisch nicht erfasst werden. Und auch der Verweis auf die Terminvergabeservicestellen ist an der Stelle nicht hilfreich, wenn die Praxis, die einen freien Termin anbietet, hundert Kilometer oder mehr entfernt ist.

Lobenswert an dieser Stelle sei erwähnt und gewürdigt, dass 30 Psychotherapeutinnen und -therapeuten in Mecklenburg-Vorpommern hälftige Versorgungsaufträge abgetreten haben und die Kassenärztliche Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern diese umgehend vergeben hat. Trotzdem oder auch weil nur die wenigen Praxen volle Sitze in Anspruch nehmen können, bleibt es dabei, dass die Bedarfsplanung insgesamt überarbeitet werden muss und die Vergütung wirtschaftlich stimmen muss.

Doch zurück zu den weiteren Rahmenbedingungen, die der Bund setzt: Was veranstaltet Bundesmanager Merz im Kanzleramt? Am Montag beschwert er sich,

dass die Jugend zu nichts mehr tauge, faul sei, sich mal zusammenreißen und mehr arbeiten solle, am Dienstag spart er an Psychotherapie, obwohl die Jugend seit der Pandemie verstärkt psychische Probleme aufweist, am Mittwoch beklagt er sich staatstragend über zunehmenden Extremismus, am Donnerstag streicht er dann die Gelder für „Demokratie leben!“ zusammen, und am Freitag fordert er dann die 70-Stunden-Woche und die Rente ab 70.

(Torsten Renz, CDU: Sie sind am Montag
gegen alles, am Dienstag gegen alles,
am Mittwoch gegen alles.)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, das kann man so doch nicht sich selbst ausdenken. Und damit soll es ja noch nicht einmal gewesen sein. In dieser ohnehin schon angespannten Situation, in der der Staat sich immer weiter aus der Verantwortung zieht, kommt diese Bundesregierung um die Ecke und bricht eine völlig rückwärtsgewandte Wehrpflichtdebatte vom Zaun.

(Heiterkeit bei Ann Christin von Allwörden, CDU:
Rückwärtsgewandt, eh!)

Junge Menschen leben seit Jahren im permanenten Krisenmodus. Sie bekommen politisch nun auf den Deckel,

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

und die Antwort lautet, zieh den Helm auf und funktionier und tu gefälligst was für dein Land. Das ist an Zynismus kaum zu überbieten.

(Zurufe von Ann Christin von Allwörden, CDU,
und Katy Hoffmeister, CDU)

Dazu sagen wir als Linke ganz entschieden Nein! Es reicht! In erster Linie steht der Staat in der Verantwortung, endlich mal etwas mehr für junge Leute zu tun, und das tut diese Bundesregierung schon mal überhaupt nicht.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Diese Ignoranz führt in letzter Konsequenz dazu, dass junge Menschen das Vertrauen in unsere Demokratie verlieren. Auch das belegen Studien. Dass rechtsextreme Kräfte bei der Jugend aktuell so stark sind, wundert uns als Linke überhaupt nicht. Das ist der traurige, alarmierende Ausdruck von Perspektivlosigkeit dieser Generation. Es ist das Zeugnis einer bankrotten Jugendpolitik des Bundes. Wenn laut der Jugendstudie 23 Prozent der jungen Menschen ernsthafte Überlegungen anstellen auszuwandern, dann muss das auch dem Letzten hier im Saal ein Weckruf sein. Diese Politik ist fehlgeleitet und wird schwere Folgen haben.

Eine funktionierende Jugendpolitik ist ein knallharter Standortfaktor. Sie sorgt dafür, dass junge Menschen in unserem Bundesland bleiben. Abwanderung ist ein gesellschaftliches, aber auch ein massives wirtschaftliches Problem. Stattdessen müssen wir Räume schaffen, in denen junge Menschen lernen, konstruktiv mit Belastungen umzugehen und Zuversicht für ihren Blick auf die Zukunft zu gewinnen. Junge Menschen benötigen verlässliche Perspektiven für Arbeit, Wohnen und finanzielle Sicherheit. Ihnen diese verlässlichen Perspektiven zu bieten, ist Aufgabe von uns, ist Aufgabe der Politik. Wichtige Voraussetzung dafür sind die von jungen Menschen immer wieder eingeforderten Beteiligungen bei Krisen und wichtigen Entscheidungen sowie die Förderung von mentaler Gesundheitskompetenz in Schule, Ausbildung und Studium.

Sehr geehrte Damen und Herren, das machen wir in Mecklenburg-Vorpommern, und darauf können wir mit Stolz verweisen. Wir haben das Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt und das Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz verabschiedet. Wir geben den jungen Menschen endlich echte Mitsprache. Und im vergangenen Doppelhaushalt konnten wir trotz Haushaltsdefiziten dafür sorgen, dass der Landesjugendplan und die politische Bildung stark aufgestockt wurden. Und darauf sind wir Linke stolz.

Dennoch müssen wir ehrlich sein, das ist ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn der Bund gleichzeitig den gesellschaftlichen Geldhahn zudreht. Wir müssen endlich aufhören, so zu tun, als sei in diesem reichen Land kein Geld da, um in die jungen

Menschen zu investieren. Die Bundesregierung hat kein Ausgabenproblem, sie hat ein massives, ein ideologisch getriebenes Einnahmeproblem. Es fehlt in Berlin schlicht der Mut zu einer gerechten Vermögens- und Steuerpolitik. Während durch Krisen die Lebenslagen der jungen Menschen massiv psychisch belastet werden,

(Am Rednerpult leuchtet die rote Lampe.)

psychische Erkrankungen – ich komme zum Schluss – bei Kindern und Jugendlichen zunehmen, verzeichnen die reichsten ein Prozent in diesem Land Jahr für Jahr obszöne Vermögenszuwächse. Damit muss Schluss sein! Gerechtigkeit wird gebraucht. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Ihre Redezeit war abgelaufen, der Abgeordnete Herr Renz hat, glaube ich, noch eine Zwischenfrage stellen wollen. Würden Sie sie noch zulassen?

Torsten Koplin, Die Linke: Ja.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Bitte schön!

Torsten Renz, CDU: Danke fürs Wort! Danke für die Gelegenheit, eine Zwischenfrage zu diesem Thema zu Ihren Ausführungen zu stellen!

Ich möchte Sie konfrontieren mit dem Antrag auf Ihrem Parteitag, der genau in dieses Thema hineinpasst. Der Beschluss lautet wie folgt – ich bitte Sie anschließend um Stellungnahme –: „Unabhängig davon, ob unsere Partei nach den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern am 20.09.26 in der Opposition oder in der Regierung sein wird, die Linke MV wird nicht erneut, wie zweimal in der laufenden Legislaturperiode, gegen Parteibeschlüsse und Parteiprogrammatik verstoßen. Begründung: Sowohl die Zustimmung der Linken MV im Bundesrat im Frühjahr 25 zum Bundesfinanzpaket,

Schuldenbremse und Wahnsinnsaufrüstung als auch die Entscheidung in 26 für die militärische Unterstützung und Waffenlieferungen an die Ukraine haben gezeigt, welche Sprengkraft Regierungsbeteiligung mit sich bringen wird. Das sind faule Kompromisse.“ Alles andere lasse ich mal außen vor.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Eine Frage!

Torsten Renz, CDU: Ihre Ministerinnen Oldenburg und Bernhardt werden sozusagen auf dem Parteitag öffentlich gebrandmarkt.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Eine Frage bitte!

Torsten Renz, CDU: Wie stehen Sie zu diesen Anträgen?

(Unruhe vonseiten der Fraktion Die Linke)

Torsten Koplin, Die Linke: Also …

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Ja, bitte schön!

Torsten Koplin, Die Linke: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! „Zukunft unter Druck – Gesundheit junger Menschen“, dazu habe ich gesprochen.

(Beifall Thomas Krüger, SPD)

Ich kann den Zusammenhang nicht herstellen. Ansonsten darf ich Ihnen sagen – ist mir auch gerade noch mal zugerufen worden, vielen Dank! –, der Antrag hat gar keine Mehrheit bekommen. Ich weiß jetzt gar nicht, was Sie von mir wollen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der CDU und Die Linke)

Für das Sozialministerium hat ums Wort gebeten, für die Landesregierung hat ums Wort gebeten die Sozialministerin Stefanie Drese.

Ministerin Stefanie Drese: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Titel der heutigen Aussprache „Zukunft unter Druck – Raus aus dem Dauerkrisenmodus“ beschreibt – natürlich etwas zugespitzt – die Lebensrealität vieler junger Menschen in Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern treffend. Die Nachwirkungen der Pandemie, globale Unsicherheiten mit allen innen- und verteidigungspolitischen Auswirkungen und der enorme Leistungsdruck im digitalen Zeitalter hinterlassen ihre Spuren. Viele Resilienzreserven unserer Jugendlichen sind aufgebraucht, und das wird oft nicht genügend beachtet. Deshalb bin ich der Linksfraktion dankbar, dieses Thema hier im Landtag aufgesetzt zu haben.

Ich finde es besonders besorgniserregend, dass sich psychische Belastungen bei vielen Jugendlichen längst nicht mehr als vorübergehende Ausnahmeerscheinung zeigen, sondern zunehmend den Alltag prägen. Gefühle von Überforderung, Einsamkeit, Zukunftsängste und digitale Dauerpräsenz oder der ständige Druck, Erwartungen gerecht werden zu müssen, belasten viele junge Menschen erheblich. Deshalb ist es unsere gemeinsame Verantwortung, psychische Gesundheit genauso ernst zu nehmen wie körperliche Gesundheit, durch niedrigschwellige Hilfsangebote, verlässliche Ansprechpartner und eine Kultur des Hinsehens. Junge Menschen brauchen die Gewissheit, dass sie mit ihren Sorgen nicht allein sind und – das sage ich ganz deutlich – dass sie auch ernst genommen werden.

Als Landesregierung machen wir genau das und sind dabei, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. So haben wir Ende 2025 nach mehrjährigem Diskussionsprozess und unter breiter Beteiligung vieler Akteure im Gesundheitsbereich unsere Landesstrategie Gesundheitsförderung und Prävention verabschiedet. Das ist nicht nur bedrucktes Papier, sondern das ist unser bisher größtes Präventionsprogramm, das wir dank eines Landtagsbeschlusses mit 4 Millionen Euro finanziell unterstützen. In dieser Landesstrategie ist das Thema „Psychische Gesundheit“ eines von vier

zentralen Säulen mit Qualitätskriterien, Qualifizierung von Fachkräften und Multiplikatoren und mit Empfehlungen und erprobten Maßnahmen im Themenfeld. Damit greifen wir die von mir anfangs skizzierte Entwicklung auf und zeigen, wie wichtig uns das psychische Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen ist.

Hinzu kommt – dies beweist die heutige Aussprache –, dass das Bewusstsein für die psychische Gesundheit in der Gesellschaft wächst. Belastungen werden offener angesprochen, Hilfsangebote sichtbarer und mentale Gesundheit stärker enttabuisiert. Das ist gut so! Dadurch werden neue Möglichkeiten geschaffen, um junge Menschen frühzeitig zu unterstützen und ihnen den Zugang zu Hilfen zu erleichtern. Wenn wir also über die psychische Gesundheit junger Menschen sprechen, dürfen wir nicht erst bei den Teenagern ansetzen, schon allein, weil früh auftretende Probleme sich sonst schnell verfestigen, stattdessen können wir stolz darauf sein, dass wir mittlerweile Angebote im Bereich der psychischen Gesundheit und Prävention haben, die das frühe Aufwachsen, die Kindheit und die Jugend umfassen.

Von Anfang an gibt es bei uns im Land etwa mit den „Frühen Hilfen“ Unterstützung für Familien mit besonderen Belastungen. Ziel ist es, das Familienleben früh zu stabilisieren für ein gesundes Aufwachsen und eine gesunde Entwicklung bis zum dritten Lebensjahr. Familienhebammen, Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger helfen außerdem dabei, eine sichere Bindung zu fördern, also das wichtigste Fundament für die psychische Widerstandskraft eines Kindes. In den Jahren darauf greift die landesweite Bildungskonzeption für 0- bis 10-Jährige. Dort unterstützen wir gezielt pädagogische Fachkräfte dabei, die sozial-emotionalen Kompetenzen der Kleinsten zu stärken, damit sie frühzeitig lernen, mit eigenen Gefühlen und sozialen Konflikten gesund umzugehen. Und unser Landesprogramm „Gute Gesunde Schule“ schafft ein Klima, in dem individuelle Stärken gefördert, in dem Schülerinnen und Schüler gesehen, gefördert und unterstützt werden.

Das sind alles Möglichkeiten, um früh die richtigen Grundpfeiler zu stärken, aber Jugendliche sollen auch klischeefrei an psychische Krisen und Erkrankungen herangeführt werden, sollen lernen, wie diese aussehen und dass diese keine Schwächen sind, und verstehen, dass es Hilfe gibt. Dafür gibt es Kampagnen „Verrückt? Na und!“, dessen Expertinnen und Experten landesweit Schülerinnen und

Schüler ab der 8. Klassenstufe besuchen und von ihren eigenen Erfahrungen mit psychischen Erkrankungen erzählen. Sie beantworten die Fragen der Schülerinnen und Schüler, geben ihnen Präventionsstrategien an die Hand, vermitteln einen konstruktiven Umgang mit Belastungen oder Problemen und fungieren oft als Türöffner für Unterstützungsangebote. Denn anders als Erwachsene wissen gerade junge Menschen oft nicht, an wen sie sich mit ihren Sorgen wenden können. Die Expertinnen und Experten können sie dabei unterstützen und mit ihren eigenen Erfahrungen zugleich Sorgen vor möglichen Stigmatisierungen nehmen. Und unser Projekt „Prävention und Früherkennung bei Kindern und Jugendlichen“ des Landesverbandes Sozialpsychiatrie sorgt seit 2022 dafür, dass Fachkräfte mit einem Konzept für die Früherkennung und Frühintervention von psychischen Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausgestattet sind für schnelle Hilfe, wenn es darauf ankommt.

Wer vielleicht nicht selbst erkrankt ist, aber von psychischen Erkrankungen betroffener Elternteile aufwächst, hat im jungen Alter außerdem Zugang zu einem besonderen Hilfsangebot, zur KipsFam-Landesfachstelle und acht KipsFam-Regionalstellen. Uns ist gelungen – und das war mir ein besonderes Anliegen –, erstmals Kinder in den Blick zu nehmen, deren Eltern mit Sucht- oder psychischen Problemen zu kämpfen haben. Die Hilfskette endet nun nicht mehr, wenn die Eltern zum Beispiel Therapieangebote annehmen, stattdessen wird ihren Kindern dabei geholfen, mit dem Erlebten umzugehen, und sie werden dabei unterstützt, später nicht selbst in Abhängigkeit zu rutschen. Dafür arbeiten Gesundheitsförderung, Prävention, Psychiatrie, Jugend- und Suchthilfe eng zusammen. Ein wirklich tolles Hilfsangebot!

Und wenn es dann in die Phase des Erwachsenwerdens geht, in der der digitale Druck steigt, indem nicht nur Nachrichten über Kriege und Klimakrisen auf den Handybildschirmen laufen, sondern sie beim Scrollen auf Social Media immerzu das scheinbar perfekte Leben der anderen sehen, in denen sie Hunderte digitale Kontakte pflegen und sich trotzdem allein fühlen, indem sie mit Gewalt und Pornografie konfrontiert werden, da wollen wir mit dem neuen Projekt auch auf diese Gefahren aufmerksam machen, mit der Wanderausstellung BE.LIKE.ME., für die wir als Land Mittel in Höhe von 120.000 Euro zur Verfügung gestellt haben. Sie soll die Zielgruppe der 13- bis 28-Jährigen für die Risiken sozialer Medien sensibilisieren, für ihre

isolierenden Suchtpotenziale und die oftmals auch problematische Darstellung psychischer Erkrankungen.

Dass auch die gerade erwähnte Einsamkeit zunehmend zu depressiven Tendenzen und Rückzug bei Jugendlichen führt, wird immer präsenter. So gaben in unserem aktuellen Kinder- und Jugendgutachten 60 Prozent der befragten jungen Menschen zwischen 16 und 30 Jahren in Mecklenburg-Vorpommern an, sich emotional einsam zu fühlen. Das sehen wir als klaren Auftrag, unseren „Runden Tisch gegen Einsamkeit im Alter“ im Fokus auszuweiten, etwa mit unserer bevorstehenden Fachtagung „Gemeinsam statt einsam“ am 19. Juni, bei der auch junge Menschen im Fokus stehen sollen. Ziel ist es, über Ressortgrenzen hinweg konkrete Unterstützungsmöglichkeiten zu entwickeln und unter anderem das Spannungsfeld zwischen Einsamkeit und digitaler Welt und die Entstehung von Einsamkeit als Aspekt mentaler Gesundheit zu beleuchten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mentale Gesundheit ist ein facettenreiches Dauerthema und eines, dem wir auch in den kommenden Jahren viel Aufmerksamkeit schenken müssen, denn jeder verdient es, gesund aufzuwachsen – körperlich und psychisch. Ich bin deshalb dankbar für die heutige Aussprache und die damit verbundene Herstellung von Öffentlichkeit. Ich habe zum Abschluss eine große Bitte an Sie alle als Multiplikatoren: Haben Sie ein offenes Ohr für psychische Probleme! Tragen Sie die vielen Hilfsangebote und Unterstützungsmaßnahmen ins Land, denn der erste Schritt besteht immer darin, zu wissen, dass es solche Angebote gibt, und diese dann auch in Anspruch zu nehmen! – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Die Ministerin hat die angemeldete Redezeit um drei Minuten überschritten.

Für die Fraktion der AfD hat das Wort der Abgeordnete Enrico Schult.

Enrico Schult, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Ich bin Ihnen dankbar für die Aufsetzung dieser Aussprache, denn die Ministerin führte korrekt aus, dass die psychischen Erkrankungen wirklich ein Problem darstellen hier in Mecklenburg-Vorpommern, aber nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern in ganz Deutschland.

Die DAK-Auswertung für MV hat ergeben im Kinder- und Jugendreport, dass insbesondere die Depressionen und Essstörungen bei jugendlichen Mädchen während der Corona-Krise stark angestiegen sind, und, sehr geehrte Damen und Herren von den Linken und aber auch Frau Ministerin, da haben Sie ziemlich wenig zu gesagt, denn das natürlich ist die Ursache vieler Probleme, die wir jetzt haben bei den Jugendlichen. Wir haben Schlafstörungen bei vielen Jugendlichen, die haben sich fast verdoppelt. 2010 hatten wir 860 diagnostizierte Schlafstörungen bei 10- bis 19-Jährigen, 2024 haben wir mehr als 1.650 Fälle, also quasi eine Verdoppelung der Zahlen. Wir haben auch psychische Erkrankungen, bei jungen Frauen besonders stark angestiegen entsprechend dieser DAK-Auswertung. Die Fehltage wegen psychischer Erkrankungen sind innerhalb von zehn Jahren um 65 Prozent gestiegen. Besonders auffällig sei ein Anstieg psychischer Erkrankungen bei jungen Frauen zwischen 15 und 19 Jahren, da sind die Erkrankungen um 70 Prozent gestiegen, sehr geehrte Damen und Herren.

Aber – da möchte ich jetzt noch mal den Fokus drauf legen – natürlich liegt die Ursache auch in Ihrer Corona-Politik. Es gibt es einen kausalen Zusammenhang, denn Sie haben die sehr rigide geführt hier in Mecklenburg-Vorpommern.

(Thomas Krüger, SPD: Und damit Leben
gerettet. Die wären gestorben. –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Ich erinnere daran: Schulschließungen und Distanzunterricht während der Pandemie.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Herr Krüger und Herr Koplin, es war nicht die konservative Politik, die jetzt kein Ohr für die Jugendlichen hat, sondern es war eine rot-rote Landesregierung, die eine restriktive Politik hier befohlen hat, durchgeführt hat, die immer – das muss man ganz klar feststellen –

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

in vielen Bereichen deutlich über das Ziel hinausgeschossen ist, sehr geehrte Damen und Herren.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Denn wir haben,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

denn wir haben in unseren Schulen beispielsweise Lernrückstände zu verzeichnen gravierender Art, Einsamkeit, erhöhte Angst- und Depressions...,

(Thomas Krüger, SPD: Machen Sie uns
verantwortlich für das Virus, oder was?!)

Kommen Sie gerne ans Mikro und stellen eine Zwischenfrage, ich beantworte die gerne!

… erhöhte Angst- und Depressionssymptome und natürlich schlechtes psychisches Wohlbefinden.

Und das hab nicht ich mir ausgedacht, Herr Krüger, wir hatten vor zwei Tagen den Parlamentarischen Abend der Heilberufe. Ich weiß nicht, Sie waren, glaube ich, nicht zugegen, aber wahrscheinlich einige Ihrer Kollegen waren zugegen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Nee, war er nicht.)

Ich habe mit zwei Psychotherapeuten am Tisch gesessen, und die haben mir genau das bestätigt, wo Sie jetzt immer dazwischengequakt haben, die haben mir genau das bestätigt, dass das natürlich eine Ursache ist. Jetzt läuft er raus, das ist bezeichnend.

(Horst Förster, AfD: Das passt ihm
nicht in den Kram, deshalb geht er.)

Das ist eine Ursache für diese psychischen Erkrankungen, die viele Jugendliche jetzt derzeit haben. Das haben zwei Psychotherapeuten gesagt, am Tisch bei mir während des Parlamentarischen Abends. Und ich bin sehr dankbar für diese Einordnung dieser Fachfrauen.

(Tilo Gundlack, SPD: Eine!)

Es gab diese soziale Isolation und Kontaktbeschränkung während der Pandemie. Es war so, dass Freundeskreise weggebrochen sind, Vereinsaktivitäten. Und glauben Sie mir, ich bin selber Fußballtrainer und wir mussten die Vereinsaktivitäten komplett einstellen.

(Torsten Renz, CDU: Schon lange
nicht mehr! Sie haben doch schon
vor ein paar Jahren aufgehört.)

Das hat …

Ich war es, ich war es, Herr Renz. Danke schön für den Hinweis!

Aber ich musste es tatsächlich direkt oder wegen der Corona-Pandemie einstellen. Da ist der Verein quasi auseinandergebrochen.

(Zuruf von Dr. Anna-Konstanze Schröder, SPD)

Die Jugendabteilung ist auseinandergebrochen, weil die Kinder sich nicht mehr treffen durften. Und das hängt natürlich auch mit Ihrer Politik zusammen,

(Christine Klingohr, SPD:
Und jetzt? Was machen Sie jetzt?)

mit Ihrer Politik zusammen, die Sie damals angeordnet haben.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Aber wir haben auch familiären Stress während der Pandemie.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Zurufe von Christine Klingohr, SPD,
und Thomas Krüger, SPD)

Noch mal das Angebot: Kommen Sie gerne ans Mikrofon, Herr Krüger!

Wir haben auch familiären Stress während der Pandemie: Homeoffice, Existenzängste.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Viele haben Angst gehabt, ob sie sozusagen ihren Lebensunterhalt noch bestreiten können, Arbeitslosigkeit, beengte Wohnverhältnisse, aber natürlich auch gleichzeitige Kinderbetreuung im Homeoffice.

(Thomas Krüger, SPD:
Und ein Virus, das tödlich war.)

Und ja, ich kann es Ihnen aus dem eigenen Erleben schildern, Herr Krüger,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

dass insbesondere unsere Kinder in der Schule angesprochen wurden, die kamen völlig verängstigt nach Hause, dass sie ja bloß keinen Kontakt mehr zu ihren Großeltern haben sollten, weil,

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD, und
Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

weil sie nämlich Angst haben, weil sie Angst haben, weil sie Angst haben, dass die Eltern, die Großeltern dann sterben könnten. Ich weiß nicht, ob Sie noch so kleine Kinder haben, ich habe sie, und es war so schwierig, mit den Kindern dieses Gespräch zu führen und ihnen diese Angst zu nehmen,

(Zuruf von Anne Shepley,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die irgendwelche Eiferer da draußen den Menschen und insbesondere auch den Kindern in den Schulen immer wieder vorgetragen haben, sie dürfen bloß keinen Kontakt zu ihren Großeltern haben. Das werfe ich Ihnen vor, Sie haben diese rigide Politik gemacht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und das sind natürlich auch die Ursachen, unter anderem die Ursachen der psychischen Erkrankungen hier in Mecklenburg-Vorpommern.

(Thomas Krüger, SPD:
Wir haben Menschen beschützt. –
Petra Federau, AfD: Gar nichts haben Sie.)

Und es gab, in der Tat gab es auch Wegfall von Schutz- und Hilfesystemen, ...

(Glocke der Vizepräsidentin)

Noch mal das Angebot: Sie können gerne das Mikrofon nutzen.

… Wegfall von Schutz- und Hilfesystemen, soziale Kontrollinstanz, Orte für Schulsozialarbeit. Die waren natürlich auch schwierig, sozusagen, sie aufzufangen.

(Zuruf von Dr. Anna-Konstanze Schröder, SPD)

Und das möchte ich an dieser Stelle, und nicht ausschließlich, aber an dieser Stelle möchte ich diesen Fokus auch noch mal auf Ihre Corona-Politik lenken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Nein, ich beantworte jetzt …

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Gestatten …

Enrico Schult, AfD: … keine …

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: … Sie eine …

Enrico Schult, AfD: … Zwischenfrage. Im Anschluss gerne, im Anschluss gerne.

(Thomas Krüger, SPD: Lüg doch nicht!)

Im Anschluss gerne, ja.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Bei Ihnen, bei Ihnen gerne, Herr Krüger.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Kommen Sie nach vorne,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

dann gehts los!

(Glocke der Vizepräsidentin)

Die Belastung heute – da muss ich der Sozialministerin in der Tat auch zustimmen – ist wirklich, dass wir Gesundheit in der Familie, dass sozusagen eben auch der gesundheitliche Aspekt viele Menschen umtreibt, wirtschaftliche Zukunft, das treibt viele Jugendliche um, der Schulabschluss, die Ausbildung, aber natürlich auch die Art und Weise, wie wir miteinander umgehen in der Schule. Warum haben wir denn so viele Gewaltvorfälle in den Schulen?

(Zuruf von Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Terpe, warum haben wir so viele Polizeieinsätze in den Schulen? Das ist wirklich ein dramatisches Bild unserer Gesellschaft.

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Auf meiner Schule nicht, das gab es nicht.)

Und das nehmen die Kinder, das nehmen die Jugendlichen in der Schule natürlich hautnah auf. Und deshalb muss man ganz klar sagen, das wirkt auch auf unsere Jugendlichen und auf unsere Schüler.

Und wir haben – und das möchte ich noch mal festhalten – in der Tat natürlich auch die Problematik der sozialen Medien, natürlich auch die Problematik, dass sich die Kinder nicht mehr treffen, dass sie sozusagen in der interaktiven, in der digitalen Welt sich tummeln, irgendwelche schrägen,

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Jetzt kommen wir zum Kern der Sache.)

irgendwelchen schrägen Wettbewerbe, die da, die da sozusagen vollführt werden, irgendwelche schrägen Schönheitsideale,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

schräge Schönheitsideale, überzogene Schönheitsideale, wo man sich wirklich fragt, was soll das jetzt.

Und deshalb ist es notwendig – und jetzt komme ich zum Schlusspunkt –, dass wir natürlich Hilfsangebote machen, aber das muss ich auch noch mal ganz deutlich sagen,

(Dr. Anna-Konstanze Schröder, SPD: Machen
Sie doch mal einen richtigen Vorschlag!)

dass die Kinder insbesondere, und das ist das Entscheidende – Frau Dr. Schröder, ich komme gleich dazu –, das Entscheidende, in intakten Elternhäusern sind. Denn als Vater und als Mutter bin ich natürlich der erste Ratgeber für meine Kinder,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

und ich kann nicht alles dem Staat überantworten, sehr geehrte Damen und Herren,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und da muss ich unsere Familien, da muss ich unsere Elternhäuser in die Pflicht nehmen, als Ratgeber da zu sein für schwierige Lebenssituationen.

Deshalb sagen wir als AfD, natürlich das im Auge behalten, das im Fokus behalten, aber bitte, sehr geehrte Damen und Herren, der Staat kann nicht alles leisten.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Schult!

Enrico Schult, AfD: Sie alle haben sich Kinder angeschafft, ich auch, und deshalb möchte ich mich selber um meine Kinder kümmern.

(Thomas Krüger, SPD:
Ich hab mir keine angeschafft.)

Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Schult, einen kleinen Moment bitte! Sie hatten noch die Frage am Ende zugelassen …

Enrico Schult, AfD: Ja, sehr gut!

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: … von Herrn Dr. Trepsdorf.

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke:
Intervention oder Frage?)

Enrico Schult, AfD: Machen Sie, wie Sie möchten!

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Nein, es war eine Frage angezeigt.

Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Werter Herr Schult, ich kann nicht umhin, Sie zu fragen, dass ich glaube, dass insbesondere durch Ihre Rhetorik und die Rhetorik Ihrer Partei der politische Diskurs und auch der gesellschaftliche Diskurs hier in Deutschland in den letzten zwölf Jahren massiv angeheizt wurden. Da frage ich mich natürlich: Wie stehen Sie dazu, dass Sie auch mal verbal abrüsten,

(Horst Förster, AfD:
Das müssen Sie gerade sagen!)

gerade was das Thema „Rassismus, Antisemitismus“ angeht oder eben auch, was die Instrumentalisierung der Corona-Pandemie angeht?

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wenn Sie, wenn Ihr Hauptkandidat Herr Holm fordert,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

er will eine Abschiebepolizei in Mecklenburg-Vorpommern einführen, dann habe ich viele Tausend Menschen hier in Mecklenburg-Vorpommern, die halt über einen multiethnischen Hintergrund verfügen, seit Jahren hier in Mecklenburg-Vorpommern leben und die tatsächlich Angst haben, auch psychische Angst haben vor dieser Abschiebepolizei, weil Sie unterscheiden …

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Die Frage bitte, Herr Trepsdorf!

Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: … zwischen Passdeutschen und Geburtsdeutschen. Das ist, finde ich, ein Problem. Wie nehmen Sie diesen Menschen die Angst, die in Ihrer Genetik, in Ihrer Partei festgeschrieben zu sein scheint?

Enrico Schult, AfD: Vielen Dank, Herr Dr. Trepsdorf!

Ich weiß ja nicht, wo Sie sozusagen Ihre Erkenntnisse hergenommen haben, aber all das, was Sie hier vorgetragen haben, das weise ich entschieden zurück. Schauen Sie sich gerne unser Wahlprogramm an! Da ist es niedergeschrieben. Und wir werden Menschen nicht gegeneinander ausspielen, wir werden aber – und das bleibt so –, wir werden den Rechtsstaat durchsetzen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion Die Linke)

und wir werden Menschen, die hier nicht mehr sein dürfen,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

die werden natürlich wieder nach Hause fahren müssen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und das ist nicht irgendwie böse, rechte Politik, sondern das ist der Rechtsstaat, Herr Dr. Trepsdorf.

(Petra Federau, AfD: Ganz genau!)

Und den haben wir uns nicht ausgedacht, wir finden ihn aber gut und halten uns an ihn.

(Zuruf von Jeannine Rösler, Die Linke)

Aber noch mal darauf, noch einmal darauf hinzuwirken, wer denn hier sozusagen den Hass schürt oder wer jetzt hier gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen zu Felde zieht: Ich habe das ja Ihre Landtagspräsidentin schon mal gefragt, Frau Schmidt, und zwar hatten wir schon einmal eine Debatte zum Pride Day, also quasi zum CSD. Da ging es darum, CSD, dass Ihre Jugendorganisation Aufkleber hier in Schwerin verteilt hat, [’solid], die Linksjugend hat Aufkleber verteilt, wo ein brennendes Polizeiauto zu sehen war, und da stand dann drauf …

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr, Abgeordneter, …

Enrico Schult, AfD: … „No Cops at Pride“.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: … die Zeit …

Enrico Schult, AfD: „No Cops“ …

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: … ist um.

Enrico Schult, AfD: Ah, jetzt ist die Zeit abgelaufen, …

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Ja.

Enrico Schult, AfD: … die wurde noch gar nicht angezeigt, ist klar!

„No Cops at Pride“ – und Sie sozusagen …

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Das sehen Sie aber.

Enrico Schult, AfD: … wenden sich …

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Ihre Zeit …

Enrico Schult, AfD: … gegen die Polizei.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: … ist um!

Enrico Schult, AfD: Sie sind diejenigen, …

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Schult!

Enrico Schult, AfD: … die Hass und Gewalt hier schüren, nicht die AfD, ...

(Petra Federau, AfD: Aber so was von!)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Schult!

Enrico Schult, AfD: … Sie und Ihre Jugendorganisation.

(Der Abgeordnete Enrico Schult beendet
seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. –
Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Jeannine Rösler, Die Linke –

(Der Abgeordnete Enrico Schult
wendet sich an das Präsidium.)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Natürlich!

(Schriftführerin Mandy Pfeifer:
Doch! Die eine Minute.)

Die eine Minute.

(Der Abgeordnete Enrico Schult
wendet sich fortgesetzt an das Präsidium. –
Schriftführerin Mandy Pfeifer: Doch.)

Das zeigt an.

(Der Abgeordnete Enrico Schult
wendet sich fortgesetzt an das Präsidium.)

Ja, dann ...

(Schriftführerin Mandy Pfeifer: Ja, ich
weiß nicht, ob die Zwischenfragerunde
mit dieser Uhr gekoppelt ist.)

Die zeigt an.

(Schriftführerin Mandy Pfeifer:
Das zeigt Ihre Redezeit an.)

So, vielen Dank, Herr Abgeordneter!

(Zuruf von Schriftführer Stephan J. Reuken)

Deswegen habe ich es ja gesagt.

Für die Fraktion der CDU hat das Wort die Abgeordnete Katy Hoffmeister.

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

Katy Hoffmeister, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich würde gerne noch mal auf den Titel unserer Aussprache kommen, der heißt „Zukunft unter Druck – Raus aus dem Dauerkrisenmodus – Für die psychische Gesundheit junger Menschen“. Zwischenzeitlich habe ich gedacht, ich sei an einem verstehenden Lesen gescheitert, bin ich aber nicht, und deswegen bin ich Ihnen, Frau Ministerin, dankbar, dass Sie uns genau auf den Kern der Diskussion noch mal zurückgeführt haben.

Denn, sehr geehrter Herr Kollege Koplin, ich schätze Sie als leidenschaftlichen Gesundheitspolitiker sehr, aber zu erklären, so unter dem Motto, dass die Ursache für die psychische Gesundheitsbeeinträchtigung junger Menschen am Bundeskanzler liegen könnte, das bestätigt, ehrlich gesagt, keine der Studien, die ich gelesen habe, und auch keine, die Sie zitiert haben. Das halte ich für völlig absurd, das muss ich an dieser Stelle erst mal feststellen wollen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich komme gerne zu den Ergebnissen, die festgestellt worden sind, und zwar auch zu den Ursachen, nämlich einmal zur Studie „Jugend in Deutschland 2026“, und würde auch natürlich gerne die Befunde heranziehen zur COPSY-Studie, die zusätzlich gezogen worden sind. Und da ist ganz klar, dass die Krankheitsbilder nicht einseitige Ursachen haben – nämlich nicht, auch wie bei Ihnen dargestellt, ausschließlich in der Corona-Pandemie zu suchen sind –

(Enrico Schult, AfD: Hab ich auch nicht gesagt.)

und sich ausschließlich in der Debatte darauf zu konzentrieren ist. Natürlich sind das auch Zukunfts- und Existenzsorgen, besonders natürlich auch bei Familien mit geringem Einkommen, wenig niederschwellige Angebote und fehlende wohnortnahe Angebote, müssen wir in diesen Studien lesen, in MV, der Leistungsdruck und Probleme beim Übergang von Schule in Ausbildung, Beruf und Studium und zusätzlich natürlich mögliche familiäre Belastungen.

Eine weitere Ursache – und das ist eine Ursache, um die wir uns nämlich aus meiner Sicht ganz besonders kümmern müssen, das ist hier angeklungen, aber vielleicht noch nicht deutlich genug – ist das Thema Social Media und was macht das mit den Kindern und Jugendlichen, mit den vermeintlich körperlichen Idealen, die da produziert werden, mit Cybermobbing und Cybergrooming und natürlich mit viel zu langen Bildschirmzeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade in diesem Zusammenhang will ich darauf aufmerksam machen, dass wir hier eine zwingend stärkere Regulierung brauchen. Wir fordern daher landesweit verbindliche Regeln für ein Handyverbot an allen Schulen sowie die Nutzung sozialer Medien erst ab 16 beziehungsweise 13 mit Zustimmung der Eltern. Unsere Forderung in diesem Zusammenhang kennen Sie.

(Beifall Torsten Renz, CDU)

Gerade im Umfeld Schule sehen wir großen Handlungsbedarf. Denn ich denke, das ist für uns alle wichtig, dass wir in diesem Zusammenhang unsere Kinder und Jugendlichen besser schützen.

Auf der Bundesebene wird das Thema bekanntlich diskutiert. Eine Expertenkommission erarbeitet gegenwärtig Handlungsempfehlungen, die Grundlagen für einen Gesetzentwurf werden sollen. Zudem widmet sich die Bundesregierung grundsätzlich dem Thema der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Mit dem Programm „Mental Health Coaches“ werden zusätzliche Fachkräfte an Schulen gefördert. Das Programm „Wir zusammen – SOS-Mental Health Peers“ verfolgt Peer-to-Peer-Ansätze, Jugendliche unterstützen Jugendliche. Und es gibt weitere bundesweite Nummern gegen den Kummer und eine

JugendNotmail, eine Onlineberatung per Mail, App und Chat. Weiterhin gibt es die Erarbeitung einer Strategie „Mentale Gesundheit für junge Menschen“, die geplant ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, und trotz dieser Maßnahmen haben wir ein zentrales Problem, nämlich vor allem die Wartezeiten auf einen psychotherapeutischen Behandlungsplatz, die sind deutlich zu lang.

(Beifall Hannes Damm, fraktionslos)

Und Sie haben recht, Herr Koplin, wir wissen die Zeiten nicht im Kern, weil wir sie ja am Ende auch nicht genauso erheben können, wie wir uns das wünschen würden, damit man wenigstens mal Maß und Mitte verstehen kann, aber wir gehen davon aus, dass vor sechs Monaten ein Therapie- und Behandlungsplatz selten in Anspruch genommen werden kann. Und diese Zeitspanne ist natürlich viel zu lang. Und deswegen hoffen wir darauf, dass eine zeitnahe gesonderte Bedarfsplanung für Kinder- und Jugendpsychotherapeuten endlich kommt.

(Beifall Anne Shepley,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
und Hannes Damm, fraktionslos)

Denn das ist etwas, was uns im Kern weiterhelfen wird. Das ist eine wesentliche Grundlage für zusätzliche Niederlassungsmöglichkeiten und um auch Wartezeiten zu verkürzen.

Doch auch im Land haben wir Stellhebel. Es könnten beispielsweise die Hochschulambulanzen ausgebaut werden aus unserer Sicht, an den beiden Universitätsmedizinen insbesondere. Die fachärztliche Weiterbildung könnte ergänzt werden durch Fördermittel des Landes, um auch hier die Weiterbildung zu stärken. Verbundweiterbildungen könnten deutlich gestärkt werden, und man könnte natürlich im Rahmen der sektorenübergreifenden Versorgung tatsächlich die kinder- und jugendpsychiatrischen Institutsambulanzen weiter öffnen.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Abgeordnete?

Katy Hoffmeister, CDU: Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Bitte schön, Herr Dr. Trepsdorf!

Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage, werte Frau Kollegin! Werte Frau Präsidentin!

Nun erlebe ich das fast jede Woche, meine Frau hat eine psychotherapeutische Praxis hier in Schwerin, und da ist es tatsächlich so, dass es in der Landeshauptstadt schon so ist, dass man, wenn man nicht gerade suizidal ist, über neun Monate wartet, um einen Therapieplatz zu bekommen. Und da ist die große Herausforderung, dass man nicht mal scharf nach Behandlungslogik einen systemischen oder einen psychodynamischen oder einen analytischen psychotherapeutischen Platz bekommt, das heißt, es kommt auch noch zum Fehlmatching, weil die Patientinnen und Patienten natürlich so herausfordernd sind, dass sie erst mal nehmen, was sie kriegen können, obwohl möglicherweise die Behandlung gar nicht zu ihnen passt.

Deswegen frage ich Sie konkret, wie Sie konkret einwirken können auf die Bundesregierung, auch hier aus Mecklenburg-Vorpommern, das die Petition, die gerade im Petitionsausschuss läuft, der Psychotherapeutinnen und -therapeuten, und die innerhalb von wenigen Wochen über 250.000 Bürgerinnen und Bürger gezeichnet haben, um das Thema nach vorn zu bringen und da schnellstmöglich eine Lösung zu entwickeln. – Vielen Dank!

Katy Hoffmeister, CDU: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Trepsdorf!

Also das Thema ist, glaube ich, an uns alle herangetragen worden, auch jetzt beim Parlamentarischen Abend der Allianz der Heilberufe, und wir sind alle angeschrieben worden in diesem Zusammenhang. Und Sie können sich darauf verlassen, wir haben das Thema übrigens angemeldet für den Sozialausschuss, den nächsten, um das da gemeinsam noch zu diskutieren. Ich habe das natürlich auch mit der Kollegin Simone

Borchardt, die im Bundestag für uns die gesundheitspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion ist, schon noch mal allokiert, und ich glaube, da werden wir im Zusammenhang gemeinsam darauf hinwirken, dass uns hier jedenfalls keine Kapazität verloren geht durch die Streichaktionen, die da im Moment geplant sind.

(Präsidentin Birgit Hesse
übernimmt den Vorsitz.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich würde gerne zum Schluss meiner Rede kommen und noch einmal ganz kurz darauf hinweisen, dass wir uns, glaube ich, dieses Themas sehr intensiv annehmen müssen, insgesamt, und zwar nicht nur im Rahmen der Vorschläge, die ich ganz kurz skizziert habe, sondern dass hier weitere Hilfsmaßnahmen geboten sind und ich mich darüber freuen würde, wenn wir das vor allem in der nächsten Legislatur noch mal etwas intensivieren würden, weil uns jetzt leider keine Zeit mehr dazu bleiben wird, wenn wir uns auch im Sozialausschuss damit beschäftigen würden. – Ich danke Ihnen ganz herzlich.

(Beifall Torsten Renz, CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Frau Klingohr.

Christine Klingohr, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen für ein Mecklenburg-Vorpommern, in dem alle Menschen gut und gerne leben, unabhängig von Herkunft, Wohnort oder Einkommen. Und besonders für Kinder und Jugendliche tragen wir eine erhöhte gesellschaftliche Verantwortung. Nicht umsonst hat sich das Land Mecklenburg-Vorpommern Gesundheitsziele auch speziell für die Lebensphase „Gesund aufwachsen“ gegeben. Eine der Maßnahmen dieser Ziele lautet: Sicherstellung kontinuierlich verfügbarer, landesweiter Angebote zur Förderung der psychischen Gesundheit und Entwicklungsförderung.

Und ich will noch mal neben den herausfordernden Sorgen, die wir alle bei diesem Thema haben, auch noch mal darüber berichten, was wir unternommen haben in den

letzten Monaten und Jahren, um dieses Ziel zu verwirklichen. Wir haben eine Landesfachstelle für Kinder aus psychisch und/oder suchtbelasteten Familien eingerichtet. Die Landesfachstelle ist die zentrale Anlaufstelle im Land Mecklenburg-Vorpommern, wenn es um Kinder aus psychisch- und/oder suchtbelasteten Familien geht. Alle Initiativen, Bemühungen, Aktionen und Ideen in unserem Bundesland sollen unter einem Dach erfasst, gebündelt und zusammengeführt werden. Durch genau diese Initiative erhalten Kinder und Jugendliche Unterstützung, deren Eltern mit Sucht oder psychischer Erkrankung konfrontiert sind. In jedem Landkreis beziehungsweise in jeder kreisfreien Stadt besteht nun eine regionale KipsFam-Stelle.

Zudem werden im Rahmen eines Modellprojektes insgesamt 16 Kinder- und Familienzentren, sogenannte KiFaZe, sowie eine Landesfachstelle aus- beziehungsweise neu aufgebaut. Die Zentren sollen als vertrauensvolle Anlaufstelle vor allem Eltern, werdenden Eltern und Angehörigen in schwierigen Lebenssituationen offenstehen. Die KiFaZe sollen vornehmlich an Kindertagesstätten und bereits bestehenden Einrichtungen für Familien angebunden werden. Ziel dieses Projektes ist es, Menschen auf einem unbürokratischen und einfachen Weg zu erreichen. Die sozialpädagogischen Fachkräfte sollen gemeinsam mit den Familien nach passenden Unterstützungsmöglichkeiten suchen. Die Kinder- und Familienzentren sollen in jedem Landkreis und den kreisfreien Städten entstehen und bereits bestehende Unterstützungsstrukturen wie das Frühe-Hilfen-Netzwerk ergänzen. Damit haben wir elementare Strukturen aufgebaut, damit allen Kindern ein guter Start ins Leben geebnet werden kann und alle Kinder, unabhängig von ihrer Herkunft und dem Einkommen ihrer Eltern, eine Chance auf gerechte Teilhabe und Chancengleichheit haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Mentale und psychische Gesundheit, Lebenszufriedenheit, Gemeinschaftsgefühl und soziale Teilhabe spielen hierfür eine zentrale Rolle. Dazu gehören stabile und verlässliche gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Daher setzen wir uns für gute Bildung, gute Löhne, stabile Renten, gute soziale und gesundheitliche Absicherung und für ein soziales und solidarisches Miteinander ein. Besonders die Lebenswelt von

Jugendlichen wird davon bestimmt, ob Strukturen und Angebote geschaffen werden, die allen zugutekommen.

Daher haben wir auch in dieser Wahlperiode unsere Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ eingerichtet. Ihr Ziel war und ist es, der Politik aufzuzeigen, was junge Menschen benötigen, um die besten Chancen für ihre Zukunft zu erhalten. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Einbindung von Kindern und Jugendlichen selbst. Durch verschiedene Beteiligungsformate fließen ihre Ideen, Anregungen und Sorgen direkt in die Arbeit der Kommission ein. Die Enquete-Kommission hat das Deutsche Jugendinstitut beauftragt, ein Gutachten über kinder- und jugendgerechte Lebensräume in MV zu erarbeiten. Das Gutachten beschäftigt sich umfassend und ausdrücklich auch mit der psychischen Gesundheit junger Menschen in unserem Bundesland. Aufbauend auf dieser wissenschaftlichen Betrachtung und in Kombination mit den Stellungnahmen junger Menschen wurden und werden diese weiterentwickelt. Die Enquete-Kommission entwickelt Handlungsempfehlungen, unter anderem zu dem Themenkomplex „Gesundes und sicheres Aufwachsen“. Die Ergebnisse werden wir dann natürlich gemeinsam auswerten und zur Grundlage unserer weiteren jugendpolitischen Arbeit machen.

Aktuell sehen wir vor allem den dringenden Bedarf, physische und psychische Gesundheit bereits präventiv zu stärken. Daher haben wir 4 Millionen Euro, nämlich das größte Präventionsprogramm unseres Landes, aufgelegt, das es in unserem Land jemals gab. Teil dieses Programms ist die Schaffung auch von Begegnungsorten. Gerade junge Menschen brauchen verlässliche Orte für Begegnung, Freizeit und Beteiligung, an denen Gemeinschaft entstehen und gelebt werden kann. Durch diese Begegnungsorte, auch Dritte Orte genannt, kann auch Einsamkeit vorgebeugt werden und Jugendlichen kann ein Gefühl von Zugehörigkeit und Verbundenheit vermittelt werden. Wir setzen uns für die Stärkung und Neuschaffung von Jugendklubs, soziokulturellen Zentren und sogenannten Dritten Orten, wie ich sie eben beschrieben habe, ein, sprich offene Räume zwischen Schule, Arbeit und Zuhause. Gerade im ländlichen Raum müssen solche Treffpunkte gesichert und ausgebaut werden.

Ein sehr wichtiger Teil, der heute hier noch nicht angesprochen worden ist, ist in diesem Zusammenhang der Sport. Im Jahr 2025 zählten die Sportvereine in MV zum

ersten Mal mehr als 300.000 Mitglieder. Das zeigt, dass die Voraussetzungen dafür stimmen, dass ein vielfältiges Sportangebot in MV erreichbar ist und die Sportvereine stetig wachsen.

Mit Blick auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sehen wir auch natürlich dringenden Handlungsbedarf für einen wirksamen Jugendschutz im digitalen Raum. Wir unterstützen ein verbindliches Mindestalter von 14 Jahren für die Nutzung von sozialen Medien, flankiert durch eine verpflichtende und wirksame Altersverifikation. Für Jugendliche unter 16 Jahren müssen verpflichtende Schutzstandards gelten. Digitale Plattformen müssen verbindlich verpflichtet werden, kinder- und jugendgerechte Angebote bereitzustellen. Was offline im Jugendschutz selbstverständlich ist, muss auch online gelten. So, wie wir Kinder und Jugendliche offline vor Alkohol, Glücksspiel, Extremismus und Gewaltverherrlichung schützen, muss dies auch online unser Anspruch sein. Regulierung alleine reicht jedoch nicht aus. Medienkompetenz ist eine zentrale Zukunftskompetenz und Voraussetzung für demokratische Teilhabe und sollte daher gestärkt werden.

Und auch in der jetzigen Koalition auf Bundesebene ist die Stärkung der mentalen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen eines der vordringlichsten Ziele. Und wir können das alles heute hin und her betrachten, auf jeden Fall haben wir im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD uns darauf verständigt, eine Strategie „Mentale Gesundheit für junge Menschen“ neu zu verankern. Der Bund beabsichtigt, Maßnahmen zur Unterstützung von Kindern psychisch- oder suchtkranker Eltern in der Strategie zu berücksichtigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe Ihnen nun eine Vielzahl von Präventionsmaßnahmen und Unterstützungsstrukturen vorgestellt, die wir hier in Mecklenburg-Vorpommern aufgebaut und gestärkt haben. Zudem bedarf es aber natürlich auch guter Versorgungsstrukturen bei psychischer Belastung und bei psychischer Erkrankung. Natürlich haben auch wir Post bekommen und auch wir als Fraktion waren beim Parlamentarischen Abend der Allianz der Heilberufe. Wir wurden vielfach von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten kontaktiert, die die aktuellen Entwicklungen mit Blick auf die Vergütung psychotherapeutischer Leistungen kritisieren und sich Sorgen um die Versorgungsstrukturen machen.

Hinsichtlich der geplanten Spar- und Reformmaßnahmen zur Stabilisierung der Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung teile ich diese Sorgen. Aus unserer Sicht dürfen diese Maßnahmen keine Verschlechterung für die Versorgung der Menschen nach sich ziehen, die auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass Reformen so umgesetzt werden, dass sie unseren Sozialstaat stärken, anstatt ihn zu schwächen. Trotz und gerade wegen dieser Herausforderungen haben wir in dieser Wahlperiode hier in Mecklenburg-Vorpommern einige echte Meilensteine erreicht, was die Stärkung von Unterstützungsstrukturen von Kindern und Jugendlichen betrifft. Wir sind offensichtlich noch lange nicht am Ziel, aber auf dem richtigen Weg. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, begrüße ich recht herzlich auf der Besuchertribüne Bürgerinnen und Bürger der Mecklenburgischen Seenplatte. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie bei uns im Landtag sind!

Ich rufe auf für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Shepley.

Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion und ich sind etwas irritiert über diese Aussprache, nicht wegen des Themas, ganz im Gegenteil. Die psychische Gesundheit junger Menschen gehört zu den drängendsten Herausforderungen unserer Zeit. Aktuelle Studien zeigen, Jugendliche und junge Erwachsene sind besonders häufig von psychologischen Belastungen betroffen. Depressionen und Angststörungen

nehmen zu, und viele junge Menschen erleben ihren Alltag unter einem enormen Druck. Allein in Mecklenburg-Vorpommern ist die Zahl diagnostizierter Depressionen bei jungen Menschen zwischen 2018 und 2023 um rund 42 Prozent gestiegen, von 4.260 auf ungefähr 6.000 Fälle. Bei Mädchen zwischen 15 und 17 Jahren haben sich behandelte Angststörungen seit 2019 nahezu verdoppelt. Das Thema ist also wichtig, die Frage ist nur: Warum führen wir diese Debatte heute noch einmal?

Die Linke hat die Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ maßgeblich mit angestoßen, und wir haben dort vier Jahre lang gemeinsam gearbeitet, diskutiert, zugehört und Handlungsempfehlungen entwickelt. Erst vergangenen Freitag haben wir diese Empfehlungen beschlossen, und deshalb frage ich mich, fragen wir uns, was soll uns eine weitere Aussprache bringen, was wir nicht schon wissen.

(Beifall Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haben wir uns denn nicht eingehend ausgesprochen mit den und über die jungen Menschen im Land, über die Klimakrise, die Corona-Krise, den Ukrainekrieg, über die Energiekrise, die Armutskrise, die Wohnungskrise, die Kinderschutzkrise, die Jugendhilfekrise, die Gesundheitskrise, über Bildungskrisen, die Mobilitätskrise, Social-Media-Krise, über die KI-Krise, über die demografische Krise, die Haushaltskrise im Land und in den Kommunen, die Segregationskrise und die Demokratiekrise und darüber, was all diese multiplen simultanen Krisen mit den Kindern, mit den Jugendlichen, mit den jungen Erwachsenen im Land machen und mit ihren Familien und Freundschaften?

Wir haben Gutachten ausgewertet, mehr als 100 Sachverständige angehört und mit rund 4.500 jungen Menschen gesprochen. Und die Erkenntnisse sind eindeutig: Die psychische Belastung junger Menschen steigt enorm. Mehr als 4.300 Kinder und Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern werden inzwischen wegen Angststörungen behandelt. Die Bedarfe wachsen, aber wir wissen auch, die Unterstützung hält nicht Schritt. Und deshalb brauchen wir heute keine weitere Analyse, wir brauchen politisches Handeln, meine Damen und Herren, denn junge Menschen brauchen nicht nur Aufmerksamkeit für ihre Sorgen, sondern verlässliche Hilfe, wenn sie sie brauchen.

Wer heute einen Therapieplatz braucht – das wurde gerade schon gesagt –, der weiß, wie schwierig das ist. Die Versorgung ist überlastet, Wartezeiten sind viel zu lang. Und gleichzeitig wurden die Honorare für Psychotherapeut/-innen gerade um 4,5 Prozent gekürzt. Das, meine Damen und Herren, ist das völlig falsche Signal für die Zeiten, in denen wir leben. Die Landesregierung muss sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass diese Kürzung zurückgenommen wird und dass die Bedarfsplanung endlich an die tatsächlichen Bedarfe angepasst wird.

Genauso wie gute Psychotherapeut/-innen und ausreichend Plätze brauchen wir gute Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an unseren Schulen. Sie sind oft die ersten Ansprechpartner/-innen für Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen. Trotzdem fehlen sie immer noch an vielen Schulen. Ja, wir haben eine starke ESF-Förderung, doch für Kontinuität und Verlässlichkeit bedarf es fester Landesmittel, die wir bis heute eben nun mal nicht haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und als dritten Punkt in dieser sehr breiten Debatte möchte ich die Prävention herausheben. Sie braucht endlich den Stellenwert, den sie verdient. Die Enquete-Kommission hat noch einmal deutlich gezeigt, Prävention wirkt, sie verhindert Leid, bevor es entsteht, sie stärkt Kinder und Jugendliche, bevor Belastungen zu Erkrankungen werden, und sie spart am Ende nicht nur Kosten, sondern vor allem menschliches Leid. Fachleute gehen inzwischen davon aus, dass etwa 75 Prozent, also grob drei Viertel aller psychischen Erkrankungen, bereits vor dem 24. Lebensjahr starten.

Wir müssen junge Menschen also ernst nehmen. Ihre Sorgen über die Klimakrise, über gesellschaftliche Unsicherheiten oder über ihre Zukunft sind keine Randthemen, sie prägen das Lebensgefühl einer ganzen Generation. Und deshalb sagen wir, was es heute hier gebraucht hätte, wäre ein umfassender Antrag, eine klare Kinder- und Jugendstrategie für Mecklenburg-Vorpommern,

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die psychische Gesundheit junger Menschen in den Mittelpunkt stellt, eine Strategie, die Prävention stärkt, die Hilfesysteme ausbaut, Schulsozialarbeit absichert und die Versorgung verbessert und junge Menschen konsequent beteiligt. Die Probleme sind bekannt, die Empfehlungen liegen auf dem Tisch. Die Bedarfe, meine Damen und Herren, sind offensichtlich. Was fehlt, ist nicht Erkenntnis, es ist nicht Debatte, was fehlt, ist allein der politische Wille zu handeln. Deshalb bitte ich Sie inständig, kommen Sie ins Tun, weniger Aussprachen, mehr Anträge und mehr konkrete Maßnahmen! – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt für die Gruppe der FDP Frau Becker-Hornickel!

Barbara Becker-Hornickel, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ja, laut Thema sprechen wir heute über die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, aber wir sprechen damit auch über Bildungs- und Sozialpolitik, über Chancengerechtigkeit, über Fachkräftesicherung, über gesellschaftlichen Zusammenhalt und letztlich über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Psychische Belastungen junger Menschen haben in den vergangenen Jahren ein Ausmaß erreicht, das wir politisch nicht ignorieren können. Und besonders alarmierend ist, dass sich die Werte auch Jahre nach der Pandemie nicht normalisiert haben. So sind laut Studie vor allem Mädchen, sozial benachteiligte Kinder und junge Menschen mit belasteten Familiensituationen überdurchschnittlich betroffen. Gleichzeitig beobachten Kinder- und Jugendpsychiatrien bundesweit eine massive Überlastung. Hier wurde schon darüber gesprochen, wie lange es dauert, um eine Therapie beginnen zu können.

Psychische Erkrankungen sind inzwischen der häufigste Grund für stationäre Krankenhausbehandlungen bei 10- bis 19-Jährigen in Deutschland. Depressionen, Angststörungen, Essstörungen und selbstverletzendes Verhalten nehmen deutlich zu. Die durchschnittlichen Wartezeiten auf einen Therapieplatz betragen vielerorts mehrere Monate. Für Kinder in akuten Krisen ist das eine politische Bankrotterklärung.

(Beifall Hannes Damm, fraktionslos)

Der aktuelle UNICEF-Innocenti-Report zu Ungleichheit und Kindergesundheit macht deutlich, Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien berichten signifikant seltener von hoher Lebenszufriedenheit und häufiger von psychischen Belastungen. Psychische Gesundheit ist immer auch eine Frage gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Wer in beengten Wohnverhältnissen lebt, wer Zukunftsängste der Eltern permanent mitträgt, wer sich Sorgen um soziale Zugehörigkeit macht oder dauerhaft Leistungsdruck erlebt, trägt ein deutlich erhöhtes Risiko psychischer Erkrankungen.

Seit Jahrzehnten leben wir in gefühltem Frieden. Das ist nicht mehr so, wir reden über Verteidigung, über Notversorgung der Haushalte und, ja, auch über Krieg. Das bringt Unsicherheit und Sorge in die Gedankenwelt der Kinder und Jugendlichen. Damit dürfen wir sie nicht alleinlassen. Es greift zu kurz, allein mehr Therapieplätze zu fordern, wir brauchen einen Paradigmenwechsel: weg von reiner Krisenintervention, hin zu früher Prävention und resilienten Lebenswelten. Psychische Gesundheit muss systematisch in Schule, Jugendhilfe und Familienpolitik integriert werden. Wir brauchen flächendeckende Schulsozialarbeit, multiprofessionelle Teams an Schulen, niedrigschwellige Beratungsangebote und verbindliche Präventionskonzepte. Lehrkräfte dürfen mit psychosozialen Krisen auch nicht alleingelassen werden.

Gleichzeitig, und das finde ich sehr wichtig, müssen wir Familien stärken, denn stabile soziale Beziehungen sind einer der stärksten Schutzfaktoren gegen psychische Erkrankungen im Kinder- und Jugendalter. Es wäre falsch, eine ganze Generation als zu sensibel abzuwerten. Junge Menschen reagieren auf Unsicherheiten in einer Welt multipler Krisen.

Es braucht keine Symboldebatten, es braucht Strategien. Ja, Frau Shepley, damit haben Sie recht, wir brauchen Strategien, wir brauchen einen Plan, wie wir das in den Griff bekommen, wissenschaftsbasierte Prävention und den politischen Willen, Kinder und Jugendliche endlich konsequent in den Mittelpunkt zu stellen. Psychische Gesundheit entscheidet darüber, ob junge Menschen Vertrauen entwickeln, Beziehungen gestalten, Bildungserfolge erreichen und ihr Leben selbstbestimmt führen können. Eine Gesellschaft, die hier spart, ist unverantwortlich gegen ihre Menschen, gerade hier, gegen ihre jungen Menschen, gegen ihre Zukunft. Sie verschiebt die Probleme und Kosten dann nur in eine Zukunft: sozial, gesundheitlich und wirtschaftlich. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Gruppe der FDP und
Hannes Damm, fraktionslos)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20**: …

(Präsidentin Birgit Hesse)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20**: Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Erneuerbare Energien ausbauen, Energiekosten für alle senken – Verlässlichkeit herstellen, Wohlstand schaffen, Drucksache 8/6594.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Erneuerbare Energien ausbauen,
Energiekosten für alle senken –
Verlässlichkeit herstellen, Wohlstand schaffen
– Drucksache 8/6594 –

Das Wort hat zur Begründung für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Wegner.

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wer in diesen Wochen tankt, wer einen neuen Energieanbieter sucht, wer als Unternehmerin oder Unternehmer kalkulieren muss, spürt sehr konkret, was fossile Abhängigkeit bedeutet. Öl und Gas geben keine Sicherheit.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Sie machen Preise anfällig für Krisen und treffen damit Haushalte, Betriebe, Kommunen und am Ende das ganze Land. Wir haben heute schon darüber gesprochen. Deshalb reicht es nicht, in jeder neuen Krise nur über den nächsten Rabatt oder den nächsten Preisdeckel zu sprechen. Akute Entlastung kann notwendig sein, aber wer nur Symptome behandelt und die Ursache stehen lässt, rennt der nächsten Krise schon hinterher. Die Ursache ist, wir hängen noch immer zu stark an fossilen Energien, deren Preise anderswo gemacht werden. Und genau deshalb legen wir diesen Antrag vor.

(Beifall vonseiten der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Mecklenburg-Vorpommern hat, was andere Länder mühsam suchen: Wind, Sonne, Küste, Häfen, Handwerk, Unternehmen und engagierte Kommunen. Das kann ein echter Standortvorteil sein. Erneuerbare Energien sind deshalb mehr als Klimaschutz. Sie entscheiden über bezahlbare Energie, Wirtschaftskraft und kommunale Handlungsfähigkeit.

Die Ministerpräsidentin hat im Bundesrat selbst gesagt, dass erneuerbare Energien der Weg sind, um unabhängiger von Energieimporten zu werden und Preise besser in den Griff zu bekommen. Und da hat sie ja recht, nur muss ihre Landesregierung dann auch so handeln. Der Widerspruch ist doch offensichtlich: In Berlin warnt die Ministerpräsidentin vor fossilen Preisrisiken, während ihre Landesregierung in Schwerin beim Ausbau der erneuerbaren Energien bremst.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erneuerbare Energien sind der Garant für günstigere Energiepreise. Wer sich den Markt anschaut, erkennt das sehr schnell. Und deshalb muss auch MV die notwendigen Flächen für den Ausbau zur Verfügung stellen

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

und nicht auf der Bremse stehen.

(allgemeine Unruhe –
Beifall Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Glocke der Präsidentin)

Unser Antrag sagt deshalb klar: Die Ausbauziele für erneuerbare Energien müssen auch in Mecklenburg-Vorpommern gelten, ohne Relativierung und ohne ständiges Verschieben auf spätere Evaluationen.

Aber der Ausbau allein reicht nicht. Der günstige Strom muss auch dort ankommen, wo er gebraucht wird: im Alltag der Menschen, im Handwerk, im Mittelstand und in der Industrie. Dafür braucht es ein Energiesystem, das Erzeugung und Verbrauch besser zusammenbringt. Netze und Speicher gehören dazu, ebenso Direktversorgung und Wasserstoff dort, wo er wirklich gebraucht wird. Genau hier fehlt der Landesregierung eine gemeinsame Umsetzungslinie. Es gibt Konzepte für Energie, für Industrie, für Fachkräfte, Innovation, maritime Wirtschaft und irgendwann vielleicht auch für Wasserstoff, aber sie werden nicht gemeinsam gedacht. Finanzierungstöpfe können ein Baustein sein, aber sie ersetzen keine verlässlichen Entscheidungen. Die entscheidenden Fragen bleiben doch offen: Wo sichern wir Flächen? Wie entstehen Netzanschlüsse? Welche Rolle spielen Häfen und Speicher? Wie profitieren Kommunen und regionale Unternehmen?

Es fehlt erkennbar eine konsistente Strategie, wie wir aus dem Potenzial der erneuerbaren Energien Wertschöpfung für unser Land generieren. Das schafft doch den Wohlstand in unserem Land, den wir dringend brauchen. Dabei geht es auch um unsere Kommunen. In diesen Tagen melden sich Bürgermeister zu Wort, weil die kommunalen Haushalte angespannt sind. Wer diese Sorgen ernst nimmt, darf Kommunen nicht nur zum Gespräch einladen. Erneuerbare Energien können echte Entwicklungsperspektiven eröffnen, wenn Gemeinden fair beteiligt werden, regionale Unternehmen zum Zuge kommen und Handwerk, Wartung, Planung und Betrieb im Land verankert sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau deshalb fordert unser Antrag, die Studie zur regionalen Wertschöpfung durch erneuerbare Energien auszuwerten und ihre Handlungsempfehlungen in konkrete Maßnahmen für MV zu übersetzen.

Aber die Landesregierung glänzt vor allem durch Verhindern, nicht durch Machen. Nach Angaben der Landesregierung warten über 1.400 Windenergieanlagen auf Genehmigung. Aber ein Stau dieser Größenordnung entsteht doch nicht zufällig,

(Zuruf von Petra Federau, AfD)

er ist das Ergebnis jahrelanger Verzögerungen. Und das aktuelle Tempo reicht nicht, um ihn aufzulösen oder spürbar zu reduzieren. Wenn zugleich Untätigkeitsklagen anhängig sind, ist das kein kleines Verwaltungsrauschen, dann sehen wir ein System, das über Jahre hinweg eher verhindert als ermöglicht hat. Wenn Anträge jahrelang liegen bleiben, Zielabweichungsverfahren zur Dauerlösung werden und Antragsteller im Nebel stehen, dann liegt wahrscheinlich, liegt es wahrscheinlicher an fehlendem politischem Willen.

(Enrico Schult, AfD: Ja,
und das ist auch richtig so.)

Meine Damen und Herren, wir erleben eine fossile Krise. Sie zeigt, wie teuer Abhängigkeit ist und wie schnell globale Konflikte den Alltag der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern treffen.

(Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ganz genau!)

Die Antwort darauf ist nicht, fossile Abhängigkeit noch etwas länger zu subventionieren. Die Antwort ist, die Alternativen schneller, günstiger und gerechter verfügbar zu machen. Für Mecklenburg-Vorpommern heißt das, Wind und Solar ausbauen, das 2,1-Prozent-Ziel sichern und erneuerbare Energien so nutzbar machen, dass Industrie, Häfen und Kommunen davon profitieren können. Das ist eine konkrete Zukunftsstrategie für bezahlbare Energie, für gute Arbeit, starke Kommunen und mehr Unabhängigkeit. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 38 Minuten vorgesehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung der Wirtschaftsminister Herr Dr. Blank.

Minister Dr. Wolfgang Blank: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Moin! Der Gesetzesentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN behandelt natürlich ein Thema von zentraler Bedeutung für die Energie- und Wirtschafts- und Landwirtschafts- und Punkt-Punkt-Punkt-Politik unseres Landes, den Ausbau der erneuerbaren Energien. Ich glaube, in jeder Landtagswoche haben wir das Thema mehrfach behandelt. Deshalb muss ich sagen, ich weiß gar nicht, warum wir uns da immer wieder unterhalten müssen und auch bestätigen müssen, dass wir auf dem Weg sind, auf der anderen Seite aber auch uns dazu bekennen müssen, dass wir das mit Augenmaß tun, dass wir das zielstrebig tun, natürlich, aber dass wir das auch steuerbar tun im Angesicht der Krisen.

Ich hatte es heute Vormittag ja gesagt, die Erneuerbaren haben klar gezeigt, was sie für uns bedeuten. Auf der anderen Seite merken wir an anderen Orten – ich nenne das Thema Kosten, ich nenne aber auch das Thema, das uns beschäftigt, die Windenergie – in vielen Diskussionen, dass wir uns doch darüber unterhalten müssen. Und natürlich, ich durfte jetzt das Ostdeutsche Wirtschaftsforum in Bad Saarow besuchen: Wer wurde erwähnt? Dresden, Silicon Valley sozusagen, dann die gute Industrie in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern. Erneuerbare Energien, das ist unsere Marke. Aber das heißt ja, wir müssen damit auch sehr bewusst umgehen und es vernünftig mit Augenmaß in die Zukunft ausrichten. Wir sind ein sehr dynamisches Zentrum für erneuerbare Energien geworden. Und wir merken es an den Anfragen, die wir bekommen, dass wir das auch also noch viel stärker in unsere Außenvermarktungsmarke dann auch miteinbringen müssen.

Aber auf der anderen Seite müssen wir auch dem Faktor der Akzeptanz Rechnung tragen, wir müssen es auch bedarfsorientiert tun. Wir haben einen wachsenden Strombedarf. Wir sind in der Energiewende, im Wärme-, im Verkehrs-, im Industriesektor. Die erneuerbaren Energien sind längst und unzweifelhaft eine tragende Säule unserer Energieversorgung geworden. Immerhin 60 Prozent – bundesweit – des Stroms kommt aus erneuerbaren Energien. In Mecklenburg-Vorpommern sind es deutlich mehr. Und da müssen wir uns auch natürlich die Frage stellen, was machen wir mit diesem Strom. Deshalb ist der Netzausbau ein wesentliches Thema. Wir haben schon die Bekenntnisse der Netzbetreiber, dass sie hier investieren: 50 Hertz, 20 Milliarden round about in den nächsten fünf Jahren, die WEMAG, die mit zwischen 1 und 2 Milliarden ins Geschäft nicht einsteigt, sondern das Geschäft weiterbetreibt und natürlich die Stetigkeit einfordert, und so weiter und so fort.

Wir müssen aber auch anerkennen, dass wir unsere Regionen mitnehmen, dass wir auch in der Region Organisationen haben, die sich damit befassen. Im Bereich des Windenergieausbaus spielen die Regionalen Planungsverbände die tragende Rolle bei der Ausweisung der vom Bundesgesetzgeber vorgegebenen Flächenkapazitäten. Die sind dran, in ihrer jeweiligen Schrittgeschwindigkeit. Sie schreiben ihre regionalen Raumentwicklungsprogramme derzeit mit dem Ziel der fristgerechten Umsetzung der Vorgaben aus dem WindBG, dem Windenergieflächenbedarfsgesetz, fort. Sie werden, so ist es vorgesehen, für 2027 die Ausweisung von 1,4 Prozent der Landesfläche für den Windenergieausbau fristgerecht – bis Ende 27, sagte ich – sicherstellen. Ein guter Erfolg. Es gibt allen Beteiligten am Ende Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Und wenn es da in den Regionen Diskussionen gibt, dann bin ich auch sehr dafür, dass wir damit umgehen, positiv damit umgehen, uns natürlich dazu bekennen.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

In der Planungsregion Westmecklenburg wurde der erste bundesgesetzliche Flächenbeitragswert von 1,4 Prozent bereits im Dezember 2025 erreicht. Die anderen Planungsregionen sind dabei. Und natürlich sind diese Planverfahren, sind für diese, nicht nur für diese Planverfahren verlässliche Rahmenbedingungen zentral, sondern

auch für die Unternehmen, die die Investitionsentscheidungen langfristig im Bereich Wind ja 20/25 Jahre treffen, sowie für die planerische Steuerung von Erzeugung und Netzausbau.

Ich komme noch einmal zurück: Augenmaß, Bedarfsorientierung. Das ist aber auch der Grund, wieso wir uns klar zum zweistufigen Verfahren bekennen. Wir müssen konstatieren, dass wir das Thema Repowering haben, dass wir die Leistung vergrößern, plus x-Prozent deutlich vergrößern, dass die Anlagen größer werden, dass wir zumindest mal kurz innehalten müssen und die Frage stellen, wie ist denn der Flächenbedarf in Bezug auf die Leistung, die vor Ort gebracht wird. Erzeugung, Verbrauch und Bedarf müssen zusammengebracht werden. Ein intelligenter Energiemix ist erforderlich. Wir brauchen integrierte Konzepte. Und wir haben andere Energiequellen: Wir haben Biomasse, wir haben Biogas, wir haben Geothermie. Das müssen wir in auch einer regionalen Unterschiedlichkeit akzeptieren. Nicht „One size fits all“, sondern regionale Konzepte, die intelligent gestrickt sind.

Insofern sehen wir, sehe ich in Ihrem Antrag wenig Neues. Es ist ein Bekenntnis, das haben wir mehrfach gegeben, auch zuletzt noch mal alle gemeinsam auf der Energieministerinnen- und -ministerkonferenz.

Und wir können es ja auch messen. Bereits heute leisten zahlreiche Windenergie- und Freiflächen-Photovoltaikprojekte im Land einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung. Sie können es auch im Energieatlas MV nachschlagen: 11 Millionen Euro, die aus einem vor etwa zehn Jahren platzierten, etwas mehr als zehn Jahren platzierten, modellhaften Gesetzesentwurf – dem BüGem 1.0 – inzwischen für die Gemeinden, für die Regionen resultieren. Durch die damit verbundenen Arbeitsplätze und die Nachfrage nach lokalen Dienstleistungen und Produkten profitiert die gesamte Region über diese Zahlen hinaus. Sektorenkopplung und die Produktion von weiteren Energieträgern, wie zum Beispiel grünem Wasserstoff, gewinnen weiter an Bedeutung als Treiber für neue Arbeitsplätze, Investitionen und Innovationen.

Augenmaß? Zielstrebig, steuerbar, bitte, denn die Energiewende wird nur gelingen, wenn sie vor Ort mitgetragen wird und wenn wir die Energie hier vor Ort – auch da brauchen wir natürlich die Konzepte – dann auch verwenden können. Wir müssen aber

auch da konstatieren, dass es Geschäftsmodelle vielleicht bei Stadtwerken gibt, die sich möglicherweise anders entwickeln, wenn plötzlich der Nachbar dem anderen Nachbarn seinen Strom gibt. Das müssen wir berücksichtigen, das muss diskutiert werden.

Akzeptanz, Teilhabe und auch Stabilität sind deshalb zentrale Voraussetzungen für das Gelingen der Energiewende. Wir verfolgen hier einen klaren Kurs. Wir flankieren die Ausbauverpflichtungen aus dem WindBG raumordnerisch und wir verbinden das mit dem Ziel gesellschaftlicher Akzeptanz. Wir erhoffen uns sehr viel durch das BüGem 2.0, das das Thema Akzeptanz noch mal viel, viel stärker ins Schaufenster stellt. So sorgen wir bereits jetzt dafür, dass Bürgerinnen und Bürger und unsere Gemeinden einfacher und stärker als bisher davon profitieren, wenn vor Ort aus Wind und Sonne Strom erzeugt wird.

Meine Damen und Herren, die Energiewende ist und bleibt ein zentraler Baustein für Klimaschutz, wirtschaftliche Entwicklung und Innovation. Wir sehen im Antrag wenig Neuerungen, es ist Bekanntes.

(Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Machen Sie was draus!)

Darüber hinaus bleibt offen, wie die Förderungen in der Praxis zusätzlich zu den bereits bestehenden Prozessen ausgestaltet werden sollen.

Die regionale Verfügbarkeit erneuerbarer Energien ist ein entscheidender Standortvorteil für unser Land, für die zukunftsfähige Wirtschaft, für nachhaltige Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze. So verfolgen wir auch zukünftig einen gezielten, verantwortungsvollen, klug ausgesteuerten Ausbau der erneuerbaren Energien – mit Augenmaß und zielstrebig und auch bedarfsorientiert. – Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Der Minister hat seine angemeldete Redezeit um drei Minuten überschritten.

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion der AfD Frau Federau.

Petra Federau, AfD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit diesem Antrag liefern die GRÜNEN den Bürgern in Mecklenburg-Vorpommern erneut eine eindrucksvolle Erinnerung daran, warum diese Partei für immer mehr Menschen absolut nicht wählbar ist,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Enrico Schult, AfD: So ist es.)

denn was Sie hier vorlegen, ist nichts anderes als die Fortschreibung jener ideologiegetriebenen Energiepolitik, die Deutschland bereits die höchsten Strompreise Europas beschert hat. Sie behaupten, der Ausbau von Windkraft und Photovoltaik senke dauerhaft die Energiekosten. Die Realität sieht aber vollkommen anders aus. Deutschland hat in den vergangenen Jahren Hunderte Milliarden Euro in die sogenannte Energiewende investiert. Trotzdem zahlen private Haushalte und Unternehmen weiterhin Strompreise, die nicht nur die Wirtschaft ruinieren, sondern auch die Bürger verzweifeln lassen.

Der zentrale Denkfehler Ihres Antrags oder eigentlich Ihrer gesamten Ideologie besteht darin, Erzeugungskapazitäten mit Versorgungssicherheit gleichzusetzen. Windräder produzieren Strom aber nur dann, wenn der Wind weht. Und Solaranlagen liefern nur dann Strom, wenn die Sonne scheint, in der Nacht meistens nicht. Sie liefern oftmals gar nichts oder oftmals viel zu viel, sodass die Gefahr des Netzzusammenbruchs besteht,

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Der ist aber noch nicht eingetreten.)

wenn hier nicht massiv und vor allem kostenintensiv gegengesteuert wird.

(Enrico Schult, AfD: So ist es.)

Industrie, Krankenhäuser, Verkehrssysteme und Privathaushalte benötigen Energie jedoch rund um die Uhr. Deshalb müssen und werden die konventionellen grundlastfähigen Kraftwerke selbstverständlich weiterhin für die Energiesicherheit sorgen. Besonders bemerkenswert im negativen Sinne oder eigentlich konsequent aus der Sicht der GRÜNEN ist Ihre Forderung, weiterhin das 2,1-Prozent-Flächenziel für Windenergie ohne jede Einschränkung umzusetzen. Sie machen trotz der massiven Proteste weiterhin konsequent Politik gegen den Willen der Bevölkerung, gegen unsere Natur und gegen die Wirtschaft in unserem Land.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sie sprechen,

(Zuruf von Christian Winter, SPD)

Sie sprechen, werte GRÜNE, von Verlässlichkeit. Für die Bürger bedeutet grüne Politik vor allem eins, die verlässliche weitere Verspargelung unserer Landschaften, der Verlust wertvoller Natur- und Erholungsräume sowie zusätzliche Belastungen für die Anwohner.

(Enrico Schult, AfD: Genau!)

Sie sprechen von regionaler Wertschöpfung. Auch hier lohnt sich ein Blick hinter Ihre grüne Werbefassade. Die großen Gewinne erzielen häufig internationale Investoren, Fonds- und Projektentwickler, die Belastungen durch die riesigen Windparks aber tragen hingegen unsere Bürger vor Ort. Einige Pachtzahlungen und kommunale Beteiligungen ändern daran nichts, dass nämlich viele Entscheidungen längst nicht mehr hier in Mecklenburg-Vorpommern getroffen werden – also von wegen, Regionalität.

Ebenso absurd ist Ihre Behauptung, Mecklenburg-Vorpommern verliere den Anschluss beim Ausbau erneuerbarer Energien. Unser Bundesland gehört bereits jetzt zu den größten Erzeugern von Windstrom in Deutschland. Die eigentliche Herausforderung besteht eben nicht darin, immer weitere Anlagen zu errichten, sondern die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, Netze zu stabilisieren und wirtschaftliche Vernunft walten zu lassen. Was Sie wollen, ist das genaue Gegenteil davon.

Besonders auffällig ist, dass Ihr Antrag ständig von Wohlstand spricht. Dabei blenden Sie die Realität komplett aus. Kein Wort darüber, welche Folgen die fehlgeleitete Energiewende für unsere Wirtschaft hat! Immer mehr Betriebe kämpfen mit hohen Energiepreisen, Bürokratie und unsicheren Rahmenbedingungen.

(Zurufe von Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und
Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zahlreiche Unternehmen verlagern Investitionen ins Ausland oder bauen Arbeitsplätze ab. Sie kämpfen quasi um ihr Überleben. Das ist die Realität für viele Unternehmer und die Arbeitnehmer, die daran hängen. Erst vor einer Woche hat die IHK hier in Mecklenburg-Vorpommern massiv Alarm geschlagen. Die wirtschaftlichen Perspektiven sind nämlich absolut alarmierend.

(Christian Winter, SPD: Darum auch
brauchen sie die erneuerbaren Energien! –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Investitionen bleiben aus

(Zuruf von Christian Winter, SPD)

und die Wettbewerbsfähigkeit, Herr Winter, des Standorts Deutschland steht absolut unter Druck. Und ein wesentlicher Grund dafür

(Zuruf von Christian Winter, SPD)

sind die viel zu hohen Energiekosten, unter denen unsere Unternehmen leiden. Ihr Antrag ignoriert genau diese Realitäten vollständig.

(Unruhe bei Christian Winter, SPD)

Statt endlich, Herr Winter, über bezahlbare und verlässlich verfügbare Energie zu sprechen, halten die GRÜNEN – und Sie auch – an jener Politik fest, die Deutschland die höchsten Strompreise Europas beschert hat. Das gefährdet Arbeitsplätze, verhindert Investitionen und schwächt nämlich unseren Wirtschaftsstandort jeden Tag ein Stück mehr. Man muss annehmen, dass dieses scheinbar Ihr Plan ist.

Werte GRÜNE, dieser realitätsfremde Antrag ist ein Schlag ins Gesicht der Bürger und der Wirtschaft, es ist Politik gegen den gesunden Menschenverstand und gegen die Interessen MVs und Deutschlands. Ihren Antrag kann man nur ablehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Minister hat es gesagt, keine Landtagssitzung vergeht nicht ohne das Thema, und es ist auch fast inhaltsgleich: „Erneuerbare Energien ausbauen, Energiekosten … senken – Verlässlichkeit herstellen“ und „Wohlstand schaffen“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, klingt auf dem Papier erst einmal hervorragend, und in einem Punkt Ihrer Problembeschreibung gebe ich Ihnen sogar ausdrücklich recht: Die aktuelle Landesregierung lässt eine echte wirtschaftspolitische, energiepolitische Gesamtstrategie völlig vermissen. Doch der Lösungsansatz, den Sie uns hier heute vorlegen oder immer wieder vorlegen, ist ideologisch verengt, realitätsfremd und klammert das Hauptproblem unseres Wirtschaftsstandortes in

Mecklenburg-Vorpommern komplett aus, nämlich die explodierenden Netzentgelte und die fehlende Netzinfrastruktur.

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Da haben Sie Ihren Anteil dran.)

Und Ihre Fixierung auf Flächenziele ist der falsche Weg. Das haben wir schon ein paar Mal hier besprochen. Sie pochen in Ihrem Antrag geradezu stur auf das 2,1-Prozent-Flächenziel für die Windenergie, als wäre das die alleinige Rettung für unser Land. Und für uns als CDU-Fraktion gilt hingegen ein anderer, wesentlich sinnvollerer Weg, ein sinnvollerer Grundsatz: Leistung vor Fläche. Und wir dürfen nicht blind immer neue Landschaften für Windräder opfern, wir müssen stattdessen die Effizienz der bestehenden,

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir sagen, Leistung und Fläche.)

der bestehenden Standorte durch Repowering steigern. Das ist der Schlüssel. Und nur durch die Erneuerung alter Anlagen auf bestehenden Flächen minimieren wir den Landschaftsverbrauch. Und so erhalten wir das Wichtigste, was wir für die Energiewende brauchen, und zwar ist das die Akzeptanz der Bürger, und das Ganze bei Beibehaltung, trotz Beibehaltung der klimapolitischen Ziele. Aber auch dazu habe ich ja schon zigmal ausgeführt.

Ihre pauschale Behauptung, ein noch radikalerer Ausbau würde die Energiekosten für unsere Unternehmen automatisch senken, scheitert ja krachend an der Wirtschaftswirklichkeit in Mecklenburg-Vorpommern. Sprechen Sie doch einfach mal mit der Industrie- und Handelskammer, sprechen Sie mit dem Mittelstand! Die bittere Realität ist doch, wir haben im Land bereits einen überdurchschnittlichen Ausbau von Erneuerbaren. Doch weil dieser massive Zubau ohne adäquate Netzinfrastruktur stattfindet, treibt er die Netzentgelte für unsere heimischen Betriebe schon jetzt in die Höhe und bietet keinen Mehrwert. Wer das verschweigt, betreibt auch Augenwischerei.

Und was Sie fordern, ist ein …

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und wer den Netzausbau verhindert hat,
Punkt, Punkt, Punkt.)

Und was Sie fordern, ist ein energiepolitischer Blindflug. Sie wollen das Angebot an unzuverlässigen Energiequellen immer weiter ausbauen, liefern aber keine handfesten Antworten auf Netzengpässe und explodierende Netzentgelte.

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Doch, die liefern wir!)

Und bevor wir die Landschaft immer weiter bebauen, müssen wir zwingend erst mal die Hausaufgaben machen. Wir müssen die lokale Netzinfrastruktur ausbauen. Wir brauchen marktfähige, realistische Speichertechnologien.

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber warum ist das denn noch nicht so?!
Weil die Bundesregierung das über
Jahrzehnte verhindert hat.)

Und kommen Sie uns jetzt bitte nicht mit Ihrem Allheilmittel, mit dem Thema Wasserstoff! Wasserstoff ist aktuell noch ein reines Zuschussgeschäft und eine absolute Wette auf die Zukunft, deren Marktfähigkeit sich erst noch beweisen muss.

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

Und darauf können wir nicht blind unsere aktuelle Versorgungssicherheit aufbauen. Solange die Netze nicht stehen, nützt uns auch das hundertste zusätzliche Windrad keinen Millimeter weiter, weil der Strom im Zweifel abgeriegelt werden muss, was wir über die ohnehin schon extremen Netzentgelte dann auch wieder bezahlen, über die sogenannten Redispatchkosten.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Zuruf von Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Waldmüller, CDU: Und wenn Sie dann noch die Struktur des Primärenergieverbrauchs …

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Wolfgang Waldmüller, CDU: Ich bin gleich fertig.

Präsidentin Birgit Hesse: Also im Anschluss an die Rede?

Wolfgang Waldmüller, CDU: Dann kann er hinterher.

Und dann gebe ich Ihnen noch, wenn Sie dann die Struktur des Primärenergieverbrauchs angucken, dann haben wir 20,6 Prozent erneuerbare Energien, der Rest, also round about 80 Prozent,

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber das ist doch Wärmeenergie,
Herr Waldmüller!)

da haben wir Mineralöl, Gas und Kohle. Und dann sprechen Sie von Versorgungssicherheit. Das ist,

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Führen Sie uns doch nicht hinter die Fichte!)

das ist nicht machbar.

Meine Damen und Herren, ein Konzept so wie Ihres, das blind auf den Ausbau drängt, aber die Themen Versorgungssicherheit, Speicherkapazitäten und die erdrückenden Netzkosten für den heimischen Mittelstand ignoriert, schafft keinen Wohlstand,

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Daran sind Sie schuld!)

er gefährdet ihn. Wir lehnen daher Ihren Antrag ab. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Enrico Schult, AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Herr Abgeordneter, Sie hatten ja eine Frage zum Ende Ihrer Rede gestattet. Insofern würde ich Herrn Damm jetzt bitten, die Frage zu stellen.

Hannes Damm, fraktionslos: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Herr Kollege, jetzt haben Sie gesagt, Wasserstoff ist aktuell noch eine Zukunftstechnologie, und ich frage mich jetzt, also Sie haben ja heute Morgen, auch Ihr Vorsitzender gesagt, Sie wollen bei der Energiewende in Zukunftstechnologie investieren, gleichzeitig stehen Sie da und sagen, das ist jetzt noch ein Zuschussgeschäft.

Also wollen Sie jetzt nun in Wasserstoff auch investieren? Dann müssten Sie ja zumindest diesem Teil des Antrages zustimmen. Oder ist Wasserstoff jetzt doch nicht die richtige Zukunftstechnologie? Und dann wäre meine Frage: In welche Zukunftstechnologie wollen Sie denn bei der Energiewende dann, wenn nicht in Wasserstoff, investieren?

Wolfgang Waldmüller, CDU: Herr Damm, ich habe …

Darf ich, ja?

(Präsidentin Birgit Hesse spricht
bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Herr Damm, ich habe – vielleicht haben Sie mich missverstanden –, ich habe Wasserstoff erwähnt in dem Zusammenhang, als ich sagte, kommen Sie mir jetzt nicht mit dem, dass der Wasserstoff das Allheilmittel ist. Ich glaube schon, dass Wasserstoff eine Zukunftstechnologie ist, ja. Wir unterstützen das auch, überhaupt keine Frage. Allerdings ist der momentane Zustand nicht marktfähig. Wenn Sie sich, mit wem auch immer, im Land unterhalten, mit Konzernen, mit Unternehmen oder Sonstiges, es scheitert in der Regel. ENERTRAG beispielsweise legt Projekte still. Das scheitert immer eben an den Kosten, an dem marktfähigen Preis sozusagen. Und das werden Sie nur dann schaffen, das werden Sie nur dann schaffen, wenn Sie Wasserstoff eben subventionieren. Und da ist ja wieder die Frage, ist das, diese Wette auf die Zukunft, wie teuer wird denn das? Und ich glaube, dass wir das schon im Blick behalten müssen, dass aber dieser Hype um diesen Wasserstoff verfrüht ist. Ich hoffe, dass die technologische Entwicklung so weit vorangeht, dass der Wasserstoff auch marktfähig wird.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine weitere Frage des Abgeordneten Damm?

Wolfgang Waldmüller, CDU: Jo.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte, Herr Damm!

Hannes Damm, fraktionslos: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Also welche Zukunftstechnologie müssen Sie denn am Anfang nicht fördern, dass sie marktfähig wird?

Wolfgang Waldmüller, CDU: Herr Damm, wir unterhalten uns hier über die Ausrichtung, über die energiepolitische Ausrichtung der Zukunft. Und das, was Sie hier, glaube ich, zum Tragen bringen, hat das eine, also wenn eine Ausrichtung nicht

technologieoffen ist, sondern einseitig, so, wie in dem Antrag das gewünscht einschließlich auf, beispielsweise in dem Fall auf Wind ausgerichtet ist, das kann der Versorgungssicherheit und den Kosten für unseren Wohlstand, für unsere Abnehmer ist das abträglich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und das wollte ich eigentlich damit aussagen, und da bringen Sie mich auch nicht davon ab. Wir glauben, wir brauchen einen Energiemix, eine Technologieoffenheit und nicht eine Konzentration, eine sture ideologische Konzentration auf erneuerbare Energien.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Beifall und Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion Die Linke Frau Schmidt.

Elke-Annette Schmidt, Die Linke: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wenn man den Antrag der GRÜNEN liest, könnte man fast meinen, in unserem Land stünden die Windräder still und der Ausbau der erneuerbaren Energien wäre im Dornröschenschlaf.

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die stehen ja meistens still, weil das Netz
nicht ausgebaut ist.)

Sie unterstellen uns hier im Kern, dass wir den Ausbau der Erneuerbaren ausbremsen, und ich muss Ihnen hier ganz deutlich sagen, dass das falsch ist.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Das geht vollkommen an der Realität vorbei, denn bereits jetzt beläuft sich der Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung auf über 80 Prozent. Und damit liegen wir deutlich über dem Bundesdurchschnitt, der bei circa 50 Prozent liegt.

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Weil wir auch so gut wie keine
Industrie hier haben.)

Und ja, wir müssen bei den Verteilnetzen, die müssen wir weiter ausbauen und ebenso auch die Speicherkapazitäten. Das ist vollkommen richtig.

Und im Kern verfolgen wir doch das Gleiche. Wir wollen den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien und wir wollen verlässliche Rahmenbedingungen. Und wir wollen spürbar günstigere Energiekosten für die Menschen und die Unternehmen in unserem Land. Und das geht eben nur über die Erneuerbaren und nicht, wenn wir uns auf die fossilen Brennstoffe und Energieträger verlassen, wie das die AfD gerne macht. Und genau …

(Beifall Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Richtig!)

Und wir wollen eben, wie gesagt, die Erneuerbaren weiter ausbauen.

Wir haben uns in den letzten Jahren vehement dafür eingesetzt, dass die ungerechten Netzentgelte reformiert werden. Dies ist nun durch die Bundesnetzagentur endlich geschehen, und das zeigt sich auch hier bei uns im Land. Inzwischen zahlen wir hier mit 7,4 Cent pro Kilowattstunde die niedrigsten Netzentgelte deutschlandweit, und damit entlasten wir die Haushalte spürbar, was sich auf ihren Stromrechnungen bemerkbar macht.

(Enrico Schult, AfD: Das wird doch
aus dem Bundeshaushalt bezuschusst.
Das wissen Sie doch, Frau Schmidt!
Bleiben Sie doch mal bei der Wahrheit!)

Der Jahresanteil sinkt damit durchschnittlich um 102 auf 296 Euro im Vergleich zum Vorjahr.

Und ich glaube auch nicht, dass Sie die Anhörung und Debatten zum BüGem vergessen haben, also zum Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetz. Die Novellierung stand unter dem Motto der Akzeptanzsicherung, denn der Ausbau der Erneuerbaren gelingt nur gemeinsam mit den Menschen vor Ort und nicht gegen sie beziehungsweise über ihre Köpfe hinweg. Die Akzeptanzsteigerung durch indirekte und direkte Beteiligung der Menschen wollen wir durch den Ausbau voranbringen und nicht ausbremsen. Bei Windenergie profitieren Gemeinden und Bürger/-innen von je 5.000 Euro pro vollem Megawatt installierter Leistung, bei Sonnenenergie sind es jeweils 1.000 Euro pro Megawatt.

Und kommen wir zu einer weiteren, relativ neuen Errungenschaft beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir haben die Grundlage geschaffen und das Kontingent von Photovoltaikfreiflächenanlagen von 5.000 auf 10.000 Hektar verdoppelt und ermöglichen so den weiteren Ausbau von Sonnenenergie. Zusätzlich haben wir bei der Novellierung der Landesbauordnung den Fokus auf Klimaneutralität gelegt. So wurden das Errichten von Photovoltaikanlagen vereinfacht und bürokratische Hürden abgebaut.

Auch im Klimaverträglichkeitsgesetz wurden mehrere Maßnahmen angepasst, die den Fokus klar auf den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren legen. Die Netto-Treibhausgasemissionen sollen bis 2045 schrittweise verringert werden. Dazu werden Höchstgrenzen zulässiger Jahresemissionsmengen für die Bereiche Energiewirtschaft, Industrie, Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft, Landnutzung und Abfallwirtschaft festgelegt. Dies ist nicht ohne den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien möglich.

Und, sehr geehrte Damen und Herren der GRÜNEN-Fraktion, Sie suggerieren mit Ihrem Antrag, dass wir schon viel weiter sein könnten beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Das mag ja auch sein, und es geht immer besser und es geht immer schneller, aber wir handeln bereits. Und wir sind beim Ausbau der Erneuerbaren weiter

dran und wollen auch diese Thematik weiter mit Ihnen gemeinsam in den Vordergrund stellen. Aber im Moment lehnen wir Ihren Antrag ab, weil, wie gesagt, wir schon viele Dinge hier auf den Weg gebracht haben. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt für die Gruppe der FDP Herr Wulff.

David Wulff, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Und täglich grüßt das Murmeltier.

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wie bei der FDP!)

Und der Flächenfetisch der GRÜNEN ist da ja nur konsequent, auch wenn nicht immer nachvollziehbar. Aber sehen Sie es mir nach, da nutze ich doch die bisher sehr oberflächliche Debatte zu dem Thema, um vielleicht den einen oder anderen Punkt mal etwas tiefer zu beleuchten, den wir in der Vergangenheit noch nicht so machen konnten. Aber ich weiß ja, wir haben ja noch den einen oder anderen Tagesordnungspunkt. Vielleicht kommen wir ja noch dazu, uns darüber zu unterhalten.

Aber zum einen, zum Thema „Flächenverbrauch, Energie und Repowering“ haben wir uns hier an der Stelle schon lange genug unterhalten. Ich sehe das da ähnlich wie unser Minister. Am Ende ist das halt jetzt eine Vorgabe der Bundesregierung, da müssen wir uns irgendwie gesetzlich dran halten. Und solange das nicht geändert wurde, ist es halt so. Ich sehe genauso auf der anderen Seite, dass gerade die SPD und die Linken hier versuchen, das solange hinauszuzögern, in der Hoffnung, dass es irgendwann auch mal geändert wird auf Bundesebene.

(Rainer Albrecht, SPD: Nee, nee, nee, nee!)

Aber im Wesentlichen,

(Rainer Albrecht, SPD:
Keine Unterstellung bitte!)

im Wesentlichen ist doch die Frage, die wir uns hier stellen wollen, wie kriegen wir erneuerbaren Strom gut und günstig zu den Unternehmen und zu den Bürgerinnen und Bürgern hier bei uns im Land. Das ist doch die Frage, das sollte doch des Pudels Kern sein.

(Rainer Albrecht, SPD: Daran arbeiten wir auch.)

Und wenn wir sehen, dass gerade der Energiebereich weitestgehend durchreguliert, wenn nicht sogar überreguliert ist und fast alle marktwirtschaftlichen Regeln und Effekte ausgehebelt wurden, dann wundert mich das nicht, dass das, was wir hier vorhaben, nicht funktioniert. Denn nur durch marktwirtschaftliche Prinzipien wären wir am Ende auch in der Lage, tatsächlich diese Wende so hinzubekommen, ohne dass sie in dem Desaster endet, in dem wir uns gerade befinden.

Gehen wir zu dem Thema Netzentgelte. Ja, da wurde jetzt vor Kurzem endlich eine Reform gemacht. Lange war das ein riesengroßer Schmerzpunkt, völlig unfair, aber auch komplett gesetzlich durchreguliert. Da gab es ja gar keine andere Möglichkeit, um irgendwelche anderen Effekte da draufzugeben. Aber auch hier – „Reiches ‚Netzpaket‘ stoppen“, hatten wir ja auch schon noch liegen hier –, neue Windräder, die keine Anschlüsse bekommen, die kann ich nicht einfach bauen lassen und dann dafür auch noch bezahlen. Das ist doch das Problem. Wir stellen Windräder in die Gegend, die haben keine Anschlüsse, weil wir mit den Kapazitäten gar nicht hinterherkommen. Und trotzdem bezahlen wir aus dem großen Topf dafür. Und das ist marktwirtschaftlich Blödsinn,

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

auch wenn ich das Windrad gerne hätte, aber der Anschluss muss auch da sein.

Genauso geht das halt beim Thema EEG-Vergütung weiter. Wir haben momentan ja immer noch das Merit-Order-Prinzip. Die, die sich mit dem Thema beschäftigen, kennen das vielleicht. Strom aus erneuerbaren Energien ist wirtschaftlich tragfähig, günstig, und am Ende sind es doch jetzt eigentlich eher die alten Kraftwerke, die den Preis hochtreiben. Und da müssen wir doch auch mal rangehen, dass wir aus der Förderung rauskommen in die Wirtschaftlichkeit und dann am Ende den Markt da auch entscheiden lassen können. Und dann, glaube ich, dass wir das Ganze auch ohne gesetzliche Vorgaben und Durchregulierungen, eine vernünftige Wende mit günstiger Energie hinbekommen. Alles Weitere dann zu den übrigen Tagesordnungspunkten zum Thema. – Vielen Dank!

(Beifall Noah Böhringer, FDP)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Beitz.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Falko Beitz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer den Titel dieses Antrages liest, könnte meinen, die Landesregierung habe den Ausbau der erneuerbaren Energien eingestellt und Mecklenburg-Vorpommern drohe den Anschluss zu verlieren.

(Patrick Dahlemann, SPD: So ein Quatsch!)

Nichts davon, meine Damen und Herren, ist Realität. Mecklenburg-Vorpommern ist seit Jahren Energieland.

(Patrick Dahlemann, SPD: Ganz genau!)

Wir produzieren immer noch deutlich mehr Strom aus erneuerbaren Energien, als wir verbrauchen. Und, liebe GRÜNE, wir werden das auch noch weiter ausbauen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Rainer Albrecht, SPD: Jawoll!)

Wir sind Vorreiter beim Ausbau der Windenergie und bei der Offshorewindkraft. Gleichzeitig arbeiten wir daran, die Voraussetzungen für den Aufbau einer leistungsfähigen Wasserstoffwirtschaft zu schaffen, denn die Energiewende endet nicht bei der Stromerzeugung. Sie muss auch neue industrielle Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze in unserem Land ermöglichen.

(Rainer Albrecht, SPD: Sehr richtig! –
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Richtig! Das ist ja gemeinsames Ziel.)

Und deshalb ist es schon bemerkenswert, wenn ausgerechnet die GRÜNEN den Eindruck erwecken wollen, die Landesregierung würde den Ausbau der Erneuerbaren bremsen.

(Zuruf von Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, im Mittelpunkt des Antrages steht die Forderung nach einer vorbehaltlosen Umsetzung des sogenannten 2,1-Prozent-Ziels. Genau darüber wird auch bundesweit diskutiert, denn das starre Flächenziel war von Anfang an umstritten. Nicht nur Mecklenburg-Vorpommern, sondern zahlreiche Länder haben darauf hingewiesen, dass am Ende nicht die ausgewiesene Fläche entscheidend ist, sondern die tatsächlich installierte Leistung

(Zuruf von Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und die erzeugte Strommenge. Natürlich hat ein Flächenziel Vorteile, es schafft Planungssicherheit für Raumordnung und Netzausbau. Aber, meine Damen und

Herren, es hat auch Nachteile. Wer ausschließlich auf Prozentzahlen schaut, läuft Gefahr, Flächen auszuweisen, die sich wirtschaftlich gar nicht sinnvoll nutzen lassen. Damit wird aus einer Frage des tatsächlichen Energieausbaus die Frage bürokratischer Planvorgaben. Wir setzen deshalb auf einen pragmatischen Ansatz. Mecklenburg-Vorpommern erfüllt das bundesrechtlich vorgegebene 1,4-Prozent-Ziel fristgerecht. Gleichzeitig laufen die Planungen für das weitere Ausbauziel. Von einem Ausbaustopp kann also keine Rede sein.

Meine Damen und Herren, wir sollten, wenn wir über Verlässlichkeit sprechen, dann sollten wir auch ganz ehrlich benennen, wo derzeit die größte Verunsicherung entsteht.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Und die größte Verunsicherung entsteht nicht in Schwerin, sie entsteht durch die energiepolitischen Signale aus Berlin. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche hat in den vergangenen Wochen und Monaten wiederholt Debatten angestoßen, die in der Branche der erneuerbaren Energien erhebliche Unsicherheit ausgelöst haben.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja.)

Wer bereits beschlossene Ausbaupfade infrage stellt oder neue Diskussionen über die Grundlagen der Energiewende eröffnet, sorgt nicht für Planungssicherheit, ja, sondern verunsichert Unternehmen, Investoren und auch Beschäftigte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Torsten Koplin, Die Linke)

Gerade die Unternehmen der Erneuerbaren-Branche aber brauchen Verlässlichkeit, verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen, die oft über Jahrzehnte und in der Regel mit auskömmlichen, aber nicht üppigen Margen kalkuliert werden. Planungssicherheit ist eine Grundvoraussetzung für Investitionen. Und die Landesregierung hat dagegen stets deutlich gemacht, Mecklenburg-Vorpommern bleibt Energieland. Wir stehen zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und

zu den Chancen, die daraus für Wertschöpfung, Industrieanlagen und Beschäftigung entstehen.

Meine Damen und Herren, ein weiterer großer Teil des Antrages fordert niedrige Energiepreise, den Ausbau von Netzen, Speichertechnologien, Direktversorgungsmodellen und Wasserstoffinfrastruktur. Das klingt zunächst einmal gut, nur verschweigen die GRÜNEN, dass die wesentlichen regulatorischen Entscheidungen hierzu beim Bund und bei der Bundesnetzagentur liegen. Das Land kann Rahmenbedingungen unterstützen, Projekte begleiten und Investitionen fördern, aber weder Netzentgelte noch Strommarktregeln, noch energiewirtschaftliche Regulierung werden hier im Schweriner Schloss entschieden. Wer hier Erwartungen weckt, die das Land rechtlich gar nicht erfüllen kann, betreibt politische Symbolik statt seriöser Energiepolitik.

Meine Damen und Herren, besonders bemerkenswert ist der Verweis auf die Studie zur regionalen Wertschöpfung durch erneuerbare Energien, denn gerade diese Studie bestätigt die großen Chancen, die Mecklenburg-Vorpommern bereits heute besitzt, und sie empfiehlt Maßnahmen, die die Landesregierung längst auf den Weg gebracht hat. Mit der Novelle des Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetzes sorgen wir dafür, dass Kommunen, Bürgerinnen und Bürger stärker an den Erträgen der Energiewende beteiligt werden.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Genau dadurch sorgen wir dafür, dass Wertschöpfung hier vor Ort bleibt und die Menschen in unseren Städten und Gemeinden ganz konkret profitieren.

Die GRÜNEN tun in ihrem Antrag so, als würden sie regionale Wertschöpfung neu entdecken. Tatsächlich setzen wir zentrale Empfehlungen der von Ihnen selbst zitierten Studie bereits um, sogar vor Veröffentlichung. Dass die GRÜNEN der Novelle des Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetzes nicht zugestimmt haben,

(Zuruf von Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

macht ihre heutigen Forderungen allerdings wenig glaubwürdig.

(Unruhe bei Rainer Albrecht, SPD, und
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Energiewende gelingt nicht durch immer neue Anträge und immer höhere Zielzahlen,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

sie gelingt durch Planungssicherheit, Akzeptanz vor Ort,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

wirtschaftlich sinnvolle Projekte und eine enge Beteiligung der Kommunen und Bürgerinnen und Bürger. Genau diesen Weg gehen wir in Mecklenburg-Vorpommern bereits heute, deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

Erlauben Sie mir eine Schlussbemerkung: Die Energiewende braucht keinen Überbietungswettbewerb in „höher, weiter, schneller, besser, grüner“, sie braucht Verlässlichkeit – das habe ich angesprochen – und sie braucht das Vertrauen der Menschen in diese Energiewende.

(Zuruf von Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und, liebe GRÜNE, da sitzt der politische Gegner nicht bei uns, bei SPD und Linken. Da sitzt der politische Gegner in den Reihen der AfD-Fraktion,

(Elke-Annette Schmidt, Die Linke: Richtig!)

die hier ein ums andere Mal den allergrößten energiepolitischen Wahnsinn am Rednerpult verbreitet und die Energiewende generell infrage stellt, die nicht an den

Klimawandel glauben mag und den Menschen da draußen erzählt, dass Wanderdünen in Vorpommern schon immer Wetter waren und dass wir als Schlussfolgerung daraus endlich wieder russisches Öl und Gas kaufen sollten und Atomkraftwerke bauen,

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

die in Frankreich aufgrund der Hitze gerade ihre Leistung drosseln,

(Andreas Butzki, SPD: Dann sagt
doch mal, wo das Endlager hinsoll!)

weil das Kühlwasser schon im Mai zu heiß wird.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Liebe GRÜNE, in Fragen der Energiewende geht es darum, dieses wichtige, sinnvolle Projekt gemeinsam zum Erfolg zu bringen und die Menschen auf diesem Weg auch mitzunehmen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Abgeordneter!

Ich bitte doch, die Debatten über die Bänke hinweg einzuschränken, weil der Redner dann nicht zu verstehen ist. Das kann man ja sicherlich bei anderer Gelegenheit klären, was denn da noch offengeblieben ist.

Bitte schön, Herr Beitz!

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und
Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Falko Beitz, SPD: Dann setze ich noch mal neu an: Liebe GRÜNE, in Fragen der Energiewende geht es darum, dieses wichtige und sinnvolle Projekt gemeinsam zum Erfolg zu bringen und die Menschen auf diesem Weg mitzunehmen. Wir leben in einer Demokratie, und der Haken an der Demokratie ist, dass man auch für das wissenschaftlich, wirtschaftlich und gesellschaftlich Richtige erst einmal Mehrheiten gewinnen muss, miteinander. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Rainer Albrecht, SPD: Jo, bravo! –
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

An dieser Stelle begrüße ich auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler des Evangelischen Schulzentrums „Katharina von Bora“ aus Demmin. Seien Sie uns herzlich willkommen!

Und ich rufe auf den Abgeordneten Herrn Damm.

Hannes Damm, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete der demokratischen Fraktionen! Die Landesregierung stellt das 2,1-Prozent-Ziel für Windenergie infrage und bremst beim Ausbau der Erneuerbaren. Ja, das lässt sich aus meinen zahlreichen Kleinen Anfragen leider deutlich ablesen, Frau Schmidt und Herr Beitz. Die Folgen für unser Land: höhere Energiekosten, verpasste Wertschöpfung und Investoren wandern wegen fehlender Verlässlichkeit ab.

Dass die Landesregierung damit den Standort MV gefährdet, das ist völlig richtig als Feststellung. Das teile ich auch ausdrücklich. Die Ursache ist jahrzehntelanges, mindestens jahrelanges politisches Verschleppen – eine Regionalplanung, die sich seit über einem Jahrzehnt nämlich zieht, und ein Land, das beim Ausweisen geeigneter Flächen immer noch hinterherhinkt. Schauen wir zum Beispiel nach Schleswig-Holstein! Ja, auch diese Diagnose ist richtig, aber – das hat der Minister auch noch einmal gesagt – sie ist eben nicht neu.

Die Verantwortung für den Stillstand trägt die Landesregierung, das ist unbestritten. Doch was hier vorliegt, ist jetzt ein Antrag, der nur bekräftigt, was wir längst auf dem Tisch hatten. Er enthält keine neuen Ideen zur Lösung dieser Probleme. Genau genommen ist jede der vier Forderungen durch mindestens einen früheren Antrag oder das grüne Klimaschutzgesetz abgedeckt. Es ist also eine Zusammenschau. Neu ist allein der Bezug zur neuen Studie, der allerdings nur ein Prüfauftrag ist. Politisch legitim ist das selbstverständlich, wenn der Antrag nicht zugleich mit einem entscheidenden Rückschritt für uns GRÜNE daherkäme. Beim Kernziel bleibt er deutlich hinter unseren bündnisgrünen Beschlüssen zurück. Die Landespartei hat auf dem Parteitag 23 in Grimmen beschlossen, 3 Prozent der Landesfläche für die Windenergie, pardon, für die Windenergie zu nutzen.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

24 hat die Fraktion noch 2,7 Prozent gefordert. Der Antrag heute fordert dann nur noch das Bundesziel von 2,1 Prozent, einen Grund für dieses Zurückrudern nennt er allerdings nicht. Ich persönlich halte das für brandgefährlich,

(Zurufe von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD,
und Marc Reinhardt, CDU)

wenn selbst die GRÜNEN jetzt faktenbasierte Positionen räumen, um einem vermeintlichen öffentlichen Druck nachzugeben. Und das einzige Neue, die Wertschöpfungsstudie, ist eben nur ein Prüfauftrag, genau die Art vage Formulierung, die wir der Regierung sonst vorgehalten haben.

Mein Appell: Benennen Sie einen konkreten neuen Schritt! Bleiben Sie bei alten Zielen für die Windenergie! Es ist ja wirtschaftlich das Optimum, für ein hundert Prozent erneuerbares Energiesystem, was wir bis jetzt gefordert haben. Zum aktuellen Antrag kann ich mich daher leider nur enthalten. Die Richtung stimmt, und gegen Erneuerbare stimme ich natürlich auch nicht, aber ein Antrag, der hinter unsere eigene Beschlusslage zurückfällt, zugleich keinen neuen Schritt benennt,

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was wir an Wissenszuwachs haben,
Hannes, an Wissenszuwachs!)

der kann leider keine Zustimmung finden.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Herr Terpe, Sie haben jetzt gesagt, es gibt einen Wissenszuwachs. Also ich selber habe als Wissenschaftler,

(Zuruf von Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Glocke der Vizepräsidentin)

noch nicht als Landtagspolitiker, diese Erneuerbaren-Studie ja mit durchgeführt. Unsere Expert/-innen von der LEE, Energie- und Klimaschutz, Herr Jaeger, den Sie sehr schätzen, haben diese Studie vorgelegt, und meiner Meinung nach gibt es keinen neuen,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

keine neue Studie, die ein anderes, einen anderen Wert als diese 2,7 beziehungsweise diese 3 Prozent darlegen würde. Deswegen würde mich wirklich interessieren, wenn Sie noch mal erklären, welchen Wissenszuwachs wir haben, außer dass wir hier von rechts einen massiven Druck bekommen, diese Flächenziele zu verringern,

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ik glööv, das ist ein anderer Grund.)

und da sollten wir GRÜNE nicht mitmachen. – Vielen Dank!

(Zuruf von Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat noch einmal für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Wegner.

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir stellen hier immer wieder diese Anträge. Und woran liegt das? Weil tatsächlich das passiert, was wir ja auch in der Einbringung schon gesagt haben und was auch Hannes Damm erwähnt hat, weil nichts passiert,

(Rainer Albrecht, SPD: Oh nee, nichts passiert, kann man ja wohl nicht sagen! – Zurufe von Thomas Krüger, SPD, und Elke-Annette Schmidt, Die Linke)

ich kann nur sagen, weil die erforderlichen Schritte nicht gegangen werden. Es sind viele Absichtserklärungen, und ich kann da nur aus einer Rede von Christian Pegel zitieren: „Machen ist wie Wollen, nur krasser.“ Kommen Sie,

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

kommen Sie in Gang, machen Sie endlich!

Und, Herr Minister, Sie sagen, Sie wissen das alles. Aber machen, machen ist das Entscheidende, wenn wir tatsächlich die Chancen erneuerbarer Energie für unser Land, für unsere Bevölkerung und für uns alle und vor allen Dingen für die Zukunft unserer Kinder nutzen wollen. Warum haben Sie die Planungsverbände gestoppt, als Sie, beim 2,1-Prozent-Ziel? Warum fangen Sie jetzt an mit 1,4, wo Sie doch auf dem Weg waren, 2,1 Prozent auszuweisen?

Und bitte, bei allem Respekt, Falko Beitz, wenn wir über neue Gigawattprojekte sprechen, brauchen wir auch dafür Fläche. Und ich traue den Investor/-innen in unserem Land zu, dass sie da die richtige Entscheidung treffen. Aber das hindert uns

doch nicht daran, und es darf uns auch nicht daran hindern, diese Flächen auszuweisen, auf denen sie bauen können,

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

damit sie eben ihre Investitionen auch in Angriff nehmen können. Genau das ist doch, das ist doch das Problem. Unternehmen, Kommunen und Projektentwickler investieren nicht auf Grundlage wohlklingender Absichtserklärungen, sie brauchen Verlässlichkeit. Wer Ziele infrage stellt, Verfahren verschleppt und alte Konflikte neu aufwärmt, schafft keine Sicherheit, sondern vertreibt Investitionen.

(Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
So ist es.)

Und Bürgerinnen und Bürger akzeptieren die Anlagen nicht, wenn sie nicht verstehen, welche Chancen die für sie und für ihre Gemeinde beinhalten.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und zu Ihnen, Herr Waldmüller, es braucht Speicher, flexible Verbraucher und verlässliche Regeln für Netzanschlüsse und es braucht erneuerbare Energien gleichzeitig. Jetzt den Ausbau erneuerbarer Energien zu bremsen, ist das völlig falsche Signal, sondern wir brauchen beides.

Und wenn jetzt das schreckliche … Nein, die Industrie denkt nicht über Auslandsinvestitionen nach, weil Deutschland zu viel günstigere Energie, zu viel günstigere erneuerbare Energie hätte. Auffällig ist etwas ganz anderes doch: Seit dem Energiepreisschock nach dem russischen Angriffskrieg ist das Kostenmotiv wieder deutlich stärker geworden. Das beweist nicht jeden Einzelfall, aber der zeitliche Zusammenhang ist offensichtlich, und Energiepreise gehören ausdrücklich zu den Belastungen. Wer Industrie halten will, braucht günstigen erneuerbaren Strom, schnellere Verfahren und verlässliche Entscheidungen.

Und zur Versorgungssicherheit: Wir haben in Europa das sicherste Energiesystem überhaupt. Wenn wir bremsen, ist es einfach der falsche Weg. Wir brauchen die Flexibilität im Netz, wir brauchen mehr Speicher und wir brauchen stärkere Netze. Und dann brauchen wir natürlich – nein, nicht natürlich –, dann brauchen wir, für das, was hier in den Raum gestellt wurde, von Dunkel…,

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:
Dunkelflauten!)

… Dunkelflauten und was, was Sie alles noch in den,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

in den Raum stellen, dann brauchen wir steuerbare Kapazitäten, aber nicht in dem Ausmaß, wie das im Moment diskutiert wird.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Machen
Sie die Augen zu, glauben Sie ganz fest daran,
was Sie da sagen! Vielleicht wird es ja wahr.)

Ja, unsere Geschichte zeigt, Regionen verlieren, wenn sie neue Technologien zu lange als Bedrohung behandeln, statt als Chance zu gestalten.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Genau das darf uns bei Wind, Solar, Speicher und Wasserstoff nicht passieren. Mecklenburg-Vorpommern darf seine nächste industrielle Chance nicht wieder an sich vorbeiziehen lassen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wenn die Studie zur regionalen Wertschöpfung durch erneuerbare Energien bereits Handlungsempfehlungen liefert, dann sollte die Landesregierung sie nicht ins Regal

stellen, sondern in konkrete Maßnahmen umsetzen, übersetzen. Denn Mecklenburg-Vorpommern kann bei erneuerbaren Energien Gewinnerland sein, aber nur, wenn die Landesregierung aufhört, Chancen zu verwalten, und anfängt, sie zu nutzen. Nur dann profitiert Mecklenburg-Vorpommern von der Energiewende, nur dann profitieren auch die Menschen in unserem Land. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 8/6594. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. –

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sieht aus, als wenn Sie Geisterfahrer sind.)

Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag auf Drucksache 8/6594 bei Zustimmung durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Stimmenthaltung eines fraktionslosen Abgeordneten, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt …

(David Wulff, FDP: Moment, Moment!
Wir haben uns enthalten)

Ihr habt …, und die Gruppe der FDP hat sich enthalten – habe ich nicht gesehen, aber kommt dann ins Protokoll –, Stimmenthaltung eines fraktionslosen Abgeordneten und der Gruppe der FDP, ansonsten Ablehnung.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21**: …

(Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22**: Aussprache auf Antrag der Fraktion der AfD gemäß Paragraf 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema „Bildungsland MV im Niedergang – Naturwissenschaften statt politischer Bekenntnisse“.

Aussprache auf Antrag der Fraktion der AfD
gemäß § 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung
des Landtages zum Thema
Bildungsland MV im Niedergang –
Naturwissenschaften statt
politischer Bekenntnisse

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 35 Minuten vorgesehen. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zusätzliche Redezeit gemäß Paragraf 84 Absatz 1a unserer Geschäftsordnung angemeldet. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Für die Fraktion der AfD hat das Wort der Abgeordnete Enrico Schult.

Enrico Schult, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ja, meine Fraktion hat heute die Aussprache „Bildungsland MV im Niedergang – Naturwissenschaften statt politischer Bekenntnisse“ auf die Tagesordnung gesetzt, und das aus aktuellem Anlass, sehr geehrte Damen und Herren, denn die Nachweise, insbesondere die Bildungstests „Bildungsmonitor 2025“, die legen ganz klar offen, dass wir tatsächlich im Bildungsniedergang hier sind in MV. „Bildungsmonitor 2025“, MV belegt lediglich den neunten Platz, IQB-Bildungstrend, Kompetenzbereich Mathematik, 9. Klasse: MV belegt lediglich den achten Platz im Vergleich aller Bundesländer, und natürlich auch im Kompetenzbereich Deutsch/Lesen, 9. Klasse: auch nur achter Platz im IQB-Bildungstrend, sehr geehrte Damen und Herren.

Und die PISA-Studie, da komme ich noch dazu, 2022, die aktuelle PISA-Studie, die wird nämlich jetzt erst veröffentlicht im Herbst dieses Jahres, und 2022 schnitten deutsche Schüler so schlecht ab wie nie zuvor.

(Thore Stein, AfD: Hört, hört!)

Ich möchte zitieren die Präsidentin der Kultusministerkonferenz damals und Berliner Senatorin für Bildung, Jugend und Familie Katharina Günther-Wünsch in einer PM, die sagt: „Die Befunde der PISA-Studie sind besorgniserregend. Die Daten zeigen ein generelles Absinken des Leistungsniveaus. Der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg ist in Deutschland nach wie vor stark, gerade auch im Vergleich mit anderen OECD-Staaten. Wir brauchen dringend eine Trendwende und müssen die Anstrengungen erhöhen, um die Grundkompetenzen aller Schülerinnen und Schüler zu stärken.“

Das ist der aktuelle Zustand hier in Deutschland, aber das ist auch der aktuelle Zustand hier in Mecklenburg-Vorpommern.

Und was macht die Landesregierung? Ich kann auch gerne auf Mecklenburg-Vorpommern noch mal abstellen: 350.000 Unterrichtsstunden im letzten Schuljahr ausgefallen. Wenn Sie als Bildungspolitiker da eine Anfrage stellen – Herr Koplin, Sie schauen so –, aber es ist in der Tat so, dass das Bildungsministerium acht Monate, nachdem das Schuljahr begonnen hat, kann man immer noch nicht sagen, wie viele Unterrichtsstunden im Vorjahr ausgefallen sind. Also man braucht acht Monate, um das Vorjahr zu analysieren. Derzeit sind es, wie gesagt, 350.000 Unterrichtsstunden. Das ist vor Kurzem erst veröffentlicht worden. Das ist natürlich bedenklich. Wir haben eine hohe Schulabbrecherquote hier in Mecklenburg-Vorpommern und wir haben eine hohe Quote, die höchste Quote, 10,4 Prozent, und wir haben eine hohe Quote an Berufsschülern, die beispielsweise auch die Ausbildung abbrechen.

Aber was macht die Landesregierung? Die Landesregierung setzt verstärkt auf politische Bildung, demokratische Bildung in den Schulen. Da ist jetzt sozusagen das Drei-Säulen-Prinzip der Demokratiebildung in den Schulen etabliert worden, implementiert worden. Da heißt es, dass in allen Fachbereichen jetzt beispielsweise

die politische Bildung bearbeitet werden muss, berücksichtigt werden muss, in allen Fachbereichen, also nicht lediglich im Sozialkundeunterricht, der ja jetzt auch ein Jahr früher stattfindet als bisher.

Da sagen wir als AfD, nein, wir sollten – politische Bildung ist durchaus notwendig, das möchte ich an dieser Stelle noch mal wieder darstellen, Sie versuchen da ja immer, mir das Wort im Munde umzudrehen –, aber wir sollten in erster Linie die Naturwissenschaften stärken, sehr geehrte Damen und Herren!

(Heiterkeit bei Nadine Julitz, SPD)

Und das haben wir mit diversen Anträgen auch schon hier kundgetan an dieser Stelle. Denn wir müssen konstatieren – und das ist wie gesagt eine Kleine Anfrage von mir aus –, dass der naturwissenschaftliche Unterricht in unseren Schulen dermaßen zurückgeht, gerade im Bereich Leistungskurs Physik zum Beispiel, im Leistungskurs Physik: Vor zwei Jahren hatten wir noch 40 Leistungskurse im Fach Physik, letztes Jahr hatten wir nur noch 30 Leistungskurse im Fach Physik, und dieses Jahr, lassen Sie sich, oder können Sie selber raten, gibt es natürlich noch gar keine Zahlen, obwohl das Schuljahr bald vorbei ist. Insofern ist das eine bedenkliche Entwicklung.

Woher kommt das? Sehr geehrte Damen und Herren, das kommt natürlich dadurch, dass der Physikunterricht ganz oft ausfällt und dass man sich dann auch gar keine Leistungskurse mehr zutraut als Schüler und dann gegebenenfalls sozusagen andere Fächer wählt. Aber das ist eine bedenkliche Entwicklung hier in Mecklenburg-Vorpommern, das muss man ganz klar konstatieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Denn, werte Kollegen, wir brauchen ja die gut ausgebildeten Fachkräfte auch in unseren Unternehmen. Sie reden ja immer: Zuwanderung aus dem Ausland. Sagen wir ja gar nichts dagegen, wenn sie denn qualifiziert ist. Aber warum sollten wir denn nicht unsere eigenen Schüler, unsere eigenen Jugendlichen adäquat ausbilden? Die Azubiumfrage der IHK sagt aus, dass 80 Prozent der – also das sagen die Unternehmer –, dass 80 Prozent der Schulabgänger Defizite mit sich bringen im

schulischen Bereich, aber auch gerade, was jetzt Anstrengungsbereitschaft und Disziplin angeht. Und da sollten wir doch wirklich den Fokus drauf legen in unseren Klassen, in erster Linie natürlich durch Unterricht, der abgesichert wird, durch Unterricht, der auch wirklich ein Fachunterricht ist, nicht lediglich Beschäftigungstherapie, und, ganz klar, nicht immer mehr politische Bekenntnisse im Unterricht, sondern wirklich die MINT-Fächer stärken, sehr geehrte Damen und Herren!

Wozu das führt, das will ich Ihnen mal noch in Erinnerung rufen. Wir hatten in Ahlbeck eine Lehrerin, die lief mit einem „EkelhAfD“-Pulli, lief die in der Schule umher. Hinten „-hAfD“, natürlich als „AfD“, großes „A“, kleines „f“, großes „D“. Das fiel offensichtlich gar nicht auf, also der Schulleiter, der hat das gar nicht bemerkt, dass die Lehrerin da wohl mehrere Tage so umherlief. Erst eine Kleine Anfrage der AfD hat dazu geführt, dass man da mal genauer hingeschaut hat.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, das sind diese politischen Bekenntnisse, die leider nicht nur in Ahlbeck stattfinden, auch insbesondere in vielen Schulen jetzt mittlerweile. Wir werden oft angeschrieben von Schülern und von Eltern, die fassungslos sind, gerade im Hinblick auf die Landtagswahl, dass der eine oder andere Lehrer jetzt wahrscheinlich den Beutelsbacher Konsens, der so wichtig ist, da vielleicht nicht mehr so genau nimmt.

Deshalb sagen wir an dieser Stelle, sehr geehrte Damen und Herren, wir müssen wieder den Fokus auf den Fachunterricht lenken, nicht immer mehr politische Bekenntnisse. Ich weiß ja, dass Sie Angst davor haben, vor dem 20. September. Ich weiß ja, dass Sie Angst davor haben, dass Sie ja auch das Wahlalter abgesenkt haben in den Schulen.

(Tilo Gundlack, SPD: Von was
träumen Sie eigentlich nachts?)

Das war übrigens zur Zeit von „Fridays for Future“. Da war das wirklich, da war das wirklich ganz groß angesagt. Aber jetzt ist es tatsächlich so, dass in den Schulen die

Schüler dann doch eine andere Partei wählen, und deshalb meinen Sie, dass Sie immer mehr politische Bildung

(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD,
und Michael Noetzel, Die Linke)

und Demokratiebildung in die Schulen bringen müssen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und wenn Sie es nicht glauben, sehr geehrte Damen und Herren, ich kann Ihnen ja mal den SPD-Programmentwurf – und Herr Butzki hat wahrscheinlich da mitgeschrieben an dem SPD-Programmentwurf –, für das Wahlprogramm zur Landtagswahl 2026, und, Herr Butzki, Sie haben zwar achtmal „politische Bildung“ und „Demokratiebildung“, das steht alles achtmal drin, aber „MINT-Fächer“ steht nicht drin, „Physik“ steht nicht drin,

(Heiterkeit und Unruhe
vonseiten der Fraktion der AfD)

„Naturwissenschaften“ steht nicht drin.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Das sind alles Punkte, die offensichtlich für Sie gar nicht von Relevanz sind. Sie wollen einfach die Kinder in eine Richtung drängen

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

und Sie wollen einfach, politische Bildung oder demokratische Bildung bedeutet ja, auch die eigene Meinung auszuprägen und sich sozusagen einen eigenen Standpunkt zu erarbeiten,

(Michael Noetzel, Die Linke:
Da haben Sie was dagegen, ne?!)

und nicht Indoktrination,

(Michael Noetzel, Die Linke: Das ist
schon klar, das haben Sie deutlich gemacht.)

dass da vorne einer steht und meint jetzt, so und so müsst ihr denken.

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Und, sehr geehrte Damen und Herren, es ist schon hanebüchen, was tatsächlich in den Schulen manchmal so vonstattengeht.

(Michael Noetzel, Die Linke: Sind Sie Lehrer?)

Es wird uns ja dann auch kundgetan.

(Michael Noetzel, Die Linke:
Herr Schult, sind Sie Lehrer?)

Und ich bekomme ja auch diverse Unterrichtsmaterialien,

(Thore Stein, AfD: Kommen
Sie mal nach vorne hier!)

Unter...

Herr Noetzel, Sie können gerne mal nachfragen.

(Der Abgeordnete Dr. Daniel Trepsdorf
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Ich habe ja auch diverse Anfragen,

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

ich habe schon diverse Anfragen gestellt diesbezüglich. Und da musste das Bildungsministerium dann doch schon mal nachfragen bei der Schule, ob das wirklich durch den Beutelsbacher Konsens gedeckt ist.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Gestatten Sie …

Enrico Schult, AfD: Ich beantworte jetzt keine Frage, gerne im Anschluss, Herr Dr. Trepsdorf.

Ja, das ist der Punkt, den wir als AfD-Fraktion hier noch mal ganz klar aufs Tableau gehoben haben, dass wir wirklich den Fokus legen auf eine gute Fachbildung in den Klassen. Wir wollen dafür eben auch eine pädagogische Hochschule gründen. Wir wollen grundständig ausgebildete Lehrer in die Klassen bringen. Wir wollen Lehrer, die in der Ministerialbürokratie sind oder vielleicht noch im Landtag – aber Herr Butzki wird es wahrscheinlich nicht mehr in unsere Schulen schaffen –, dass die wieder vor Klassen stehen und tatsächlich sich jetzt nicht um Verwaltungsarbeit, ...

(Heiterkeit und Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Oder haben Sie den Vertrag schon unterschrieben? Nee, doch nicht.

... nicht um Verwaltungsarbeit in den Ministerien kümmern, sondern wirklich vor Klassen stehen. Das ist unser Anspruch, und deshalb sagen wir ganz klar, wir würden den Fokus anders legen. Wir haben das in diversen Anträgen hier schon,

(Thore Stein, AfD: Wir werden
den Fokus anders legen!)

hier schon, ...

Ja, wir werden den Fokus anders legen oder anders ausrichten.

... in diversen Anträgen schon klargestellt. Wir sind für das gegliederte Schulsystem,

(Zuruf von Dr. Anna-Konstanze Schröder, SPD)

sehr geehrte Damen und Herren, mit starken Regionalschulen, mit Förderschulen natürlich, auch mit Gymnasien.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen muss gewahrt sein, das ist uns wichtig. Wir wollen die Leistungsanforderungen wieder stärken. Wir wollen wieder deutsche Schüler so ausbilden, Schüler in Mecklenburg-Vorpommern so ausbilden, dass ...

(Unruhe vonseiten der
Fraktionen der SPD und Die Linke –
Tilo Gundlack, SPD: Ah, deutsche Schüler! –
Zurufe aus dem Plenum: Aha!)

Deutsche Schüler, Schüler, die in Deutschland unterrichtet werden, Herr ...

(Heiterkeit und Unruhe
vonseiten der Fraktion der SPD)

Haben Sie, das muss ja bei Ihnen,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

das muss,

(Martin Schmidt, AfD: Was,
der hat „deutsche Schüler“ gesagt?!)

das muss ja bei Ihnen irgendwie so ein Fetisch,

(allgemeine Unruhe –
Martin Schmidt, AfD: Skandal!)

so ein Fetisch sein, so ein Fetisch sein.

(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Horst Förster, AfD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Wir wollen, wir wollen tatsächlich Vorschaltklassen für Kinder mit

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

oder die nicht mehr ausreichende Sprachkompetenz mitbringen, die sollen erst in Vorschaltklassen unterrichtet werden

(Heiterkeit bei Martin Schmidt, AfD:
Nicht migrantische Schüler.)

und dann wieder in die Klassen gehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, das ist das Bildungsziel der AfD hier in Mecklenburg-Vorpommern.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Deshalb haben wir diese Aussprache auf die Tagesordnung gesetzt. Kommen Sie bitte ins Handeln!

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Weniger Bekenntnisse, mehr, ja, Naturwissenschaften, das ist das Entscheidende, und dafür stehen wir als Fraktion ein, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter! Sie hatten eine Frage jetzt am Ende noch zugelassen.

(Michael Noetzel, Die Linke:
Wurde zurückgezogen. –
Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD:
Das hat eh keinen Sinn!)

Aha, Herr Dr. Trepsdorf hat zurückgezogen.

Dann kann ich für die Landesregierung aufrufen in Vertretung für die Bildungsministerin die Justizministerin Jacqueline Bernhardt.

(Marc Reinhardt, CDU: Kam
überraschend, der Tagesordnungspunkt. –
Enrico Schult, AfD: Die ist abgemeldet.)

Ministerin Jacqueline Bernhardt: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich möchte natürlich Frau Oldenburg hier entschuldigen. Sie wissen, dass sie die letzten zwei Tage krank war. Sie hat es heute versucht, aber ihr Körper hat ihr die Grenzen gezeigt, sodass sie nach Hause gegangen ist und ich Frau Oldenburg vertrete.

(Beifall Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und natürlich gute Besserung von dieser Stelle!

Fake News, sachlich falsch, eine böswillige Unterstellung und ein Misstrauensvotum

(Enrico Schult, AfD:
Sie haben die falsche Rede.)

gegenüber allen Lehrkräften ...

(Enrico Schult, AfD: Sie haben
die falsche Rede, Frau Bernhardt!)

Das ist die richtige, ich habe sie schon durchgelesen.

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD: Ach so, okay!)

... sowie ein wiederholter Angriff auf die Demokratie, das ist alles, was Sie, Damen und Herren von der AfD, mit der Aussprache wollen.

Aber jetzt der Reihe nach:

Erstens suggeriert der Antrag, dass in den Schulen der Bereich der Naturwissenschaften beziehungsweise des MINT-Bereiches unterrepräsentiert sei, aber ein Blick in die Stundentafeln offenbart das Gegenteil, denn in allen Schulformen und Jahrgangsstufen sind für den MINT-Bereich etwa doppelt so viele Stunden wie für den gesellschaftswissenschaftlichen Bereich ausgewiesen.

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

So werden zum Beispiel die MINT-Fächer

(Torsten Renz, CDU:
Kommen Sie doch mal mit Zahlen!)

in der Regionalen Schule mit 44 Stunden unterrichtet,

(Torsten Renz, CDU:
Kommen Sie doch mal mit Zahlen!)

die gesellschaftswissenschaftlichen Bereiche in denselben Jahrgangsstufen hingegen nur mit, ...

(Torsten Renz, CDU: Zahlen!)

Also, Herr Renz, wenn das keine Zahlen sind, weiß ich nicht, was Sie wollen.

(Torsten Renz, CDU: Nee,
ich habe Herrn Schult gemeint.)

Ach so! Ist gut.

... nur mit 20 Stunden, und davon sage und schreibe haargenau 6 Stunden im Fach Politische Bildung/Sozialkunde. An den Gymnasien und Gesamtschulen werden die Schülerinnen und Schüler 43 Stunden im MINT-Bereich unterrichtet. 21 Unterrichtsstunden umfasst das gesellschaftswissenschaftliche Feld, wovon lediglich 4 Stunden für das Fach Politische Bildung/Sozialkunde vorgesehen sind. In den Förderschulen werden dreimal mehr Stunden im naturwissenschaftlichen Bereich als im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich unterrichtet.

Zur besseren Veranschaulichung hat Frau Oldenburg noch mal eine andere Rechnung aufgemacht: in der Orientierungsstufe 600 Stunden MINT und 300 Stunden in den Gesellschaftswissenschaften, in der Regionalen Schule ab Klasse 7 1.760 MINT-Stunden, 800 Stunden GeWi,

(Enrico Schult, AfD: Na,
es sind ja auch mehrere Fächer.)

im Gymnasium bis zur 10. Klasse 1.720 MINT-Stunden, 840 Stunden in Gesellschaftswissenschaften, im Gymnasium der 11. und 12. Klasse 600 MINT-Stunden und 480 gesellschaftswissenschaftliche Stunden. Dazu kommen dann noch durch die Möglichkeit der flexiblen Stunden und durch den von Frau Oldenburg ausgebauten Bereich der beruflichen Orientierung weitere Ressourcen hinzu, die Beleg für eine sehr starke Verankerung des mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bereiches in unseren Schulen sind.

Zudem wird der MINT-Bereich auch durch zahlreiche Projekte mit Partnern der Zivilgesellschaft gefördert. Ich erwähne hier nur stellvertretend im Namen von Frau Oldenburg für viele das Bildungswerk der Wirtschaft MV mit den Projekten CreateMV, MINT-Schule MV oder dem MINTforum. So werden die Begeisterung für technisch-naturwissenschaftliche Themen gefördert und vielfältige praxisnahe MINT-Projekte für Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klasse in ganz Mecklenburg-Vorpommern angeboten. Für diese Partnerschaften möchte sich Frau Oldenburg an dieser Stelle ganz herzlich bei den Kooperationspartnern bedanken.

Sehr geehrte Damen und Herren, zum Zweiten kommt Frau Oldenburg zu der Unterstellung gegenüber den Lehrkräften,

(Präsidentin Birgit Hesse
übernimmt den Vorsitz.)

die durch diese Aussprache deutlich wird, denn die AfD-Abgeordneten unterstellen, dass in den Schulen von den Lehrerinnen und Lehrern politische Bekenntnisse eingefordert werden.

(Enrico Schult, AfD: Das
ist auch so, Frau Bernhardt!)

Das ist schlichtweg falsch, denn für unsere Schulen gilt der Anspruch,

(Enrico Schult, AfD: Ich habe Ihnen
doch schon etliche Beispiele genannt. –
Zuruf von Jeannine Rösler, Die Linke)

Schülerinnen und Schüler auf ihrem Weg zur Entwicklung mündiger, kritischer und informierter Menschen zu unterstützen, indem das Bildungsministerium sie befähigt, sich ein eigenes Urteil über gesellschaftliche und politische Fragen zu bilden.

(Petra Federau, AfD:
Na, das bezweifeln wir aber. –
Horst Förster, AfD: Na! Na!)

Drittens ist die Aussprache ein direkter und fundamentaler Angriff auf unsere Demokratie,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Petra Federau, AfD)

so Frau Oldenburg. Weil niemand als Demokrat geboren wird, ist es auch Aufgabe der Schule, durch die politische Bildung, durch den Unterricht allgemein, durch das Zusammenleben und Zusammenwirken an den Schulen ihren Beitrag dazu zu leisten, Kinder und Jugendliche zu mündigen Menschen, zu Demokraten zu erziehen und zu bilden. Das sind die Lehren aus dem Zivilisationsbruch des verbrecherischen Regimes der Nationalsozialisten. Vor diesem Hintergrund ist es nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern sogar Verfassungsauftrag, dass die politische Bildung ganz zentral zum Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schulen gehört.

(Jeannine Rösler, Die Linke: Sehr richtig!)

Schülerinnen und Schüler sollen und müssen am politischen Leben in unserer demokratischen Gesellschaft teilhaben.

Und genau dieses zentrale Ziel von Bildung stellt die AfD in Abrede,

(Enrico Schult, AfD: Habe ich doch
gerade gesagt, Frau Bernhardt.)

indem sie vorgaukelt, die Naturwissenschaften an den Schulen stärken zu wollen.

(Enrico Schult, AfD: Das ist auch so.)

Das ist doch gar nicht Ihr Wille. Sie wollen den demokratischen Bildungsauftrag der Schulen abschaffen,

(Horst Förster, AfD: Die sollen
zu mündigen Bürgern werden. –
Enrico Schult, AfD: Ah!)

Sie wollen keine klugen und mündigen Menschen. Für die AfD-Abgeordneten ist politische Bildung Demokratiegeschwätz. Für uns ist und bleibt es ein unerlässlicher Auftrag der Schulen, der Gesellschaft, ein Auftrag eines jeden Demokraten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und Noah Böhringer, FDP)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Bildungsland MV im Niedergang“, Herr Schult, das ist nichts anderes als ein Plagiat,

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD:
Tatsächlich? Nee!)

nämlich, dass Sie den Antrag der CDU aus dem Oktober 2024, nämlich „Bildungsnotstand in Mecklenburg-Vorpommern endlich beenden“,

(Enrico Schult, AfD: Und das Zweite,
haben Sie das auch geschrieben?)

hier noch mal neu aufwärmen wollen. Anscheinend fällt Ihnen nichts anderes ein.

(Horst Förster, AfD: Aber
es scheint ja richtig zu sein.)

Aber Sie sind zumindest so kreativ, dass Sie den „Bildungsnotstand“

(Enrico Schult, AfD:
Hat sich das etwa gebessert in den
letzten zwei Jahren? Das ist ja schön!)

umfunktioniert haben zum „Niedergang“. Das muss man sagen.

Und dann haben Sie weiter rangepackt dort „Naturwissenschaften statt politischer Bekenntnisse“. Und wer dann gut zugehört hat, die Bildungsministerin konnte es nicht, die hat sich nämlich inhaltlich vorbereitet und Ihnen dann vortragen lassen, wie es in der Stundentafel, wie es in der Realität aussieht – und Sie sind auf diesen Punkt gar nicht eingegangen in Ihrer Rede. Wenn Frau Oldenburg hier gewesen wäre, hätte sie gesagt „Thema verfehlt“, wahrscheinlich.

(Enrico Schult, AfD: Jo!)

Das konnte Frau Bernhardt jetzt logischerweise nicht.

(Enrico Schult, AfD: Unterrichtsabsicherung!)

Aber Sie hauen hier eine Überschrift raus, den „Bildungsnotstand“, unseren Bildungsnotstand, und dann hinten dieses „Bekenntnis“, und dann machen Sie wieder

das Thema „Beutelsbacher Konsens“. Das ist ja auch in Ordnung, aber ich will Ihnen ganz ehrlich sagen, Herr Schult, entweder sind Sie jetzt zeitlich überfordert – anders kann ich mir das nicht erklären –,

(Enrico Schult, AfD: Ich
muss tatsächlich gleich los.)

so unstrukturiert, so ein Kauderwelsch habe ich von Ihnen ehrlich gesagt in vier Jahren Bildungspolitik noch nicht erlebt.

Sie haben dann auch unstrukturiert so zwei/drei Brocken vorgetragen, wo Sie unseren Bildungsnotstand hier noch mal aufwärmen wollten.

(Torsten Koplin, Die Linke:
Unseren Bildungsnotstand?! –
Heiterkeit bei Elke-Annette Schmidt, Die Linke)

Und dann haben Sie stückweise ein paar Brocken reingehauen aus Ihrem Wahlprogramm. Auch da war wenig Systematik da.

(Torsten Koplin, Die Linke:
Selbstbekenntnis des Herrn Renz.)

Also, Herr Schult, ehrlich gesagt, dass wir uns jetzt als Landtag, als Fraktion damit auseinandersetzen müssen und sollen, dass Sie uns diesen Brocken hinwerfen, es ist in gewisser Weise schon eine Zumutung, das muss ich Ihnen ehrlich sagen.

(Enrico Schult, AfD: Das ist nun mal
unser Recht, eine Aussprache auf
die Tagesordnung zu setzen.)

Aber nichtsdestotrotz will ich dann auch drei/vier Dinge noch mal dazu sagen, nämlich die, also jetzt losgelöst von Ihrem Antrag, der ist im Prinzip hiermit erledigt.

(Enrico Schult, AfD: Das ist eine Aussprache.)

Oder mit Ihrer Aussprache, das macht es nicht besser. Also insofern untermauert das noch mal die ganze Tatsache, dass Sie das auch gar nicht zu einem Antrag bringen konnten und wir sozusagen auf diesen blanken Haken gehen sollen.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Nichtsdestotrotz ist es wichtig, der Öffentlichkeit noch mal zu sagen, dass es eben hier tatsächlich einen Bildungsnotstand gibt,

(Enrico Schult, AfD: Ach so!)

so, wie die CDU das immer gesagt hat, insbesondere in den letzten drei/vier Jahren. Ich hatte ja so eine Anlaufkurve den Linken in der Regierung noch zugestanden,

(Zuruf von Jeannine Rösler, Die Linke)

aber jetzt im Laufe der Legislaturperiode hat sich ja gezeigt, dass die Durchsetzungsfähigkeit im Bereich der Bildungspolitik eben gegen null geht. Man hat dann die Erfolge, die man rund um die Uhr wiederholt, im Kitabereich oder mit dem Ferienhort, wo man einfach nur die Fortführung gemacht hat. Das sind schon die großen Schlager.

Aber der Fakt ist doch, diese Koalition – und da nehme ich die Linken einfach in Verantwortung – hat im Schulbauprogrammbereich die ersten zwei Jahre nichts gemacht. Und jetzt müssen wir uns jeden zweiten Tag Ihre Jubelmeldungen anhören,

(Heiterkeit bei Torsten Koplin, Die Linke:
Das können Sie nicht mehr ertragen, was?!)

dass 600 Milliarden Euro vom Bund für Schulbau durchgereicht werden.

(Unruhe vonseiten der
Fraktionen der SPD und Die Linke –
Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Millionen, Torsten!)

Das schreiben Sie auch als SPD.

(Andreas Butzki, SPD:
Milliarden wäre ja noch besser!)

Ach so, die SPD ist ja auch noch da bei dem Thema!

(Elke-Annette Schmidt, Die Linke: Es
wäre ja schön, wenn es Milliarden wären. –
Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
Tilo Gundlack, SPD, Torsten Koplin, Die Linke,
und Michael Noetzel, Die Linke)

Ich habe mal in Ihr Wahlprogramm da geschaut.

(Heiterkeit bei Michael Noetzel, Die Linke)

Die größte Errungenschaft im Bildungsbereich ist ja, dass Sie jetzt diese 600 Milliarden des Bundes durchreichen

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Millionen!)

und der kommunalen Ebene zur Verfügung stellen. Das ist also Ihre Erfolgsstory für die Zukunft, die ja im Prinzip schon abgearbeitet ist.

Und die Linken, die kommen ja dann immer noch mit dem 400-Millionen-Programm,

(Torsten Koplin, Die Linke:
Das hat er jetzt durchschaut.)

wo Sie tatsächlich diese 25 Millionen Eigenmittel aus dem Land dann als ein Riesenprogramm, da machen Sie jetzt endlich Ihre Milliarde draus, die Sie ja versprochen haben im letzten Wahlkampf.

Also insofern muss man schon sagen, es ist Bildungsnotstand,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

und nicht nur, was den Schulbau betrifft, sondern eben auch den Unterrichtsausfall. Also da haben wir jetzt ja auch die neueste Story vom Staatssekretär jetzt vor zwei Tagen gehört beim NDR, der sagt, ja, Unterrichtsausfall gab es schon immer,

(Jeannine Rösler, Die Linke: Ja, ist ja auch so.)

gibt es auch jetzt und die nächste Regierung wird die Sache in den Griff bekommen. Ich meine, da können wir ja nur hoffen, dass wir als CDU mit in Regierungsverantwortung sind,

(Jeannine Rösler, Die Linke:
Ja, dann wollen wir mal sehen! –
Zurufe von Ministerin Jacqueline Bernhardt
und Tilo Gundlack, SPD)

damit wir das Versprechen des linken Staatssekretärs dann auch umsetzen können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Marc Reinhardt, CDU: Ja. –
Zuruf von Jeannine Rösler, Die Linke)

Insofern sage ich Ihnen, wenn Sie im Bereich der Bildungspolitik – und das geht eben nur mit der CDU –

(Torsten Koplin, Die Linke:
Sie träumen schon, ne?! –
Zuruf von Elke-Annette Schmidt, Die Linke)

nicht umsteuern

(Torsten Koplin, Die Linke: Tagträume!)

und ganz klar endlich mal wieder das Wort „Leistung“ in den Mund nehmen,

(Torsten Koplin, Die Linke: Hm!)

und das habe ich Ihnen ja schon mehrmals vorgetragen,

(Torsten Koplin, Die Linke:
Und das aus dem Mund der CDU!)

leistungsorientiert müssen wir das Gymnasium, den Zugang zum Gymnasium gestalten, dadurch stärken wir auch die Regionale Schule, da müssen wir mehr an Lehrern hin transferieren, kleinere Klassen. Wir müssen diese Regionale Schule stärken, das ist so die nächste große Baustelle, die wir in Regierungsverantwortung dann im Oktober angehen werden.

Und was wir auf alle Fälle angehen, wir werden Ihr Wahlversprechen, was Sie ja nie eingelöst haben – und ich glaube, diesmal, bei dem Thema hat es ja noch nicht mal zu einem Runden Tisch oder zu einem Arbeitskreis für die Zukunft gereicht –, nämlich endlich die Unterrichtsverpflichtung, die ja unter Rot-Rot im Jahre 2002 eingeführt wurde, nämlich von 25 auf 27 Stunden und damit zum Beispiel im Gymnasialbereich die höchste in Deutschland … Das einzig Positive ist, sarkastisch ausgesprochen, dass die Lehrer in Mecklenburg-Vorpommern jetzt Silberhochzeit in dem Bereich haben, und das haben sie sozusagen auch wieder den Linken in diesem Land zu verdanken, 25 Jahre mehr Arbeit als alle anderen Lehrer in Deutschland, Herr Koplin – das können Sie gerne noch mal dann recherchieren,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

aber ich weiß ja, dass Sie es wissen –, und deswegen müssen Sie dieses Thema jetzt angehen. Der Lehrerbedarf ist in dieser Größenordnung gar nicht mehr da, und es ist ja im Prinzip im Nachgang eine Zumutung, dass man die Lehrer 25 Jahre lang – und ich habe mir das noch mal angeschaut, mit 40 Wochenstunden und 2 Mehrstunden pro Woche gerechnet sind das 2.000 Stunden, die die mehr gearbeitet haben –,

(Horst Förster, AfD: Ja, also,
ist das denn so schlimm?)

Herr Förster, wenn Sie das dann mit dem Stundenverrechnungssatz für Vertretungsunterricht mit 47,23 Euro multiplizieren, dann kommen Sie auf 95.000 Euro, 95.000 Euro, die Sie sozusagen den Lehrern nicht zukommen lassen haben.

(Horst Förster, AfD: Den Lehrerberuf können
Sie doch nicht nach Stunden messen.)

Und wenn Sie dann noch die Verbeamtung betrachten, wo Sie auch nicht nachgesteuert haben,

(Horst Förster, AfD: Das ist
doch der Leistungsgedanke.)

sondern die angestellten Lehrer in diesem Land viel schlechter gestellt sind, was den Verdienst und die Rente im Vergleich zur Pension betrifft, wird es Zeit, dass die CDU in Mecklenburg-Vorpommern wieder in Regierungsverantwortung kommt,

(Tilo Gundlack, SPD, und
Elke-Annette Schmidt, Die Linke: Oh!)

dass wir nämlich diesen Bildungsnotstand in Mecklenburg-Vorpommern dann beheben können.

(Zuruf von Jeannine Rösler, Die Linke)

Herzlichen Dank, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

(Elke-Annette Schmidt, Die Linke:
Kein Wort, kein Wort zu den Lehrern!)

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Butzki.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD
und Torsten Renz, CDU)

Andreas Butzki, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

(Torsten Renz, CDU: Leistungsprinzip,
Attraktivität Lehrerberuf.)

Werte Kolleginnen und Kollegen!

(Torsten Koplin, Die Linke: Er kann
nicht aufhören mit seiner Rede!)

Wer bei so einem Thema die Form der Aussprache wählt, will eigentlich nur den Stammtisch bedienen. Im Prinzip war Ihre Kamera da, Ihren Auftritt hatten Sie und das andere interessiert Sie oder scheint Sie auch nicht weiter hier zu interessieren.

(Enrico Schult, AfD: Doch,
ich höre Ihnen aufmerksam zu.)

Schon der Titel „Bildungsland MV im Niedergang“ – CDU hat eine ähnliche Einstellung, haben wir gerade gehört –, er blendet aber auch die objektiven Schwierigkeiten aus, die wir in den letzten Jahren hatten. Ich will das nicht alles wiederholen. Er blendet aber auch die ganzen Anstrengungen zur Verbesserung des Landes und der Träger aus,

(Christine Klingohr, SPD: Ja, genau!)

die wir in den letzten Jahren dann doch hier gemacht haben. Er pauschalisiert, und das, muss man ganz deutlich sagen, ist keine seriöse Oppositionsarbeit. Und was das Schlimmste ist, er beleidigt auch alle Lehrerinnen und Lehrer, die täglich eine gute Arbeit leisten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Deswegen von dieser Stelle aus noch mal herzlichen Dank, das muss ich so deutlich sagen!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und wenn Sie quasi ein Verbot aussprechen wollen, dass Lehrer nicht mehr für den Landtag kandidieren wollen, dann finde ich das schon ein starkes Stück.

(Enrico Schult, AfD: Hä? Herr Butzki,
jetzt wirds aber peinlich!)

Nee, aber nein, Sie haben das so wörtlich gesagt, dass Sie dafür sorgen werden, dass Leute, die im Parlament sind, vor der Klasse sitzen.

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD:
Ich habe gesagt, dass Sie ...)

Nein, wir können das gerne nachlesen.

(Der Abgeordnete Enrico Schult
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Also ich lasse auch keine Frage zu. Sie können nachher noch Ihre Kurzintervention machen. Und über jedes Stöckchen bei Ihnen springe ich eh nicht.

So, dieses AfD-Thema, und das muss ich hier noch mal ganz deutlich sagen, ich habe heute überlegt, mache ich jetzt die Kurzversion, gehe ich überhaupt nicht auf Ihre Showvorstellung hier für Social Media ein. Aber dann muss ich trotzdem noch was sagen.

Im Herbst 2025 haben Sie in Stralsund auf dem Markt gesagt und sprachen von „demokratischem Geschwätz“ und die Kinder sollen „umgedreht“ werden. Als der Protest im Land riesengroß wurde, ruderten Sie zurück

(Enrico Schult, AfD: Nee!)

und sagten – im „Nordmagazin“ kann man nachgucken –,

(Heiterkeit und Zuruf von Enrico Schult, AfD)

es war eine freie Rede, da rutscht mal so was raus. Nein, es war von Ihnen so gewollt. Sie wollen provozieren, Sie wollen verunsichern und Sie wollen auch spalten, aber selbst nutzen Sie alle Errungenschaften der Demokratie rigoros aus.

Und Ihnen geht es bei der Aussprache gar nicht um den naturwissenschaftlichen Unterricht,

(Enrico Schult, AfD: Sondern?)

dann hätten Sie sich inhaltlich viel besser vorbereitet. Dann hätten Sie sich auch mal mit den KMK-Beschlüssen beschäftigt, dann hätten Sie sich die Rahmenpläne mal

angeschaut und durchgearbeitet, dann hätten Sie konkrete Verbesserungsvorschläge gemacht.

Und natürlich muss man auch über den naturwissenschaftlichen Unterricht diskutieren,

(Enrico Schult, AfD: Aha!)

das will ich gar nicht abstreiten, aber das hätte man,

(Enrico Schult, AfD: Dass
der überhaupt stattfindet, ja?!)

und dann hätte man nicht nur den naturwissenschaftlichen Bereich, man hätte insgesamt den gesamten MINT-Bereich diskutieren müssen.

Und was das Schöne ist im Augenblick oder vielleicht auch nicht so das Schöne, das weltweite Wissen verdoppelt sich circa alle 13 Monate. Andere Quellen sprechen von drei bis fünf Jahren. Natürlich muss man überlegen, welches Grundwissen angeeignet werden muss. Und immer wichtiger werden die Kompetenzen und auch die sogenannten Soft Skills. Gerade der naturwissenschaftliche Unterricht muss in diesem Zusammenhang evaluiert werden. Das heißt aber nicht, mehr Unterricht, sondern anderer und moderner Unterricht. Und dies interessiert Sie aber überhaupt nicht, Sie machen ja keine Vorschläge.

(Zuruf von Dr. Anna-Konstanze Schröder, SPD)

Und dann schauen wir uns mal das Schulgesetz von Mecklenburg-Vorpommern an. Ich hatte es schon mal in einer ähnlichen Rede gesagt, als wir, „keine Staatsbürgerkunde“ oder wie das damals hieß. Da haben wir im Schulgesetz unter Paragraf 3 einige Punkte vereinbart. Ich will Ihnen mal drei/vier Punkte hier zitieren:

Unter 7. steht, „die eigene Meinung zu vertreten und die Meinung anderer zu respektieren“. Und ist das „demokratisches Geschwätz“?

Oder unter 8. steht, „die grundlegenden Normen des Grundgesetzes zu verstehen und für die Wahrung ... einzutreten“. Ist das „Kinder umdrehen“?

Oder unter 13., „Ursachen und Gefahren totalitärer und autoritärer Herrschaft zu erkennen, ihnen zu widerstehen und entgegenzuwirken“. Sind das „politische Bekenntnisse“?

Und unter 15., da kommen wir auch zum Thema, „mit der Natur und Umwelt verantwortungsvoll umzugehen“. Das spricht für einen verantwortungsvollen naturwissenschaftlichen Unterricht.

Und welches der Lernziele passt Ihnen, Herr Schult, nicht ...

Vielleicht hören Sie auch mal zu!

(Nikolaus Kramer, AfD: Ja, wir hören.)

... oder der AfD nicht?

(Enrico Schult, AfD: Sie müssen
ja auch zur Sache sprechen!)

Wenn Sie Behauptungen aufstellen, dann müssen Sie auch konkrete Vorschläge machen,

(Horst Förster, AfD:
Das sieht ja eben anders aus.)

für welche Lernziele Sie hier streiten wollen.

(Enrico Schult, AfD: Der Unterricht
muss abgesichert werden.)

Aber da müssen Sie natürlich den Stammtisch verlassen und müssen klare Bekenntnisse zeigen und Farbe bekennen.

(Nikolaus Kramer, AfD: Das machen
wir mit einer Fülle von Anträgen,
die Sie regelmäßig ablehnen.)

Und dann heißt es „Naturwissenschaften statt politischer Bekenntnisse“, ist der Titel der Aussprache.

(Nadine Julitz, SPD: Jetzt reichts!)

Wollen Sie eigentlich mehr Unterricht?

(Horst Förster, AfD: Die Realität ist eine andere!)

Wenn nein, wo wollen Sie denn kürzen?

(Enrico Schult, AfD: Na, der soll stattfinden,
Herr Butzki, der fällt doch regelmäßig aus.
Das wissen Sie doch auch!)

Sport, Sport fällt ja wohl aus,

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD:
Der steht schön auf ... –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

wenn Sie kürzen wollen.

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD:
Der steht schön auf dem Stundenplan,
fällt aber aus, weil keine Lehrer da sind.)

Da wollten Sie ja schon im letzten Jahrgang die Anzahl erhöhen.

(Heiterkeit und Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Deutsch fällt ja wohl auch aus, da wollten Sie auch die Stundenzahl erhöhen. Im MINT-Bereich, haben wir gerade gehört, da wollen Sie erhöhen. Berufsorientierung und Betriebspraktika fanden Sie auch gut. Fremdsprachen, Sie wollen ja hier Russisch anbieten, also auch dort mehr. Geschichte, Geografie und Sozialkunde wollen Sie auch erhalten. Das haben wir in der Diskussion zu Gesellschaftswissenschaften mitbekommen. Bleibt eigentlich nur Kunst/Musik. Und da würden Sie klar Ihr wahres Gesicht zeigen, wenn Sie da kürzen wollen.

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Und wenn Sie deutschlandweit einen anerkannten Schulabschluss haben wollen, dann müssen die KMK-Beschlüsse eingehalten werden. Und wenn Sie mehr Unterricht wollen, dann würde mich die Stundentafel interessieren.

(Enrico Schult, AfD: Wir wollen doch gar
nicht die Stundentafel ändern, wir wollen,
dass der Unterricht erteilt wird, Herr Butzki!)

Und dann müssen Sie auch darstellen, wie der Schulalltag der Kinder ... Oder Sie wollen vielleicht den Sonnabend wieder einführen.

(Horst Förster, AfD, und Enrico Schult, AfD: Ah!)

Also es kann jetzt als Fazit festgehalten werden, die Diskussion hat gezeigt, Sie wollen gar keine inhaltliche Diskussion. Sie wollen mit der Aussprache eigentlich nur provozieren, deswegen der Titel auch so.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Sie wollen immer die gleichen Fake News verbreiten und damit auch verunsichern.

(Nikolaus Kramer, AfD: Ach so!)

Und wenn ich dieses Einzelbeispiel von Ahlbeck, das wurde auch so dargestellt, ich habe mir das gerade noch mal angeguckt, nach der Antwort aus dem Bildungsministerium stand eindeutig drin, den Einzelfall, den Sie wieder total,

(Enrico Schult, AfD: Das ist
kein Einzelfall, Herr Butzki!)

hier Mecklenburg-weit dann gleich zitieren wollen ...

(Enrico Schult, AfD: Was war denn in
Ribnitz-Damgarten? Da haben Sie doch sogar
verloren vor Gericht in Ribnitz-Damgarten.)

So,

(Enrico Schult, AfD: Das ist doch
kein Einzelfall, das wissen Sie doch!)

Sie haben, Sie haben Ahlbeck jetzt zitiert, und da haben Sie die Antwort bekommen, dass da sofort reagiert wurde. So stand es zumindest in Ihrer Kleinen Anfrage.

Und wenn man Sie dann persönlich, wenn man Fehler nachweist, werden Sie sofort persönlich, haben wir jetzt gerade wieder gehört.

Und im November hieß es: „Fachwissen statt Staatsbürgerkunde 2.0“,

(Enrico Schult, AfD: Ja.)

und heute heißt es:

(Enrico Schult, AfD: Genau!)

„Naturwissenschaften statt politischer Bekenntnisse“.

(Enrico Schult, AfD: Das ist
unsere politische Richtung.)

Es gibt keine belegbaren Situationen, jedenfalls sind mir keine bekannt, bis auf ein/zwei Einzelfälle, die es geben wird – Ribnitz-Damgarten haben Sie dargestellt, ich persönlich kenne den nicht –, und sonst gar nichts. Aber Sie pauschalisieren hier, und das finde ich schon sehr schräg.

(Nikolaus Kramer, AfD: Ach, hören Sie auf!)

Und sollten Sie, und sollten Sie wirklich da mehr kennen, dann hätten Sie das im Bildungsausschuss oder hier im Parlament schon tausendmal thematisiert.

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Und welche neu...

Dann machen Sie es doch!

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Dann stellen Sie das doch vor! Welche neuen Erkenntnisse gab es denn heute? Das ist doch heute nur wieder auch Polemik, und jeder normal Denkende erkennt doch Ihre Strategie. Schaut man in die Länderparlamente, sieht man doch Parallelen auch in den anderen ostdeutschen Parlamenten.

(Der Abgeordnete Nikolaus Kramer
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Und in Ihrem Regierungsprogramm steht ja in dem Falle ja auch nicht, dass Sie auch wieder auf die Schulpflicht verzichten wollen, aber in Sachsen-Anhalt.

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD: Ah!)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Butzki, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Andreas Butzki, SPD: Und denken Sie an Ihr Petz-Portal, welches die …

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Andreas Butzki, SPD: Nein.

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD)

In einem gebe ich natürlich recht,

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD:
Dass bei Ihnen eine demokratische ...)

hätten die AfD-Abgeordneten naturwissenschaftlich im Unterricht besser aufgepasst, dann würden sie auch den Klimawandel hier nicht leugnen, dann würden sie nicht alle erneuerbaren Energien verteufeln,

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und Die Linke –
Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zurufe von Nikolaus Kramer, AfD,
und Jeannine Rösler, Die Linke)

sondern würden sich einem konstruktiven Dialog anschließen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Und in einem sind wir uns auch einig, Deutschland braucht selbstbewusste junge Leute, die sich frei entwickeln können.

(Nikolaus Kramer, AfD: Genau!)

Unser Grundgesetz, unser Schulgesetz, ist dafür wirklich eine gute Grundlage

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

und unsere Lehrerinnen und Lehrer sind dafür auch gute Begleiterinnen und Begleiter, das muss man auch so deutlich sagen. Rot-Rot-Schwarz und jetzt Rot-Rot stehen dafür immer ein.

Und eins muss ich auch sagen, ich bin in einer Diktatur groß geworden und schätze deshalb besonders die Meinungsfreiheit, auch wenn ich jetzt Ihre Position hier ertragen muss. Ich liebe – ob ich sie liebe, weiß ich nicht – aber auch die Pressefreiheit, und als Geografielehrer liebe ich natürlich auch die Reisefreiheit und die Wahlfreiheit auch.

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD:
Die wollen wir auch abschaffen? Nee, ne?!)

Und dann, wenn man sich Ihr Programm anguckt,

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD:
Die wollen wir nicht abschaffen, oder?!)

dann steht ein Satz drin: Die AfD steht „für eine Bildungspolitik, die Kinder als Individuen mit unterschiedlichen Begabungen ernst nimmt –“, das könnte man vielleicht sogar noch mittragen,

(Enrico Schult, AfD: Ja, das ist auch so.)

„nicht als formbare Masse für gesellschaftliche Experimente“.

(Petra Federau, AfD: Ja. –
Enrico Schult, AfD: Richtig!)

Also, meine Herren von der AfD, das finde ich schon starken Tobak.

(Enrico Schult, AfD: Wir haben
auch eine Dame bei uns.)

Dann doch, Entschuldigung, dann auch natürlich die Damen.

(Enrico Schult, AfD: Ja,
Entschuldigung angenommen!)

Nein, ich entschuldige mich, habe ich gerade gesagt.

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD)

Und im ganzen Programm – können Sie gerne nachgucken –, da steht in jedem Absatz irgendwas mit politischer Indoktrinierung.

(Petra Federau, AfD: Ja.)

Und nicht,

(Enrico Schult, AfD:
„Indoktrination“ schreiben wir. –
Zurufe von Petra Federau, AfD,
und Horst Förster, AfD)

und nicht nur ich frage mich wirklich, in welchem Land Sie leben. So, wie Sie das hier darstellen, wird das in keinem Punkt mir so widergespiegelt. Und diese Aussprache hat wieder mal gezeigt, dass Sie überhaupt kein Interesse an einer modernen Bildung und Erziehung haben. Sie behaupten irgendwas, stellen irgendwas in den Raum und dann stellen Sie die Lehrerinnen und Lehrer unter Generalverdacht.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Das ist faktenorientiert
auf der Grundlage einer Kleinen Umfrage.)

Und ich hoffe, dass heute wirklich möglichst viele Lehrerinnen und Lehrer auch die Aussprache verfolgt haben,

(Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU:
Das glaube ich nicht.)

und dann hätten sie auch dann dementsprechend ihre Sache dort noch gesagt.

(Heiterkeit und Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Und noch kurz zu unserem Regierungsprogramm. Ich finde ja gut, dass Sie das auch angeschaut haben,

(Enrico Schult, AfD: Na klar, Herr Butzki!)

dann hätten Sie es aber ganz lesen müssen. Da steht auch zum Beispiel drin ein ganzes Programm bis 2035, der MV-Plan MINT und Digital...

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD:
Ja, 13-mal steht der MV-Plan drin.)

Ja, das steht aber drin, MINT und Digitalisierung. Und eins muss ich sagen, ich habe in dem Programm nicht mitgewirkt, aber ich stehe hinter dem Programm, was da auch dementsprechend aufgearbeitet, äh, vorgeschlagen wird.

(Sebastian Ehlers, CDU: Hat die
Staatskanzlei geschrieben, oder?! –
Nadine Julitz, SPD: Nein, keine Sorge!)

Und das war es eigentlich jetzt zu der Sache.

(Tilo Gundlack, SPD: Da
kennst du dich ja aus, ne?! –
Zuruf von Nadine Julitz, SPD)

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Herr Abgeordneter, mir liegt noch eine Kurzintervention durch Herrn Kramer vor.

Andreas Butzki, SPD: Gerne.

(Unruhe vonseiten der
Fraktionen der SPD und CDU –
Torsten Renz, CDU: Oh, Herr Schult geht. –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Ja, Social Media ist zu Ende.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Kollege Butzki, also Ihrem Redebeitrag konnten wir nun mehrfach entnehmen, dass Sie das Instrument der Aussprache, was uns ja die Geschäftsordnung Paragraf 43 Nummer 2 hier auch zulässt, als nicht wirksames Mittel erachten. Sie haben jetzt mehrfach unterstellt – mir, meiner Fraktion, Herrn Schult –, dass wir mit dieser Aussprache nur provozieren wollen würden,

(Tilo Gundlack, SPD: Genau!)

dass wir hier keine Zahlen, keine Daten, keine Fakten liefern wollen würden.

(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD,
und Thomas Würdisch, SPD)

Und da frage ich mich, was Sie eigentlich, die SPD-Fraktion, mit Ihrer Aussprache, die wir einen Tagesordnungspunkt zuvor hatten, als es nämlich um einen starken Tourismus ging, wirtschaftliche Bedeutung zu stärken, ging es Ihnen denn da auch lediglich um Provokation, also da frage ich mich,

(Michael Noetzel, Die Linke: Natürlich nicht,
das ist ja genau der Unterschied. –
Zuruf von Elke-Annette Schmidt, Die Linke)

ob ich da so den Umkehrschluss machen könnte und Ihnen das genauso vorwerfen könnte. Da habe ich doch schon echt Zweifel an Ihrem demokratischen Grundverständnis,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

wenn Sie hier Parteien, Fraktionen schelten, weil sie von ihrem Recht der Geschäftsordnung Gebrauch machen, Herr Butzki,

(Michael Noetzel, Die Linke: Oh, da kann er
wieder nicht mit Widerspruch umgehen.)

bin ich echt beschämt. – Danke!

(Beifall Petra Federau, AfD –
Jeannine Rösler, Die Linke:
Da ist er wieder das Opfer. –
Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie darauf erwidern?

Andreas Butzki, SPD: Selbstverständlich möchte ich darauf antworten.

In dem Tagesordnungspunkt vorher wurden keine generellen Kritiken, zumindest vonseiten der SPD, dargelegt in diesem ganzen Tourismusverband. Wir haben genau das Gegenteil von Ihnen gehört, dass das und das und das alles nicht berücksichtigt worden ist.

Wenn Sie jetzt diese Diskussion sich hier angeguckt haben, warum Sie das hier aufgestellt haben und allein schon mit dem Titel „Bildungsland MV im Niedergang – Naturwissenschaften statt politischer Bekenntnisse“, wenn Sie wirklich so ein wichtiges Thema hätten, dann hätten Sie auch ganz konkrete Vorschläge machen müssen. Und nicht ein einziger konkreter Vorschlag ist gemacht worden,

(Petra Federau, AfD: Das ist eine Aussprache!)

weder zur Stundentafel, wo Sie kürzen wollen, wo Sie was ergänzen wollten, oder irgendwelche Sachen. Sie haben kein Wort auch zum Schulgesetz gesagt. Wenn man solche Sachen da aufstellt, da steht eindeutig drin, was ich hier auch dargestellt habe, unter den Lernzielen, was alles gemacht werden muss. Das wird bei Ihnen unter „demokratischem Geschwätz“ da gesagt. Wenn man das wirklich so sieht, dann hätte man konkreter sagen sollen, den, den und den Punkt wollen wir nicht.

Und deswegen wurde bewusst das Instrument der Aussprache gewählt. Sie hätten auch genauso einen Antrag ... Natürlich haben Sie das Recht, und das haben wir ja auch in der Diskussion mitgekriegt, das streite ich Ihnen auch gar nicht ab, aber ich habe gesagt, bewusst, hier wurde das Instrument so gewählt, damit Sie Ihren Stammtisch bedienen wollen, und das haben wir doch in Ihrer Multimedia-Aufzeichnung hier eindeutig gesehen. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und Noah Böhringer, FDP)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

(Torsten Renz, CDU: Ich glaub, das stimmt.)

Das Wort hat jetzt für die Fraktion Die Linke die Fraktionsvorsitzende Frau Rösler.

Jeannine Rösler, Die Linke: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die AfD inszeniert sich einmal mehr als Anwältin, vermeintliche Anwältin, von Leistung, Ordnung und schulischem Anspruch. Doch wer eben genauer hinsieht, erkennt schnell, es geht nicht nur um Mathematik, Physik oder Informatik, es geht darum, einen künstlichen Gegensatz aufzubauen zwischen Naturwissenschaften und politischer Bildung.

(Torsten Koplin, Die Linke: Genau!)

Und die Botschaft lautet eben nicht nur unterschwellig, Demokratiebildung sei weniger wichtig, politische Bildung sei Ideologie, Schule solle sich auf Rechnen, Formeln und Fakten beschränken. Nein, Bildung ist eben nicht eindimensional, das weiß eigentlich jedes Kind. Und wir sagen, wir brauchen starke Naturwissenschaften, aber wir brauchen genauso starke Demokratiebildung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Michael Noetzel, Die Linke: Richtig!)

Und, meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern steht keineswegs am Ende der Entwicklung, ganz im Gegenteil. Unser Land liegt in mehreren Bereichen vor Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen oder Hessen. Ja, wir gehören nicht zu den Spitzenreitern wie Sachsen oder Bayern in den MINT-Fächern. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen gelingt es aber, in zentralen Kompetenzbereichen stabiler abzuschneiden als eben manche finanzstärkeren Länder.

Und es ist auch klar, worauf die AfD hinauswill. Hier wird immer wieder auch auf sinkende Leistungskurse in den MINT-Fächern verwiesen, auf rückläufige Kurszahlen in Physik, Chemie oder Informatik, und es wird daraus die Behauptung konstruiert, das

Land habe Naturwissenschaften vernachlässigt. Doch diese Behauptung greift nicht, und darauf ist ja auch die Rede der Bildungsministerin durch die Justizministerin eingegangen, denn Leistungskurse entstehen eben nicht allein durch politische Entscheidungen, sie entstehen durch Schülerwahlen. Sie hängen auch von regionalen Schulgrößen ab, sie hängen ab von Lehrkräftekapazitäten.

Und die Herausforderungen, das wissen wir alle, die sind real, aber sie haben eben nichts mit Demokratiebildung zu tun. Es gibt keine wissenschaftliche Studie, die zeigt, dass politische Bildung mathematische Leistungen verschlechtert. Es gibt keine empirische Untersuchung, die belegt, dass Unterricht über Grundrechte, Verfassung oder gesellschaftliche Verantwortung Naturwissenschaften verdrängen würde. Und es gibt keinen Nachweis dafür, dass politische Bildung die Ursache sinkender PISA-Ergebnisse wäre.

Wer wissenschaftlich denken soll, der muss Quellen bewerten können. Wer Experimente auswertet, muss Belege prüfen können. Wer technische Innovationen entwickeln soll, muss auch gesellschaftliche Folgen reflektieren können. Und gerade in Zeiten von Künstlicher Intelligenz, Klimawandel, Energiewende und Digitalisierung brauchen wir keine Verengung von Bildung, sondern genau die Verbindung aus naturwissenschaftlicher Kompetenz und gesellschaftlicher Verantwortung.

Meine Damen und Herren, und wieder einmal behauptet die AfD, das Land unternehme eben nichts für die MINT-Förderung – eine Behauptung, die wie die meisten völlig an der Realität vorbeigeht. Das Bildungsministerium verfolgt seit Jahren zahlreiche Maßnahmen zur Förderung mathematisch-naturwissenschaftlicher Bildung. Es gibt die sogenannten MINTmachtage. Kitas, Horte und Grundschulen werden dazu eingeladen, naturwissenschaftliche Experimente und Projekte durchzuführen, und nicht zu vergessen, auch das ist schon angesprochen worden, die Stärkung der Kernfächer, insbesondere auch in Mathematik.

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD: Und warum
sind die Ergebnisse dann so schlecht?)

Darüber hinaus existieren in Mecklenburg-Vorpommern sogenannte MINT-freundliche Schulen und digitale Schulen. Naturwissenschaftliche Bildung findet eben nicht nur im Unterricht statt, sondern auch in Projekten, Wettbewerben und regionalen Kooperationen. Und wer MINT ernst nimmt, darf Naturwissenschaften nicht gegen Demokratiebildung instrumentalisieren. Wir brauchen junge Menschen, die wissenschaftlich denken, und wir brauchen junge Menschen, die demokratisch handeln. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende!

Das Wort hat jetzt für die Gruppe der FDP Frau Becker-Hornickel.

(Die Abgeordnete Barbara Becker-Hornickel
verlässt den Plenarsaal. –
Unruhe im Präsidium –
Torsten Renz, CDU: Dann verschieben
wir mal. Die hat gerade ein Problem. –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU –
Beate Schlupp, CDU: Ist das die letzte? –
Torsten Renz, CDU: Im gegenseitigen
Einvernehmen.)

Ich habe aber auch leider keinen weiteren Redner mehr, deswegen kann ich auch nichts anderes tauschen jetzt.

(allgemeine Unruhe –
Nikolaus Kramer, AfD: Das ist leider so. –
Marc Reinhardt, CDU,
und Torsten Koplin, Die Linke:
Dann nehmen wir eine Auszeit. –
Nikolaus Kramer, AfD: Das kann sie doch auch

zu Protokoll geben. – Andreas Butzki, SPD:
Soll sie zu Protokoll geben. –
David Wulff, FDP: Geben wir zu Protokoll. –
Michael Noetzel, Die Linke: Wo ist sie denn?)

Soeben ist der Antrag gestellt worden, dass die Rede der Abgeordneten zu Protokoll gegeben wird. Gibt es dagegen Widerspruch? – Ich sehe und höre, das ist nicht der Fall, dann ist das so beschlossen und die Rede wird zu Protokoll gegeben.

Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23**: ...

(Präsidentin Birgit Hesse)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern stärken – Für Schutz, Vertrauen und innere Sicherheit, Drucksache 8/6591. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 8/6631 vor.

Antrag der Fraktion der CDU
Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern
stärken – Für Schutz, Vertrauen
und innere Sicherheit
– Drucksache 8/6591 –

Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 8/6631 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der CDU Frau von Allwörden.

Ann Christin von Allwörden, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir heute über die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern sprechen, dann sprechen wir über das Fundament unseres Rechtsstaates. Wir sprechen über die Frauen und Männer, die rund um die Uhr für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sorgen, wir sprechen über Menschen, die einschreiten, wenn andere wegschauen, und wir sprechen über Menschen, die in den vergangenen Jahren immer mehr Aufgaben übernehmen mussten, oft unter immer schwierigeren Bedingungen.

Genau deshalb haben wir diesen Antrag heute wiederholt eingebracht, denn die Landespolizei in Mecklenburg-Vorpommern steht unter Druck, und der Druck wächst. Die Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte nimmt zu. Beleidigungen, Bedrohungen und tätliche Angriffe gehören für viele Einsatzkräfte inzwischen zum Alltag und wir können der Presse mittlerweile fast jeden Tag neue Berichte in dieser Richtung entnehmen. Wer unsere Polizei angreift, der greift unseren Rechtsstaat an.

Doch die Herausforderungen gehen weit darüber hinaus. Neben der klassischen Kriminalitätsbekämpfung binden Extremismus, Demonstrationseinsätze, Großlagen und Cyberkriminalität immer mehr Personal und Ressourcen. Hinzu kommen Verwaltungsaufgaben, Dokumentationspflichten und bürokratische Belastungen, die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte von ihrer eigentlichen Arbeit, nämlich der, für Sicherheit zu sorgen, abhalten. Gleichzeitig leiden viele Dienststellen seit Jahren unter Personalmangel und offene Stellen bleiben zu lange unbesetzt. Erfahrene Beamte verlassen den Dienst, die Nachwuchsgewinnung wird schwieriger. Überstunden wachsen an und Belastungen nehmen zu.

Besonders deutlich traten die Versäumnisse zutage bei dem Hackerangriff auf die Diensthandys der Landespolizei. Dieser Vorfall war mehr als ein technisches Problem. Er hat offengelegt, dass es erhebliche Schwächen bei der digitalen Infrastruktur und beim Krisenmanagement des Innenministeriums gibt.

Sehr geehrte Damen und Herren, unser Antrag spricht noch ein weiteres Problem an, ein entscheidendes, ein Problem, das Vertrauen beschädigt hat, und das sind die Vorgänge rund um die sogenannte Turbobeförderung. Es geht dabei nicht um parteipolitische Empörung, es geht um das Leistungsprinzip. Es geht um die Frage, ob Beförderungen nach Eignung, Befähigung und Leistung erfolgen.

(Horst Förster, AfD: Sollten.)

Wenn Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte daran zweifeln, dann entsteht ein erhebliches Vertrauensproblem. Deshalb beschränken wir uns nicht auf Kritik. Wir fordern ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Stärkung der Landespolizei. Wir fordern seit Jahren die schnelle Besetzung offener Stellen. Und da reicht es auch nicht, wenn Innenminister Pegel sagt, in der letzten Legislatur hätte das CDU-geführte Innenministerium auch nicht alle Stellen besetzen können. Die Landesregierung Schwesig ist in Begleitung der Linken angetreten, mit dem Versprechen an die Bevölkerung, alles besser machen zu können als mit der CDU-Fraktion. Gezeigt haben sie bisher in dieser Richtung überhaupt keinen Ansatz, im Gegenteil.

Wir fordern zusätzliche Stellen, insbesondere bei der Bekämpfung von Cyberkriminalität und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, mehr Polizeianwärter und zusätzliche Studienplätze. Wir fordern moderne Ausrüstung, bessere Trainingsmöglichkeiten und eine zeitgemäße technische Ausstattung. Wir fordern bessere IT-Sicherheit und weniger Bürokratie und eine bessere psychologische Betreuung nach belastenden Einsätzen. Und – und das ist ein ganz entscheidender Punkt – wir fordern eine klare politische Rückendeckung für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten unseres Landes.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU,
Horst Förster, AfD, und Noah Böhringer, FDP)

Meine Damen und Herren, denn die Polizei hat kein Motivationsproblem und auch kein Leistungsproblem, die Polizei unseres Landes hat ein Unterstützungsproblem. Und genau deshalb braucht unsere Polizei jetzt ein klares Bekenntnis dazu, was uns unsere Sicherheit wert ist – nicht irgendwann, sondern jetzt. Und ich werde deshalb auch nicht müde, dies immer wieder zu fordern: ACVA – Alle Cops verdienen Anerkennung! – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und der Gruppe der FDP)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 38 Minuten vorgesehen. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zusätzliche Redezeit gemäß Paragraf 84 Absatz 1a unserer Geschäftsordnung angemeldet. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung der Innenminister Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube ja, dass, wenn man eine Diskussion darüber führt, wo

man hin will, es immer gut ist zu schauen, wo kommen wir eigentlich her, wo stehen wir aktuell.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Meine Damen und Herren, die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik 2025: 103.901 Straftaten, die ausgewiesen sind, gleiche PKS 2001 184.000 Straftaten. Um ein Gefühl zu geben – wir kommen von 184.000 vor 25 Jahren –, niedrigste Kriminalitätsbelastung, die wir in einer Polizeilichen Kriminalitätsstatistik seit der Wiedervereinigung in Mecklenburg-Vorpommern festgestellt haben, 2025 103.901. Und um mal einen Gegenwert zu setzen, der mich immer noch deutlich mitnimmt, 1993 hatten wir allein, allein Diebstahlsdelikte 181.400.

(Michael Noetzel, Die Linke: Was?!)

Wir hatten also fast 80.000 nur Diebstähle –

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

da sind noch keine anderen Straftaten dabei – mehr als an Gesamtzahl an Straftaten 2025.

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

So viel also mal an einem Punkt angeknüpft bei der Überschrift, alles ist schlimmer, schrecklicher und böser als je zuvor – 2025 die geringste PKS-Straftatenfeststellung,

(Horst Förster, AfD: Das sind die Zahlen.
Was ist die Wirklichkeit?)

im Jahr 2025 seit 1991.

(Horst Förster, AfD: Was die Leute bewegt.)

Ich freue mich sehr über weitere Beiträge. Es geht ja darum, an welcher Stelle stehen wir, wie katastrophal ist die Situation: Sie ist die beste unter dieser MV-Koalition seit der Wiedervereinigung, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Wenn Sie in die gleiche Statistik schauen, wird ebenfalls die Aufklärungsquote wiedergegeben. Die Aufklärungsquote ist seit vielen Jahren fünf bis sechs Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Auch da wieder die Frage, wie schlimm, wie katastrophal geht es unserer Polizei: Sie schafft mit dem, was sie an Personal, an Ressourcen, an Begeisterung, an Engagement zeigt, fünf bis sechs Prozentpunkte bessere Aufklärungsquoten als der Bundesdurchschnitt.

Meine Damen und Herren, die Frage bleibt also, ist das, was die CDU hier versucht zu zeichnen aus parteipolitischen Wahlkampfgründen,

(Nikolaus Kramer, AfD: Ja.)

es gäbe eine Trümmertruppe Polizei,

(Heiterkeit bei Ann Christin von Allwörden, CDU)

ist das das, was sich an dieser Stelle in den entsprechenden Leistungsparametern, die diese großartige Landespolizei zeigt, sich abbildet?

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Nein, ganz im Gegenteil,

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

sie zeigt sich leistungsstark und sie zeigt bessere Werte, Höchstwerte, gemessen an vielen anderen Jahren und Bundesländern.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Meine Damen und Herren, die Landespolizei, wie stellt sie sich dar? Sie ist deutlich verjüngt – ja, selbstverständlich, viele sind in den Ruhestand gegangen –, sie zeigt sich deutlich verjüngt, gemessen an dem Durchschnitt der letzten 20 Jahre. Sie ist hoch motiviert. Da würde ich Ihnen deutlich widersprechen.

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Das habe ich gerade gesagt, Herr Pegel.)

Ich erlebe eine Vielzahl von motivierten Kolleginnen und Kollegen

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Ich habe
gesagt, die Polizei hat kein Motivationsproblem
und auch kein Leistungsproblem,
sie hat ein Unterstützungsproblem.)

und sie bilden sich seit Jahren so viel aus wie seit anderthalb Jahrzehnten nicht.

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Sie müssen auch zuhören.)

Wir bilden so viel aus

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

wie seit anderthalb Jahrzehnten nicht. Wir investieren kontinuierlich in Ausstattung und Ausrüstung. Aber ja, wir haben in der Tat, vor allen Dingen bei Angriffen auf Polizeivollzugsbeamte, einen – leider – Höchstwert.

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Ja.)

Wir wachsen seit vielen, vielen Jahren hoch. Wir wachsen hoch. Der Respekt gegenüber öffentlichen Kräften nimmt insgesamt ab. Und die Kolleginnen und Kollegen im Polizeivollzugsdienst spüren das als allererster Ansprechpartner des Staates gegenüber den Menschen leider besonders deutlich. Und auch ja, wir spüren, dass Veranstaltungen und Großlagen zunehmen. Wir kommen von 2022 von 7.500 und sind im vergangenen Jahr bei gut 9.300 gewesen. Ja, diese Lagen nehmen zu.

Und Sie haben recht, wir brauchen dafür gut ausgebildete und ausgestattete Polizeivollzugsbeamte.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Wir bilden im Übrigen für Verwaltungskräfte mit 175 Planstellen pro Jahr aus. Die Kolleginnen und Kollegen schreiben mir – im Übrigen die gleichen, die auch schon unter meinen CDU-Vorgängerinnen und -Vorgängern im Amt gewesen sind –, schreiben mir deutlich auf, das reicht selbstverständlich aus.

Und wir gucken auf die Planstellen, die wir für die Polizeiausbildung haben. Auch da ist das Problem nicht, haben wir genug Stellen – der Beweis im Übrigen, vor einigen Jahren hatten wir mehr geeignete Bewerberinnen und Bewerber als Stellen, dann haben wir mit dem Finanzministerium nachgesteuert, das Finanzministerium steuert mit uns gerne bei Anwärterstellen nach, die sind nicht besonders kostenintensiv und die helfen uns, weil wir die ausgebildeten Kräfte brauchen –, sondern wir haben einen Mangel an hinreichend geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern.

Dann können wir Diskussionen führen, die Journalistinnen und Journalisten immer wieder mit mir führen, nämlich ob vielleicht unsere Ansprüche zu hoch sind. Und da kann ich dann auch nur sagen, wenn ich in die Fläche gehe und die Kolleginnen und Kollegen frage,

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

mein Eindruck wäre, nein, wir senken keine sportlichen Anforderungen, nein, wir senken nicht die Anforderungen, die wir in psychologischen Tests abfordern, nein, wir senken nicht die Anforderungen, die wir beim Deutschtest abfordern,

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

die im Übrigen der Mittlere-Reife-Prüfung im Fach Deutsch entsprechen. Das ist machbar. Ich habe selbst Realschulabschluss im Bereich Deutsch mitmachen dürfen. Ich glaube, das ist alles machbar. Also wenn ich in der Fläche frage, ist die Rückkopplung sehr klar, nein, bitte diese Standards nicht absenken. Warum?

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Weil wir im Zweifel mit den Kolleginnen und Kollegen die nächsten 40 Jahre gemeinsam Dienst tun wollen.

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Und wenn wir gemeinsam Dienst tun, wollen wir uns darauf verlassen, also wer mit 18 oder 19 die Zeitvorgabe über 5.000 Meter nicht schafft, höre ich dann immer leichte Bedenken heraus, was passiert beim gleichen Kollegen, wenn wir mit Anfang 50 zusammen auf dem Wagen sitzen und uns aufeinander verlassen müssen.

Also Ziel bleibt selbstverständlich, mehr Menschen in die Ausbildung zu bekommen, aber es gehört auch dazu, es scheitert nicht an Anwärterstellen, sondern insgesamt. Die demografische Veränderung geht auch an uns nicht vorbei.

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Wir haben im Übrigen weiterhin vierstellige Bewerberzahlen pro Jahr. Das würden sich viele, kann ich selbst als Privatwirtschaftler sagen, in der Näherung wünschen. Da sind viele private Unternehmen meilenweit von weg. Aber noch einmal, es werden entsprechende Leistungstests abgenommen, und es bleiben dann, wenn wir gut sind, die Zahlen übrig, die wir als Stellen haben.

Und deshalb haben wir uns im Übrigen auch sukzessive den 6.000 angenähert. Sie können ja gerne Beschwerde führen und sagen, wir wären gerne weiter. Ja, das wären wir alle miteinander, aber Sie haben zuallererst den Altersabgangsverlust auszugleichen, der liegt in den letzten Jahren zwischen 170, 180, 190. Und Sie kommen dann mit denen, die wir mehr ausbilden, in das Plus. Und noch einmal, wir brauchen die geeigneten Bewerber, und die, die wir erreichen konnten, haben wir über Planstellen versucht abzubilden.

Sie wünschen sich mehr moderne Werbung. Ich glaube, da hat die Fachhochschule in den letzten Jahren extrem draufgelegt. Ich habe, als ich ins Haus kam, sehr früh darum gebeten, die Arbeit in den sozialen Medien nicht jedem einzelnen Revier, jeder einzelnen Inspektion, jedem einzelnen Präsidium zu überlassen. Wir haben die Sozialen-Medien-Arbeiten in einem großen Account fusioniert. Die Hochschule hat massiv zugelegt bei dem Thema. Sie hat großartige Arbeit gemacht, sie wird wahrgenommen und sie geht seit einigen Jahren ganz bewusst mit Bewerbungswerbungen raus. Sie ist also nicht nur in Güstrow anzutreffen, sondern hat sich jedes Jahr wenigstens zwei größere Städte des Landes vorgenommen. Sie geht dorthin und Sie können es in Bewerberzahlen sehen. Sie kriegen dann in einer Region auf einmal Bewerberinnen und Bewerber angesprochen, die Sie vorher offenbar nicht angesprochen bekommen haben.

Mein Ziel bleibt, in der Fläche möglichst viele Bewerber auch aus den östlichen und westlichen Bereichen zu haben, weil Sie am Ende des Tages, wenn die Polizeivollzugsbeamten ausgebildet sind, die ja in den jeweiligen Regionen brauchen. Es ist leichter, jemanden in die östliche oder westliche Region zu bringen, wenn er dort ursprünglich herkommt, als wenn alle aus der Mitte des Landes kommen. Auch an der Stelle hat die Hochschule also deutlich zugelegt.

Wir bieten Beamtinnen und Beamten die Verlängerung an, das nutzen im Durchschnitt circa 40 Kolleginnen und Kollegen im Jahr. Wir versuchen mit einer Dauerausschreibung, auch die gibt es seit drei Jahren, zu bewirken, dass die, die schon ausgebildet sind, aus verschiedensten Gründen hier und in anderen Ländern aus dem Dienst ausgeschieden sind, in den Dienst zurückkehren, aber damit

generieren wir zwei bis drei pro Jahr. Sie sehen aber, alle Schritte, die es an dieser Stelle gibt, haben wir vereint. Und ja, trotzdem bleibt es dabei, wir brauchen jedes Jahr den Zuwachs, damit wir irgendwann die knapp 6.200 erreichen.

Sie wissen, dass wir Seiteneinsteiger länger schon vor allem für die Spezialverwaltungen nehmen und holen. Sie wissen auch, dass wir Hilfsangebote für die entsprechende soziale Nachsorge haben, ein relativ oder ein schon im bundesweiten Vergleich gut vorzeigbares Hilfsangebot für die psychosoziale Nachbetreuung, und wir geben zwischenzeitlich im Haushalt ganz ausdrücklich für Supervision Geld aus. Wir geben leider weniger Geld aus, als wir hätten. Wir haben aber zumindest für gewisse Polizeibereiche die Verpflichtung sogar aufgegeben in den letzten zwei Jahren, also Kinderpornografie, diejenigen, die mit Tötungsdelikten zu tun haben, dass sie Supervision sogar zwingend wahrnehmen müssen.

Wir hatten im Haushalt mehr Geld, als wahrgenommen worden ist. Und auch da gehört dazu, dass wir Stück für Stück einen Kulturwandel brauchen, der solche Angebote ausnimmt. Ich werbe aber sehr dafür, dass den Vorwurf, die Landespolitik hat das nicht gewollt, der Haushalt, den Sie mit uns gemeinsam beschlossen haben, nicht abbildet, sondern Supervision ganz im Gegenteil deutlich genannt ist.

Wir sorgen mit guter Ausstattung genau dafür, dass die Polizei ihre Aufgaben möglichst gut wahrnehmen kann. Dieses Jahr werden die beiden Hubschrauber zulaufen, neue Polizeihubschrauber. Das Bootskonzept ist deutlich überarbeitet, die Boote sind in der Vergabe. Wenn Sie auf die stetige Fahrzeugbeschaffung schauen, führt das dazu, dass wir im Durchschnitt die zweitjüngste Fahrzeugflotte der bundesdeutschen Landespolizeien haben.

Wenn Sie auf das neue Vorgangsbearbeitungssystem schauen, das uns entsprechend deutlich nach vorne bringen will, sind wir in der Vorbereitung. Wenn Sie auf die Schießausbildung schauen, haben wir einen Weg, der nicht ganz einfach ist, keine Frage. Mit der Entscheidung, die angemieteten Schießstätten – nach den schweren Verwerfungen rund um den Schießplatz in Güstrow war das eine sehr klare Entscheidung 2021, die ich nicht rückgängig gemacht habe, weil ich sie für richtig halte –, es bleibt aber dabei, dass wir mit einem gewissen Aufwand eigene Schießstätten

schaffen, demnächst im Übrigen in Waldeck die dritte im Landeseigentum stehende, deren Bau begonnen wird. Bis dahin behelfen wir uns aber weiterhin mit Anmietung.

Eine langfristige Anmietung ist in Gehlsdorf. Ja, Gehlsdorf hat dann leider die Schwierigkeit gehabt, dass Gehlsdorf von einem Verein betrieben wird. Die entsprechenden Kugelfänge waren nicht für die Dienstwaffen der Polizei geeignet. Also haben wir jetzt einige Monate Schließzeit gehabt, die entsprechenden Kugelfänge sind jetzt nachgebessert worden. Aber wir haben einen langfristigen Mietvertrag. Ab Sommer können wir dann also unter den auch für Polizeibeamte möglichen Bedingungen dort hineingehen.

Wir haben die Bodycam relativ breit. Wir haben die persönliche Schutzausrüstung – im Übrigen über beide Legislaturen, gar keine Frage –

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

immer auf einem aktuellen Stand gehalten. Wir haben in der Tat mit mPol einen Rückschlag erlebt, gar keine Frage, ein hochgradig ärgerlicher Sachverhalt. Gleichwohl haben wir, nachdem ich mit knapp 400 oder 500 mPol-Handys in das Amt gekommen bin, ganz bewusst entschieden, dass wir weitere dreieinhalbtausend Geräte kaufen. Wir haben jede Kollegin und jeden Kollegen ausgestattet und wir werden auch wieder jede und jeden ausstatten.

Voraussetzung ist aber, dass das System einmal die Sicherheit bietet, die wir brauchen, um nicht neue Geräte ins Rennen zu bringen und erneut das gleiche Problem zu erleben, dann hätten wir keinen Zugewinn, sondern die Maßgabe muss sein – und die dürften wir zum Sommer erreicht haben –, dass wir jetzt eine Systemumgebung drumherum gebaut haben. Unsere Systeme haben wir im Mai noch einmal umfassend prüfen lassen, sodass, wenn wir jetzt neue Handys ins Spiel bringen, nicht in kürzester Zeit ein ähnlicher Angriffssachverhalt auftritt, sondern wir zwischenzeitlich sicher sein können, dass wir an der Stelle die Sicherheit gut im Griff haben und behalten.

Polizei ist und wird immer zukunftsfähiger. Wenn Sie schauen, mit dem K-Konzept – im Übrigen auch vor meiner Zeit begonnen, in meiner Zeit abgeschlossen – haben wir sowohl die Zuordnung der Kriminaldauerdienste und deren Qualitätssteigerung deutlich vorangebracht, wir haben die standardisierte Sachbearbeitung zwischenzeitlich eingeführt, sie ist in der Umsetzung, sie erleichtert und konzentriert Arbeit, wir haben mit der Onlinewache, die deutlich neu aufgesetzt ist, einen großen Sprung nach vorne gemacht, sie wird deutlich besser angenommen, und wir haben mit dem Y-Studiengang dafür Sorge getragen, dass diejenigen, die in erster Linie eine kriminalpolizeiliche Ausbildung wollen, auch das können und nicht ausschließlich in Mecklenburg-Vorpommern schutzpolizeiliche Ausbildung wahrnehmen können.

Wir haben mit dem Prozess „Polizei 2030“ einen Prozess begonnen, bei dem klar wird, in welche Richtung sich Polizei entwickeln kann. Wir nehmen die Kolleginnen und Kollegen an der Stelle deutlich mit. Und auch da wird deutlich, wir stellen dabei Digitalisierung neben die Reviere und nicht anstatt der Reviere. Wir werden die Reviere in der Fläche brauchen und aufrechterhalten.

Und wir haben das Digitalisierungsprojekt 2020, das bundesweit Polizei unter der Überschrift „Einer für alle“ in der Digitalisierung weiterentwickelt, zu gut Deutsch, nicht mehr jede Polizei macht ihres, relativ teuer und für kleine Bundesländer wie uns kaum zu schaffen, sondern wir hängen uns an die großen gemeinsamen Entwicklungsprojekte. Software, Digitalisierung wird gemeinsam umgesetzt.

Und zu guter Letzt, wir haben deutliche Personalwechsel aus Altersgründen in den Führungsfunktionen in den letzten Monaten und Jahren gehabt. Wir haben einen neuen Inspekteur der Polizei, wir haben diverse Stellen, die dahinter liegen, die besoldungsmäßig darunter liegen, neu besetzt, das geht auch weiter. Und selbstverständlich werden dabei immer mal Streitigkeiten auftauchen, das bleibt gar nicht aus, wir kommen aber mit relativ guten zeitlichen Vorläufen in die jeweiligen Besetzungen hinein.

Was bleibt als Fazit? Entgegen der Beschreibung, die Polizeiarbeit – natürlich im Spannungsverhältnis zwischen Digitalisierung, Technik und direkten zwischenmenschlichen Kontakten – wird beides beantworten und tut das auch im

„Polizei 2030“-Konzept. Wir brauchen dafür, und das ist sehr klar, die Kolleginnen und Kollegen weiterhin auf der Straße – denen ich im Übrigen auf Knien dankbar bin für das, was sie dort leisten – und wir brauchen auch weiterhin neue Reviere. Ich weiß, dass mancher Bedenken hat, ob der Neubau von Revieren noch Sinn mache. Ich glaube, dass du weiterhin Reviere in der Fläche brauchst, dass du Anknüpfungspunkte brauchst und dass du Arbeitsbezugspunkte brauchst, dass wir weiterhin für die Menschen, die Polizei aufsuchen wollen, Ansprechpunkte brauchen, aber vor allen Dingen für die Kolleginnen und Kollegen dieses gebrauchen.

Im Übrigen zeigt sich mit der neuen Polizeistation in Schwerin, dass wir im Zweifel sogar einen Schritt weiter gehen. Und auch mit der Videoüberwachung auf dem Schweriner Marienplatz zeigt sich, dass wir in neue Technik investieren, genau, wie wir das landesweit tun.

Und ja, dafür braucht Polizei Rückhalt und sie braucht klare rechtliche Instrumente an die Hand. Und auch da hat die MV-Koalition sehr klar in dieser Legislatur ihre Prämissen durchgesetzt und umgesetzt. Wir haben das SOG, das Polizeigesetz, umfassend und im Übrigen mit breiter Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei novelliert. Wir haben den Praxisbezug deutlich in den Blick genommen und erhöht. Wir haben Erleichterungen vorgenommen, vor allen Dingen im Bereich des Datenschutzes. Wir haben mehr Rechtssicherheit gegeben. Wir haben bei häuslicher Gewalt die Frustrationselemente versucht zu reduzieren, indem die Kolleginnen und Kollegen auf neue Instrumente zurückgreifen können.

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Ja.)

Und wir haben die Drohnenabwehr rechtssicher im Gesetz abgebildet. Ich bin übrigens nicht sicher, ob Sie bei dem Gesetz zugestimmt haben. Ich glaube, Sie hatten sich enthalten. Gleichwohl ...

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Ja, aber die Drohnenabwehr, wollen Sie
mir jetzt doch nicht erzählen, dass ...)

Nein, nein, ich rede über das ganze Gesetz. Am Ende braucht die Polizei den Rückhalt,

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Jaja.)

und den hat sie genau aus dieser Koalition erhalten. Diese Koalition hat das Gesetz novelliert,

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und Die Linke –
Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

diese Koalition hat das Gesetz beschlossen, diese Koalition steht mit finanzieller Förderung zu all dem, was ich vorgestellt habe. Die Polizei hat einen klaren Rückhalt. Polizei bekommt ihren klaren Rückhalt. Und wenn ich auf den Revieren bin, höre ich auch nicht das Gegenteil, sondern durchaus, dass man sich unterstützt fühlt.

(Nikolaus Kramer, AfD: Was?!)

Ich habe vorgestellt, an welchen Punkten wir sehr klar Punkte gezeigt haben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Herr Minister, mir liegt noch eine Kurzintervention durch Herrn Kramer vor.

Minister Christian Pegel: Ach so, ich dachte, Herr Förster.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, vielen Dank!

Sehr geehrter Herr Minister, verzeihen Sie das Instrument der Kurzintervention! Ich wollte auf ein paar Dinge eingehen, die Sie hier in Ihrem Redebeitrag gegeben haben,

aber aufgrund meiner knappen Redezeit muss ich das jetzt in einer Kurzintervention machen. Aber es betrifft ja auch Sie und Ihre Äußerungen, nicht den Antrag. Von daher denke ich, dass das ein probates Mittel ist.

Sie sagten – und Sie feiern sich so ein bisschen dafür –, dass die Anzahl der Anzeigen bei Diebstahlsdelikten und insgesamt der Straftaten aufgrund der hervorragenden Arbeit der MV-Koalition zurückgegangen ist. Und da ist mir, da ist mir so ein bisschen,

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

also man kann natürlich ganz klar Zahlen darstellen, gar keine Frage, man darf aber dabei auch nicht vergessen die Hintergründe, wo das herkommen kann. Und da weiß ich, wir hatten Anfang der 90er zum Beispiel, weil Sie die Zahl nannten als Referenzgröße, hatten wir 400 bis 800 Polizeibeamte mehr im Land. Dann hatten wir, also ich kann mich auch noch an meine aktiven Dienstzeiten erinnern, so sonntags Tagschicht, montags Frühschicht, war immer nicht so angenehm, weil dann die Kleingärtner gekommen sind, Anzeigen wegen Sachbeschädigung abgegeben haben, weil die Hausmeister am Montag früh dann von den Schulen gekommen sind, und die sind zu den Revieren gekommen beziehungsweise haben 110 gewählt, da sind die Kollegen hingefahren, da wurde die Anzeige aufgenommen. Heute wird denen gesagt, geht mal bitte Montag bis Freitag während der Geschäftszeiten zum Anzeigendienst des Kriminalkommissariats. Und ich wage zu behaupten, dass da der eine oder andere sagt, na ja, gut, das ist jetzt so ein geringfügiger Schaden, da sehe ich von einer Strafanzeige ab. Also da sollte man möglicherweise das mit einer Hellfeld- und Dunkelfeldstudie doch mal ein bisschen näher beleuchten.

Und was Sie auch vergessen haben zu erwähnen, dass gerade jetzt aus dem Zeitraum 2025 natürlich sämtliche Straftaten nach dem BTMG weggefallen sind im Zusammenhang mit Cannabis, und also das kann, nach meinem Dafürhalten ist es einfach zu einfach, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

das ist die hervorragende Arbeit im Bereich der inneren Sicherheit der MV-Koalition.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Minister, möchten Sie darauf erwidern?

Minister Christian Pegel: Sehr gern, Frau Präsidentin!

Herr Abgeordneter, Fraktionsvorsitzender, erstens, in diese eine Falle würde ich selten tappen, weil sie mir auch widerstrebt. Ich würde nie behaupten, dass die MV-Koalition oder ich als Person genau diese Straftaten aufgeklärt haben. Ich habe mich dagegen gewehrt, so zu tun, als ob die Polizei völlig abgestürzt wäre in ihrer Leistungsfähigkeit, und gebe dafür Zahlen an die Hand.

Ich werde nicht jede einzelne Ihrer Argumentationsmöglichkeiten auskontern können, aber ich würde nur dafür werben, 181.400 nur Diebstahlsdelikte – nur Diebstahlsdelikte, da kommt alles andere noch obendrauf – gegen 104.000, insgesamt spricht vieles dafür, selbst wenn manches nicht zur Anzeige gebracht worden sein mag, dass sich die Situation in Deutschland, in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt über die letzten 35/36 Jahre deutlich verbessert hat, erstens,

(Horst Förster, AfD: Nee.)

und zweitens die Polizei weiterhin leistungsfähig ist. Wenn wir uns darauf einigen, reicht es mir vollkommen.

(Zurufe von Horst Förster, AfD, und
Ann Christin von Allwörden, CDU)

Ich habe dann hinten in der Tat bei Anschaffungen, bei Gesetzgebung gesagt, das haben wir in den letzten fünf Jahren gemacht. Bei allem anderen davor habe ich auch wiederholt gesagt, dass es Dinge gibt, die aus der Vergangenheit schon auch gewirkt haben. Ich gehöre nicht zu den Menschen, die permanent behaupten, alles bin nur ich. Aber ich wehre mich auch dagegen zu sagen, jetzt sind wir viereinhalb Jahre nicht dabei gewesen, jetzt muss alles eine Katastrophe sein. Nur die Abwehr habe ich geübt.

Und an der Stelle würde ich zumindest behaupten, dass die Straftatensituation, auch wenn weniger Beamte da sind, sich deutlich verbessert hat und zumindest Diebstahlsdelikte in der Regel trotzdem zur Anzeige gebracht würden.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Und die Onlinewache ist zwischenzeitlich eine ganz komfortable Möglichkeit. Sie wird zumindest sehr viel intensiver genutzt. Also auch da gibt es zwischenzeitlich, in Anführungszeichen, einen „kürzeren“ Weg zur Polizei, der vermutlich dazu führt, dass im Zweifel weniger Beamte, die Anzeigen direkt aufnehmen, zumindest teilkompensiert wird.

Mein Werbeblock bleibt, 180.000 nur Diebstähle gegen 104.000 alles zusammen spricht dafür, die Situation in Mecklenburg-Vorpommern ist deutlich sicherer geworden, und noch mal, über 35 Jahre,

(Horst Förster, AfD: Nee, das stimmt ja nicht.)

da spreche ich nicht von 5, sondern die gesamte Zeit. Und das ist die Leistung der Kolleginnen und Kollegen, auch da bin ich mit Sicherheit das mit Abstand kleinste Licht, gar keine Frage. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

(Unruhe bei Minister Christian Pegel
und Nikolaus Kramer, AfD)

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Berufskollegin! Damen und Herren Abgeordnete! Wer den aktuellen Antrag der CDU zur Stärkung der Landespolizei liest, erkennt sofort, aber auch sofort das durchsichtige Manöver.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Hier versucht die CDU-Fraktion, sich kurz vor der Wahl hastig von einer jahrelang selbst mitgetragenen verfehlten Sicherheitspolitik reinzuwaschen.

(Heiterkeit bei Ann Christin von Allwörden, CDU)

Sie prangern heute die SPD-geführte Innenpolitik an, doch Ihr Antrag blendet die wahren Ursachen der Belastungen unserer Polizei völlig aus. Es ist ein sicherheitspolitischer Offenbarungseid, der Ihre eigene Heuchelei der letzten Jahre dokumentiert, Damen und Herren von der CDU. Nun versuchen Sie noch mal, alles aus dem Topf Ihrer ehemaligen Identität als Law-and-Order-Partei, einige programmatische Restbestände zu reaktivieren, dabei saßen Sie selbst auch vor dieser Legislatur 14 Jahre ununterbrochen im Innenministerium dieses Landes, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Am Ende wird das Ganze aber nur für die politische Schaufensterauslage zusammengeschrieben. Die Lücken in Ihrem Antrag und in Ihrer politischen Glaubwürdigkeit sind eklatant. Sie fordern jetzt lautstark mehr Personal und besseren Schutz. Wo war denn Ihre Unterstützung, als wir von der AfD bereits im Jahr 2017 konkret 555 neue Polizeidienststellen gefordert haben – übrigens ein Wahlspruch Ihres damaligen Innenministers –,

(Zuruf von Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil unsere Polizisten schon damals unter einem Berg von 235.000 Überstunden zusammenbrachen?! Sie haben damals gekniffen. Und als wir in den Jahren 2020 und 2023 vehement die Einführung von Distanzelektroimpulsgeräten, den sogenannten Tasern, zur unabdingbaren Deeskalation und zum Eigenschutz der Beamten gefordert haben, sind Sie aus reiner Brandmauertaktik erneut umgefallen.

(Stephan J. Reuken, AfD: Hört, hört!)

Die Gewalt gegen Polizisten hat sich in den letzten Jahren nahezu verdoppelt, doch unsere Anträge wurden auch von Ihnen stets blockiert.

Sie greifen in Ihrem Papier den Skandal um die Turbobeförderung eines SPD-nahen Beamten auf, bei der das Leistungsprinzip mit Füßen getreten wurde, doch Ihre Lösungen, Damen und Herren der CDU, bleiben lediglich kosmetische Appelle.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Noch gravierender ist Ihre inhaltliche Feigheit bei der Kriminalitätsentwicklung. Sie beklagen eine Zunahme von Gewalt, Extremismus und Großlagen. Doch Sie trauen sich aus reiner politischer Korrektheit nicht, die mitunter entscheidenden Treiber dieser Entwicklung beim Namen zu nennen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die unkontrollierte Massenmigration,

(Michael Noetzel, Die Linke: Bingo!)

ausländische Straftäter und eine importierte Gewaltkultur

(Heiterkeit bei Beatrix Hegenkötter, SPD)

bringen unsere Beamten an die absolute Belastungsgrenze.

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Wir erleben immer mehr Einsätze rund um Asylbewerberunterkünfte

(Martin Schmidt, AfD: Herr Noetzel ist lustig.)

und angespannte Lagen an Kriminalitätshotspots wie in Schwerin oder Rostock oder auch den technischen und personellen Mehrbedarf bei den Grenzkontrollen. Seit Langem fordert die AfD stationäre Grenzkontrollen, um endlich zu wissen, wer überhaupt in unser Land kommt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Offene Grenzen, offene Grenzen bürden unserer Polizei Lasten auf, die sie kaum noch tragen kann.

Ebenso fordern wir ein Ende dieser migrationspolitischen Vertuschung. Die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik muss Ausländerkriminalität bis auf Landkreisebene schonungslos offenlegen. Und wir werden die doppelte Staatsangehörigkeit von Tatverdächtigen zwingend, meine Damen und Herren, zwingend erfassen. Wir werden ein spezielles LKA-Lagebild „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“ veröffentlichen, um Täter-Opfer-Verhältnisse aufzudecken. Ergänzt wird dies durch landesweite Dunkelfeldbefragungen, um das tatsächliche Unsicherheitsgefühl der Bürger zu ermitteln.

Für die Sicherheit auf unseren Straßen gründen wir zudem eine polizeiliche Taskforce gegen ausländische Straftäter. Nur so bekommen wir endlich ein realistisches kriminologisches Lagebild, mit dem die Polizei auch ihr Handeln und ihre Präventionsarbeit richtig austarieren kann. Ihre Politik der letzten Jahre, liebe CDU, war stets darauf ausgerichtet, der SPD hinterherzulaufen und die echten Konfliktthemen auszuklammern.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Wer die Kriminalität importiert und die Polizisten anschließend mit Bürokratie fesselt, dem nimmt man den plötzlichen Beschützerinstinkt nicht ab. Die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern braucht keine halbherzigen Anträge, sie braucht eine politische Führung,

(Heiterkeit bei Ann Christin von Allwörden, CDU)

die Ordnung durchsetzt, Straftäter konsequent abschiebt und den Beamten das Vertrauen entgegenbringt, das sie jeden Tag auf der Straße verdienen.

Daher auch unser Änderungsantrag. Mit selbigem wollen wir einen Punkt ergänzen, der für die Zukunft unserer Polizei von zentraler Bedeutung ist,

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

die Ausstattung der Fachhochschule Güstrow.

(Unruhe bei Ann Christin von Allwörden, CDU, und
Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung und auch die Antragstellerin, die CDU, betonen bei nahezu jeder Gelegenheit, wie wichtig zusätzliche Polizeibeamte für Mecklenburg-Vorpommern seien. Die Einstellungszahlen wurden erhöht, der Personalaufwuchs wird als Erfolg dargestellt und immer wieder wird von einer Stärkung der Polizei gesprochen. Doch mehr Polizeianwärter allein lösen keine Probleme. Entscheidend ist, unter welchen Bedingungen diese jungen Menschen ausgebildet werden. Gerade an der Fachhochschule Güstrow gibt es seit Jahren Hinweise auf Sanierungsbedarfe, Defizite bei der Infrastruktur und Herausforderungen bei der personellen Ausstattung. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an die Polizeiarbeit stetig. Moderne Kriminalitätsformen, Digitalisierung und die zunehmende Komplexität polizeilicher Einsätze verlangen eine Ausbildung auf höchstem Niveau.

(Zuruf von Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

Wer also mehr Polizei will, muss auch bereit sein, in die Ausbildung zu investieren. Es genügt nicht, immer neue Stellen auszuschreiben, während die Ausbildungsstätte mit den gleichen Problemen zu kämpfen hat, wenngleich ich gestehen muss, in den letzten Jahren ist viel passiert.

Deshalb fordern wir mit unserem Änderungsantrag, die Fachhochschule dauerhaft mit den erforderlichen Mitteln für Investitionen sowie Sach- und Personalausgaben auszustatten, denn die Qualität unserer Polizei beginnt nicht erst auf der Straße, sondern bereits in der Ausbildung. Innere Sicherheit, meine Damen und Herren, gibt es nicht zum Nulltarif. Wer gut ausgebildete Polizeibeamte haben will, muss auch für gute Ausbildungsbedingungen sorgen. Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu, dann haben Sie auch unsere Zustimmung für Ihren Antrag, ansonsten wird sich meine Fraktion enthalten. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion Die Linke Herr Noetzel.

Michael Noetzel, Die Linke: Ja, meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin, es steht mir natürlich nicht zu, in Ihre Sitzungsleitung einzugreifen, aber am liebsten würde ich Sie bitten, einmal kräftig die Glocke zu läuten. Das wäre eine schöne und passende Umrahmung für diesen Antrag und dann könnten wir alle gut hören, dass die CDU hiermit offiziell den Wahlkampf einläutet.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD
und Minister Christian Pegel)

Höher, schneller, weiter! Da werden Seiten gefüllt mit Allgemeinplätzen und Selbstverständlichkeiten, die besser in einem Wahlprogramm aufgehoben wären als hier im Landtag. Sorry, aber ich kann in keinem Punkt des Antrags erkennen, wie er die Polizei hier im Land konkret voranbringen soll.

(Stephan J. Reuken, AfD: Das
müsste doch in Ihrem Sinne sein.)

An nahezu alle Feststellungen und Forderungen können wir einen Haken machen. Es gehört zur tagtäglichen Arbeit der Koalitionsfraktionen und der Landesregierung, diese Punkte umzusetzen, die Bedingungen für die Landespolizei zu verbessern und sie für aktuelle Herausforderungen angemessen auszurüsten. Das passiert jeden Tag, und genau das macht diesen Antrag von vorne bis hinten einfach überflüssig und unbrauchbar. Es ist Kerngeschäft des Innenministeriums, und der Minister hat dazu ausgeführt, permanent zu prüfen, wie können die offenen Stellen in der Landespolizei besetzt werden, wie kann die Zahl der Anwärterinnen und Anwärter weiter erhöht werden, wie können Beamtinnen und Beamte im Einsatz besser geschützt werden, wozu auch die Nachsorge gehört, und wie kann und muss die Ausstattung und Infrastruktur der Polizei modernisiert werden.

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD –
Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Das ist täglich Brot dieser Landesregierung und das war das tägliche Brot der letzten Landesregierung, die vor genau denselben Herausforderungen stand. Und das kann man auch erkennen, wenn man nicht mit ideologisch schwarzgefärbten Scheuklappen durchs Leben läuft.

Meine Damen und Herren, in all diesen Maßnahmen, die der Minister genannt hat und die ich nicht alle wiederholen möchte, drückt sich auch die Wertschätzung und Anerkennung gegenüber den Bediensteten in der Landespolizei aus. Ich habe es bereits in mehreren Debatten gesagt und ich finde es einfach schäbig und für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft höchst problematisch, wenn Sie hier permanent versuchen, einen Keil zwischen die Landespolizei und den Dienstherrn zu treiben. Und ich frage Sie ganz direkt: Wem ist damit geholfen, wenn Sie permanent Misstrauen säen?

(Beifall vonseiten der Fraktion Die Linke –
Zuruf von Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

Die Stimmung unter den Beamtinnen und Beamten ist angesichts der Herausforderungen sicher auch angespannt. Sie sollten sich fragen, auf wessen Konto zahlt diese Taktik ein. Ich halte es für einen fahrlässigen Ansatz und einen untauglichen Versuch, in der Wählergunst zu steigen.

Und Sie machen es hier in diesem Antrag wieder. Da muss mal wieder der Vorgang um die Beförderung aus dem letzten Jahr herhalten, ein Vorgang, aus dem Sie mal ganz nebenbei im Antrag „Vorgänge“ machen und der transparent aufgearbeitet wurde und aus dem vor allen Dingen Konsequenzen gezogen wurden.

Und ich nehme zudem ganz stark an, ein zweiter Punkt, das haben Sie ja auch gesagt, dass der Hackerangriff auf die Server der Landespolizei auch nicht durch die Personalie Christian Pegel an der Spitze des Ministeriums ausgelöst wurde. Auch hier wurde aufgearbeitet, transparent und aus meiner Sicht auch schonungslos, sowohl was die Problemanalyse als auch die Schadensbehebung angeht, und insbesondere ganz genau hingeguckt wird, wie können wir hier in Zukunft sicher umgehen.

Aber ganz ehrlich, wenn das als handfeste Kritik übrig bleibt, kann die Bilanz nicht so schlecht sein, und da bringt es auch nichts, wenn Ihr Fraktionsvorsitzender Herr Peters in dem Vorgang um die Beförderung den größten Skandal in der Geschichte des Innenministeriums wittern will, wie er es hier im Landtag machte, was ich übrigens für eine steile These eines Parteikollegen von Lorenz Caffier halte, der sich als Innenminister eine Waffe aus dem „Nordkreuz“-Umfeld schenken ließ

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

und darüber gestolpert ist.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Ann Christin von Allwörden, CDU,

und Sebastian Ehlers, CDU:
Er hat die Konsequenz gezogen.)

Ein Stück weit liest sich dieser Antrag auch wie die Bilanz aus zuvor 15 Jahren CDU-geführtem Innenministerium: viele Worte, hehre Absichten, wenig Konkretes. Da wurden in der Vergangenheit unter anderem immer höhere Zahlen in den Raum geschmissen, ohne einen Plan zu haben, wie diese überhaupt erreicht werden sollen. Und ich könnte hier auch natürlich wie neulich in der Podiumsdiskussion mit der Zielmarke von 10.000 Polizistinnen und Polizisten hausieren gehen. Die Kolleginnen und Kollegen würde es vielleicht auch freuen, aber seriös ist das nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion Die Linke
und Martina Tegtmeier, SPD)

Und das unterscheidet uns voneinander, das unterscheidet die CDU von der rot-roten Regierungskoalition.

Meine Damen und Herren, wir haben uns zum Pakt für Sicherheit bekannt und machen das weiterhin. Wir halten an den vereinbarten 6.200 Stellen fest, obwohl uns bewusst war, dass wir daran scheitern können, weil wir aber diese Zahl für richtig, realistisch und langfristig erreichbar halten. Wir haben die Fachhochschule in Güstrow weiterentwickelt und modernisieren sie, um die Ausbildung attraktiver zu machen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir haben den Y-Studiengang eingeführt, um das Berufsbild des Kripobeamten zu schärfen. Zur Gesunderhaltung haben wir das Angebot für Supervision ausgebaut. Wir haben, Sie hören es, zwei neue funktionalere Hubschrauber bestellt, die ankommen. Wir bauen endlich die Schießanlage in Waldeck. Wir haben das SOG modernisiert und geben damit Beamtinnen und Beamten die Mittel und Möglichkeiten, die sie brauchen, um aktuellen Gefahren zu begegnen, und mit der Drohnenabwehr gehen wir auch ein ganzes Stück weit vorweg in Deutschland.

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

Und ab diesem Jahr wird der Startschuss für den Bau von mehreren neuen Polizeirevieren gegeben.

(Heiterkeit und Zuruf von
Ann Christin von Allwörden, CDU)

Das sind nur einige Beispiele, wie wir die Landespolizei „für Schutz, Vertrauen und innere Sicherheit“ stärken, wie es in Ihrem Titel des Antrages so schön heißt. Der Antrag selbst bringt uns und auch die Polizei in MV leider kein Stück weiter. Wir werden ihn ablehnen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Fraktionsvorsitzende Frau Oehlrich.

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg/-innen!

Auf jeden Fall, Herr Kollege Noetzel, wenn hier drei Monate vor einer Landtagswahl ein Antrag mit der Überschrift „Landespolizei stärken“ eingebracht wird, dann ist die heiße Phase des Wahlkampfs nicht mehr weit. Die CDU möchte zeigen, dass sie für eine starke Polizei steht. Das überrascht erst mal nicht. Überrascht hat mich allerdings, wie viele Punkte in diesem Antrag meine Fraktion tatsächlich mittragen kann,

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD: He! –
Torsten Renz, CDU: Das überrascht
uns wiederum nicht.)

denn normalerweise liegen CDU und Bündnisgrüne in der Innenpolitik weit auseinander.

(Zuruf von Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke –
Heiterkeit bei Jeannine Rösler, Die Linke)

Gerade deshalb lohnt sich auch ein genauer Blick in den Antragstext.

(Torsten Koplin, Die Linke: Na,
wer hat dich denn da getroffen?)

Die CDU spricht von einer starken Polizei. Wir Bündnisgrünen sprechen von einer modernen Polizei, und eine moderne Polizei entsteht nicht durch markige Überschriften, sondern durch gute Arbeitsbedingungen,

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

ein zeitgemäßes Aufgabenverständnis, funktionierende Technik, ausreichend Personal, eine echte Fehlerkultur und durch Vertrauen in die Polizeiführung. Die jüngste Beförderungsaffäre im Innenministerium hat eben dieses Vertrauen beschädigt. Bei Spitzenpositionen darf niemals der Eindruck entstehen, politische Nähe könnte wichtiger sein als fachliche Eignung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Noah Böhringer, FDP –
Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

Polizeibeamt/-innen und Bürger/-innen müssen darauf vertrauen können, dass Ämter nach Eignung, Befähigung und Leistung vergeben werden.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Zugleich sollten wir aber ganz klar die Dimensionen vor Augen haben. Für den Alltag der Polizeibeamt/-innen unseres Landes war dies sicher nicht die größte

Herausforderung, aber eine völlig unnötige, hausgemachte Vertrauenskrise. Dabei darf eines nicht in den Hintergrund geraten, die Arbeit der vielen Beschäftigten der Landespolizei verdient unsere Anerkennung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Gruppe der FDP)

Sie sorgen Tag für Tag dafür, dass Menschen Hilfe bekommen, Gefahren abgewehrt werden und unser Rechtsstaat funktioniert.

Positiv hervorheben möchte ich, dass die CDU in ihrem Antrag eben diese Anerkennung ausdrücklich auf die „rechtmäßige … Dienstausübung“ bezieht, denn die Polizei verdient Rückendeckung, aber keinen Blankoscheck. Die Stärke des Rechtsstaats liegt in der Bindung der Staatsgewalt an Recht und Gesetz.

Ebenso wenig dürfen wir aber ignorieren, dass Polizeibeamt/-innen zunehmend tätlichen Angriffen ausgesetzt sind. Die Verrohung gesellschaftlicher Debatten und die steigende Aggressivität gegenüber staatlichen Institutionen treffen auch diejenigen, die täglich für unsere Sicherheit unterwegs sind. Die CDU spricht in ihrem Antrag allgemein von Extremismus. Ich finde, man sollte die Dinge beim Namen nennen, die mit Abstand größte Bedrohung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung geht vom Rechtsextremismus aus.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Bingo! –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Und das zeigt sich bei uns im Land nicht nur bei der politisch motivierten Kriminalität insgesamt,

(Thore Stein, AfD: Sondern auch?)

sondern auch bei den Angriffen auf Polizeibeamt/-innen.

(Thore Stein, AfD: Ach, ich dachte, bei uns. –
Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

Das zeigen die Antworten der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen des Kollegen Noetzel, können Sie gerne nachlesen.

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Liebe Kolleg/-innen, die Polizei braucht eine Ausstattung, die sie dazu befähigt, den Herausforderungen, vor denen sie tagtäglich steht, wirksam zu begegnen. Dazu gehört selbstverständlich ausreichend Personal.

(Nikolaus Kramer, AfD: War es nicht Ihr
innenpolitischer Sprecher in den 2010ern,
der die Polizei entwaffnen wollte?)

Wir sind uns alle einig, dass die Zielzahl von fast 6.200 Stellen erreicht werden muss. Und wir sehen alle, dass wir uns viel zu langsam da hinbewegen. Gleichzeitig wissen wir alle, dass es das eine Patentrezept nicht gibt. Eine moderne Polizei braucht attraktive Arbeitsbedingungen, planbare Arbeitszeiten, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine Organisationsstruktur, die Beschäftigte nicht unnötig belastet.

Wenn wir über strukturelle Probleme sprechen, sollten wir dabei ehrlich sein, diese Probleme sind nicht erst in den vergangenen fünf Jahren entstanden, sondern auch unter der Verantwortung von CDU-Innenministern. Entscheidend ist aber nicht, wer wann Verantwortung getragen hat, entscheidend ist, wie Probleme künftig gelöst werden.

Und besonders wichtig ist dabei aus unserer Sicht die digitale Ausstattung. Der Hackerangriff auf die Polizeidiensthandys steht symptomatisch – symptomatisch! – für den Istzustand. Der Innenminister ist vielleicht nicht persönlich dafür verantwortlich, dass Sicherheitslücken entstanden sind, er trägt aber Verantwortung dafür,

(Ann Christin von Allwörden, CDU: So ist es, ja.)

wie mit den Folgen umgegangen worden ist.

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Ja.)

Wenn Polizeidiensthandys über mehr als ein Jahr hinweg ausfallen, dann zeigt das erhebliche Defizite bei der IT-Infrastruktur und beim Krisenmanagement.

Liebe Kolleg/-innen, in der Vergangenheit erschallte oft der Ruf nach mehr Befugnissen und insgesamt nach mehr Härte, wenn die CDU vorgab, die Polizei stärken zu wollen. In dem uns heute vorliegenden Antrag geht es aber um bessere Arbeitsbedingungen, psychologische Unterstützung, Digitalisierung und IT-Sicherheit, also um Fragen, die eine moderne Polizei tatsächlich stärker machen. Deshalb werden wir dem Antrag der CDU auch zustimmen,

(Beifall Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nicht, weil wir jede Formulierung teilen. Gute Polizeipolitik sollte nicht daran gemessen werden, wie laut sie auftritt.

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

Gute Polizeipolitik muss daran gemessen werden, ob sie am Ende die tatsächlich bestehenden Probleme löst, und dafür enthält dieser Antrag die richtigen Ansätze. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Gruppe der FDP und
Sandy van Baal, fraktionslos)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Mucha.

Ralf Mucha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte oder möchte auch meine Rede mit einigen Zahlen beginnen, obwohl der Innenminister das ja schon relativ ausführlich gemacht hat. Ich werde versuchen, Schießhallen, Hubschrauber und andere Sachen in meiner Rede wegzulassen und nicht zu erwähnen. Aber die Zahlen sprechen für sich, deshalb möchte ich sie tatsächlich noch mal erwähnen.

Im Jahr 2025 wurden in Mecklenburg-Vorpommern 103.900 Straftaten registriert. Das sind 4.643 Fälle weniger als im Vorjahr. Die Aufklärungsquote unserer Landespolizei liegt bei 63,3 Prozent und damit über dem Bundesdurchschnitt. Bei den Straftaten gegen das Leben wurden 45 Fälle registriert, 2 weniger als im Jahr zuvor. Die Aufklärungsquote liegt hier bei 84,4 Prozent, bei Morddelikten beträgt sie sogar 100 Prozent. Auch im Bereich der Diebstahlsdelikte ist im Jahr 2025 ein Rückgang zu verzeichnen. Diese Zahlen stammen aus der aktuellen Polizeilichen Kriminalstatistik von 2025.

Und ja, meine Damen und Herren, auch wenn es einzelne Deliktbereiche gibt, die Anlass zur Sorge geben, bestätigen die vorliegenden Daten insgesamt einen langfristigen Trend: Entgegen der oft verbreiteten Wahrnehmung geht die Kriminalität in Mecklenburg-Vorpommern seit vielen Jahren kontinuierlich zurück. Unser Bundesland wird statistisch betrachtet sicherer.

Diese Entwicklung ist kein Zufall, sie ist vor allem das Verdienst der Frauen und Männer unserer Landespolizeien, die täglich unter anspruchsvollen Bedingungen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sorgen. Angesichts wachsender Herausforderungen von der Cyberkriminalität über Extremismus bis hin zu internationalen Sicherheitslagen leisten unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten eine hervorragende Arbeit. Dafür verdienen sie unseren Respekt, unsere Anerkennung und unsere Unterstützung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke, Nikolaus Kramer, AfD, und
Barbara Becker-Hornickel, FDP)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Leistungen unserer Sicherheitskräfte zeigen zugleich, dass sich die Landespolizei keineswegs in dem alarmierenden Zustand befindet, den der vorliegende Antrag suggeriert. Selbstverständlich verändern sich die Anforderungen an die Polizei. Gesellschaftliche Entwicklungen, technologische Veränderungen und neue Kriminalitätsformen erfordern eine kontinuierliche Anpassung von Strukturen und Arbeitsweisen. Das betrifft nicht nur die Polizei, sondern nahezu alle Bereiche unseres Gemeinwesens.

Genau deshalb hat die Landesregierung die Strategie „Polizei 2030“ auf den Weg gebracht. Ziel ist eine umfassende Modernisierung der Landespolizei. Dazu gehören eine verstärkte Digitalisierung moderner Arbeits- und Einsatzstrukturen, neue Präsenz- und Streifenkonzepte sowie die kontinuierliche Weiterentwicklung der unterschiedlichen Polizeibereiche. Viele der Forderungen, die im Antrag erhoben werden, befinden sich bereits in der Umsetzung oder sind Bestandteil dieser langfristigen Strategie.

Entscheidend ist daher nicht die Verabschiedung immer neuer Maßnahmenkataloge, sondern die konsequente und finanzierbare Umsetzung der bereits eingeleiteten Reformen. Dazu gehören Investitionen in moderne Ausstattung und Infrastruktur, die Stärkung bestehender Strukturen, die Verbesserung rechtlicher Rahmenbedingungen sowie die weitere Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufs, um qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen und dauerhaft zu halten. All dies wird von der Landesregierung Schritt für Schritt und mit der notwendigen Ernsthaftigkeit vorangetrieben.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Organisation von der Größe unserer Landespolizei oder des Innenministeriums wird immer wieder mit Herausforderungen konfrontiert sein. Dazu gehören technische Probleme, Sicherheitsvorfälle oder auch Fehlentscheidungen im Einzelfall. Der

Cyberangriff auf die Diensthandys im vergangenen Jahr oder andere kritische Ereignisse haben gezeigt, dass solche Situationen auftreten können. Entscheidend ist jedoch nicht, ob Herausforderungen entstehen, sondern wie auf diese reagiert wird.

Und hier hat die Landesregierung Verantwortung übernommen. Probleme wurden aufgearbeitet, Verantwortlichkeiten benannt und notwendige Konsequenzen gezogen. Die Behauptung der Opposition, das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden sei dadurch nachhaltig erschüttert worden, findet in den Fakten keine ausreichende Grundlage. Vielmehr haben die zuständigen Stellen gezeigt, dass funktionierende Kontroll- und Verantwortungsstrukturen vorhanden sind und greifen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Das Vertrauen innerhalb der Polizei,
habe ich gesagt, nicht Vertrauen
gegenüber den Sicherheitsbehörden.
Das ist ein Unterschied.)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Lieber Ralf!)

Die Sicherheit, liebe Ann Christin, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Sie gelingt nur, wenn Politik, Sicherheitsbehörden und Gesellschaft gemeinsam Verantwortung übernehmen. Pauschale Angriffe auf die für die innere Sicherheit zuständigen Institutionen helfen dabei nicht. Sie schwächen vielmehr das Vertrauen in diejenigen, die täglich für unseren Schutz arbeiten. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam daran arbeiten, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unseren Rechtsstaat, in unsere Sicherheitsbehörden und in die Handlungsfähigkeit der Demokratie zu stärken. Aus diesem Grund lehnen wir den Antrag der CDU-Fraktion ab. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Gruppe der FDP der Abgeordnete Herr Wulff.

David Wulff, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Nach der Rede von dem Kollegen Mucha hätte ich eigentlich gedacht, Sie stimmen jetzt auch dem Antrag zu, aber vielleicht erleben wir doch in der letzten Plenarsitzung noch mal eine Überraschung.

Die Kernaufgaben des Staates sind Sicherheit, Bildung und Infrastruktur.

(Sandy van Baal, fraktionslos: Das ist korrekt.)

Und innere Sicherheit ist Kernaufgabe unseres Staates. Und Freiheit braucht Sicherheit und Sicherheit braucht einen handlungsfähigen Rechtsstaat. Unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten leisten jeden Tag einen Dienst, der anspruchsvoll, belastend und nicht selten auch gefährlich ist. Sie stehen bei Demonstrationen, Großlagen, Verkehrsunfällen, häuslicher Gewalt, Cyberkriminalität und Extremismus ganz vorne in der ersten Reihe. Über jeden einzelnen dieser Bereiche haben wir im Laufe der letzten fünf Jahre hier auch schon intensivst diskutiert. Sie setzen Recht durch, schützen Bürgerinnen und Bürger und halten den Staat im Alltag sichtbar handlungsfähig.

Und deshalb reicht es nicht, der Polizei bei feierlichen Anlässen einfach nur Dank auszusprechen. Wer Rückhalt verspricht, muss auch für vernünftige Arbeitsbedingungen sorgen. Und wenn der Innenminister dann als Replik auf diesen Antrag auf das SOG verweist, dann frage ich mich, warum denn in diesem SOG der größte Misstrauensbeweis mit der Kontrollquittung noch reinverhandelt wurde.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der AfD, CDU, der Gruppe der FDP

und Sandy van Baal, fraktionslos –
Sebastian Ehlers, CDU: Sehr richtig! –
Ann Christin von Allwörden, CDU:
Ich kann das beantworten.)

Aber noch mal zum Antrag der CDU. Im Feststellungsteil alles sauber, keine Frage. Im Forderungsteil, klar, kann man mitgehen, den finde ich aber auch ehrlicherweise hinreichend dünn, weil ich glaube, wir haben uns hier in dieser Wahlperiode sehr intensiv mit all diesen Bereichen beschäftigt und da hätten wir durchaus noch ein bisschen in die Tiefe gehen können. Ich denke, so ein „umfassendes Maßnahmenpaket“, das ist jetzt hinreichend vage, und alle offenen Stellen irgendwie schnell zu besetzen, da wissen wir, dass das jetzt nicht sofort funktioniert.

Aber gerade beim Thema „Zahl der Polizeianwärter deutlich erhöhen“, da waren wir auch gemeinsam in Güstrow, Fachhochschule, haben uns das ja auch angeguckt. Es geht ja nicht nur darum, die Anzahl der Anwärter vorne zu erhöhen. Das hat ja durch viele Maßnahmen, die wir ja auch hier immer wieder gefordert haben im Plenum, durchaus stellenweise funktioniert, aber dass am Ende auch die Leute durchhalten und mitmachen – das liegt auch an unserer Unterstützung, Wertschätzung personell/materiell an der Fachhochschule in Güstrow, wo die Polizeibeamten ausgebildet werden, und da haben wir noch deutlichen Nachholbedarf –,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

das haben wir nicht geschafft.

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Und auch bei der Ausstattung der Polizei – IT-Sicherheit, Cybersicherheit haben wir drüber gesprochen –, ja, dann schaffen wir lieber Drucker an für die Kontrollquittungen, anstatt endlich die Smartphones für die Polizeibeamten am Ende wieder nach vorne zu bringen. Und das ist doch die echte Wertschätzung, das sind so die Sachen, an denen wir uns abarbeiten müssen. Deswegen, ich hätte mir ein bisschen mehr Tiefe

gewünscht, aber wir stimmen natürlich zu, weil es inhaltlich das ist, was wir seit fünf Jahren beraten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und der Gruppe der FDP)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau van Baal.

Sandy van Baal, fraktionslos: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Innere Sicherheit, das hat Herr Wulff korrekt festgestellt, ist Kernaufgabe des Staates. Und der Staat soll sich meiner Meinung nach ja aus vielem raushalten, aber wenn es um den Schutz von Leib, Leben und Eigentum geht, dann bitte nicht. Das gehört zu seiner Hauptaufgabe.

Bevor ich mich hier vorne immer hinstelle und zu Anträgen spreche, nehme ich Kontakt auf mit Spezialisten oder mit Praktikern besser gesagt. Das habe ich jetzt auch gemacht. Ich habe mit einigen Polizeibeamten aus meinem Umfeld gesprochen, denen den Antrag vorgelegt, und die sagen, ja, dieser Antrag macht Sinn. Und wenn mir das die Praktiker von draußen bestätigen, stimme ich auch gerne diesem Antrag zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Heiterkeit bei Nikolaus Kramer, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau von Allwörden.

Ann Christin von Allwörden, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal bedanke ich mich recht herzlich für die

Debatte. Am Ende war sie ja nun doch sehr sachlich, muss ich sagen. Darüber freue ich mich auch sehr.

Ich steige mal ein an der Stelle, wo mein Puls eigentlich am höchsten geschlagen hat, das war bei Herrn Pegel.

(Heiterkeit und Unruhe
vonseiten der Fraktion der SPD)

Und ich muss mich zunächst auch einmal wirklich sehr wundern, wie unfassbar falsch man doch meine Rede verstehen kann. Das hätte ich also im Leben nicht gedacht, vor allen Dingen nicht von Ihnen, Herr Pegel. Und ich habe mit Sicherheit hier mit keinem Wort und auch nicht mit dem Antrag in irgendeiner Art und Weise unsere Landespolizei als eine Trümmertruppe dargestellt, im Leben nicht! Was ich hingegen habe, ist, die Landesregierung als eine solche Trümmertruppe darzustellen.

(Sebastian Ehlers, CDU: Sehr richtig!)

Das habe ich sehr wohl getan, und das, meine Damen und Herren, auch mit Recht.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Heiterkeit bei Beatrix Hegenkötter, SPD –
Beifall Sebastian Ehlers, CDU)

Ich möchte einmal, vielleicht einmal bündeln, und zwar ging es, kam der Vorwurf des Öfteren, dass der Antrag vielleicht nicht ausreichend genug sei und man hätte mehr in die Tiefe gehen können. Klar, ich habe mich, das kann man immer, man kann immer noch detaillierter in die Sache gehen, aber sind wir uns doch mal im Klaren, in den letzten fünf Jahren ist im Innenbereich, was die innere Sicherheit betrifft, rein gar nichts passiert, fünf Jahre lang nichts. Die Liste wäre so lang, dass ich sie gar nicht in einen Antrag packen kann.

(David Wulff, FDP: Papierverschwendung.)

Und das, was der Minister hier aufgeführt hat an Dingen, die geleistet wurden: Hubschrauber, Boote, Stellenaufwuchs, Bodycams, neue Waffen – haben Sie gar nicht gesagt, sage ich jetzt –, taktische, Westen, Schutzausrüstung, Y-Studiengänge, das waren alles nicht Sie, Herr Minister Pegel, das war die CDU,

(Rainer Albrecht, SPD: Oh ja, klar!)

und zwar maßgeblich, und das in der letzten Wahlperiode, als wir Verantwortung im Innenministerium übernommen haben. Und das gehört zur Wahrheit dazu und das bitte ich hier auch entsprechend anzuerkennen, denn das ist die Wahrheit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und das Nächste, was ich großartig finde, dann sprechen Sie vom SOG und dem großen Wurf. Also ein großer Wurf war das SOG jetzt nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der große Wurf, wenn man denn davon, also wenn man von einem großen Wurf sprechen kann und der wirklichen Novelle, dann war die in der letzten Legislatur,

(Elke-Annette Schmidt, Die Linke: Jaja, ist klar!)

da haben wir eine Menge gemacht.

(Elke-Annette Schmidt, Die Linke:
Das war alles in der letzten Legislatur.)

Und dann loben Sie sich auch noch, und das ist wirklich der Witz schlechthin, aber es ist ja schön, über die Drohnenabwehr, die im Gesetz steht. In Ihrem Gesetzentwurf, den Sie uns vorgelegt haben, stand überhaupt nichts von der Drohnenabwehr. Dann haben ich und meine Fraktion diesbezüglich so massiv Druck aufgebaut, dass Sie es

am Ende tatsächlich aufgenommen haben. Dafür bin ich Ihnen auch dankbar, Herr Pegel,

(Zuruf von Constanze Oehlrich,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber es gehört doch mal zur Ehrlichkeit dazu,

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)

das auch mal zu sagen, das waren nicht Sie.

(Beifall Christiane Berg, CDU)

Und dann stellt sich auch noch der Kollege Noetzel hierhin und wirbt dafür auch noch, dass die Drohnenabwehr drin ist. Die wollten es aber überhaupt gar nicht haben und haben dem Ganzen nur zugestimmt, weil diese unsägliche Kontrollquittung mit ins SOG gekommen ist. Dafür loben Sie sich hier. Da fällt mir nichts mehr zu ein!

(Zuruf von Elke-Annette Schmidt, Die Linke)

Ich finde es nur noch peinlich, nur noch peinlich.

Und als allerletzte Peinlichkeit stellen Sie sich dann alle geschlossen über die Regierungsfraktionen und die AfD hier hin und machen mir den Vorwurf, ich würde hier schlicht und ergreifend nur Wahlkampf betreiben.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Torsten Koplin, Die Linke: Nein! –
Zuruf von Dr. Sylva Rahm-Präger, SPD)

Ich mache hier seit zehn Jahren, Frau Rahm-Präger,

(Dr. Anna-Konstanze Schröder, SPD: Oh!)

seit zehn Jahren bespiele ich hier massiv die Politik der inneren Sicherheit. Ich mache hier eigentlich grundlegend gar nichts anderes.

(Rainer Albrecht, SPD: Oh!)

Den ganzen Tag beschäftige ich mich mit der inneren Sicherheit in unserem Land,

(Elke-Annette Schmidt, Die Linke: Da muss
man aber Zeit haben für ein Thema!)

und Sie werfen mir jetzt hier mit diesem Antrag, der die Kernprobleme in unserem Land der letzten fünf Jahre aufweist, Wahlkampf vor!

(Zuruf von Grit Schmelzer, SPD)

Ja, natürlich nutze ich das im Wahlkampf, ich wäre ja auch schön blöd, wenn nicht, aber ich tue es hier seit zehn Jahren. Und auch das gehört zur Wahrheit dazu, und da erwarte ich auch einfach mal, und das gehört zu einer vernünftigen, souveränen Politik auch dazu, dass man das einer Politikerin, die hier seit zehn Jahren nichts anderes macht, nicht vorwirft. Das ist unethisch und das ist wirklich nicht in Ordnung.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf aus dem Plenum: Mein Gott!)

Und, Herr Kramer, von Ihnen will ich gar nicht anfangen.

(Nikolaus Kramer, AfD: Dann lassen Sie es doch!)

Nee, ich muss,

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Doch,
fangen Sie mal an! Fangen Sie mal an!)

nee, ich muss kurz, ich habe im Grunde schon,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

kam ja, kam ja nicht viel.

(Zuruf von Thore Stein, AfD)

Dass Ihnen das natürlich nicht recht ist, dass wir das Thema als Law-and-Order-Partei hier spielen, ist mir klar,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

weil die AfD das so gerne sein will, ist mir schon klar.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Sie wollen die Law-and-Order-Partei sein.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Das Einzige, was Sie hier aber immer zustande kriegen, ist, die Themen auf bundespolitische Themen runterzubrechen, und das große Übel ist immer nur das Thema Migration. Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich, auch Sie sind ein Problem, und zwar, auch Sie sind ein Problem für die innere Sicherheit

(Heiterkeit und Zuruf von
Elke-Annette Schmidt, Die Linke)

und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, der flöten geht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Christian Winter, SPD –
Horst Förster, AfD: Jetzt übertreiben
Sie aber ein bisschen.)

Das ist Ihre Verantwortung, die Sie bisher getragen haben, für sonst gar nichts. So!

(Zurufe von Stephan J. Reuken, AfD,
und Martin Schmidt, AfD)

Frau Oehlrich, Ihnen möchte ich herzlich danken dafür. Wenn Ihr einziges Problem ist, dass Ihnen starke Polizei nicht so passt, kann ich mit leben, weil,

(Stephan J. Reuken, AfD: Frechheit! –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Sie haben es ja im Grunde auch gesagt, es geht um die moderne Ausrichtung der Polizei. Das habe ich auch so gemeint und das haben wir auch im Text noch, ich glaube, drei- oder viermal erwähnt. Es geht tatsächlich darum, eine Polizei zukunftsfähig, modern auszustatten und auszurüsten. Und ich freue mich sehr, dass wir uns mit diesen Punkten, die wir hier im Antrag zum Kernthema gemacht haben, auch wiederfinden. Das freut mich sehr. Man kann also schon feststellen, die politische Mitte,

(Horst Förster, AfD: Ach, das ist die Mitte?)

die politische Mitte weiß, wie sie innere Sicherheit gestalten muss.

(Horst Förster, AfD: Ich habe
Orientierungsschwierigkeiten.)

Also herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Gruppe der FDP)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Mucha.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD
und Ann Christin von Allwörden, CDU –
Nikolaus Kramer, AfD: Jaja!)

Ralf Mucha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber David! Liebe Ann Christin! Ich möchte auch gerne noch mal dagegenreden beziehungsweise mich dagegen verwehren, dass die Landesregierung, die wir als Koalition mittragen, eine Trümmertruppe ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
David Wulff, FDP: Das habe ich
nicht gesagt, aber ...)

Also ich glaube, hier genau zugehört zu haben, dass der Minister auch gesagt hat in seinen Ausführungen – und der Minister kann mich gerne korrigieren –, dass natürlich viele Grundsatzsachen von dem Vorgängerministerium beziehungsweise -ministern kamen. Das hat er hier mit keinem Wort geleugnet. Wir haben es reinverhandelt,

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

wir haben es reinverhandelt in unser Regierungsprogramm, in unsere Koalitionsvereinbarung. Wir haben das verhandelt gemeinsam in der Koalition und haben es dann umgesetzt. Wir haben die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt. Ich glaube, ich muss dir oder euch nicht erklären, wie Landespolitik oder Regierungsverantwortung funktioniert und wie wir das umsetzen.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Und, lieber Herr David, auch noch mal – und Ann Christin hat das auch gesagt – die Kontrollquittung. Also du hast, glaube ich, gesagt, die Kontrollquittung ist der größte Misstrauensbeweis, den es gibt.

(Nikolaus Kramer, AfD,
und David Wulff, FDP: Ja.)

Wenn ich richtig zugehört habe im Innenausschuss, und ich bin, glaube ich, dessen Vorsitzender, wenn ich mich richtig erinnere – ja, das bin ich, der Innenminister nickt –,

(Zurufe von Nikolaus Kramer, AfD,
und Thore Stein, AfD)

und wenn ich da richtig zugehört habe, gilt das an Kriminalitätshotspots.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Und wenn ich jetzt mal gucke ins Land, haben wir einen einzigen. Das ist, glaube ich, Schwerin am Marienplatz, wenn ich mich richtig erinnere. Und da ist auch deutlich gesagt worden, dass wir nicht einen zusätzlichen Drucker brauchen und dass wir dann auf Anfrage eben die Kontrollquittungen erstellen. Also da kann man durchaus unterschiedlicher Auffassung sein. Das haben wir gemacht.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Drohnenabwehr, hat der Minister von Anfang an aus meiner Sicht – wie gesagt, ich war im Innenausschuss immer dabei – nicht gesagt, er will sich dagegen wehren. Wir haben für eine einheitliche, bundeseinheitliche Regelung plädiert. Ich gucke da immer mal hin,

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

ob das in meiner Wahrnehmung richtig ist. Und ja, es steht da drin, und ja, es ist gefordert worden.

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Ja, weil es richtig ist.)

Aber zu sagen, es sollte überhaupt nicht sein – es ist immer auch von uns mit diskutiert worden. Das wollte ich nur mal richtigstellen hier vorne, und ich bedanke mich noch mal für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke –
Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 8/6631 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag auf Drucksache 8/6631 bei Zustimmung durch die Fraktion der AfD und einer fraktionslosen Abgeordneten, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 8/6591 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag auf Drucksache 8/6591 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Die Linke, bei Zustimmung durch die Fraktion der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Gruppe der FDP und zweier fraktionsloser Abgeordneter und Stimmenthaltung der Fraktion der AfD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24**: ...

(Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25**: Beratung des Antrages der Gruppe der FDP – Zukunftskompetenzen stärken – Neue Chancen durch bessere Bildung eröffnen, auf Drucksache 8/6486.

Antrag der Gruppe der FDP
Zukunftskompetenzen stärken –
Neue Chancen durch bessere Bildung eröffnen
– Drucksache 8/6486 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Barbara Becker-Hornickel.

Barbara Becker-Hornickel, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, ja, noch ein Bildungsantrag! Unser Antrag setzt bei einer entscheidenden Frage an: Welche Bildung brauchen Schülerinnen und Schüler in Mecklenburg-Vorpommern, um in einer Welt zu bestehen, die sich schneller verändert als jede Stundentafel? Für uns als Gruppe der FDP ist klar, Bildung muss Orientierung geben, Selbstständigkeit ermöglichen und das Aufstiegsversprechen erneuern. Deshalb wollen wir ökonomische Bildung stärken und ein eigenständiges Fach Wirtschaft in der Sekundarstufe I einführen, denn wirtschaftliche Bildung findet heute zwar statt, aber ein eigenes Fach schafft Verbindlichkeit, Vergleichbarkeit und klare fachliche Standards, es bedeutet pluralen, wissenschaftsbasierten Unterricht.

Verbraucherrechte, Sozialstaat, Arbeitswelt, Nachhaltigkeit, Unternehmertum und Finanzbildung gehören zusammen. Schülerinnen und Schüler treffen früh Entscheidungen über Konsum, Ausbildung, Verträge und Geld. Wer wirtschaftliche Zusammenhänge versteht, kann reflektierter, selbstbestimmter und verantwortungsvoller handeln. Wirtschaftliche Bildung ist deshalb Verbraucherbildung, Berufsorientierung und Demokratiebildung zugleich.

(Beifall David Wulff, FDP)

Dabei darf es keine Bildung erster und zweiter Klasse geben. Ökonomische Kompetenzen müssen an allen allgemeinbildenden Schulen gestärkt werden, unabhängig von Schulform, Wohnort oder Elternhaus. Damit unser Vorschlag wirkt, brauchen wir qualifizierte Lehrkräfte. Qualität entscheidet sich an den Menschen, die es unterrichten. Deshalb fordern wir gezielte, praxisnahe und kontinuierliche Weiterqualifizierung.

Unser Antrag geht weiter. Wir wollen MINT-, Informatik- und KI-Kompetenzen entlang der gesamten Bildungskette stärken. Die entscheidende Frage ist nicht mehr, ob Schülerinnen und Schüler Technologien nutzen, sondern ob sie diese verstehen, kritisch einordnen und verantwortungsvoll damit umgehen können. Jugendliche müssen verstehen, was KI kann, was sie nicht kann, wie Daten genutzt werden, wie Desinformation entsteht und welche Risiken es gibt. Das ist Voraussetzung für digitale Souveränität, Innovationsfähigkeit und Teilhabe. Dazu gehört unsere Forderung, schulische Profilbildung weiterzuentwickeln. Schulen sollen eigenverantwortlich Schwerpunkte setzen können in Informatik, Digitalisierung, Künstlicher Intelligenz und Wirtschaft. Dafür brauchen wir verlässliche rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen, damit Schulen auch im ländlichen Raum profitieren.

Ein Herzensanliegen ist die Förderung von Mädchen und jungen Frauen in MINT-, Informatik- und KI-Bereichen. Wer Perspektiven sichtbar macht, Vorbilder schafft und praktische Erfahrungen ermöglicht, erweitert Entscheidungen. Deshalb wollen wir bestehende Maßnahmen systematisch erfassen, evaluieren und weiterentwickeln für wirksame Ansätze.

Schließlich stärken wir Kooperationen zwischen Schulen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Schülerinnen und Schüler brauchen Erfahrungsräume und eigene Erfahrungen. Die pädagogische Verantwortung bleibt bei der Schule. Kooperationen dürfen kein Einfallstor für Werbung sein, sondern müssen transparent, qualitätsgesichert und bildungsorientiert gestaltet werden. Richtig umgesetzt machen sie Bildung konkreter, Übergänge leichter und Mecklenburg-Vorpommern innovativer.

Meine Damen und Herren, dieser Antrag verbindet Wissen mit Selbstbestimmung, Zukunftskompetenzen mit Chancengerechtigkeit und Bildung mit Aufstieg. Wie ich vorhin schon gesagt habe, es ist immer richtig und immer an der Zeit, über Neues und auch über Strukturen nachzudenken. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. – Schon jetzt vielen Dank!

(Beifall David Wulff, FDP)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 38 Minuten vorgesehen. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde weitere zusätzliche Redezeit gemäß Paragraf 84 Absatz 1a unserer Geschäftsordnung angemeldet. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Und für, ach so, die Fraktion der AfD beantragt, ihren Redebeitrag zu diesem Tagesordnungspunkt

(Andreas Butzki, SPD: Traurig, traurig!)

gemäß Paragraf 83a unserer Geschäftsordnung zu Protokoll zu geben.

(Michael Noetzel, Die Linke:
Bei Ihnen ist Bildung richtig wichtig! –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

und ich eröffne die Aussprache.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Für die Landesregierung hat in Vertretung für die Bildungsministerin die Justizministerin Jacqueline Bernhardt ums Wort gebeten. Bitte schön!

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der AfD und CDU)

Ministerin Jacqueline Bernhardt: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben einen Fachkräftemangel,

(Torsten Renz, CDU: Bei der AfD
genauso, bei der Bildung!)

ob Ärzte, Verkäufer/-innen, Krankenschwestern, Lehrkräfte, Psychologen, bei den Köchen oder Busfahrern,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der AfD und CDU)

und diesen Mangel haben wir nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern wir haben ihn bundesweit.

(allgemeine Unruhe –
Ministerin Jacqueline Bernhardt
wendet sich an das Präsidium.)

Ich warte einfach ein bisschen.

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:
Wir können doch noch mal aussetzen! –
Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)

Deshalb ist es vollkommen richtig, dass jeder und jede einzelne Verantwortungsträgerin und -träger gezwungen ist, Maßnahmen zu ergreifen, denn es

gibt nicht nur den Mangel an Fachkräften, sondern einen Mangel an Menschen im erwerbsfähigen Alter. Während im Jahr 2000 die Anzahl der Bevölkerung in unserem Bundesland bei 1,8 Millionen Menschen lag, waren es im Jahr 2023 1,55 Millionen – eine viertel Million Menschen weniger. Bei den Erwerbstätigen verzeichnen wir einen Rückgang von circa 170.000 Frauen und Männern. Deshalb hat die rot-rote Landesregierung in den vergangenen Jahren bereits verschiedene neue Wege eingeschlagen. So ist das Tariftreuegesetz beispielgebend, denn wer gerechte Löhne zahlt, von denen man gut leben kann, wird es leichter haben, Fachkräfte zu gewinnen.

Aber auch das neue Berufsorientierungskonzept, das gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern erarbeitet worden ist, ist entscheidend für die zukünftige Ausbildung der Fachkräfte und beinhaltet gleichzeitig wesentliche Elemente ökonomischer Bildung, die aber darüber hinaus immanenter Teil des Unterrichtsfachs Arbeit-Wirtschaft-Technik sind. Denn wie der Name schon sagt, werden in diesem Fach zentrale ökonomische und sozioökonomische Inhalte vermittelt, etwa die Rolle des Geldes, alles rund ums Einkommen oder der Wirtschaftskreislauf. Diese Schwerpunkte werden dann im Sekundarbereich II im Fach Wirtschaft/Wissenschaftspropädeutik vertieft.

Das zeigt, die Absicherung und Verortung ökonomischer Zusammenhänge in den Rahmenplänen ist bereits jetzt erfolgt. So wird beispielsweise für das Querschnittsthema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im Rahmenplan explizit die Förderung des Verständnisses von wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Zusammenhängen formuliert. Somit wird dieser Antragspunkt bereits seit Jahren erfüllt, genau wie die Forderung der Antragsteller zur Fortbildung der Lehrkräfte. Auch hier zeigt sich eine breite Palette von Themen zur ökonomischen Bildung, zu unternehmerischem Denken und Handeln in der Schule, aktuellen Herausforderungen für das Finanzsystem im Kontext von Klimakrise und Dekarbonisierung.

Zudem sind in unserem Fortbildungsportfolio für jedermann und jederfrau unter anderem folgende Themen rund um die Uhr abrufbar: Finanzbildung interaktiv gestalten, Finanzielle Bildung einfach unterrichten und zahlreiche weitere Angebote für das Projektfach „Leben lernen“.

Auch haben wir im vergangenen Monat einen Round Table „Mehr MINT wagen“ durchgeführt, um die intensiven, ressortübergreifenden, aber dezentralen Programme in einer MINT-Strategie zusammenzufassen und zu steuern. Er steht unter der Schirmherrschaft der Ministerpräsidentin und liegt in der Zuständigkeit des Bildungsministeriums. Durch die Einbeziehung des Wirtschafts- und Wissenschaftsministeriums sowie der Verbände, Kammern, Unternehmen, Hochschulen und Forschungsinstitute können die wirtschaftliche Innovationsfähigkeit und der Fachkräftebedarf besonders berücksichtigt werden. Die Mitwirkung der Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung garantiert die Einbeziehung auch der unterrepräsentierten Gruppen, zum Beispiel von Frauen in MINT-Berufen.

Sehr geehrte Damen und Herren, bei den anderen Antragspunkten kann Frau Oldenburg es kurz machen: Bereits seit dem Schuljahr 2016/2017 wird mit dem Konzept zur Begabtenförderung mit dem Schwerpunkt MINT an den Schulen gearbeitet. Aufgrund dieses Konzeptes haben sich sechs Gymnasien in Mecklenburg-Vorpommern als MINT-Profilschulen etabliert. Diese Schulen werden dafür auch entsprechend gefördert. Ihr Profil umfasst selbstverständlich auch den Bereich Informatik und den der Künstlichen Intelligenz. Darüber hinaus sind die Digitalisierung sowie die Nutzung und die kritische Reflexion Künstlicher Intelligenz sowie der Medienbildung immer und ständig gemeinsame Aufgabe aller Schulen. Erwähnen möchte ich noch die hohe Zahl der Neugründungen von Schülerfirmen, das neue Unterrichtsangebot Globales Lernen, die Netzwerke MINT-Schulen und das MINTforum MV sowie einen der wichtigsten Schulwettbewerbe „Jugend forscht“ sowie die Mathematikolympiaden und die Initiative „MINT-freundliche Schule“.

Sie sehen, es ist vieles los. Es gibt Profilgymnasien, MINT-Initiativen, Fortbildungen, Unterrichtsfächer, die die Antragsinhalte bereits aufgreifen, umsetzen und weiterentwickeln. Ihr Antrag gab uns die Gelegenheit, Initiativen kurz zu skizzieren und damit auch das Engagement der vielen Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler zu betonen, und Frau Oldenburg möchte sich dafür ganz herzlich bedanken. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Für die Fraktion der CDU hat das Wort der Abgeordnete Torsten Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann es mir einfach nicht verkneifen, wenn wir von Fachkräftemangel sprechen – und jetzt kommt der zweite Antrag in Folge zum Thema Bildung, und die AfD bezeichnet sich immer als die treibende Kraft in diesem Land –, dass Sie nicht in der Lage sind, bildungspolitisch hier einen Redebeitrag zu halten, sondern bei so wichtigen Themen, wenn es um ökonomische Bildung geht, wenn es um das Schulsystem in Mecklenburg-Vorpommern geht, dass Sie betroffen nach unten gucken, nur weil eine Person ausfällt.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Der mag ja dringende Gründe haben, aber dass Sie dann nicht mehr aussagefähig sind im Bereich Bildung,

(Thore Stein, AfD: Können
Sie im Protokoll nachlesen!)

also da lässt sich die Begrifflichkeit „Fachkräftemangel“ gar nicht mehr toppen.

(Beifall Marc Reinhardt, CDU –
Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Das, glaube ich, gehört erst mal auf alle Fälle dazu.

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:
Da haben Sie es uns aber gegeben!
Jetzt sind wir alle ganz traurig.)

Jetzt haben wir einen Antrag der FDP. Also ich tue mich echt schwer damit, wenn wir uns hier im Landtag damit befassen, mit solchen Aufforderungen, dass ein Fach Ökonomische Bildung

(Horst Förster, AfD: Eben! –
Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

weiterentwickelt oder vertieft werden soll und wie auch immer. Und es ist ja jetzt schon in Ausführlichkeit dargestellt worden,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

sehr geehrte Frau Kollegin, von der Ministerin in Vertretung,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

und einfachste Recherche im Stundenplan beim Thema „Ökonomische Bildung im Bereich Wirtschaft und AWT“, da haben Sie alles im Prinzip enthalten. Ich will nicht sagen, dass man das nicht besser machen kann, aber am Ende kommt es natürlich auch auf die Lehrkraft an, die entscheidend ist, wie solche Themen vermittelt werden. Und wenn Sie dann gleichzeitig – das will ich Ihnen jetzt nicht unterstellen, aber so ist ja das politische Geschäft inzwischen, heute wird Finanzbildung gefordert, morgen wird das gefordert. Es werden ständig neue Fächer gefordert und keiner von uns, nehme ich uns alle mit ein, sagt, an welcher Stelle soll dann irgendwie mal was gestrichen werden.

So, und insofern ist es natürlich eine Herausforderung, auch gerade Ihr Thema lautet ja „Neue Chancen durch bessere Bildung und Zukunftskompetenzen“. Also Sie bringen ja jetzt zum Ausdruck, dass es um Zukunftsthemen geht, die sich ja auch ständig ändern, und zwar in einer Geschwindigkeit, dass wir tatsächlich aus meiner Sicht feststellen müssen, wir kommen da als Bildungspolitik gar nicht hinterher.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Und deswegen ist ja die Frage, wie gehen wir damit um.

(Zuruf von David Wulff, FDP)

Und dann, glaube ich, ist es richtig, das, was bei Ihnen vorne steht, was Sie aber nicht ausführen im Antrag und auch nicht im Redebeitrag, dass das Entscheidende ist, Ihr Wort „Zukunftskompetenzen“. Da hat aber Politik auch schon vor Jahren, vor 10/20 Jahren darauf reagiert, indem man sich verabschiedet hat von den sturen Inhalten, sondern gesagt hat, aufgrund – und das ist tatsächlich eine revolutionäre Entwicklung –, weil sich ja die Welt so schnell dreht, ob das KI ist, wir könnten Beispiele jetzt nennen ohne Ende, wir kommen ja gar nicht so schnell hinterher, und deswegen ist es entscheidend, Kompetenzen zu vermitteln, Kompetenzen und noch mal Kompetenzen. Das kann man trivial zum Ausdruck bringen, indem man sagt: Lesen, Rechnen, Schreiben. Das ist natürlich etwas mehr, aber ich will das mal so ein bisschen bildlich darstellen.

Und darauf aufbauend, dass die Schüler selbstständig handeln können, weil sie diese Kompetenzen haben, daraufhin muss natürlich Schule gestaltet werden. Und wenn wir dann alle erleben, wie träge, wie lahm Bildungspolitik nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern generell ist und einfach mal in Wahlprogrammen oder auch in Anträgen einfach mal so hingeschrieben wird, wir brauchen neue aktualisierte Rahmenlehrpläne, dann bin ich tatsächlich mal reingegangen – ich will das noch mal exemplarisch, auch nicht unbedingt als Kritik zu werten, aber exemplarisch am Rahmenlehrplan AWT mal sagen –: Wenn Sie reingehen, Rahmenlehrplan in Mecklenburg-Vorpommern, dann haben wir es bald geschafft, nämlich am 31.07.26 läuft der Rahmenlehrplan AWT für die, hier steht sogar da noch Haupt-/Realschule und Realschule, Integrierte Gesamtschule in Mecklenburg-Vorpommern, im Juli 26 läuft dieser Rahmenlehrplan aus.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und wissen Sie, von welchem Jahr der ist? Untendrunter steht: Erprobungsfassung aus 2002. Ich will nur noch mal deutlich machen – parallel ist jetzt ein neuer Plan entstanden, der aufwächst ab 23,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

aber ich meine, das ist ja auch wieder so ein klassischer Fall für Silberhochzeit –, wir kommen gar nicht hinterher, und dann sagen wir, wir wollen ständig hier Rahmenlehrpläne ändern und entwickeln. Das, glaube ich, ist nicht mehr die Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft.

Ich will nicht sagen, dass wir die Lösungskompetenz in diesem Fall gepachtet haben. Ich sage Ihnen, der Weg kann nur sein, die Kompetenzen der Schüler zu stärken und darauf aufbauend, und das ist mein nächstes Stichwort „Selbstständige Schule“, so auszuleben und zu stärken, dass die Leute vor Ort, die Lehrer entscheiden können, wie das Ganze umgesetzt wird. Und da haben wir natürlich eine Rolle rückwärts gemacht in diesem Jahr. Ich will Sie einfach nur daran erinnern, insbesondere Herrn Butzki: Wir haben zusammen die Selbstständige Schule auf den Weg gebracht in einer politischen Diskussion, Frau Oldenburg hat ohne Rücksprache mit allen die Selbstständige Schule abgewickelt und hat gesagt, wir machen wieder Stundenpläne.

(Sebastian Ehlers, CDU: Hört, hört!)

Ich glaube, das ist nicht der Weg der Zukunft. Selbstständige Schulen entscheiden vor Ort, die wissen aufgrund der Herausforderungen, wie sie sich schneller anpassen können, und da brauchen wir keine zentrale Lenkung.

Und diese Anträge in dieser Form bringen uns nur bedingt weiter. Sie haben den Vorteil, dass Sie das Thema noch mal in die Öffentlichkeit gebracht haben, dass wir uns dazu austauschen sollen, aber ansonsten, glaube ich, müssen wir uns gemeinsam auf den Weg machen, Selbstständige Schule und Kompetenzentwicklung in den Vordergrund zu stellen. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Thomas Diener, fraktionslos)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Für die Fraktion der SPD hat das Wort der Abgeordnete Andreas Butzki.

Andreas Butzki, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wie oft gab es Forderungen nach mehr beziehungsweise neuen Unterrichtsfächern in den letzten 15 Jahren, so lange bin ich jetzt im Landtag: Mal ging es um mehr Sport, es gab Forderungen nach mehr Deutsch- und Mathematikunterricht, haben wir hier lange diskutiert. Ebenfalls sollten die MINT-Fächer gestärkt werden, manche forderten mehr Stunden und früher im Fremdsprachenunterricht, gesunde Ernährung stand eine ganze Zeit im Mittelpunkt

(Horst Förster, AfD: Genau!)

und damit Biologie und Hauswirtschaft, und in dieser Woche das Fach Wirtschaft in der Sek I. Jeder Antrag klingt nachvollziehbar und logisch, aber nur bei der Einzelbetrachtung und aus Sicht der Antragsteller. Schaut man sich aber die Gesamtstundentafel an – Herr Renz hat es ja gerade gesagt –, dann sieht es schon ganz anders aus, dann müssen Vorschläge für Kürzungen gemacht werden, und die fehlen natürlich, Frau Becker-Hornickel. Und das muss im Einklang, das alles, mit den KMK-Vereinbarungen stehen. Oder will man, dass die Schülerinnen und Schüler noch einen längeren Schulalltag haben? Und das würde wiederum massiv die Freizeitaktivitäten vieler Jungen und Mädchen beschneiden. Und da wird es die Freiwillige Feuerwehr nicht geben, Sportvereine, Musikschule, andere Vereine, Institutionen. Die würden sich vielerorts massiv beschweren.

Und dann kommen wir mal inhaltlich auf den Antrag zu sprechen, Frau Becker-Hornickel. Ich weiß, mit den Referenten ist es im Augenblick mit Ihrer Gruppe da ein bisschen schwierig, aber wenn man sich da intensiver ein bisschen darauf vorbereitet hat, dann will ich mal anders herangehen, als Herr Renz eben, wo was ausläuft. Es ist am 01.08.2023, und aufwachsend gelten die Pläne: AWT Gymnasium/Gesamtschule

von 7 bis 10, AWT Regionale Schule/Gesamtschule 7 bis 10, Wirtschaft Gymnasium 11 bis 12. Und viele Ihrer Forderungen sind da bereits festgehalten.

Und ein weiterer Aspekt, der in Ihrem Antrag vollkommen fehlt, ist der Kompetenzerwerb. Der hat in einer immer komplexer werdenden Arbeitswelt eine viel größere Bedeutung. Und die sogenannten Soft Skills, persönliche, soziale und methodische Kompetenzen, die über das Fachwissen weit hinausgehen, und Schlüsselfähigkeiten wie Teamfähigkeit, Kommunikationsstärke, Anpassungsfähigkeiten und emotionale Intelligenz werden immer entscheidender. Und deswegen war ich vorhin auch so sauer, Frau Wegner, weil Sie gesagt haben, der Lehrer soll nur für den Bildungsauftrag sein.

(Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Hab ich überhaupt nicht gesagt! – Zuruf von
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, er ist ganz explizit auch für den Erziehungsauftrag verantwortlich. Und ich habe es vorhin auch schon gesagt, das Weltwissen, manche Studien sagen, von 11 bis 13 Monaten, manche sprechen von 3 bis 5 Jahren, aber das verdoppelt sich so schnell, dass man da wirklich nicht mehr hinterherkommt.

Und dem Bildungsserver – und das finde ich ganz, ganz wichtig – können Sie auch die Berufsorientierung entnehmen. Gerade in diesem Bereich gab es viele positive Veränderungen in den letzten Jahren, die insbesondere von den IHKs und Handwerkskammern begrüßt wurden. Die standen heute auch schon mehrfach in verschiedenen Zusammenhängen in Rede. Alles lässt sich nachlesen in der Verwaltungsvorschrift – können Sie sich gerne aufschreiben – vom 29. Januar 25 „Berufliche Orientierung an öffentlichen allgemein bildenden und beruflichen Schulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern“. Und es gibt eben auch das 25-tägige Schülerpraktikum, verteilt auf mindestens zwei Schuljahre, und die Praxistage während der Schulzeit in den Betrieben.

In Ihrem Aufforderungsteil kommt es nicht nur mir so vor, dass Sie da irgendwas zusammengeschrieben haben:

Sie fordern da unter II.1. ein eigenständiges Fach. Die Ablehnung habe ich Ihnen gerade begründet.

Unter II.2., erfüllen wir bereits, Ihre Forderungen. Schauen Sie in die Rahmenpläne!

Unter II.3., das IQ M-V, also das Institut für Qualitätssicherung in Mecklenburg-Vorpommern bietet Fort- und Weiterbildung auch in diesem Bereich an, im AWT.

Unter II.4., es gibt Leitlinien für den MINT-Bereich, Frau Ministerin hat es gesagt. Und übrigens, das „I“ heißt Informatik, man muss es also nicht extra aufführen.

Unter II.5., es sind allgemeinbildende Schulen, und die meisten Schulen beschäftigen sich mit Informatik und KI und dem sinnvollen Umgang und der Anwendung. Ich habe vor Kurzem mit dem Schulleiter des Carolinums in Neustrelitz zusammengesessen, da haben wir uns auch mal unterhalten, und das wird intensivst in der Schülerschaft diskutiert. Und da muss natürlich in der Schule auch entsprechend gearbeitet werden, müssen auch die Lehrer da in dem Sinne geschult werden.

Unter II.6. sollte man Jungen und Mädchen bei der Förderung, beide in den Blick nehmen.

Unter II.7., etliche Schulen haben Kooperationsvereinbarungen mit Forschungseinrichtungen – ich kann es hier ja bloß von meiner Heimatstadt sagen, beispielsweise in Neustrelitz arbeiten Schulen mit dem DLR zusammen, da gibt es auch ein School-Lab, im LEEA gibt es ein Energie-Lab –, und da legen die Schulen selbst ihre Schwerpunkte fest.

Sie fordern mit dem Antrag nicht nur das Fach Wirtschaft, sondern Sie wollen – und ich überspitze es jetzt bewusst – aus einer allgemeinbildenden Schule eine Wirtschaftsschule machen. Und das ist mit der SPD und mit dieser Koalition definitiv nicht zu machen. Es gibt neben den Hauptfächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprache auch MINT und die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer. Auch Kunst, Musik, Sport, Religion und Philosophie haben ihre Berechtigung und natürlich

AWT, Wirtschaft mit den Betriebspraktika und Praxistagen. Dazu gibt es an den Schulen die verschiedensten Kurse und Freizeitaktivitäten, die ein Schulleben auch ausmachen, von den ganzen Exkursionen und Projekttagen mal ganz zu schweigen.

Aus meiner Rede können Sie sicherlich klar entnehmen, dass wir diesen Antrag ablehnen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort die Abgeordnete Jutta Wegner.

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag klingt modern. Er spricht von Zukunft, von Digitalisierung, von Chancen. Aber wenn wir genauer hinschauen, dann sehen wir, hier geht es nicht um Bildung im umfassenden Sinne, hier geht es vor allem um Verwertbarkeit. Schule soll nach diesem Antrag vor allem eines leisten, den Arbeitsmarkt bedienen. Das ist uns zu wenig, denn Bildung ist mehr. Bildung heißt nicht nur, später zu funktionieren, Bildung heißt, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Und eigentlich, Barbara, sind wir da ja völlig einer Meinung: Wir wollen junge Menschen stärken, nicht nur als Arbeitskräfte, sondern als Persönlichkeiten, Menschen, die Verantwortung übernehmen für sich selbst, für andere und für diese Gesellschaft. Ja, ökonomische Bildung ist wichtig, aber sie darf nicht einseitig sein. Wirtschaft ist kein Naturgesetz, Wirtschaft ist gestaltbar. Und genau das muss Schule doch vermitteln: kritisches Denken, Abwägen, Hinterfragen, nicht nur, wie funktioniert ein Markt, sondern auch, wem nützt er und auf wessen Kosten. Der Antrag bleibt hier erschreckend eindimensional: Nachhaltigkeit, Fehlanzeige, Klimakrise, kein Thema, soziale Gerechtigkeit kommt praktisch nicht vor. Dabei sind das die zentralen Fragen unserer Zeit. Eine Bildungspolitik, die das ausblendet, greift zu kurz.

Auch die Idee eines eigenen Schulfachs Wirtschaft überzeugt uns nicht. Wir brauchen keine weitere Zersplitterung, wir brauchen Zusammenhang. Das bestehende Fach AWT – wir haben schon darüber gesprochen – zeigt, man kann Arbeit, Technik und Wirtschaft gemeinsam denken, praxisnah, lebensnah, ganzheitlich. Das ist der richtige Weg, nicht die einseitige Aufwertung wirtschaftlicher Inhalte.

Und ja, wir wollen mehr Mädchen in MINT-Berufen, unbedingt. Aber das gelingt doch nicht durch Programme. Das gelingt durch ein Bildungssystem, das Rollensysteme aufbricht und echte Chancengleichheit schafft.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Und wieder alles sein kann!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Antrag denkt Bildung zu eng, zu wirtschaftlich, zu kurzfristig. Wir brauchen aber eine Schule, die auf die Zukunft vorbereitet, eine Schule, die nachhaltig ist, digital und gerecht. Und dafür brauchen wir keine Ökonomisierung der Bildung, sondern eine Stärkung der Persönlichkeit der Schülerinnen und Schüler. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

(Zuruf von David Wulff, FDP)

Für die Fraktion Die Linke hat das Wort die Fraktionsvorsitzende Jeannine Rösler.

Jeannine Rösler, Die Linke: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollegin Jutta Wegner hat es gesagt, der Antrag klingt auf den ersten Blick modern: Zukunftskompetenzen, Digitalisierung, MINT, Künstliche Intelligenz, wirtschaftliche Bildung, Kooperation zwischen Schule und Wissenschaft. Und wer wollte da ernsthaft behaupten, dass dies keine Rolle spielt? Und deshalb möchte ich

gleich zu Beginn deutlich sagen, ja, Schülerinnen und Schüler müssen auf eine sich wandelnde Welt vorbereitet werden. Und trotzdem lehnen wir diesen Antrag ab, denn Zukunftskompetenzen sind längst Bestandteil der Rahmenpläne unseres Landes. Sie finden sich in vielen Fächern – das ist hier schon zum Ausdruck gekommen –, insbesondere in AWT sowie im Fach Wirtschaft, in Querschnittsthemen, in beruflicher Orientierung, Medienbildung, Demokratiebildung und auch in nachhaltiger Entwicklung.

Die Zukunftskompetenzen entstehen eben nicht einfach isoliert in einem einzigen Fach. Sie entstehen im Alltag schulischen Lernens, wenn Schülerinnen und Schüler im Biologieunterricht über Klimawandel diskutieren, im Deutschunterricht Quellen bewerten, im Sozialkundeunterricht gesellschaftliche Konflikte analysieren oder im Informatikunterricht digitale Anwendungen reflektieren. Genau dann erwerben sie jene Kompetenzen, die heute häufig unter dem Begriff „Future Skills“ zusammengefasst werden.

Schülerinnen und Schüler lernen in AWT, wirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen, technische Entwicklungen einzuordnen, gesellschaftliche Auswirkungen von Arbeit zu reflektieren, Daten auszuwerten, Entscheidungen kritisch zu hinterfragen, berufliche Perspektiven zu entwickeln und sich auch in wirtschaftlichen Prozessen zu orientieren – kurz, Zukunftskompetenzen werden fächerübergreifend aufgebaut, und genau das entspricht modernen Bildungsansätzen. Und insofern will ich nicht wiederholen, was die Kolleginnen und Kollegen hier bereits erwähnt haben. Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Abgeordnete! Frau Fraktionsvorsitzende!

Für die Gruppe der FDP hat noch mal das Wort die Abgeordnete Barbara Becker-Hornickel.

(Rainer Albrecht, SPD: Barbara,
fünf Minuten hast du mindestens!)

Barbara Becker-Hornickel, FDP: Frau Präsidentin!

Jetzt sage ich es auch mal, liebe Kolleginnen und Kollegen, erst mal freue ich mich, dass unsere Bildungsministerin sich über unseren Antrag gefreut hat, weil sie das gesehen hat, damit Ihnen die Gelegenheit zu geben, mal aufzuzählen, was alles schon geht. Das freut mich ja denn auch.

Und, Frau Wegner, wir haben hier keinen Antrag vorgelegt, dass wir eine völlig neue Bildungspolitik gestalten wollen. Alles, was Sie jetzt durchaus ja völlig zu Recht hier vorgetragen haben, das ist nicht unser Punkt, sondern wir haben uns einen Punkt herausgepackt, -gepickt, nämlich wenn es sich um Wirtschaft dreht. Alles andere völlig okay, aber ich denke, das hätte den Antrag total überpflichtet.

Und natürlich weiß ich, was das Fach AWT bedeutet. Also ich weiß auch, es läuft aus, ist neu gestaltet. Aber gerade, weil in AWT Arbeit … – Was?

(Christiane Berg, CDU: Wirtschaft-Technik!)

Entschuldigung! –, Arbeit, Wirtschaft und Technik, und was hier noch alles vorgetragen wird, was alles in dieses eine Fach gepackt wird, aber genau da sehe ich doch die Gefahr, dass genau das, worum es uns hier geht, die Wirtschaft, die Ökonomie, eventuell dann doch etwas zu kurz kommt.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Und es stimmt auch, dass in vielen,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

dass in vielen anderen Fächern Ökonomie durchaus eine Rolle spielt, aber zerfasert, zersplittert. Es ist nicht wirklich so, dass man dort ökonomische Zusammenhänge für sich dann schon herausnehmen kann.

Und Sie haben vorgetragen, es gibt Profilschulen. Das ist toll, dass es das gibt. Aber wir dürfen doch nicht nur Schüler in Profilschulen mit diesen Dingen und einem wirtschaftlichen Wissen dort – oh, Entschuldigung –, ihnen die Möglichkeit geben, dort dieses wirtschaftliche Wissen zu erwerben. Und auch die ganzen tollen Projekte, die es gibt, das ist mir schlicht und einfach zu wenig. Das machen immer die Schüler, die es unbedingt wollen, die dafür brennen, und die anderen brennen da eben nicht für und hören es sich nicht an,

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

und haben nicht mal die Chance, damit in Berührung zu kommen.

Und ja, „Jugend forscht“, großartig, aber auch das sind immer nur Einzelne. Das sind so kleine Nerds, so, wie es mein Sohn zum Beispiel war. Wenn der in der Ecke saß und sagte keinen Ton, und man fragte ihn, was machst du denn: Mutti, ich denke. So, davon, da lache ich heute noch drüber.

(Heiterkeit bei Michael Noetzel, Die Linke)

Er ist ja auch wirklich ein Wissenschaftler geworden, da waren schon die Anfänge.

Und die Qualifizierung vorhandener Lehrkräfte, ja, natürlich, Menschen, die dafür geeignet sind. Sie haben gesagt, die Soft Skills hätten wir nicht beachtet. Ja, natürlich, Empathie, Kompetenz, das müssen diese Lehrer machen, die sich das wünschen, die sich dazu berufen fühlen und die es leben wollen. Wir hören doch viel zu oft, ach, Wirtschaft, seid doch nicht so gierig, ihr immer mit eurer Ökonomie, ihr mit eurer Wirtschaft. Aber ganz ehrlich, Wirtschaft erhält unsere Gesellschaft am Leben.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Sie ist der Grundstock, dass alles funktioniert. Ich denke, das dürfen wir so nicht vergessen.

Und Informatik und KI – wir haben, schon eine Weile her, wir haben bestimmt alle die Gespräche geführt mit dem Schülerrat des Landes, die auch eine Umfrage gemacht haben: Wie zufrieden sind Sie denn mit den Fächern Informatik? Wie zufrieden sind Sie denn mit dem, was Sie in der Schule über KI lernen? Und die Umfrage war nicht unbedingt in dem Sinne positiv für unser Bildungssystem. Die waren sehr enttäuscht und haben auch ganz klare Forderungen gestellt, was sie sich gerade in diesen Fächern wünschen.

Ansonsten, denke ich, hier kann ich auch wieder nur sagen, es ist völlig legitim, darüber nachdenken zu dürfen, was kann man besser machen, was kann man sich besser vorstellen. Und ich denke, gerade im Bereich der Bildung, das wird nie zu Ende gedacht sein. Das ist etwas, was lebt, wo immer wieder etwas dazukommt. Wir wollen die beste Bildung und wir wollen auch ganz tolle Lehrkräfte. Und ich glaube, auch da muss man sehr viel machen. Lehrkräfte müssen viel, einen höheren Stand in unserer Gesellschaft haben, viel mehr respektiert werden, denn sie leisten etwas, jeden Tag, das wir gar nicht hoch genug einschätzen können.

(Beifall Jutta Wegner,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
und David Wulff, FDP)

Damit bin ich am Ende. – Danke schön!

(Rainer Albrecht, SPD:
Hast du sehr gut gemacht, Barbara! –
Die Abgeordnete Barbara Becker-Hornickel
wendet sich an das Präsidium.)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Ja, sehr gut, Barbara!

Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor und ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Gruppe der FDP auf Drucksache 8/6486. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Vielen Dank! Damit ist der Antrag auf Drucksache 8/6486 bei Zustimmung der Gruppe der FDP, Stimmenthaltung der Fraktion der CDU und der Fraktion der AfD, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Meine Damen und Herren, entsprechend unserer Vereinbarung, nach 21:00 Uhr keinen neuen Tagesordnungspunkt mehr aufzurufen, beende ich an dieser Stelle die Landtagssitzung. Die Tagesordnungspunkte 26 bis 29 und 15 werden morgen nach dem Tagesordnungspunkt 41 auf die Tagesordnung gesetzt. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Freitag, den 5. Juni 2026, 09:00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 21:03 Uhr